

PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE



N^o
7

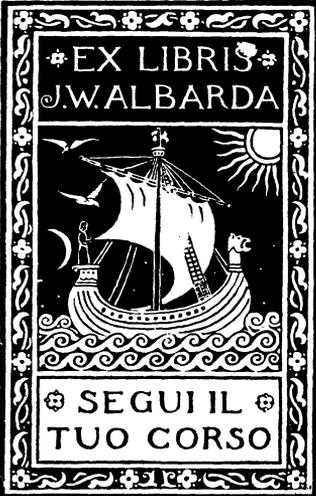
MOSKAU
KREML.



PETROGRAD
SMOLNY

21

Inhalt

KARL RADEK: Der Kampf um die proletarische Einheitsfront	1
N. LENIN: Unter der Fahne des Marxismus	8
A. THALHEIMER: Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland	14
J. JAROSLAWSKI: Der XI. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands	19
G. SINOWJEW: D	37
KARL KREIBICH: in der KPR.	weiteropposition" 48
KYRRE GREPP	53
E. VARGA: Der al	s 54
A. LOSOWSKY: D	nd die Profintern 60
SCHUMJATZKI: N	arandaschwili . 73
LOUIS SELLIER: l Frankreichs	les reaktionären 75
	
I. WARDIN: Die sozialrevolutionären Mörder und die sozial- demokratischen Advokaten (Tatsachen und Dokumente) .	76
L. TROTZKI: Zur Lage in der Kommunist. Partei Frankreichs	89
CH. KABAKTSCHIEFF: Die Balkanpolitik der Entente . .	112
D. IVON JONES: Der Arbeiteraufstand in Südafrika . . .	117
W. WELMAN: Viktor Kingissepp in der estnischen Arbeiter- bewegung	123
BIBLIOGRAPHISCHER TEIL: E. Varga: Die Krise d. kapitalistischen Weltwirtschaft (Selbstanzeige) / Karl Korsch: Die im Wandel der Zeiten unveränderliche bürgerliche Marxkritik. (Hans Delbrück und sein alt- ägyptischer Vorgänger). Ein neues Organ der indischen Revolutions- bewegung. / H. St.: Die Kommunistische Fraueninternationale. / Bücher- einlauf. / Notizen.	127



DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER,
RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE

Die Zeitschrift wird redigiert von G. Sinowjew und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Rußland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Killbom, Nerman, Ström (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Pieck, Radek, Thalheimer, C. Zetkin (Deutschland), Mac Laine, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Delinières, Frossard, Guilbeaux, Lorient, Monatte, Péricat, Sadoul, Souvarine (Frankreich), Balabanowa, Bombacci, Bordiga, Gramsci, Terracini (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyanszky (Ungarn), Marchlewsky (Polen), Blagojew, Kabaktschiew, Kolarow (Bulgarien), Jim Larkin (Amerika) u. a.

№ 21

DRITTER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62, TEL. 1—19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW

*Verlag der
Kommunistischen Internationale.*

*In Kommission:
Carl Hoym Nachf., Louis Cañbley
Hamburg*

Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg 8

1922

213

Der Kampf um die proletarische Einheitsfront.

I.

Noch diskutieren einzelne kommunistische Parteien die Frage von dem Nutzen oder dem Schaden der Taktik der proletarischen Einheitsfront. Es zerbrechen sich manche den Kopf darüber, ob diese Taktik nicht geeignet sei, die tiefen Gegensätze, die zwischen der Kommunistischen Internationale und den sozialreformistischen Parteien und Organisationen bestehen, zu mildern oder sogar aus der Welt zu schaffen. Inzwischen haben wir die erste praktische Probe zur Taktik der Einheitsfront im internationalen Maßstabe hinter uns, und man kann jetzt über die Tendenzen und Konsequenzen dieser Taktik auf Grund nicht bloßer theoretischer Grübeleien, sondern auf Grund harter Erfahrungen sprechen. Nun kann gesagt werden, der Versuch der Bildung der Einheitsfront ist mißlungen, aus diesem Grunde können diese Erfahrungen nichts über die Gefahren aussagen, die in der Taktik enthalten waren. Aber dieses Argument ist nur zu einem Teil richtig. Jawohl, der Versuch der Herbeiführung der proletarischen Einheitsfront auf dem Wege internationaler Verhandlungen mit den Führern der reformistischen Parteien ist zu keinem Resultat gelangt; aus diesem Grunde sind gewisse Tendenzen, gewisse Gefahren, die bei dem Gelingen dieses Versuches zutage treten würden, nicht zutage getreten. Aber der Versuch ist nicht zufällig gescheitert. Dadurch, daß er gescheitert ist, hat er in erster Linie gezeigt, was das Wesen der Taktik der Einheitsfront war und ist. Warum hat die Zweite Internationale den ersten Versuch der Bildung der proletarischen Einheitsfront sabotiert? Aus einem ganz einfachen Grunde: weil sie sah, daß diese Einheitsfront die Koalition mit dem Bürgertum sprengen, den Kampf der internationalen Arbeiterklasse verschärfen wird. Warum trat die Kommunistische Internationale aus der Neunerkommmission aus? Weil die Kommunistische Internationale nur dann für die Einheitsfront ist, wenn diese ein Mittel der Stärkung des proletarischen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie ist. In dem Moment, als durch die Zweite Internationale die Neunerkommmission

kein Organ des Klassenkampfes, sondern ein Organ der Vertuschung der Gegensätze, ja, vielleicht ein Organ einer unzulässigen Presion auf die Kommunistische Internationale (nach dem eingestandenen Plane der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale) sein sollte, ist die Kommunistische Internationale aus der Neunerkommmission ausgetreten. Durch diese Tatsachen ist eins kurz und bündig bewiesen: nämlich die Lächerlichkeit der Betürchtungen eines Teiles unserer Genossen, die Taktik der Einheitsfront entströme der Tendenz der Kommunistischen Internationale, auf eine Vereinigung mit der reformistischen Organisationen hinzuwirken, ja, sogar die reformistische Politik mitzumachen. Die Einheitsfront wird die internationale Arbeiterklasse in dem verschärften Kampf mit der kapitalistischen Welt führen, oder sie wird überhaupt nicht sein. Das ist die erste Lehre der ersten internationalen Aktion, die wir geführt haben, und dieses Resultat ist geeignet, die Energie zu verzehnfachen, mit der wir den Kampf um die internationale proletarische Einheitsfront weiterzuführen haben.

Die Berliner Konferenz der drei Exekutiven war keinstalls ein geeigneter Boden zur Austragung der prinzipiellen Gegensätze, die die internationale Arbeiterbewegung trennen. Jemand sagte sehr richtig: Ihr Fehler liegt darin, daß sie etwas mehr war als eine Verhandlung der Vertreter der Exekutive und viel weniger als ein internationaler Arbeiterkongreß. Da man mit der Einberufung des internationalen Kongresses rechnete, suchten die beteiligten Parteien die Austragung der allgemeinen Streitigkeiten für diesen allgemeinen Arbeiterkongreß hinauszuschieben und den Kampf zu begrenzen auf die nächsten praktischen Aufgaben. Aus diesem Grunde traten die Gegensätze nicht auf in ihren scharfen theoretischen Formulierungen. Mit Absicht vermieden alle drei teilnehmenden Richtungen der internationalen Arbeiterbewegung die Auseinandersetzung über die allgemeinen Differenzen. Der schärfste Kampf wurde ausgefochten in einer Frage, die äußerlich ganz zufällig aufgetaucht zu sein schien: in der

Frage des Prozesses der Sozialrevolutionäre. Und trotzdem sind die Gegensätze zusammengeprallt an dem Punkte, wo der Charakter unserer Bestrebungen nach der Einheitsfront und dessen, was unsere Gegner die Einheitsfront nennen, am krassesten, am grellsten zutage tritt, wenn man, statt sich mit der Unlogik der gegnerischen Führer zu befassen, die Logik ihrer Politik ins Auge faßt.

Was bildet den konkreten historischen Hintergrund der Bestrebungen nach der proletarischen Einheitsfront? Was hat eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der drei Internationalen möglich gemacht, einer Zusammenkunft, die noch vor einem Jahr gescheitert wäre nicht nur an unserem Widerstande, sondern auch an dem Widerstande der Reformisten, sich an einen Tisch mit den Putschisten, Räufern und Kommunisten zu setzen? Die Zusammenkunft der Vertreter der drei Exekutiven wurde ermöglicht durch den Druck, den die Offensive des internationalen Kapitals auf die Arbeiterklasse in allen Ländern ausübt. Die Zusammenkunft wurde ermöglicht durch die Verstärkung des Gefühls der Notwendigkeit des Zusammengehens der Arbeiter gegen den Kapitalismus. Auf diesen Tatsachen basierend, hat die Exekutive der Kommunistischen Internationale ihre Taktik aufgebaut, ihre nächsten politischen Ziele umgrenzt. Wir sagten uns: Das internationale Kapital bestürmt die Positionen der Arbeiterklasse. Arbeitermassen, die bisher nichtfähig waren, sich zusammen um die Fahne des Kommunismus, um zur Offensive gegen die kapitalistische Welt zu schreiten, sie werden durch die Offensive des Kapitals dazu getrieben, sich zusammenzuschließen zur allgemeinen Defensive, zur Verteidigung der gemeinsamen, bedrängten, schon eroberten Positionen. Es galt, festzustellen, welche Positionen es sind; es galt, das ganze internationale Kampffeld zu überblicken. Was ergab diese Untersuchung? Das Weltkapital sucht die Lasten des Wiederaufbaues des stark erschütterten Kapitalismus der internationalen Arbeiterklasse aufzubürden, indem es die realen Löhne der Arbeiterklasse überall weit unter das Niveau der Vorkriegszeit zu drücken sucht, indem es die Arbeitszeit verlän-

gert, indem es auf gewisse Teile der Volksmassen der Welt noch besondere Lasten überwälzt; es sind dies die deutschen Proletarier, die in der Form der Reparationslasten weit unter das Niveau der amerikanisch-englischen Proletarier gedrückt werden sollen und dadurch ihnen gegenüber die Rolle der Lohndrücker spielen; es sind dies die Arbeiter- und Bauernmassen Rußlands, die jahrzehntelang Tribute an das siegreiche Weltkapital entrichten sollen, nachdem sie vorerst auf alle Errungenschaften der russischen Revolution verzichtet haben. Diese Errungenschaften bestehen in der Sowjetregierung und in der Nationalisierung der Großindustrie. Wird die zweite aufgegeben unter dem Druck des fremden Kapitals, dann verliert die erste ihre soziale Basis, und dann sind die Errungenschaften der ersten Welle der Weltrevolution liquidiert, dann ist die internationale Arbeiterklasse zurückgeworfen auf den Stand vor dem Kriege. Diese Sachlage ergab die Bedingungen, unter denen die allgemeine Arbeitsfront zu verteidigen wäre. Es waren dies das Lebensniveau, das das Proletariat in den kapitalistisch am meisten entwickelten Ländern im Kriege und in der Zeit der ihm folgenden Erschütterung erobert hat, es war dies das deutsche Proletariat, das Proletariat Mitteleuropas, das verteidigt werden mußte vor dem Geschick des internationalen Lohndrückers, zu dem es die Entente machen will durch die Politik der Reparationen. Der Kampf gegen die Reparationen war von dieser Perspektive aus eine Bekundung des guten Herzens der Renaudels, Vanderveldes und Macdonalds zu einer Abwehraktion des internationalen Proletariats gegen eine ihm international drohende Gefahr. So wurde die Frage des Verhaltens zu Sowjetrußland in dem allgemeinen Rahmen der Weltlage des Proletariats gestellt. Die Frage von der Verteidigung Sowjetrußlands wurde gestellt auf dem Boden der Verteidigung einer sich jetzt in den Händen des internationalen Proletariats befindenden Position. Aus dieser Umschreibung der drohenden Gefahren ergab sich die Linie des internationalen Gefechtes gegen das Kapital. Wir sagten den reformistischen Parteien: Ihr habt behauptet, man könne auf dem Wege der Demokratie ohne Revolution

zum Sozialismus gelangen, nun, das hat sich als kompletter Unsinn erwiesen! Ihr waret bisher nicht imstande, auf dem demokratischen Wege auch nur einen Schritt vorwärts zum Sozialismus zu machen. Durch eure Politik, durch den Verzicht auf den revolutionären Kampf, ist die internationale Arbeiterklasse auf der ganzen Linie zurückgeschlagen; sie kämpft jetzt in der Defensive. Nun, wir stellen an euch die Frage: Wollt ihr den Rückzug einstellen, wollt ihr wenigstens die noch von der Arbeiterklasse besetzten Positionen verteidigen? Auf diese Frage erhielten wir von der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale eine Antwort, deren sozialer Sinn war: Rückwärts, rückwärts, Donner, Rodrigo! Wir wollen sogar die wichtigsten Positionen dem Feinde räumen, und nur unter dieser Bedingung sind wir bereit, eine allgemeine Front aufzustellen. Das war der Sinn der Taktik der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale; alles andere war an dieser Antwort nur Formsache. Wir werden es sofort sehen.

Natürlich haben das die Herren von der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale nicht so prompt und einfach gesagt. Bei ihrem vollkommenen Mangel an theoretischem Sinn, bei ihrem vollkommenen Mangel der Fähigkeit, das eigene Tun auf eine allgemeine Formel zu bringen, haben sie vielleicht selbst den wirklichen Sinn ihrer Erklärungen nicht bis zu Ende gedacht. Viele von ihnen sind wie der Held Molières, der nicht wußte, daß er Vergleiche gebraucht und daß er in Prosa spricht. Ueber unsere Vorschläge der gemeinsamen Aktion zur Verteidigung des Lohnniveaus der Arbeiterklasse und des Achtstundentages haben sie sich ausgeschwiegen. Es ist klar, keiner von ihnen wollte und konnte offen sagen, was sie auch auf diesem Gebiete praktisch tun, keiner wollte sagen, wir haben keine Kraft zum Kämpfen, wir müssen den Kapitalisten nachgeben. Sie sagten das nicht, obwohl sie es im internationalen Maßstabe in ihrem Charakter als Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale jeden Tag tun. Wo es sich aber um den zweiten selbstverständlichen — wie man meinen müßte — Punkt handelte, um den Kampf gegen die Reparationspolitik der Entente, da zeigte es sich schon, daß die reformistischen Parteien hier nicht einmal den Schein zu wahren imstande sind. Seit den ersten Worten Vander-

veldes, der erklärte, er möchte sehr gern den deutschen Arbeitern in ihrer Not helfen, aber er fürchte, der Kampf gegen den Versailler Frieden könnte den Stinnes und Konsorten helfen, seit diesen ersten Worten war es vollkommen klar, daß die Zweite Internationale die Interessen des deutschen Proletariats opfert und dadurch außerstande ist, auch die Interessen des Ententeproletariats zu verteidigen. Die Zweite Internationale bildet eine Koalition der reformistischen Parteien der siegreichen Länder und Deutschlands mit einigen großen Arbeiterparteien der neutralen Länder. Das Uebergewicht des Kapitalismus in den siegreichen Ländern gibt auch den Reformisten der siegreichen Länder das Uebergewicht in dieser Koalition. Während in der Zweiten Internationale vor dem Kriege die deutsche Partei die Oberhand hatte, als die Partei der stärksten Arbeiterbewegung, hat jetzt in der Zweiten Internationale die Führung die englische Labour-Party, die sich nicht einmal den Mantel einer sozialistischen Partei umlegt, eine reine Gewerkschaftspartei, die damit rechnet, daß sie morgen oder übermorgen die Verantwortung für das englische Imperium zu übernehmen haben wird. Aus diesem Grunde sind die Führer dieser Partei sogar in ihrer Phraseologie sehr vorsichtig. Sie schwärmen für die „Liberty“, für die Freiheit und andere schöne Rosinen in Gottes Kuchen, aber sogar heute — als Partei der Opposition — fordern sie als Bedingung der Freiheit Irlands die Neutralisierung der irischen Küste, damit sie nicht zur amerikanischen oder französischen maritimen Basis gegen England wird. Sie verteidigen die Rechte Englands auf den Suez-Kanal, um die Verbindungen mit Indien in den Händen der englischen Flotte zu behalten. Sie maulen sehr oft gegen den Versailler Frieden, aber sie fordern seine Revision nur mit Zustimmung Frankreichs, sie gehen um keinen Deut weiter als Asquith, der Führer der englischen Liberalen; und Opportunisten, wie sie sind, handeln sie so nicht nur aus Rücksicht auf die eigene zukünftige Stellung als Minister, sondern auch aus Rücksicht auf den Opportunismus der anderen mit ihnen vereinigten Parteien. Herr Vandervelde ist jetzt nicht mehr königlicher Minister, aber er — der Unterzeichner des Versailler Friedens — kann selbstverständlich diesen Friedensvertrag nicht als räuberisch geißeln. Herr Branting ist Chef einer sozialdemokratischen Regierung in dem bürgerlichen, königlichen Schweden. Sein Auftreten mit der Parole des Kampfes gegen den Versailler

Frieden würde nichts anderes bedeuten als die schärfste Stellungnahme der schwedischen Regierung gegen den französischen Imperialismus, was ihm natürlich seine Bourgeoisie nicht erlaubt. Aus diesem Grunde mußten die Männer der Zweiten Internationale ultimativ die Streichung der Forderung des Kampfes gegen den Versailler Frieden fordern, und der deutsche Michel in der Zweiten Internationale, die ehemals führende deutsche Sozialdemokratie, ließ sich das gefallen, weil sie doch auch als Partei, die an der deutschen Regierung teilnimmt, alle ihre Hoffnungen nicht auf die revolutionäre Liquidation des Versailler Friedens setzt, sondern auf die wachsende Einsicht der kapitalistischen Welt, daß man aus Deutschland nicht genug herauszupressen imstande sein wird, wenn man es auf einmal zerdrückt. Der Verzicht auf den Kampf gegen den Versailler Frieden bedeutet somit einen Verzicht auf jeden Versuch, die das Proletariat im internationalen Maßstabe degradierenden Tendenzen in allgemeiner Front zu bekämpfen. Das bedeutet: der Rückzug vor der Offensive des Kapitals wird weitergeführt.

Aber damit war die Antwort der Reformisten nicht erschöpft. Ihren Gipfelpunkt erreichte sie in der Frage des Verhältnisses zu Sowjetrußland, wo die Zweite Internationale gleichzeitig bereit war, die Anerkennung Sowjetrußlands durch die kapitalistischen Mächte zu fordern und gleichzeitig in demselben Atemzuge von der Sowjetregierung zu verlangen, sie solle sich selbst aufgeben und einer bürgerlichen Regierung Platz machen. Und das Charakteristische ist, daß die Zweieinhalb-Internationale den reformistischen Tendenzen in den Fragen des Widerstandes gegen die Offensive des Kapitals auf die westeuropäischen Positionen der Arbeiterklasse so etwas wie einen Widerstand leisten wollte, in der russischen Frage aber vollkommen an einem Strange mit der Zweiten Internationale zog und zusammen mit ihr als Schrittmacherin des internationalen Kapitals auftrat. Sehr charakteristisch war eine Bemerkung in der Rede des braven Ramsey Macdonalds, die im Tohuwabohu der Konferenz unterging, und die wert ist, historisch festgenagelt zu werden.

„Vieles hat sich in der kommunistischen Bewegung in den letzten Monaten zugetragen, in Rußland hat der große strategische Rückzug begonnen. Wir wußten, daß er kommen müsse. Wir haben erst bedauert, daß sie sich selbst in die Lage brachten, daß er unvermeidlich war. Wir haben Lenins Reden gelesen. Wir haben sie gründlich gelesen und glaubten, daß sie der Anfang einer wirklich gemeinsamen Aktion sein können.“ (Protokoll der Internationalen Konferenz, Seite 22.)

Herr Ramsey Macdonald erklärt also den Rückzug der russischen Revolution für selbstverschuldet. Nicht er und die Seinen, die Zweite und Zweieinhalb-Internationale, die die internationale Arbeiterklasse mit allen Kräften zurückgehalten haben, vor jedem revolutionären Kampfe, die die russische Revolution isoliert haben, tragen die Verantwortung dafür, daß Sowjetrußland Zugeständnisse an das Weltkapital machen muß. Herr Macdonald bedauert nur, daß die russische Revolution so dumm war, den Kampf mit dem Weltkapital überhaupt aufzunehmen, und er hofft, daß dieser Rückzug den Boden der Verständigung zwischen Sowjetrußland, der Kommunistischen Internationale auf der einen Seite und der Zweiten Internationale auf der anderen bilden wird. Herr Ramsey Macdonald nimmt dieselbe Position Sowjetrußland gegenüber ein wie Herr Lloyd George oder Herr Stinnes, der uns wörtlich dasselbe gesagt hat: Nun beginnt Ihr Vernunft zu kriegen, und da ist es möglich, mit Euch geschäftlich zu sprechen. Und wie Herr Lloyd George und Herr Stinnes seine Bedingungen stellt, so stellt auch Herr Ramsey Macdonald die seinen. Und es ist sehr charakteristisch, daß die Bedingungen, die Macdonald, die Zweite und die Zweieinhalb-Internationalen stellen, in derselben Richtung sich entwickeln wie die, die uns von den Hauptlingen des europäischen Kapitals gestellt werden, nur daß sie plumper, offener gestellt werden.

Ich habe schon in meiner Antwort auf die Rede Macdonalds darauf hingewiesen, daß sein Eintreten für die sogenannten „Randstaaten“ die Forderung der „Befreiung“ Georgiens, der Ukraine, Aserbeidjans nichts anderes darstellt als die englische imperialistische Randstaatenpolitik, die den Zweck verfolgt, die Einfallstore Rußlands in die Hände des Weltkapitals zu bringen, Sowjetrußland die Ölquellen und die Kornkammern zu entreißen, um es zur Kapitulation zu zwingen. Aber damit enden nicht die nichts-

würdigen Vorschläge der Zweiten und Zweieinhalb-Internationalen. Sie erweitert die „Basis der Verständigung“, indem sie die Aufhebung der proletarischen Diktatur in dem übrigen Rußland fordert. Sie tut das in der schlichten Form, indem sie die „Freiheit“ für die sogenannten „sozialistischen Parteien“ reklamiert. „Die Freiheit“ der Agitation für die S.-R., die offene, eingeschworene Gegner Sowjetrußlands, rücksichtslose Anhänger der bürgerlichen Demokratie sind. Freiheit der Agitation für die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die offen und klar erklären, daß die neue ökonomische Politik kein Halt machen würde bei den ökonomischen Zugeständnissen an die Bourgeoisie, daß die Sowjetregierung verpflichtet ist, politische Zugeständnisse der Bourgeoisie zu machen. In diesen Umständen bedeutet die Forderung der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale nichts anderes als eben die Forderung, daß die Sowjetregierung ihre Kapitulation vor der Bourgeoisie beginne, denn es ist klar, daß in dem Moment, wo unter der Flagge des Sozialismus Parteien eine offene Tätigkeit entfalten werden, die sich die Rückkehr zum Kapitalismus und zur bürgerlichen Demokratie zum Ziele stellen, sie sofort zum Organisationszentrum aller bürgerlichen konterrevolutionären Tendenzen werden. Das verstehen ausgezeichnet die klügsten Vertreter der kapitalistischen Reaktion. Seit dem Moment der Zertrümmerung der weißgardistischen Organisationen der Junker und Kapitalisten, seit der Niederlage Wrangels, erklärt sich Miljukow für eine Koalition mit den Sozialrevolutionären, den Schützlingen der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale, die sich ihrerseits nicht nur in einer faktischen Koalition mit Miljukow, sondern auch in einer Koalition mit den Menschewiki befinden. Daß das alles, was wir sagen, keine Auslegung des Sinnes der Forderungen der Zweiten und Zweieinhalb-Internationalen ist, sondern daß dies eine bewußte Politik ist, das zeigt am besten ein redaktioneller Artikel des „Sozialistischen Boten“, des Organs der Menschewiki, der kühl und offen erklärt, daß, solange der Bolschewismus keine Schlüsse gezogen hat aus seiner neuen Lage in Rußland und nicht übergegangen sei auf die Position eines sehr gemäßigten Sozialismus, für ihn kein Platz sei in der Einheitsfront des europäischen Proletariats. (Siehe Nr. 11 vom 3. Juni.)

Die Antwort der Zweiten und Zweieinhalb-Internationalen lautete also zusammengefaßt: Wir, die Zweite und Zweieinhalb-Internationale, wir können nicht einmal in der Defensive kämpfen gegen den Angriff des Weltkapitals. Wir können weder gegen die Reparations-Politik der Alliierten, noch gegen den Versuch der Entente, die Errungenschaften der russischen Revolution zu vernichten, ankämpfen. Umgekehrt, wir sind der Meinung, daß die deutsche Arbeiterklasse solange unter den Reparationslasten zu ächzen hat, bis die Kapitalisten selbst die Notwendigkeit der Revision des Versailler Friedens einsehen werden. Was Rußland anbetrifft, so soll es aufhören, sich zu kaprizieren, die Nationalisierung der Industrie aufrecht zu erhalten, es soll seinen Frieden mit den Kapitalisten schließen, die Demokratie einführen und dann gemäß seiner sozialen Zurückgebliebenheit gemäßigten Sozialismus treiben, wie ihn die Herren Macdonald, Henderson, treiben, oder noch krasser, mit den Worten des „Sozialistischen Boten“ gesprochen, sogar ein solcher gemäßigter Sozialismus ist für Rußland noch zuviel des Guten. Die russischen Kommunisten sollen in der Einheitsfront eigentlich den rechten Flügel einnehmen. Diese Antwort der Zweiten und Zweieinhalb-Internationalen hat gezeigt, daß, so weit es sich um die Führer der westeuropäischen reformistischen Bewegung handelt, von einer Einheitsfront zum Kampfe gegen das Kapital keine Rede sein konnte, aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht nur an keinen Kampf dachten, sondern umgekehrt, als Schrittmacher des Weltkapitals das Aufgeben der wichtigsten Positionen der europäischen Arbeiterklasse als Bedingung der Einheitsfront forderten.

Wer diesen Sinn der Antwort der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale nicht verstand, dem mußte er klar werden auf Grund des Verhaltens der Parteien dieser zwei Gruppierungen während der Genueser Konferenz, wo sie der um die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution kämpfenden Sowjetdelegation in den Rücken fielen. Eine Reihe von Parteien der Zweiten Internationale, wie die schwedische und die deutsche Sozialdemokratie, stellten an Sowjetrußland im Interesse ihrer Bourgeoisie Forderungen, die die russische Arbeiterklasse für Jahrzehnte mit Tributen zu-

gunsten des Auslandskapitals belasten sollten. Die schwedische und die deutsche Regierung forderten in den Sonderverhandlungen mit Sowjetrußland die Entschädigung der durch die Revolution geschädigten Kapitalisten. Und es bedurfte erst der Angst, daß die Sowjetrepublik ein Sonderabkommen mit der Entente schließen könnte, um die Diplomatie der deutschen Regierung, in der die deutsche Sozialdemokratie sitzt, dazu zu bringen, den Frieden mit Sowjetrußland abzuschließen unter der Bedingung, daß die deutschen Kapitalisten aller der Wohltaten teilhaftig werden, die die Regierungen der Entente aus Rußland auspressen werden. Aber sogar gegen die für diesen Preis errungene Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wandte sich die deutsche Sozialdemokratie. Es wird eine historische Tatsache bleiben, die wie mit Blitzlicht die ganze internationale Lage des Proletariats beleuchtet, daß das Zentrum des Widerstandes gegen die einfache Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland Ebert, der frühere Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie und der jetzige Präsident der deutschen bürgerlichen Republik, war.

II.

Der Bruch kam zustande, als die Zweite Internationale offen und klar sich gegen die Abhaltung eines internationalen Arbeiterkongresses aussprach, solange die Kommunistische Internationale nicht auf ihre Forderungen eingehe, die nichts anderes bedeuteten, als die Forderung der Kapitulation der Sowjetregierung, was ein sehr schöner Preis wäre für die Einberufung eines Kongresses zum Zwecke der Aufrichtung der allgemeinen Front des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive.

Die Kommunistische Internationale hatte die Wahl, entweder klar den Tatsachen in die Augen zu schauen, die besagten, daß die internationale einheitliche Front des Proletariats erst erkämpft werden muß gegen die Führer der Parteien der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale, oder sie hatte sich schuldig zu machen der Vertuschung der Lage, der Schaffung von Illusionen, deren Zerstörung die Vorbedingung einer wirklichen Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse ist. Die Zweite Internationale hoffte auf den Bruch. Sie steht in England und in Holland vor den Wahlen, in

Deutschland inmitten einer schweren inneren Krise. Sie kann sich nirgends den Luxus erlauben, Hand in Hand mit den revolutionären Arbeitern auch nur auf einer Parade aufzutreten, denn dadurch verdirbt sie sich das Verhältnis zum Bürgertum. Und wo die Situation wie in Deutschland brenzlich ist, fürchtet sie, dem Teufel den Finger zu reichen, was die Gefahr in sich birgt, daß sie ihm die Hand zu reichen genötigt sein wird.

Die Zweieinhalb-Internationale war für das Vertuschungsspiel. Nicht nur, weil die Existenz der Neunerkommission ihr eine Bedeutung gab, die sonst dieser vollkommen ideenlosen Organisation fehlt, sondern auch, weil sie glaubte, durch die Neunerkommission auf die Kommunistische Internationale drücken zu können. In dem schon zitierten Artikel des „Sozialistischen Boten“, des Organs der Menschewiki, erklärt der Verfasser des redaktionellen Artikels: Die Neunerkommission sollte den Boden bilden, auf dem die Herren der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale auf die Sowjetregierung zu drängen gedachten, um von ihr möglichst große Zugeständnisse für die kleinbürgerlichen sogenannten sozialistischen Parteien in Rußland zu erlangen. Sie glaubten, die Sowjetregierung ködern zu können mit der langsamen Bekehrung der Zweiten Internationale zu der Idee des allgemeinen proletarischen Kongresses, wofür dann die Kommunistische Internationale als Preis Zugeständnisse für die Menschewiki und S.-R. machen mußte. Die Kommunistische Internationale nahm die Sachlage, wie sie ist, nämlich sie stellte fest, daß die Zweite Internationale die Einheitsfront für den Kampf nicht will, was am krassesten zum Ausdruck kommt in dem Widerstand gegen die Einberufung des proletarischen Weltkongresses im Moment der konzentrierten Offensive des Kapitals. Dies galt es, den Arbeitermassen zum Bewußtsein zu bringen, und darum trat die Kommunistische Internationale aus der Neunerkommission aus, um das Kampffeld frei zu machen für den Kampf um die proletarische Einheitsfront.

III.

Wir haben hinter uns die erste Phase des internationalen Kampfes um die Einheitsfront. Damit, daß sich die Kommunistische Internationale für die Taktik der Einheitsfront unter dem Druck der ganzen internationalen Situation der Arbeiterbewegung entschlossen hatte, war noch mit keinem Wort gesagt, in welcher Form

der Kampf um die Einheitsfront durchzuführen sein würde. Als zuerst der Gedanke der Losung eines internationalen Kongresses in der Diskussion auftauchte, war eine Anzahl von Genossen gegen diese Losung, indem sie darauf hinwies, daß international die reformistischen Parteien keineswegs sich unter einem gleichen Druck der Massen befinden, daß es darum verfehlt sei, einen internationalen Kongreß als den Weg zur Einheitsfront zu wählen. Aber die Einberufung der Genueser Konferenz, die der Offensive des Kapitals einen internationalen Ausdruck gewährte, entschied für die Forderung der Einberufung eines Weltkongresses. Das Zustandekommen der Berliner Konferenz der drei Exekutiven zeigte, daß der Druck der Arbeitermassen auf die reformistischen Parteien stark genug war, um es ihnen unmöglich zu machen, ohne weiteres den Vorschlag einer gemeinsamen Konferenz abzulehnen. Ihr Verhalten auf der Konferenz zeigte aber, daß dieser Druck zu schwach war, um sie zu zwingen, auch nur einen Schritt auf dem Wege des wirklichen Kampfes zu machen. Somit bleibt als Ergebnis der Berliner Konferenz die Erkenntnis, daß der Kampf um die Einheitsfront zuerst mit voller Kraft in den einzelnen Ländern geführt werden muß, bis es möglich sein wird, zu versuchen, durch die Blockierung mit der reformistischen Internationale die Arbeiterklasse auch nur für ihre nächsten unmittelbaren Interessen international ins Treffen zu führen. Als internationaler Faktor, der seine Bemühungen zweckbewußt auf die nächsten Aufgaben konzentriert, existiert das Weltproletariat in diesem Moment nicht. Diese traurige Tatsache ist klar festzustellen, denn sie bildet den Ausgangspunkt unseres weiteren Kampfes. Diesen Kampf führt im internationalen Maßstab einstweilen nur der Vortrupp der Arbeiterklasse, die Kommunistische Internationale. Sogar im Kampfe um die Ausnutzung der Demokratie zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse haben die Zweite und die Zweieinhalb-Internationale vollkommen versagt. Aber dies bedeutet keineswegs, daß wir entmutigt sein sollen. In einer ganzen Reihe von Ländern stehen wir in aussichtsreichsten Kämpfen, so in Deutschland, in der Tschechoslowakei und in Italien. Die Angst

der deutschen Sozialdemokratie vor der Einheitsfront bildet den besten Beweis dafür, wie brenzlich die Lage in Deutschland ist. Und der neue Sturm, der über Deutschland losbrach in dem Moment, wo wir diese Worte schreiben, zeigt, wie der Sturmwind der Geschichte die Illusionen der deutschen Arbeiterklasse auseinandertreiben wird. Mag die Sozialdemokratie versuchen, die Arbeiterklasse zu ködern mit dem Trugbild einer republikanischen Einheitsfront von den Zentrums magnaten über die demokratischen Bankiers bis zu den unabhängigen Arbeitern. Die Zentrums kapitalisten und die demokratischen Börsenjobber werden schon dafür sorgen, daß diese Illusionen schneller zerflattern, als sie entstehen. Dann werden die sozialdemokratischen Arbeiter einsehen: entweder Einheitsfront des Proletariats oder Kapitulation vor der monarchistischen Reaktion, hinter der nicht nur das Junkertum, sondern auch die Schwerindustrie steht. In Italien hat Serrati sein Damaskus erlebt. Was wir ihm vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Die Darragona und Turati haben an dem Tage gesiegt, als er mit der Kommunistischen Internationale brach in der Ueberzeugung, daß es ihm dann gelingen werde, ohne den unangenehmen Druck der Kommunistischen Internationale, langsam, aber sicher vorzurücken. Der Zusammenbruch Serratis wird die Kommunistische Partei zum Zentrum der Arbeiterbewegung machen, wenn sie es verstehen wird, die doktrinären Eierschalen abzustreifen und mutig und einheitlich in den Kampf zu ziehen für die proletarische Einheitsfront. In der Tschechoslowakei geht das große Sterben der Sozialdemokratie unabwendbar vor sich und gleichzeitig der Prozeß der Radikalisierung der Arbeiterklasse und eines Teiles der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen. Auch hier wird die Kommunistische Partei die Arbeitermassen um sich sammeln.

Angesichts dessen hat die Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale vollkommen richtig gehandelt, als sie nach der Berliner Konferenz und nach dem Scheitern ihrer Bemühungen die Losung ausgab: Erst recht für die Einheitsfront des Proletariats!

Moskau, den 29. Juni 1922.

Karl Radek.

Unter der Fahne des Marxismus.

In der dritten Nummer der neuen russischen Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“, die sich den Kampf für die materialistische Weltanschauung zur Aufgabe gestellt hat, schreibt Genosse Lenin folgendes:

Ueber die allgemeinen Aufgaben der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ hat Genosse Trotzki in Nr. 1-2 bereits alles Wesentliche hervorgehoben, und zwar in vortrefflicher Form.

Ich möchte nur bei einigen derjenigen Fragen verweilen, die den Inhalt und das Programm dessen betreffen, was die Redaktion der Zeitschrift in ihrem, der ersten Nummer vorausgeschickten Geleitwort als ihre Aufgabe bezeichnet hat.

Das Geleitwort weist darauf hin, daß die um die Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ sich gruppierenden Mitarbeiter zwar nicht durchweg Kommunisten, wohl aber alle folgerichtige Materialisten sind. Mir scheint, daß ein solches Bündnis von Kommunisten und Nichtkommunisten unbedingt notwendig ist, die Zeitschrift somit ein richtiges Ziel verfolgt. Einer der größten und gefährlichsten Irrtümer der Kommunisten (wie überhaupt der Revolutionäre, die die große Revolution erfolgreich eingeleitet haben) ist die Vorstellung, es könnte die Revolution ausschließlich das Werk der Revolutionäre sein. Umgekehrt: Zum Erfolg einer jeden ernst revolutionären Tätigkeit ist es unbedingt notwendig, zu verstehen, daß die Rolle der Revolutionäre lediglich die einer Avantgarde der wirklich lebensfähigen und fortgeschrittenen Klasse ist. Diese Erkenntnis muß auch durch die Tat verwirklicht werden. Die Avantgarde erfüllt nur dann ihre Aufgabe, wenn sie es versteht, die Verbindung mit den von ihr geführten Massen nicht nur nicht zu verlieren, sondern die ganze Masse wirklich vorwärts zu bringen. Ohne ein, sich auf die verschiedensten Betätigunggebiete erstreckendes Bündnis mit Nichtkommunisten kann von irgend einem erfolgreichen kommunistischen Aufbau keine Rede sein.

Das gilt auch für diejenige Tätigkeit, die die Verteidigung des Materialismus und Marxismus zum Ziele hat, für das Ziel, das sich die Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxis-

mus“ gesetzt hat. Glücklicherweise besitzen die wichtigsten Richtungen der fortschrittlichen gesellschaftlichen Ideologie Rußlands eine solide materialistische Tradition. Ganz zu schweigen von G. W. Plechanow, genügt es, auf Tschernitschewski hinzuweisen, dessen Lehren die heutigen Volkstümler (Volkssozialisten, Sozialrevolutionäre u. dgl.), reaktionären philosophischen Moderationen nachjagend, mehr als einmal vernachlässigten, indem sie sich dem Phantom eines vermeintlich „letzten Wortes“ europäischer Wissenschaft ergaben und sich damit unfähig erwiesen, das hinter diesem Phantom in der einen oder anderen Form verborgene Lakaientum der Bourgeoisie und das Kriechen vor Vorurteilen, d. h. die bourgeoise Reaktion zu erkennen.

Auf jeden Fall haben wir in Rußland unter den Nichtkommunisten Materialisten und werden solche zweifellos noch lange haben. Es ist daher unsere unbedingte Pflicht, alle Anhänger des konsequenten und kriegerischen Materialismus zum Kampfe gegen die philosophische Reaktion und die philosophischen Vorurteile der sogenannten „gebildeten Gesellschaft“ zu gemeinsamer Arbeit heranzuziehen. Dietzgen-Vater, der nicht zu verwechseln ist mit seinem Sohn, einem ebenso anspruchsvollen wie ungeschickten Literaten, hat die Grundauffassung des Marxismus über die in bourgeoisen Ländern herrschenden und unter deren Gelehrten und Schriftstellern verbreiteten philosophischen Richtungen richtig, klar und scharf gekennzeichnet, wenn er erklärte, daß die Professoren der Philosophie in der gegenwärtigen Gesellschaft in ihrer Mehrheit nichts anderes als „diplomierte Lakaien des Pfaffentums“ darstellen.

Unsere russischen Intellektuellen, die sich — wie übrigens auch ihre Kollegen in allen anderen Ländern — mit Vorliebe fortschrittlich nennen, sehen es sehr ungern, wenn die Diskussion in der durch die Worte Dietzgens charakterisierten Richtung geführt wird. Das paßt ihnen aber lediglich darum nicht, weil ihnen die Wahrheit ein widerliches Ding ist. Es genügt, auch nur oberflächlich die staatliche und wirtschaftliche Abhängigkeit der Gebildeten von der herrschenden Bour-

geoisie, ihre Abhängigkeit von deren Lebensart und ihre sonstige Abhängigkeit zu betrachten, um die unbedingte Berechtigung der ätzenden Charakteristik Dietzgens einzusehen. Es genügt, auf die überwiegende Mehrheit der in allen Ländern immer wieder entstehenden Moderichtungen, angefangen von den an die Entdeckung des Radiums sich knüpfenden bis zu den sich heute an Einstein klammernden hinzuweisen, um sich eine Vorstellung von dem Zusammenhang der Klasseninteressen der Bourgeoisie mit ihrer Klassenlage, der Unterstützung jeder Art von Religion durch die Bourgeoisie und dem ideellen Gehalt philosophischer Moderichtungen zu machen.

Daraus folgt, daß eine Zeitschrift, die sich zum Ziel setzt, das Organ eines kriegerischen Materialismus zu sein, in erster Linie ein Kampforgan im Sinne einer beharrlichen Entlarvung und Verfolgung aller gegenwärtigen „diplomierten Lakaien des Pfaffentums“ sein muß, gleichgültig, ob sie nun in der Eigenschaft von Vertretern der offiziellen Wissenschaft oder als Freischützen, die sich demokratisch-radikale oder sozialistische Schriftsteller nennen, auftreten.

Zum zweiten muß eine solche Zeitschrift ein Organ des kriegerischen Atheismus sein. Wir haben zwar Ressorts, zum mindestens gewisse staatliche Institutionen, die sich damit befassen. Indessen geschieht dies äußerst träge und äußerst ungenügend. Es scheint, daß sich auch hierin der Druck der mit unserem echtrussischen (wenn auch sowjetistischen) Bürokratismus verbundenen allgemeinen Verhältnisse geltend macht. Es ist daher von größter Wichtigkeit, daß zur Unterstützung, Verbesserung und Belebung der entsprechenden staatlichen Institutionen die Zeitschrift, die den Zweck verfolgt, ein Organ des kriegerischen Materialismus zu sein, auch einen unermüdlichen Kampf für den Atheismus führe, ihm eine unermüdliche Propaganda widme. Die entsprechende gesamte, in allen Sprachen erscheinende Literatur muß aufmerksam verfolgt und alles auf diesem Gebiete irgendwie Wertvolle übersetzt oder mindestens muß darüber referiert werden.

Schon vor langer Zeit hat Engels den Führern des modernen Proletariats zur Massenverbreitung unter den Volksmassen das

Uebersetzen der polemischen atheistischen Literatur vom Ende des 18. Jahrhunderts empfohlen. Zu unserer Schande müssen wir gestehen, daß wir dies bisher noch nicht getan haben. (Einer der zahlreichen Beweise dafür, daß es viel leichter ist, in einer revolutionären Epoche die Macht zu erobern, als sie richtig auszunützen). Zuweilen wird diese unsere Trägheit, Untätigkeit und Unfähigkeit durch allerhand „erhabene“ Gründe gerechtfertigt, so z. B., indem man behauptet, die alte atheistische Literatur des 18. Jahrhunderts, sei „veraltet, unwissenschaftlich, naiv“ und dergleichen mehr. Es gibt nichts Schlimmeres als dergleichen scheinbar gelehrte Sophismen, die entweder Pedanterie oder eine vollkommene Unkenntnis des Marxismus verhüllen. Gewiß findet sich in den atheistischen Schriften der Revolutionäre des 18. Jahrhunderts mancherlei Unwissenschaftliches und Naives. Niemand verbietet jedoch den Herausgebern solcher Werke, sie zu kürzen und mit kurzen Nachworten und Hinweisen auf den Fortschritt, den die Menschheit seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in der wissenschaftlichen Religionskritik gemacht hat, ferner mit Hinweisen auf verschiedene neuerschienene Arbeiten usw. zu versehen. Es wäre einer der größten und schlimmsten Irrtümer, deren ein Marxist sich schuldig machen könnte, zu meinen, die viele Millionen umfassenden Volksmassen (besonders der Bauern und Kleinhandwerker), die die gesamte gegenwärtige Gesellschaft zu Unwissenheit und geistiger Finsternis verdammt und im Banne von Vorurteilen hält, könnten aus ihrer Ohnmacht nur auf dem direkten Wege einer rein marxistischen Aufklärung herauskommen. Die atheistische Propaganda muß in der allermännigfaltigsten Form unter diese Massen getragen werden. Sie müssen mit Tatsachen der aller verschiedensten Gebiete des menschlichen Daseins bekannt gemacht werden. Zur Weckung ihres Interesses für den Atheismus, zur Verscheuchung ihres religiösen Wahns muß man verstehen, an sie bald auf die eine, bald auf die andere Art heranzutreten, sie von den verschiedensten Seiten her zu packen, unter Anwendung der verschiedensten Methoden aufzurütteln und dergleichen mehr.

Die streitlustige, lebendige, talentvolle, geistreiche und offen das herrschende Pfaffen-

tum attackierende Publizistik der alten Atheisten des 18. Jahrhunderts wird sich zur Erweckung der Menschen aus ihren religiösen Träumen immer von neuem tausendmal geeigneter erweisen als die langweiligen, trockenen, durch keinerlei geschickt gewählte Tatsachen erläuterten marxistischen Wiederholungen, welche in unserer Literatur vorwiegen und — machen wir aus unserem Herzen keine Mördergrube — nur allzu häufig den Marxismus entstellen. Fast alle bedeutenderen Werke Marx' und Engels' sind von uns übersetzt. Es liegt daher auch nicht der geringste Grund zur Befürchtung vor, es könnte der alte Atheismus und Materialismus uns um die von Marx und Engels gegebenen Verbesserungen bringen. Das Wichtigste — das vergessen gerade unsere vermeintlich marxistischen, in Wirklichkeit aber den Marxismus entstellenden Kommunisten gerade am allerhäufigsten — besteht doch darin, gerade die noch gänzlich unentwickelten Massen für eine bewußte Einstellung den religiösen Fragen gegenüber und eine vorurteilsfreie Religionskritik zu interessieren.

Und nun betrachten wir einmal die andere Seite, die Vertreter der modernen Religionskritik. Fast durchweg „ergänzen“ die Vertreter der gebildeten Bourgeoisie ihre von ihnen selbst gegebene Widerlegung religiöser Vorurteile durch solche Argumente, die sie unmittelbar als ideelle Sklaven der Bourgeoisie, als „diplomierte Lakaien des Pfaffentums“ entlarven.

Zwei Beispiele. Professor R. J. Wipper ließ im Jahre 1918 ein Büchlein unter dem Titel „Der Ursprung des Christentums“ erscheinen (Verlag „Pharos“, Moskau). Nachdem der Verfasser über die wichtigsten Ergebnisse moderner Wissenschaft referiert hat, verzichtet er im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen nicht nur auf jeden Kampf gegen die Existenz von Vorurteilen und Schwindeleien, deren sich die Kirche als politisches Kampfmittel bedient, weicht er diesen Fragen nicht nur aus, sondern erhebt noch überdies den lächerlichen und reaktionären Anspruch, über beiden „Extremen“, dem idealistischen wie dem materialistischen, zu stehen. Was stellt das anderes dar als eine Unterstützung der herrschenden Bourgeoisie, die Hunderte Milli-

onen von Rubeln von dem aus den werktätigen Massen herausgepreßten Profit zur Erhaltung der Religion verwendet!

Der bekannte deutsche Gelehrte Arthur Drews erklärt sich in seinem Buche „Die Christusmythe“ nach anfänglicher Widerlegung religiöser Vorurteile und Märchen und dem Nachweis, daß es einen Christus niemals gegeben habe, für die Religion, natürlich für eine renovierte, zurechtgeputzte, verklausulierte, eine Religion, die fähig wäre, „der täglich mehr und mehr anschwellenden naturalistischen Strömung“ zu widerstehen (S. 238 der IV. Aufl. 1910).

In Drews haben wir schon einen geradlinigen, bewußten, offen die Ausbeuter beim Ersetzen alter und verfaulter religiöser Vorurteile durch neue, noch widerlichere und gemeinere Vorurteile unterstützenden Reaktionsär vor uns.

Daraus folgt mit nichten, daß eine Uebersetzung Drews ins Russische unnötig sei. Daraus folgt nur, daß die Kommunisten, wie alle konsequenten Materialisten, bei dem innerhalb gewisser Schranken mit dem progressiven Teil der Bourgeoisie zu verwirklichenden Bündnis die Bourgeoisie, sowie sie reaktionär wird, unermüdlich zu entlarven haben. Weiter folgt daraus, daß ein Ausweichen vor einem Bündnis mit den Vertretern der Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts, also jener Epoche, da die Bourgeoisie noch revolutionär war, einem Verrate am Marxismus und Materialismus gleichkäme; aber im Kampf gegen den herrschenden religiösen Obskurantismus ist auch ein „Bündnis“ mit den Drews, in welcher Form, in welchem Maße auch immer, eine unbedingte Pflicht.

Die Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ muß als Organ des kriegerischen Materialismus der atheistischen Propaganda, der Zusammenstellung von Uebersichten entsprechender literarischer Erzeugnisse und der Beseitigung der gewaltigen Mängel unserer diesbezüglichen staatlichen Tätigkeit viel Platz einräumen. Besonders wichtig ist die Verwertung von Werken und Broschüren, die viel konkretes Tatsachenmaterial und den Zusammenhang der Klasseninteressen und Klassenorganisationen der modernen Bourgeoisie mit religiösen Institutionen und religiöser

Propaganda nachweisende Betrachtungen enthalten.

Außerst wichtig sind alle auf die Vereinigten Staaten Nordamerikas bezüglichen Tatsachen. In den Vereinigten Staaten tritt zwar die offizielle, amtliche, staatliche Abhängigkeit der Religion vom Kapital weniger prägnant hervor, dafür zeigt sich aber dort um so klarer, daß die sogenannte moderne Demokratie (vor welcher die Menschewiki, S.-R. und teilweise auch die Anarchisten allen Forderungen der Vernunft zum Trotz auf dem Bauche herumrutschen) nichts anderes darstellt als die Freiheit, das zu predigen, was der Bourgeoisie vorteilhaft erscheint. Vorteilhaft aber für die Bourgeoisie ist Predigen allerrevolutionärster Ideen, ist Religion, ist Obskurantismus, ist Rechtfertigung der Ausbeutung und dergleichen mehr.

Man darf wohl erwarten, daß die Zeitschrift, als Organ eines kriegerischen Materialismus, dem lesenden Publikum auch Uebersichten über atheistische Literatur zu bieten in der Lage sein wird. Solche Uebersichten müßten mit Hinweisen auf den Charakter des Leserkreises, dem sie sich anpassen, desgleichen auf die Eignung des einen oder anderen Werks zu diesem oder jenem Zweck, wie endlich darauf, was bei uns schon erschienen ist (unter den erschienenen sind nur mehr oder weniger gute Uebersetzungen, deren es bei uns nicht allzu viele gibt, gemeint), und was noch erscheinen müßte, versehen sein.

Nicht minder wichtig, wenn nicht gar wichtiger als ein Bündnis mit konsequenten, nicht der kommunistischen Partei angehörenden Materialisten ist für das von einem kriegerischen Materialismus angestrebte Ziel ein Bündnis mit solchen Vertretern der modernen Naturwissenschaft, die zum Materialismus hinneigen und sich nicht scheuen, ihn gegen die Ansprüche der in der sogenannten „gebildeten Gesellschaft“ immer wieder sich breit machenden, nach der Seite des Idealismus und Skeptizismus hinneigenden modernen philosophischen Schwankungen zu verteidigen.

Der in der ersten Nummer der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ erschienene Artikel A. Timirjasews über die Relativitätstheorie Einsteins läßt uns hoffen, daß es der Zeitschrift gelingen wird, auch dieses

zweite Bündnis zu verwirklichen. Man muß ihm eine viel größere Aufmerksamkeit widmen und sich dabei immer wieder vergegenwärtigen, daß gerade der in der modernen Naturwissenschaft eingetretene scharfe Umschwung aus sich heraus immer wieder reaktionäre philosophische Schulen und Richtungen gebiert. Aufmerksames Verfolgen all der Fragen, die die neueste Revolution auf dem Gebiete der Naturwissenschaft aufwirft, sowie die Heranziehung von Naturwissenschaftlern zur Mitarbeit an unserer philosophischen Zeitschrift ist daher eine Aufgabe, ohne deren Lösung ein kriegerischer Materialismus weder kriegerisch noch materialistisch sein wird. Wenn Timirjasew in der ersten Nummer der Zeitschrift sich genötigt sah, zu konstatieren, daß mit der Theorie Einsteins, der, soweit es seine eigene Person betrifft, den Worten Timirjasews nach keinerlei aktive Kampagne gegen die Grundlagen des Materialismus führt, schon eine ungeheure Menge bourgeoisere Vertreter unter den Intellektuellen aller Länder sympathisiert, so gilt das nicht nur für Einstein, sondern seit dem Ende des XIX. Jahrhunderts für eine ganze Reihe, wenn nicht die Mehrheit aller großen Umwälzungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaft.

Wollen wir also einer solchen Erscheinung gegenüber bewußte Stellungnahme üben, müssen wir begreifen, daß ohne eine solide philosophische Grundlage keine wie immer geartete Naturwissenschaft, kein wie immer gearteter Materialismus den Kampf gegen den Einfluß bourgeoisere Ideen und die Wiederherstellung der bourgeoisere Weltanschauung zu bestehen imstande sein wird. Um diesen Kampf zu bestehen und zum erfolgreichen Ende zu führen, muß ein Naturforscher moderner Materialist, bewußter Anhänger des von Marx vertretenen Materialismus, d. h. er muß dialektischer Materialist sein. Zu diesem Zwecke müssen die Mitarbeiter der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ ein systematisches, von materialistischen Gesichtspunkten geleitetes Studium der Dialektik Hegels organisieren, jener Dialektik, die Marx konkret sowohl in seinem „Kapital“ als auch in seinen historischen und politischen Schriften mit soviel Erfolg angewandt hat, so daß jeder Tag des Erwachens zum Leben und des Kampfes immer neuer Klassen des Ostens

(Japan, Indien, China) — jener Hunderte von Millionen Menschen, die den größten Teil der Bevölkerung der Erde ausmachen und durch ihre historische Untätigkeit, ihren historischen Schlaf bisher den Stillstand und die Fäulnis vieler fortschrittlicher Staaten Europas bedingt haben —, jeder Tag des Erwachens solcher neuen Völker und Klassen, sage ich, die Richtigkeit des Marxismus immer aufs neue bestätigt.

Gewiß ist ein solches Studium, ein solches Erläutern, eine solche Propaganda Hegelscher Dialektik keine leichte Sache, und die ersten Versuche in dieser Richtung werden zweifellos mit Fehlern behaftet sein. Doch fehlerfrei ist nur der, der nichts tut. Indem wir der von Marx befolgten Methode der Anwendung der materialistisch erfaßten Dialektik Hegels folgen, können und müssen wir diese Dialektik nach allen Richtungen hin fortentwickeln, in unserer Zeitschrift aus den wichtigsten Werken Hegels Auszüge publizieren und unter Anführung von Beispielen der Anwendung der Dialektik bei Marx wie auch von Beispielen ökonomischer und politischer Dialektik, wie sie uns die moderne Geschichte, besonders der moderne imperialistische Krieg und die Revolution in so ungewöhnlich reichem Maße bieten, diese Hegelsche Dialektik in die Sprache des Materialisten übersetzen. Die Redakteure und Mitarbeiter der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ hätten unseres Erachtens eine Art „Gesellschaft materialistischer Freunde der Hegelschen Dialektik“ zu sein. Der moderne Naturforscher wird in der materialistisch erfaßten Dialektik Hegels (wenn er fähig ist, zu suchen, und wir es lernen werden, ihm hierbei behilflich zu sein) eine ganze Reihe von Antworten auf jene philosophischen Fragen finden, die die gegenwärtige Revolution in der Naturwissenschaft aufwirft, und die die Anbeter bourgeoiser Moden sich auf die Seite der Reaktion schlagen läßt.

Will der Materialismus ein kriegerischer Materialismus sein, so muß er sich eine solche Aufgabe stellen und an deren Lösung systematisch arbeiten. Tut er es nicht, so wird er, um einen Ausdruck Schtschedrins zu gebrauchen, kein niederringender, sondern ein **niedergerungener Materialismus** sein.

Vernachlässigen die hervorragenden Naturforscher den dialektischen Materialismus auch in Zukunft ebenso hartnäckig, wie sie es bisher getan haben, so werden sie in ihren philosophischen Folgerungen und Verallgemeinerungen auch weiterhin hilflos dastehen. Denn die Naturwissenschaft entwickelt sich so schnell und macht dabei auf allen Gebieten eine so tiefgehende revolutionäre Gärung durch, daß sie ohne entsprechende philosophische Verallgemeinerungen unter keinen Umständen wird weiterkommen können.

Schließlich möchte ich noch etwas erwähnen, was, wenn es auch nicht dem Gebiete der Philosophie angehört, doch ins Gebiet derjenigen gesellschaftlichen Fragen fällt, denen die Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ ebenfalls ihre Aufmerksamkeit widmen will.

Es handelt sich um eine Illustration der Art und Weise, wie die moderne „Wissenschaft“ in Wahrheit der Vermittlung größter und gemeinster reaktionärer Ansichten dient.

Kürzlich sandte man mir die Zeitschrift „Der Oekonomist“ Nr. 1 (1922), die von der XI. Abteilung der „Russischen Technischen Gesellschaft“ herausgegeben wird. Der jugendliche Kommunist, der mir diese Zeitschrift übersandt hat (und wahrscheinlich keine Zeit gehabt hat, sich mit dem Inhalt der Zeitschrift vertraut zu machen), hat sich unvorsichtigerweise über die Zeitschrift sehr lobend ausgesprochen. In Wirklichkeit stellt dagegen diese Zeitschrift — ich weiß nicht, inwieweit bewußt — ein Organ moderner, sich natürlich unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit, des Demokratismus und dergl. mehr versteckender Anhänger der Leibeigenschaft dar.

Ein gewisser Herr T. A. Sorokin bringt in dieser Zeitschrift weitschweifige „soziologische“ Untersuchungen „über den Einfluß des Krieges“. Der gelehrte Artikel strotzt geradezu von Hinweisen auf die „soziologischen“ Werke des Verfassers und seiner zahlreichen ausländischen Lehrer und Kollegen. Seine Gelehrsamkeit sieht nun folgendermaßen aus:

Seite 83 z. B. lese ich:

„Auf 10 000 Ehen kommen gegenwärtig in Petrograd 92,2 Ehescheidungen (eine phantastische Zahl), wobei von 100 geschiedenen Ehen 51,1 Prozent von einer Dauer unter einem Jahre waren, davon 11 Prozent unter einem Monat,

22 Prozent unter zwei Monaten, 41 Proz. unter drei bis sechs Monaten und nur 26 Prozent über sechs Monaten dauerten. Diese Zahlen beweisen, daß die moderne legale Ehe nichts anderes darstellt als einen Mantel, unter dem sich in Wahrheit außereheliche geschlechtliche Beziehungen verbergen und mit dessen Hilfe Liebhabern von „Erdbeeren“ die Möglichkeit gegeben ist, auf „gesetzlichem“ Wege ihren Appetit zu befriedigen.“ (Vgl. „Oekonomist“ Nr. 1 S. 83.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl dieser Herr selbst als auch jene „Russische Technische Gesellschaft“, die die Zeitschrift herausgibt und mit dergleichen Betrachtungen anfüllt, sich zu Anhängern der Demokratie zählen und höchst beleidigt tun werden, wenn man sie als das bezeichnet, was sie in der Tat sind, nämlich als Anhänger der Leibeigenschaft, als Reaktionäre, als „diplomierten Lakaien des Pfaffentums“. Die aller oberflächlichste Bekanntschaft mit der die Ehescheidung und die Lage der außerehelichen Kinder betreffenden Gesetzgebung der bourgeoisen Länder wie mit der diesbezüglichen wirklichen Lage der Dinge zeigt jedem sich für diese Frage interessierenden Menschen, daß die gegenwärtige bourgeoise Demokratie sogar in den demokratischen bürgerlichen Republiken in ihrem Verhältnis zur Frau und den außerehelichen Kindern durchaus den Standpunkt der Leibeigenschaft vertritt.

Das hindert natürlich die Menschewiki, S.-R., einen Teil der Anarchisten und andere entsprechende Parteien des Westens nicht im geringsten, trotz alledem die Demokratie zu verhimmeln und über ihre Verletzung durch die Bolschewiki zu jammern. In Wahrheit stellt aber gerade die bolschewistische Revolution in bezug auf die Frage der Ehe, der Ehescheidung und die Lage der außerehelichen Kinder einzig und allein eine wirklich konsequente demokratische Revolution dar. Das gerade aber sind Fragen, die die Interessen mehr als der Hälfte der Bevölkerung eines beliebigen Landes in unmittelbarer Weise berühren. Erst die bolschewistische Revolution hat, obgleich ihr schon eine ganze Reihe von demokratisch sich nennenden bourgeoisen Revolutionen vorausgegangen waren, in der erwähnten Richtung sowohl gegen die Reak-

tion und die Leibeigenschaft als auch gegen die tägliche Heuchelei der regierenden und besitzenden Klassen einen entschiedenen Kampf durchgeföhrt.

Wenn 92 Ehescheidungen auf 10 000 Ehen Herrn Sorokin phantastisch hoch zu sein scheinen, so bleibt uns nur übrig, anzunehmen, daß der Verfasser entweder in einem so weit allem Leben entrückten Kloster gelebt hat und erzogen worden ist, daß an die Existenz eines solchen Klosters wohl kaum jemand glauben wird, oder aber, daß dieser Verfasser zugunsten der Reaktion und Bourgeoisie die Wahrheit entstellt. Jeder auch nur im geringsten mit den gesellschaftlichen Verhältnissen der bourgeoisen Länder vertraute Mensch weiß, daß die wirkliche Zahl der wirklichen Ehescheidungen (der von der Kirche und dem Gesetze natürlich nicht sanktionierten) überall eine unvergleichlich höhere ist. Rußland unterscheidet sich in dieser Hinsicht von den anderen Ländern lediglich dadurch, daß seine Gesetze die Heuchelei und die rechtlose Lage der Frau und ihres Kindes nicht beschönigen, sondern offen und im Namen der Staatsgewalt jeder Art von Heuchelei und Rechtlosigkeit einen systematischen Krieg erklären.

Eine marxistische Zeitschrift wird genötigt sein, auch gegen moderne „gebildete“ Anhänger der Leibeigenschaft dieser Sorte Krieg zu führen. Sicherlich bezieht bei uns ein großer Teil von ihnen sogar staatliches Honorar und befindet sich in staatlicher Stellung zum Zwecke der Aufklärung der Jugend, mögen sie sich dazu auch nicht besser eignen, als bewußte Schänder sich zur Rolle von Inspektoren an Mittelschulen eignen.

Die Arbeiterklasse Rußlands hat es verstanden, die Macht zu erobern, hat es aber noch nicht gelernt, sie auszunützen, andernfalls hätte sie derartige Pädagogen und Mitglieder gelehrter Gesellschaften schon längst allerhöflichst in die Länder der bourgeoisen „Demokratie“ hinauskomplimentiert. Dort ist für derartige Leibeigenschaftsapostel gerade der richtige Platz.

Sie wird es noch lernen, wenn nur der Wille zum Lernen vorhanden ist.

12. März 1922.

N. Lenin.

Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland.

I.

Die Taktik der Einheitsfront in Deutschland hat ihre ganz bestimmten Voraussetzungen, die ungefähr im Herbst 1920 klar sichtbar wurden.

Die hauptsächlichste Voraussetzung war erstens das Verschwinden der Arbeiterräte, die lange Zeit hindurch das Organ waren, durch das gemeinsame Aktionen der Arbeiterschaft durchgeführt werden konnten. Ein anderes Organ für einheitliche Aktionen der Arbeiterschaft waren in Berlin und anderen Orten schon während des Krieges die revolutionären Obleute gewesen. Die Voraussetzung für die Arbeiterräte und ihre Funktion als Leiter von Massenaktionen war die Erschütterung der Autorität der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei und der Belagerungszustand, der die gewöhnlichen Wege für die Leitung und Vorbereitung von Massenbewegungen sperrte. Von revolutionären Obleuten oder von Ansätzen zu Arbeiterräten wurde die Bewegung vom November 1918 vorbereitet. Revolutionäre Obleute leiteten die Januar-kämpfe 1919 in Berlin. Vom Berliner Arbeiter-rat wurde geleitet die Bewegung vom März 1919. In wenigen Monaten gelang es der Bourgeoisie im Bunde mit den Mehrheits-sozialisten, die Arbeiterräte niederzukämpfen oder zu einer leeren Atrappe zu machen. Andererseits eroberten die Gewerkschaften in kurzer Zeit wieder ihre moralische Autorität und nahmen die Leitung von Lohnbewegungen usw. in die Hand.

Die zweite Voraussetzung für die Taktik der Einheitsfront war die Aussicht auf eine lange Reihe von Teilkämpfen, die Einsicht, daß nicht unmittelbar revolutionäre Kämpfe auf der Tagesordnung stehen, und die Tatsache, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige aus Furcht vor den revolutionären Konsequenzen selbst von der energischen Durchführung von Teilkämpfen, für die sie in der Phrase eintraten, in der Tat zurückschreckten. Die dritte Voraussetzung war die Tatsache, daß die Kommunistische Partei nur über eine Minderheit der politisch Organisierten verfügte und auch in den Gewerkschaften ihr Einfluß sich

nur auf eine Minderheit erstreckte. Und schließlich galt es, auf praktischem Wege nach der Spaltung der Unabhängigen Partei den Eindruck zu beseitigen, daß die Kommunisten ein Hindernis seien für die Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterschaft zu einheitlichen Kämpfen.

So ist die Taktik der Einheitsfront in Deutschland ganz natürlich aus einer Lage herausgewachsen, da Teilkämpfe zu führen waren unter Verhältnissen, wo die Mehrheit der Arbeiterschaft noch organisatorisch zusammengefaßt war in den beiden sozialdemokratischen Parteien und in den von der sozialdemokratischen Führerschaft beider Richtungen beherrschten Gewerkschaften, wo die Arbeiterräte verschwunden waren und wo keine unmittelbare Aussicht auf rasche Gewinnung der Massen durch die Kommunistische Partei bestand.

II.

Die erste praktische Anwendung der Taktik der Einheitsfront in verschiedenen Teilen Deutschlands datiert vom Kapp-Putsch (März 1920). Während in verschiedenen Teilen Deutschlands (Rheinland-Westfalen, Thüringen, Sachsen) die noch bestehenden oder wieder erneuerten Arbeiterräte die Leitung der Bewegung in die Hand nahmen, waren es anderwärts Streikleitungen, die aus den zwei oder drei Arbeiterparteien zusammengesetzt waren. In Berlin z. B. bestand die Streikleitung aus Unabhängigen und Kommunisten. Die zentrale Streikleitung war zunächst in der Hand der Leitung des A. D. G. B. und der Afa. Erst im Laufe der Bewegung traten Unabhängige und Kommunisten hinzu. In Berlin wurde versucht, nach dem Abbruch des Streiks durch die Mehrheit der Unabhängigen (Streikleitung) den Streik durch eine Vollversammlung der Betriebsräte weiterführen zu lassen. Es zeigte sich aber damals, daß die Betriebsräte nicht die Kraft hatten, im Gegensatz zu den Gewerkschaften den Streik weiterzuführen.

Die nächste Anwendung der Taktik der Einheitsfront ergab sich aus Anlaß des Vormarsches der Sowjettruppen gegen Polen im Sommer 1920. Ein gemeinsamer Aufruf wurde

herausgegeben von der Leitung des A. D. G. B., der Unabhängigen Partei und der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). Gemeinsame Aktionskomitees sollten in den wichtigsten Zentren gebildet werden. Die gemeinsame Aktion kam nicht zur Entfaltung infolge des Widerspruchs des A.D.G.B. und der U. S. P. gegen die Anhaltung von Munitionstransporten und die Zerstörung von Munition. Als Vorwand wurde genommen von U. S. P. und A. D. G. B. der selbständige Aufruf der Partei, der die Anhaltung aller Munitionstransporte durch selbständige Arbeiterkomitees verlangte und dagegen protestierte, daß die Regierung sich das Recht der Kontrolle, d. h. der Unterbindung dieser Aktionen anmaßte. Ein weiterer konkreter Anlaß für die Kündigung der Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten war die Anhaltung eines Munitionstransportes durch die Erfurter Eisenbahner. Dieser Munitionstransport war ein Poloniazug, der nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages von der Regierung durchgelassen werden sollte. Die Streitfrage war, ob die Arbeiterschaft die Bestimmungen des Versailler Vertrages in bezug auf militärische Transporte durch Deutschland beachten solle oder nicht. Die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten ordneten sich der Regierung in dieser Frage unter. Ermutigt durch diese Haltung, schritt der Reichseisenbahnminister Gröner gegen die Ueberwachungsausschüsse der Eisenbahner ein. Der Rückschlag der Sowjettruppen vor Warschau machte dann die weitere Aktion gegenstandslos.

III.

Vom Sommer 1920 ab machte sich die Einwirkung der allgemeinen Krise in Deutschland stärker bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit wuchs, die Preise des Lebensbedarfs stiegen. Aus dieser Lage heraus ergab sich die Notwendigkeit, einen allgemeinen Kampf um die Existenz der Arbeiterschaft einzuleiten. (Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen, allgemeine Lohnerhöhung, Regulierung der Lebensmittelversorgung, Kontrolle der Produktion.) Die unabhängigen Gewerkschaften begnügten sich damit, in allgemeinen Phrasen von revolutionären Leistungen in unbestimmter Zukunft zu sprechen, während sie die unmittelbar notwendigen Kämpfe ignorierten

oder hemmten, jedenfalls nichts taten, um es zu wirklichen Kämpfen kommen zu lassen.

Diese Situation wurde zuerst von der Stuttgarter Metallarbeiterschaft unter Führung der Kommunisten ausgenützt, um eine Propaganda für einen Kampf um ein bestimmtes Programm von Teilforderungen zu entfalten. (Die Kommunisten haben die Mehrheit im Stuttgarter Metallarbeiterverband und in der Ortsverwaltung.) Der Unabhängige Dissmann hielt in der Generalversammlung ein Referat über die nächsten Aufgaben des Verbandes, wo er, seiner Gewohnheit getreu, sehr radikale Töne anschlug. Um ihn beim Wort zu nehmen, arbeitete die Ortsverwaltung einen Aufruf aus, der fünf konkrete Forderungen enthielt und in der Aufforderung gipfelte, der Vorstand des D. M. V. solle sich dem Verlangen nach einer allgemeinen Angriffsaktion gegen das Unternehmertum anschließen und seine ganze Macht geltend machen, um sowohl die Führer des A. D. G. B. wie die Massen selbst zu diesem Zweck zu mobilisieren. Der Vorstand lehnte das Ansinnen ab, aber in tausenden von Versammlungen in allen Teilen des Reiches haben sich die Arbeiter begeistert für den Grundgedanken der Stuttgarter Metallarbeiter ausgesprochen, der dahin glnq, die Macht der Arbeiter in einer großen Klassenaktion zur Geltung zu bringen, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzureihen und, soweit das möglich ist, den Arbeitslosen eine ausreichende Unterstützung zu gewähren, eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Abwälzung der Steuerlasten auf die Besitzenden. Trotz einer heftigen Gegenagitation der Gewerkschaftsbürokratie und obgleich die mehrheitssozialistische und unabhängige Presse jede Willenskundgebung im Sinne der fünf Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter unterdrückte, griff die Bewegung immer weiter um sich; ganze Verwaltungsstellen, ja ganze Ortskartelle haben sich im Prinzip für den Kampf der Stuttgarter ausgesprochen.

Der so geschaffenen Stimmung gab die Vereinigte Kommunistische Partei durch die Herausgabe des Offenen Briefes Ausdruck (Anfang Januar 1921). Der Offene Brief war gerichtet an die Vorstände des A. D. G. B., der S. P. D. und der U. S. P. D. Er enthielt Forderungen in bezug auf die allgemeine Erhöhung der Löhne der Arbeiter und der Be-

amten, eine Erhöhung der Renten der Kriegshinterbliebenen, Kriegsinvaliden, industriellen Rentner usw., Forderungen in bezug auf die Arbeitslosen, die Lebensmittelversorgung und Regulierung der Lebensmittelpreise, Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und schließlich die Produktionskontrolle. Der Offene Brief enthielt die Ankündigung, daß die V. K. P. D. bereit sei, mit den übrigen Organisationen in bezug auf die konkreten Forderungen zu verhandeln und zu einer Verständigung zu gelangen. Er enthielt weiter die Ankündigung, daß die V. K. P. D. im Falle, daß die Leitungen der genannten Verbände und Parteien es ablehnen würden, an einer solchen Aktion teilzunehmen, sich über die Köpfe der Führerschaft hinweg unmittelbar an die Arbeiterschaft wenden würde.

Sowohl die Leitung der A. D. G. B. wie die der S. P. D. und U. S. P. D. antworteten auf den Offenen Brief mit mehr oder weniger heftigen Beschimpfungen der Kommunisten. Der Offene Brief wurde als ein demagogischer Trick der V. K. P. D. bezeichnet. Bezeichnenderweise wandte sich die U. S. P. D. noch heftiger und direkter gegen den Offenen Brief als die S. P. D. Die V. K. P. D. leitete darauf in den Gewerkschaften, in der Presse usw. eine umfassende Kampagne für die Forderungen des Offenen Briefes ein. Aus allen Teilen des Reiches kamen Zustimmungserklärungen. Die Partei war eben im Begriff, nachdem die Phase der vorbereitenden Propaganda einigermaßen abgeschlossen war, zu versuchen, die durch die Propaganda erfaßten Arbeiterkreise organisatorisch zusammenzufassen und einen Schritt weiterzugehen in der Richtung der Aktion, als in Mitteldeutschland die Provokation der Arbeiterschaft durch Hörsing usw. erfolgte. Der Märzkampf unterbrach für geraume Zeit den Faden der durch den Offenen Brief angesponnenen Propaganda. Es trat zeitweilig eine starke Isolierung der Kommunisten von der übrigen Arbeiterschaft ein. Dazu war für geraume Zeit die Aktionskraft der Partei nach außen durch die heftigen inneren Auseinandersetzungen, die sich an die Märzkämpfe anknüpften, gehemmt.

Aber schon zu Anfang Mai trat die Partei mit einem neuen Aufruf im Sinne des Offenen Briefes an die Arbeiterschaft heran. Die Propaganda in diesem Sinne wurde beharrlich

während der Tagung des Kongresses fortgesetzt und trug wesentlich dazu bei, die Partei den Massen wieder anzunähern. Diese Annäherung trat in einer Reihe von Erfolgen auf gewerkschaftlichem Gebiete zutage. Die Bürokratie der S. P. D. und der U. S. P. D. und natürlich die Gewerkschaftsbürokratie hatten das lebhafteste Interesse, zu verhindern, daß die Arbeiter in den Betrieben eine geschlossene Kampffront bildeten, und sie versuchten deswegen, mit allen Mitteln die Kommunisten zu isolieren und die Masse ihrer eigenen Anhänger gegen die Propaganda unserer Genossen immun zu machen.

Das trat besonders kraß in Erscheinung anläßlich der Ermordung Erzbergers, die unmittelbar nach dem Jenaer Parteitag erfolgte. In provozierender Weise versuchte die menschewistische Bürokratie, die Kommunisten auszuschalten, während sie andererseits bestrebt war, die nationalen und demokratischen Verbände „zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Reaktion“ aufzubieten. In einer ganzen Reihe von Orten zeigte sich jedoch, daß der Einfluß unserer Partei bereits so stark war, daß sie durch die zentralen Instanzen der S. P. D. und U. S. P. D. nicht mehr ausgeschaltet werden konnte, daß vielmehr kommunistische, unabhängige und mehrheitssozialistische Arbeiter von vornherein gemeinsam in Aktion traten. Die Forderungen der Kommunisten umfaßten im wesentlichen die wirksame Durchführung und Sicherung der Republik vor der monarchistischen Gegenarbeit (die Reinigung der Reichswehr und der Sipos von monarchistischen Elementen, Bildung eines Selbstschutzes der Arbeiterschaft, die Auflösung und Entwaffnung aller konterrevolutionären Formationen, die Reinigung der Verwaltung und der Justiz von monarchistischen Elementen). Die Partei ließ keinen Zweifel daran, daß sie, obwohl ihre Forderungen über die demokratische Republik hinausgehen, ohne weiteres bereit ist, auch die demokratische Republik gemeinsam mit der ganzen Arbeiterschaft gegen Anschläge von rechts her zu verteidigen.

Die Erzberger-Aktion zeigte einen kolossalen Aufmarsch der Arbeiterschaft. Sie bewies, daß in der Arbeiterschaft der Drang nach der Bildung einer einheitlichen Kampffront lebhaft empfunden wurde. Unmittelbare Resultate

gingen aber aus dieser Aktion, dank der Sabotage der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Führerschaft, nicht hervor. Die Regierung versuchte sogleich, die Aktion gegen die Monarchisten in eine Aktion gegen die Kommunisten umzubiegen. Aber auch das gelang nur schwach. Wenn aber auch, dank dem Eingreifen der sozialdemokratischen Führerschaft, das kolossale Aufgebot an Energie in der Erzberger-Aktion resultatlos verpuffte und vorübergehend eine gewisse Enttäuschung in der Arbeiterschaft eintrat, so stärkte doch diese Aktion den Einheitsdrang der Arbeiterschaft, und vor allem wurde stark Bresche gelegt in die Isolierung der Kommunisten von der Arbeiterschaft. Die Erzberger-Aktion hat zweifellos eine bedeutende Rolle gespielt, um die Arbeiterschaft der Kommunistischen Partei wieder zu nähern.

Eine neue Grundlage für die Propaganda der Einheitsfront wurde geschaffen durch zwei Momente: 1. durch die Reparationsfrage und die damit verbundenen Steuervorlagen der Regierung, die versuchten, die Hauptlast der Steuern auf die Arbeiterschaft abzuwälzen; 2. durch den Görlitzer Parteitag der S. P. D. und das Eingehen der Stinneskoalition in Preußen und ihre Vorbereitung im Reiche. Die Partei gab sich auf dem Jenaer Parteitage ein Aktionsprogramm für ihre Steuerkampagne, das aber noch allerlei Schwächen aufwies. Insbesondere scheute sich der Jenaer Parteitag noch davor, staatskapitalistische Uebergangsforderungen aufzustellen, und auch die Forderung der Erfassung der Sachwerte wurde in den Beschlüssen des Jenaer Parteitages nur in einer sehr unbestimmten Fassung aufgestellt und jedenfalls nicht in den Mittelpunkt gerückt. Vielmehr rückte der Jenaer Parteitag in den Mittelpunkt die Forderungen nach Aufhebung der indirekten Steuern, der wirklichen Durchführung von Besitz- und Vermögenssteuern, der Steuerkontrolle und der Produktionskontrolle durch die Arbeiterschaft. Erst der Zentralaussschuß vom November machte diesen Mangel gut und stellte die Forderung der Erfassung der Sachwerte durch den Staat unter Kontrolle der Arbeiterschaft in den Mittelpunkt. Diese Forderung war als solche präzise aufgestellt worden in dem Entwurf, den die Zentrale dem Jenaer Parteitag vorlegte. Der Parteitag je-

doch hatte in dieser Frage eine Reihe unhaltbarer, unzulänglicher, in sich widerspruchsvoller Kompromisse geschaffen.

Der Beschluß des Zentralaussschusses in der Steuerfrage war also im Wesen die Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage der Zentrale zum Jenaer Parteitag. Auch in dem Zentralaussschuß kostete die Durchsetzung dieser Forderung einen starken Kampf; eine erhebliche Minderheit war dagegen. Die hauptsächlichsten Einwände wurden gegen den „Staatskapitalismus“ erhoben. Die linke Opposition war aber völlig unklar über das, was an seine Stelle gesetzt werden sollte. Die Erfassung der Sachwerte durch die Arbeiterschaft war die Formel, in der diese Unklarheit ihren Ausdruck fand. Schon bei der Bildung der Stinneskoalition in Preußen hatte die Partei eine Erklärung abgegeben, worin sie sich bereit erklärte, gemeinsam mit der U. S. P. und S. P. D. durch Entfesselung eines breiten Massenkampfes um bestimmte naheliegende Forderungen die Grundlage einer Arbeiterregierung zu schaffen. Sie war auch an U. S. P. und S. P. D. herangetreten, um unmittelbar an die Instanzen diese Frage zu richten. Beide Parteien lehnten unter nichtigen Vorwänden ab.

Der Zentralaussschuß vom November formulierte die Anschauungen der Partei in bezug auf die Arbeiterregierung als das nächstliegende politische Mittel, um die Forderung der Erfassung der Sachwerte usw. durchzusetzen. Die Partei erklärte, daß sie bereit sei, rückhaltlos jede Bewegung zu unterstützen, die die Voraussetzungen einer solchen Arbeiterregierung schafft, daß sie unter bestimmten Voraussetzungen selbst bereit sei, in eine Arbeiterregierung einzutreten. Diese Voraussetzungen bestanden im wesentlichen in der Bereitwilligkeit der U. S. P. und S. P. D. und der Gewerkschaften, für die Durchsetzung der nächstliegenden Ziele einer Arbeiterregierung alle Kräfte der Arbeiterschaft zu mobilisieren, in der Schaffung einer zuverlässigen bewaffneten Arbeitermacht, in der Zerstörung der bewaffneten Organisationen der Bourgeoisie, in der Entfernung der reaktionären bürgerlichen Elemente aus der Verwaltung usw. Bei der Krise des Reichskabinetts, als die Demokratische Partei aus der Regierung austrat, wandte sich die Kommunistische

Partei abermals an die Leitung der U. S. P. und S. P. D. in Sachen der Arbeiterregierung. Da die Partei nicht unbedingt die Zusicherung geben konnte, daß sie unter allen Umständen in eine Arbeiterregierung eintreten werde, nahmen die Unabhängigen dies zum Vorwand, um sich zu drücken und um die Politik der indirekten Unterstützung der S. P. D. und damit der Bourgeoisie fortzusetzen.

Die Steuerkampagne der Partei führte den A. D. G. B. dazu, seinerseits 10 Forderungen aufzustellen, worin auch in beschränktem Maße eine Erfassung der Sachwerte (25 Prozent) vorgesehen war. Die Partei griff die 10 Forderungen des A. D. G. B. auf und drängte unablässig darauf, daß ein ernsthafter Kampf um ihre Durchsetzung durch Massendruck eingeleitet werde. Indessen erwies sich, daß die 10 Forderungen des A. D. G. B. nur ein Bluff waren. Die Gewerkschaftsbürokratie gab in letzter Stunde ihre 10 Forderungen preis, und die Sozialdemokratie schloß mit den Demokraten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei das bekannte Steuerkompromiss ab, das im wesentlichen auf die Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlagen hinausläuft und als Schaustück die Zwangsanleihe enthält. Verbunden mit der Steuerkampagne war die Kampagne der Stinnes & Co. für die Entstaatlichung der Eisenbahnen und anderer Staatsbetriebe, wobei insbesondere der größte Binnenhafen Europas, der Duisburger Kohlenhafen, in Betracht kam. Zum Schein erklärte sich der A. D. G. B. gegen die Entstaatlichung der Eisenbahnen. In Wirklichkeit führte er hinter dem Rücken der Arbeiterschaft Unterhandlungen mit der Regierung und den Industriellen und stimmte der Einführung von Bestimmungen zu, die der Industrie einen bedeutend verstärkten Einfluß auf die Eisenbahnverwaltung geben. Der Abschluß des Steuerkompromisses wird von der Partei zu einer gründlichen Agitationskampagne in erster Linie gegen S. P. D. und Gewerkschaftsbürokratie ausgenützt. Es ist anzunehmen, daß durch diese Kampagne die Partei bedeutende Anhängerschaft gewinnen wird.

Im Zusammenhang mit der Taktik der Einheitsfront wurden sowohl innerhalb wie außerhalb der Partei eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die der Partei erlaubten, diese

Taktik gegen rechts und links scharf abzugrenzen. Die S. P. D., in deren Reihen die Stinneskoalition starke Widerstände hervorgerufen hatte, griff die Losung der Einheitsfront auf, um sie in dem Sinne zu verfälschen, daß die anderen Arbeiterparteien, vor allem die U. S. P., sich wieder in die S. P. D. einreihen sollten. In der U. S. P. wurde vom rechten Flügel diese Losung aufgegriffen, um Stimmung zu machen für die organisatorische Wiedervereinigung mit der S. P. D. (Kautsky, Hilfferding). Von der Masse der unabhängigen Arbeiter wurde dies jedoch abgelehnt.

Die Kommunistische Partei präziserte demgegenüber ihren Standpunkt dahin, daß nur die Rede sein könne von einer Kooperation der Arbeiterorganisationen und Parteien für bestimmte Zwecke, aber nicht von einer organisatorischen Vereinigung, daß diese Kooperation die einzelnen Parteien allerdings zu einer bestimmten Kampfdisziplin verpflichtete, aber das Recht der selbständigen Kritik auch während der Aktion nicht beschränkt werden dürfe. Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft dagegen griff in wenig veränderter Form die Losungen der Hilfferding und Kautsky auf. Sie forderte organisatorische Vereinigung (Sozialrevolutionäre Partei) und wollte aus den Etappenforderungen ein festes Programm gemacht wissen. Diese Strömungen fanden im Anschluß an die „Vorwärts“-Enthüllungen Widerhall in einer kleinen Funktionärgruppe der Partei, die sich ideell mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft solidarisierte und praktisch die Verleumdungskampagne des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ gegen die Partei mitmachte und weiterführte.

Die Partei hat mit dieser liquidatorischen Gruppe scharfe Abrechnung gehalten und sie aus ihren Reihen ausgestoßen. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, daß diese Gruppe keinerlei nennenswerten Anhang in der Parteimitgliedschaft hatte. Inzwischen hat diese Gruppe sich bereits bei der Unabhängigen Partei angemeldet. Von einzelnen linken Elementen wurden Einwände dagegen gemacht, daß die Partei sich an die leitenden Instanzen der anderen Parteien wende, um bestimmte Aktionen durchzuführen. Nach dieser Auffassung sollte sich die Partei unter keinen Umständen an die Instanzen wenden.

Auch diese Auffassung wurde von der Partei abgelehnt.

Die Durchführung der Taktik der Einheitsfront erwies, daß sie sehr große Ansprüche an die innere Festigkeit und Klarheit der Partei gestellt werden. Es erwies sich ferner, daß die Durchführung der Einheitsfront ein sehr verwickelter Prozeß ist, in dem der Gegner mit heftiger Abwehr und eigener Initiative eingreift. So gelang es in den ersten Anfängen der Steuerkampagne, die Parteileitung der U. S. P. an den Verhandlungstisch mit uns zu zwingen. Darauf setzten die „Vorwärts“-Enthüllungen ein, und es erfolgte ein zeitweiliger Rückschlag. Der Abschluß des Steuerkompromisses und der Verrat der menschwistischen Partei am Eisenbahnerstreik eröffnet dagegen der Partei, die in ihren eigenen Reihen unsichere Elemente ausgeschaltet hat, die Grundlage für einen neuen mächtigen Vorstoß. Vor allen Dingen hat der Eisenbahnerstreik Bresche geschlagen in eine gewisse Depression, die sich im Verlaufe der Scheinkonjunktur in verschiedenen Formen zeigte, und hat offenbart, daß von einem Gleichgewicht im Klassenkampf, von einer Stagnation der Arbeiterbewegung für längere Zeit keine Rede sein kann.

Die Bildung der proletarischen Einheitsfront im internationalen Maßstabe wurde von der Partei als die der Lage entsprechende Ausweitung der Einheitsfront im nationalen Maßstabe begrüßt. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat sich aus diesen Erwägungen heraus zu der Einladung der 2½ Internationale für die Weltkonferenz nicht direkt ablehnend verhalten, aber solche Forderungen gestellt, die sie zu einer wirklichen internationalen Konferenz der Massenorganisationen ausweiten und der Aktion konkrete Ziele geben sollten. Die Kommunistische Partei Deutschlands stellte infolgedessen an die Exekutive den Antrag, mit möglichster Beschleunigung den Zusammentritt einer internationalen Konferenz der 2., 2½ und 3. Internationale, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und der R. G. I. noch vor der Genuaer Konferenz zu fordern.

Die deutsche Partei ist der Ansicht, daß die Gründe für die Anwendung der Taktik der Einheitsfront im internationalen Maßstabe unmittelbar und zwingend sind, daß dagegen ihre Anwendung im nationalen Rahmen an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist, die im einzelnen Falle eine genaue Untersuchung und Berücksichtigung erfordern.

A. Thalheimer.

Der XI. Kongreß der K. P. R.

Jeder, der der Entwicklung der K. P. R. mit Aufmerksamkeit folgt, der in den letzten Jahren ihren Kongressen beiwohnte, muß zugeben, daß der soeben zu Ende geführte XI. Kongreß unserer Partei einer jener Kongresse war, welche die ungeheure Einheit der Ideen, die Einmütigkeit in der Entscheidung der prinzipiellen und praktischen Fragen und Aufgaben des russischen Proletariats zur vollsten Geltung brachte. Diese Einmütigkeit ist um so bedeutungsvoller und wertvoller, als sie sich unter für die Partei unerhört schwierigen Umständen herauskristallisierte, in einer Zeit, in der die Arbeiter unserer Partei nun schon seit einer Reihe von Jahren gezwungen sind, die ganze Last der Verteidi-

gung der Diktatur des Proletariats in kapitalistischer Umgebung auf sich zu nehmen, zugleich mit einem noch nie dagewesenen materiellen Ruin, zugleich mit großer Ermüdung der Arbeitermassen, der Unzufriedenheit der vielmillionenköpfigen Masse kleinbürgerlicher und bäuerlicher Eigentümer, unter dem nicht aufgehörenden Druck kapitalistischer Staaten und der sie unterstützenden Parteien der 2. und 2½ Internationale.

Der XI. Kongreß der K. P. R. zog die Summe jenes im Laufe eines vollen Jahres verwirklichten neuen Kurses der ökonomischen Politik, welchen man gewohnt ist die „neue ökonomische Politik“ zu nennen; er summierte die gesammelten Erfahrungen und setzte den wei-

teren Zugeständnissen auf ökonomischem Gebiet eine bestimmte Grenze. Vielen unserer Gegner schien es und scheint es, daß unsere Partei eine schwere Krise durchmacht, und wiederholt hörten wir Prophezeiungen über den unausbleiblichen Verfall der Partei, über ihre unausbleibliche Niederlage. Wie es immer zur Zeit von Krisen zu sein pflegt, die während eines großen gewerblichen Aufschwungs oder zur Zeit politischer Niederlagen der Arbeiterpartei eintreten, haben sich in einzelnen Teilen der Arbeiterklasse niedergedrückte Stimmungen entwickelt, welche sich in Form von verschiedenartigen Gruppierungen innerhalb der Arbeiterpartei selbst ausdrückten und bestrebt waren, die Richtungslinie unserer Partei zu ändern. Das war der Fall in der Periode der Niederlage der Arbeiterklasse nach 1905—1907, wo die Zweifel an der Macht einer organisierten revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse die Menschewisten veranlaßte, eine Stütze auf der parteilosen Arbeiterkonferenz zu suchen oder sie dem sogenannten Liquidorentum in die Arme warf, d. h. einer Strömung, die den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat zur Geltung brachte und im Grunde die revolutionären Methoden und Kampfmittel der Arbeiterklasse zu liquidieren suchte. Wenn es dem Anschein nach auch nichts Gemeinsames zwischen dieser Methode der Menschewisten und dem gibt, was in unseren Tagen einige Genossen vertreten, die sich die „Arbeiteropposition“ nennen, so wurzeln ihre Gesinnungen doch in gemeinsamen Boden. Diesen Boden bildet die Erschlaffung der Arbeiterklasse, die Unfähigkeit der revolutionären Taktik unserer Partei, auf breiterer Basis zu arbeiten, die Unfähigkeit, den Kampf der Arbeiterklasse um die Erhaltung der Diktatur des Proletariats mit den Interessen und Bestrebungen der Bauernschaft zu vereinen. Vor dem XI. Kongreß stand dasselbe Grundproblem, das schon im Vorjahre erstanden: wie kann man in einem Land, wo die große Mehrheit der kleinbürgerlichen Bauernschaft überwiegt, wo die Industrie noch in den Kinderschuhen steckt, während in den andern Ländern die Revolution noch schwach entwickelt ist, in einem Lande, wo

die Warenwirtschaft sich nicht vermeiden läßt, — wie kann man unter solchen Bedingungen die Diktatur des Proletariats befestigen, wie kann man weiterhin regelrechte Beziehungen zwischen dem Proletariat und dem Bauerntum zustande bringen?

Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Fragen auf jene andern Fragen stießen, wie stark in unserer Partei die Tendenzen der sogenannten „Arbeiteropposition“ vertreten, in welchem Maße die von der Partei, ihrem Zentralkomitee und andern leitenden Organen eingehaltene Richtung auch die Richtschnur der großen Majorität der Avantgarde des russischen Proletariats. Auf diese Fragen gab der Kongreß klar und bestimmt Auskunft.

Vor allem zeigte sich die Einmütigkeit der Partei in der Resolution zum Bericht des Zentralkomitees. Im politischen Teil des Berichtes hielt sich Genosse Lenin nur wenig auf bei den einzelnen Momenten der Durchführung der ungeheuren Arbeit staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Charakters, die das Zentralkomitee geleistet hat, und an deren Spitze unsere Partei steht. Mit der ihm eigenen Uebersichtlichkeit in der Behandlung einer Frage, konzentrierte er die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Bedeutung und den weiteren Durchführungsplan unserer ökonomischen Politik. Als Grundlage unserer Debatten, zwecks Summierung der im Laufe eines Jahres gesammelten Erfahrungen und um praktische Lehren daraus für das kommende Jahr zu ziehen, rückte Genosse Lenin die drei folgenden Punkte in den Vordergrund: 1. Die neue ökonomische Politik ist für uns von Bedeutung als Prüfstein dafür, daß wir tatsächlich im Einklang mit der bäuerlichen Oekonomie handeln. 2. Als Prüfstein der Konkurrenz staatlicher, vom proletarischen Staat organisierter Unternehmungen mit den kapitalistischen. 3. Was ist staatlicher Kapitalismus unter den in unserem Land herrschenden Umständen?

Der Umstand, daß wir die engste Fühlung mit der bäuerlichen Oekonomie brauchen, ist schon vom Kongreß des Vorjahrs einmütig anerkannt worden. In dieser Hinsicht gibt es in der Partei nicht den geringsten Zweifel. Es handelt sich nur darum, auf welche Weise

man unsere sozialistische Oekonomie mit der vielmillionenköpfigen Bauernschaft in Einklang bringen kann, die individuell wirtschaftet, und wie sich die staatliche Industrie auf die Bauernwirtschaft stützen kann. Die Schwierigkeit der Lösung dieses Problems besteht hauptsächlich darin, daß „wir“ — gezwungen durch den Gang der Entwicklung, der Ereignisse des Kriegsschauplatzes, des politischen Lebens, des Kapitalismus und der alten Kultur des Westens und der sozialen und politischen Lage der Kolonien — als erste eine Bresche in die alte bürgerliche Welt schlagen konnten, und zwar in einem Augenblick, als unser Land in ökonomischer Beziehung, wenn auch nicht das allerrückständigste war, doch jedenfalls zu den allerrückständigsten Ländern zählte“ (Gen. Lenin). In dieser Periode legten wir der Bauernschaft ungeheure Lasten auf. Im allgemeinen wußte und begriff die Bauernschaft, daß diese ungeheuren Lasten notwendig waren, um die Arbeiter- und Bauernregierung gegen die Grundbesitzer zu behaupten, um nicht durch den Anmarsch des Kapitalismus erdrückt zu werden, da dieser alle Errungenschaften der Revolution zunichte zu machen drohte. Aber die Oekonomie, die in den nationalisierten und sozialisierten Fabriken, Werkstätten und Sowjetwirtschaften eingeführt wurde, stand mit der bäuerlichen Oekonomie in keinem Zusammenhang. Besteht jetzt ein Zusammenhang? Gen. Lenin erwidert: Nein, noch nicht, wir suchen ihn nur. Die ganze Bedeutung der „NEP“ (Neue ökon. Politik) liegt darin, und nur darin: den Schlüssel zu jener neuen Oekonomie zu finden, die wir mit ungeheuren Anstrengungen zu schaffen suchen. Diesen Schlüssel zu zeigen, daß alle ihn klar erkennen, daß das ganze Volk ihn sieht, daß die gesamte Bauernmasse ihn sieht und versteht, daß zwischen ihrem schweren, unendlich zugrunde gerichteten, unerhört ärmlichen, qualvollen Leben von heute und jener Arbeit, welche im Namen ferner sozialistischer Ideale geführt wird, ein Zusammenhang besteht; das muß so geschehen, daß ein schlichter, mittelmäßiger, arbeitender Mensch begreift, daß ihm irgend eine Verbesserung zuteil wurde, und daß ihm diese Verbesserung nicht etwa so zuteil wurde, wie einigen wenigen in der Epoche der Herrschaft der Grundbesitzer und des Kapitalismus, wo

jeder Schritt zur Besserung (es gab selbstverständlich Verbesserungen und sogar sehr bedeutende) unter dem alten Regime mit Demütigungen verbunden war, mit Beleidigungen, mit Verhöhnungen des Bauern, mit Unterdrückung der Masse, die kein Bauer vergessen hat und durch Jahrzehnte nicht vergessen wird. Unser Ziel ist, den Schlüssel dazu zu finden, dem Bauer durch die Tat zu beweisen, daß wir damit beginnen, was ihm verständlich und bekannt und seiner Armut zugänglich ist, doch nicht mit irgend etwas Fernem und nach Bauernbegriffen Phantastischem; wir müssen dem Bauer beweisen, daß wir ihm helfen können, daß die Kommunisten im Augenblick, wo sich der zugrunde gerichtete, verarmte, von quälendem Hunger gepeinigte kleine Bauer in schwerer Lage befindet, ihm schon jetzt in der Tat helfen. Entweder wir können das beweisen, oder aber er wird uns zum Teufel schicken. Das ist absolut unausbleiblich, und darin liegt die Bedeutung der „NEP“, das ist die Grundlage unserer gesamten Politik und hier liegt die hauptsächlichste Lehre, die uns das ganze Vorjahr der Anwendung unserer neuen ökonomischen Politik gab, und die — wenn man so sagen kann — Hauptregel, wonach wir im kommenden Jahre handeln müssen. Der Bauer gibt uns Kredit und kann uns denselben natürlich nach all dem Erlebten nicht verweigern. Der Bauer als Masse fügt sich den Umständen. Nun wohl, versteht Ihr Eure Sache nicht, so werden wir warten, vielleicht werdet Ihr's lernen. Aber dieser Kredit hat seine Grenzen.“ Genosse Lenin wies mehrere Male auf die ungeheure politische Bedeutung eines solchen Schlüssels hin. Diese politische Bedeutung besteht darin, daß wir im Falle, daß es uns glücken sollte, unsere sozialistische Oekonomie mit der bäuerlichen Oekonomie in Einklang zu bringen, sei es auch um den Preis jenes Rückzugs, den wir in letzter Zeit vollzogen und tagtäglich vollziehen, den nächsten Vorstoß mit der ungeheuren Bauernmasse hinter uns vollführen werden. Und wenn dieser Vormarsch auch hundertfach langsamer vor sich gehen sollte, unsere Sache wird dafür unbesiegbar sein, und keine Macht der Welt wird uns unterkriegen. Zu wiederholten Malen kehrte Gen. Lenin in seiner Rede zu diesem Thema zurück und sagte: „Wir besitzen die Staats-

gewalt, wir besitzen eine Menge ökonomischer Hilfsmittel. Wenn wir den Kapitalismus besiegen und den Zusammenhang mit der Oekonomie der Bauern herstellen, dann werden wir eine absolut unbesiegbare Macht sein, und dann wird der sozialistische Aufbau nicht das Werk eines Tropfens im Meere sein, der sich Kommunistische Partei benennt, sondern der gesamten werktätigen Massen. Dann wird sich der Durchschnittsbauer überzeugen, daß wir ihm helfen, und dann wird er uns folgen, und wenn dann dieser Vormarsch auch um hundertmal langsamer sein wird, er wird dafür auch millionenfach fester und dauerhafter sein."

In dieser Behandlung der Frage zeigte sich die ganze Macht der Taktik unserer Partei. Der Oktoberumsturz, das weitere Bestehen der Sowjetrepublik und die Diktatur des Proletariats bis jetzt war nur dadurch möglich, daß wir es verstanden haben, ungeheure Massen des Bauerntums auf unsere Seite zu bringen. Ohne dies ist in unserem Lande jeder ernste Schritt nach vorwärts ein Ding der Unmöglichkeit. Wer die Geschichte unserer Partei kennt, der weiß, daß unsere Partei schon längst diesen Weg eingeschlagen hat, und daß innerhalb unserer Partei diese Richtschnur einmütig anerkannt wird. Auf dem Parteikongreß erhoben sich nur vereinzelte Stimmen der sogenannten „Arbeiteropposition“ mit scharfer Kritik gegen diese Taktik. Zum Beispiel sagte Genosse Schljapnikow: „Was sehen, was hören wir in letzter Zeit? Man sagt uns, daß wir, die Arbeiter, die Herrschaft der Arbeiter dem Bauern schulden. Dieser auf dem Dezemberparteitag gebrauchte Ausdruck wird in dem Sinne gedeutet, daß wir für den Bauer die billigste Regierung sein müssen. Dabei wird vergessen, daß wir nur auf Kosten der Arbeiterklasse billig sein können. Eine billige Regierung kommt dem Proletariat teuer zu stehen, denn sie führt es dem Verfall entgegen... Wenn wir jetzt auf dem Gebiet der ökonomischen Politik manövrieren, so veranlaßt uns dazu, wie wir sehen, das Streben, eine festere Basis zu suchen als die bisherige, da wir uns nur auf die Arbeiterklasse stützen.“ Man sieht, gerade darin, was unsere Stärke bildet, d. h. in dem, daß sich die Arbeiterklasse auf die breiten Massen der Bauern-

schaft stützt, darin sehen die Vertreter der sogenannten Arbeiteropposition unseren Fehler und unsere Schwäche.

Genosse Lenin verweilte besonders bei der Frage der Konkurrenz staatlicher (nationalisierter) und kapitalistischer Unternehmungen. Was bedeutet dies? Es bedeutet, daß wir der breiten Masse der Konsumenten, die unter den gegenwärtigen Umständen ohne Warenmarkt, ohne Warenwirtschaft, ohne freien Markt nicht bestehen können, beweisen, daß wir das Geschäft der Produktion und Verteilung nicht schlechter verstehen als der kapitalistische Privatunternehmer. Gen. Lenin bemerkte sehr richtig, daß die Kronstädter Ereignisse des Vorjahrs gerade in dieser Frage wurzelten. „Der Kapitalist verstand zu versorgen. Er tat das schlecht, er tat das räuberisch, er beleidigte uns und beraubte uns. Wir wissen das, wir einfachen Arbeiter und Bauern, welche über den Kommunisten nicht debattieren und nicht wissen, was er eigentlich darstellt. Der Kapitalist verstand trotz alledem uns zu versorgen. Aber Ihr versteht es nicht...“ Und die Erfahrung des vorigen Jahres lehrt uns, daß wir noch nicht zu wirtschaften verstehen. Das ist die hauptsächlichste Lehre des verflossenen Jahres. Die Partei muß aus ihrer Mitte eine genügende Anzahl Leute heranbilden, die es verstehen, gerade in dieser Arbeit durch bessere Organisation der Produktion und Versorgung zu beweisen, daß die Kommunisten „in der gegenwärtigen schweren Lage der Wirtschaft den arbeitenden Bauern beizustehen vermögen.“ Und Gen. Lenin wies auf die bestimmte Aufgabe hin, als auf eine der Formen, vermittels deren wir es vermögen, unter den eigenartigen Bedingungen, die das Land durchzumachen hat, zu beweisen, daß wir es nicht schlechter verstehen als der Kapitalist, den Zusammenhang mit den Bauern und seiner Wirtschaft herzustellen, seine Bedürfnisse zu befriedigen und die Konkurrenz der nationalisierten Unternehmungen mit den kapitalistischen in die rechten Bahnen zu leiten. Das „sind gemischte Gesellschaften, an denen Privatkapitalisten, sowohl russische, als auch ausländische, und Kommunisten als Organisatoren der Erzeugung und Versorgung teilnehmen“.

Genosse Lenin tadelte, in dem Gefühl, daß in der Partei viele Genossen zu sehr die Tra-

ditionen der Vergangenheit kullivieren, eine eigenartige Krankheit der gegenwärtigen Periode, die er die „kommunistische Wichtig-tuererei“ benennt.

„Es handelt sich darum, daß ein verantwortungsvoller Kommunist von erprobter Ehrenhaftigkeit und Treue, der das Zuchthaus ertragen und den Tod nicht fürchtete, aber den Handel nicht versteht, weil er kein Geschäftsmann ist, das Geschäft nicht erlernt hat und nicht erlernen will und nicht begreift, daß er beim ABC beginnen muß. Er, der Kommunist und Revolutionär, der an der größten Revolution der Welt mitgeholfen, auf den, wenn auch nicht vierzig Pyramiden, so doch wohl vierzig europäische Länder sehen und auf ihre Befreiung vom Kapitalismus hoffen, er muß vom Durchschnittskommis lernen, der zehn Jahre lang im Laden hantiert hat und sein Geschäft versteht, während du, der verantwortungsvolle Kommunist, nicht nur dasselbe nicht versteht, sondern nicht einmal begreifst, daß du es nicht verstehst“

Die Partei gehe einem schweren Examen entgegen. Gen. Lenin hält diesen Konkurrenzkampf für entscheidend. „Bis jetzt haben wir in unsern politischen und ökonomischen Schwierigkeiten verschiedene Mittel und Wege gehabt. Wir können uns mit Stolz dessen rühmen, daß wir es bisher verstanden haben, alle diese Mittel und Wege in den verschiedensten Kombinationen auszunutzen und uns den verschiedensten Umständen anzupassen, aber jetzt haben wir keinen Ausweg mehr. Das müssen wir uns ohne jegliche Uebertreibung sagen, daß wir in diesem Sinne wirklich den letzten entscheidenden Kampf kämpfen, nicht mit dem internationalen Kapital — dort wird es noch verschiedene letzte und entscheidende Kämpfe geben, — nein, sondern mit dem russischen Kapitalismus, mit jenem, der in der kleinen Bauernwirtschaft wurzelt, mit jenem, der aus ihr seine Kraft saugt. Auf diesem Felde steht uns in nächster Zeit ein Kampf bevor, dessen Termin sich nicht bestimmen läßt. Dort steht der letzte entscheidende Kampf bevor, und dort gibt es kein politisches oder sonstiges Ausweichen mehr, denn das ist das Konkurrenzexamen mit dem Privatkapitalismus. Um dieses Examen zu bestehen, besitzen wir die politische Gewalt und eine ganze Reihe sonstiger Hilfsquellen, alles, was man sich wünschen kann, mit Ausnahme der Erfahrung; die Erfahrung fehlt uns.“ Gen. Lenin warnt die Partei. Wenn wir nicht in eine Sackgasse geraten wollen, müssen wir auf die-

sem Gebiet von der Pike auf lernen, wie sauer es uns auch ankommen möge.

Welche Bedeutung hat denn die Frage des staatlichen Kapitalismus und die Festlegung jener praktischen Richtschnur bei der Durchführung der NEP, die der X. Kongreß unserer Partei vorgezeichnet und der XI. bestätigt hat? Gen. Lenin konstatiert, daß in unserer Partei, in unserer Presse betreffs der Frage des staatlichen Kapitalismus bis jetzt falsche Ansichten herrschten. „Die Genossen vergessen, daß wir nicht jenen staatlichen Kapitalismus vor uns haben, der während des Kapitalismus vorkam, sondern etwas ganz anderes, Eigenartiges, eine noch nie dagewesene Kombination von sozialistischer und kapitalistischer Oekonomik.“ Sogar Marx ist darauf nicht verfallen und hat darüber kein Wort geschrieben und ist dahingegangen, ohne uns einen bestimmten Ausspruch oder unwiderlegliche Hinweise zu hinterlassen. „Ein staatlicher Kapitalismus, in der Form, in der wir ihn bei uns haben, wird von keiner Theorie und in keiner Literatur analysiert aus dem einfachen Grund, weil alle gebräuchlichen mit diesen Worten verbundenen Vorstellungen der bürgerlichen Regierung und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung angepaßt sind. Wir aber besitzen eine Gesellschaftsordnung, die das Geleise des Kapitalismus verlassen hat und noch auf kein neues Geleise gekommen ist, denn diesen Staat lenkt nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat. Und von uns hängt es ab, von der Kommunistischen Partei und der Arbeiterklasse hängt es ab, welcher Art dieser staatliche Kapitalismus sein wird. Politische Macht besitzen wir genügend, vollständig genügend; ökonomische Hilfsmittel stehen uns auch in genügendem Maße zur Verfügung. Doch die Fähigkeit, diese Dinge unmittelbar zu verwalten, die Grenzen zu ziehen, sich einzurichten, zu befehlen, statt zu gehorchen, das braucht man nur zu verstehen, aber diese Fähigkeit besitzen wir nicht.“

„Die Lage ist eine in der Geschichte noch nie dagewesene. Das Proletariat, die revolutionäre Avantgarde, besitzt genügend politische Macht, und gleichzeitig besteht ein staatlicher Kapitalismus. Der Kernpunkt der Frage besteht darin, daß wir zur Erkenntnis durchdringen, daß dies jener Kapitalismus ist,

den wir dulden dürfen, dem wir seine Grenzen anweisen können und sollen, denn dieser Kapitalismus ist für die breiten Massen der Bauernschaft notwendig, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Es tut not, die Dinge derart zu regeln, daß der übliche Gang der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Umsatzes möglich sei, denn dessen bedarf das Volk, ohne ihn ist sein Leben heute undenkbar. Alles übrige ist für sie, für jene Klassen nicht unbedingt notwendig, mit allem übrigen können sie sich zufrieden geben. Werdet ihr es verstehen, Ihr Kommunisten, Ihr Arbeiter, Ihr aufgeklärter Teil des Proletariats, der es übernommen hat, den Staat zu regieren, werdet Ihr es verstehen, die Dinge so zu regeln, daß der Staat, den Ihr in Eure Hände genommen habt, Eurem Wunsch entsprechend funktioniert? Wir haben ein Jahr hinter uns. Der Staat ist in unserer Hand. Hat er in diesem Jahre etwa nach unserem Wunsche funktioniert? Nein. Das können wir nicht behaupten, er hat nicht nach unserem Wunsche funktioniert. Wie hat er denn funktioniert? Die Steuerung ist uns entglitten. Da sitzt einer, der anscheinend den Wagen lenkt, aber derselbe fährt nicht dorthin, wohin der Lenker will, sondern wohin andere wollen, seien es nun die Illegalen, die Gesetzlosen, die Gott weiß woher stammen, oder die Spekulanten oder die Kapitalisten der Privatwirtschaften oder alle diese zusammengenommen. Jedenfalls fährt der Wagen nicht ganz so, und oftmals durchaus nicht so, wie der glaubt, der an der Steuerung sitzt. Das sind die Grundlagen der Frage des staatlichen Kapitalismus, die man nicht vergessen darf."

Im Februar dieses Jahres schon hat Gen. Lenin auf dem Allrussischen Metallarbeiterkongreß mit genügender Schärfe und Bestimmtheit erklärt, daß unser Rückzug auf ökonomischem Gebiet beendet sei, und auf dem Parteikongreß unterstrich er dies auf's neue und ersuchte den Parteikongreß, sich diese Direktive zur unbedingten Richtschnur zu geben. „Wir sind ein Jahr lang zurückgegangen, wir müssen jetzt im Namen der Partei erklären: es ist genug! Jenes Ziel, das der Rückzug im Auge hatte, ist erreicht. Diese Periode endigt oder hat schon geendet.

Jetzt steht ein anderes Ziel vor uns: die Umgruppierung der Kräfte. Der Rückzug ist schwer, besonders für jene Revolutionäre, die an den Vormarsch gewöhnt sind, besonders, wenn sie Jahre hindurch mit ungeheurem Erfolg vorgegangen sind, besonders, wenn sie in anderen Ländern von Revolutionären umringt sind, die immer davon träumen, mit dem Vormarsch zu beginnen. Es war uns klar, daß gerade deshalb, weil wir Jahre hindurch so erfolgreich fortgeschritten sind und so viele ungewöhnliche Siege errungen haben und das in einem unendlich ruinierten Land, wo alle materiellen Voraussetzungen fehlten, nun, um diesen Vormarsch zu stabilisieren, auch zurückgehen mußten. Wir konnten nicht alle Positionen halten, die wir im Sturme genommen hatten, andererseits aber hatten wir aus demselben Grunde, weil wir im Sturm, auf dem Höhepunkt des Enthusiasmus der Arbeiter und Bauern so viel erobert hatten, so viel Spielraum, daß wir auch weit zurückgehen konnten und noch können, ohne dabei im geringsten an der Hauptsache etwas einzubüßen.“ Welcher Voraussetzungen bedarf es aber, damit dieser Rückzug in vollster Ordnung vor sich geht? Gen. Lenin warnt solche Genossen wie Medwedjew und Kollontai, eine Panik zu veranlassen, die ihr Benehmen in der Partei hervorzurufen droht, und verlangt „eine strenge, grausame, unerbittliche Strafe der geringsten Verletzung der Disziplin in einem solchen Augenblick, wo wir einen unerhört schwierigen Rückzug vollziehen, wo alles davon abhängt, gute Ordnung zu wahren.“

In letzter Zeit hat sich in einem gewissen Teil der russischen Intelligenz eine Strömung der sogenannten „neuen Wegweiser“ gebildet („Der Neue Wegweiser“ ist ein von einer Emigrantengruppe herausgegebenes Journal ehemaliger Anhänger der Intervention, welche sich jetzt aber für die Sowjetregierung erklären.) Unsere Taktik ward von denselben als Evolution, als Umgestaltung der Partei gedeutet. Darin sind sie mit den Anhängern der 2. und 2½ Internationale einig, denn diese bemühen sich mit allen Mitteln, zu beweisen, daß die Kommunistische Partei aufgehört hat, eine Arbeiterpartei zu sein, daß sie ihre ersten Losungen der proletarischen Revolution aufgegeben hat und nicht die In-

teressen der Arbeiterklasse vertritt. Die „Neuen Wegweiser“, an deren Spitze bedeutende Politiker der Kadettenpartei stehen, behaupten, daß der kommunistische Staat, an dem wir bauen, auf dem Wege der Evolution, auf dem Wege innerer Umgestaltung sich in einen gewöhnlichen bürgerlichen Staat verwandeln wird. Gen. Lenin begrüßt diese Aufrichtigkeit und sieht in ihr die „Klassenwahrheit des Klassenfeindes“. „Der Gegner spricht die Klassenwahrheit, indem er auf die vor uns stehende Gefahr hinweist. Der Gegner strebt danach, daß dieselbe unausweichbar werde. Die „Neuen Wegweiser“ drücken die Gesinnung von Tausenden und Zehntausenden verschiedener Bourgeois oder Sowjetangestellter aus, die an unserer NEP teilnehmen. Dort liegt die hauptsächlichste und wirkliche Gefahr. Und darum muß man auf diese Frage das Hauptaugenmerk richten: wahrlich, wer wird gewinnen? Damit die Kommunisten gewinnen, damit es nicht dazu kommt, daß Menschen, die im offenen Kampf nicht zu siegen vermochten, unseren Sowjetstaat in eine leere Form verwandeln, dessen Inhalt nichts mehr von der Diktatur des Proletariats weiß, wessen bedarf es dazu? Die ökonomische Macht hat der Proletariatstaat Rußland genügend in Händen, um sich den Uebergang zum Kommunismus zu sichern. Was fehlt denn noch? Es ist klar, woran es noch fehlt. Es fehlt jener Schicht von Kommunisten, die am Ruder sitzt, an Kultur... Wenn man Moskau nimmt: 4700 verantwortungsvolle Kommunisten und diese ungeheure bürokratische Maschine, diese Masse! Wer lenkt wen? Ich zweifle daran, daß man behaupten kann, daß die Kommunisten diese Masse lenken. Und wenn man die Wahrheit sagt, daß sie nicht lenken, sondern gelenkt werden... Werden die Kommunisten der R. S. F. S. R. und der K. P. R. begreifen, daß sie nicht zu lenken verstehen? Wenn sie das begreifen, dann werden sie es selbstverständlich auch lernen, denn erlernen kann man es, doch zu diesem Zweck, muß man lernen.“ Und Gen. Lenin fordert aufs neue die Partei auf, auf diesem fremden Gebiet zu lernen. Hier gilt es wieder ungeheure psychologische Schwierigkeiten zu überwinden, denn viele unserer Genossen sind der Meinung, man könne bei der Bourgeoisie nichts lernen, viele meinen, daß, wenn sie so ungeheure

Schwierigkeiten im Kriege überwunden hätten, wenn sie es vermochten, einen überlegenen Feind zu besiegen, der stark, schlaue und mit allem reichlich versehen war, so würden sie auch hier mit ihren eigenen Händen alles machen und den kommunistischen Staat mit den Händen der Kommunisten bauen. Gen. Lenin warnt vor solchen Illusionen. „Der Aufbau eines kommunistischen Staates mit den Händen der Kommunisten ist ein absolut kindischer Gedanke. Die Kommunisten sind nur ein Tropfen, ein Tropfen im Meer der Volksmassen. Das Wirtschaftsleben werden wir dann lenken können, wenn die Kommunisten es verstanden haben werden, dieses Wirtschaftsleben durch die Hände anderer aufzubauen, und selbst bei der Bourgeoisie lernen werden und sie auf den Weg leiten, wohin die Kommunisten sie haben wollen... Wir müssen es zu erreichen suchen, daß jene zahlreichen, uns um ein Vielfaches an Zahl übertreffenden Elemente, die unsere Mitarbeiter sind, derart arbeiten, daß wir sie kontrollieren können, daß wir ihre Arbeit verstehen, daß ihre Hände Nutzwerte für den Kommunismus schaffen. Darin liegt der Kernpunkt der gegenwärtigen Lage.“ Das Allergefährlichste ist der Selbstbetrug jener, die sich in der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht zurechtzufinden verstehen, die nicht voraussehen vermögen, die bis jetzt in den Zielen und Traditionen der Jahre 18 und 19 leben. „Das waren große Jahre, das größte welthistorische Werk wurde vollbracht. Aber auf diese Jahre zurückblicken und die Aufgaben des Moments nicht sehen, das wäre das Ende, der unausbleibliche, absolute Untergang.“

Wenn der Rückzug nun beendet ist, wenn es sich jetzt nur um eine Umgruppierung handelt, worin muß dann diese Umgruppierung bestehen? „Wir stehen vor der Aufgabe der Grundlegung einer sozialistischen Oekonomie. Ist das getan worden? Nein, es ist nicht getan. Wir besitzen kein sozialistisches Fundament. Diejenigen Kommunisten, die meinen, daß es eines gäbe, sind in einer groben Täuschung befangen. Der Kernpunkt der Sache besteht darin, daß wir fest, klar und nüchtern unterscheiden, worin das welthistorische Verdienst der russischen Revolution besteht, und was wir bis zum äußersten Grade schlecht ausgeführt haben, was noch nicht geschaffen

worden ist und was noch viele Male neu begonnen werden muß. Die politischen Ereignisse sind immer sehr verwickelt und kompliziert. Man darf sich nicht nur an ein Glied der Kette halten. Man darf sich nicht künstlich gerade das Glied wählen, an das man sich klammern will, sondern muß um jeden Preis jenes Glied auffinden, an das die Partei sich im gegebenen Augenblick halten muß. Welches ist aber dieses Glied?" Was war die Hauptsache 1917?. Die Beendigung des Krieges, die das Volk forderte und die alles andere in sich begriff. Das revolutionäre Rußland hat den Krieg beendet... Was war 1919 und 1920 die Hauptsache? Die Verteidigung. Man ging auf uns los, die in der ganzen Welt allmächtige Entente suchte uns zu erdrücken, es bedurfte keiner Propaganda, jeder parteilose Bauer begriff, um was es sich handelte. Der Grundbesitzer ist gegen uns. Die Kommunisten verstehen ihn zu bekämpfen. Darum war der Bauer als Masse für den Kommunisten... Darum haben wir gesiegt. 1921 gab es einen Rückzug. Darum bedurfte es der strengsten Disziplin. Was aber ist jetzt die Hauptsache? Die Hauptsache liegt darin, woraufhin mein Bericht hinausläuft, die Hauptsache liegt nicht in der Politik im Sinne einer Aenderung der Richtung. Wir sind dazu gelangt, daß der Schwerpunkt der Lage in den Leuten, in der Wahl der Leute liegt... Im internationalen Sinne ist die Verbesserung unserer Lage in den letzten Jahren eine gigantische. Wir haben den Sowjettyp des Staats errungen, das ist für die ganze Menschheit ein Schritt vorwärts, und die Kommunistische Internationale bestätigt es uns alle Tage durch Nachrichten aus jedem beliebigen Land. Und niemand hegt auch nur den Schatten eines Zweifels. Aber in Hinsicht einer praktischen Arbeitsleistung stehen die Dinge derart, daß, wenn es den Kommunisten nicht gelingen sollte, der Bauernmasse zu Hilfe zu eilen, diese sie nicht mehr stützen wird... Der Kernpunkt der Sache liegt darin, daß die Leute nicht an ihren rechten Platz gestellt sind, daß der verantwortungsvolle Kommunist, der in der Revolution prächtig mitgeholfen hat, jetzt Handel und Gewerbe leiten soll, von dem er nichts versteht, und wo er verhindert

ist, die Dinge im wahren Lichte zu sehen, denn hinter seinem Rücken verbergen sich die Schieber und Spitzbuben.

Es handelt sich darum, daß wir praktisch prüfen, was geschaffen worden ist. Das ist eine geringe, prosaische Aufgabe, das sind kleinliche Dinge, wir aber haben den größten politischen Umsturz erlebt und befinden uns in der Lage, daß wir eine zeitlang unter kapitalistischen Lebensbedingungen bestehen müssen; darum liegt der Kernpunkt der Sache nicht in der Politik im engeren Sinne, auch nicht in Resolutionen, nicht in der Reorganisation. Soweit wir derselben bedürfen, werden wir uns damit befassen, aber sucht sie dem Volk nicht aufzudrängen, sondern wählt die nötigen Leute, prüft die praktische Ausführung, und das wird das Volk zu schätzen wissen." In der Einhaltung dieser Richtschnur steht die Kommunistische Partei vor den größten Schwierigkeiten. Und nur bei Beobachtung von drei Vorbedingungen wird sie diese Aufgabe ausführen können. 1. unter der Bedingung, daß keine Intervention stattfindet, 2. wenn die nahende Finanzkrise nicht stärker als wir sein wird; 3. wenn in dieser Zeit keine politischen Fehler begangen werden.

Das sind die Fragen, welche in dem politischen Bericht des Gen. Lenin berührt und glänzend entwickelt wurden. Es erübrigt sich zu erwähnen, daß die auf dem Kongreß geübte Kritik die Richtigkeit dieses Gesichtspunktes nicht im geringsten erschütterte.

Zuerst wollen wir jener Ausdrücke Erwähnung tun, die seitens der sog. Arbeiteropposition gebraucht wurden, als deren Vertreter auf dem Kongreß die Gen. Schljapnikow, Medwediew und Kollontai auftraten. Ihre Reden sind um so bemerkenswerter, als die uns feindlich gesinnte Presse sowohl die der ausgesprochenen Bourgeoisie, als auch die der 2., 2½ und der 4. Internationale, diese Strömung als sehr bedeutend bezeichnen. Auf dem XI. Kongreß trat die ganze Inhaltslosigkeit, die ganze Schiefe dieser Kritik klar zutage, die im Grunde nur ein (durchaus nicht revolutionäres) Unverständnis der Taktik der Partei in der Epoche der Proletarierrevolution in einem Lande wie Rußland deckt. Ich habe die Entgegnungen des Gen. Schljapnikow schon an-

geführt. Dasselbe wurde vom Gen. Medwediew noch mehr herausgestrichen: wir hätten keinen Rückzug nötig gehabt, wenn wir unsere Front nicht nach der Bauernschaft gerichtet hätten.

Medwediew machte in seiner Rede zum Bericht des Gen. Lenin und des Sekretärs des Z. K. Gen. Molotow, der Partei den Vorwurf einer Antiarbeiterpolitik. Diese Vorwürfe hat er dann in zwei Punkten formuliert: 1. Das Z. K. hat im verflossenen Jahr der Hebung der Großindustrie nicht genügend wirkliche Mühe, energische Maßnahmen, kommunistische Kräfte und materielle Hilfsmittel zugewandt. . . . 2. Infolgedessen hat das Z. K. auch den Bedürfnissen des Industrieproletariats nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt und diese Bedürfnisse sind nicht in dem Maße befriedigt worden, als sie hätten befriedigt werden können, wenn man ihnen mehr Aufmerksamkeit zugewandt hätte.

Welcher Teil der Partei teilt diese Kritik? Wie stark sind derartige Strömungen in unserer Partei? Darauf hat der Kongreß mit erstaunlicher Einmütigkeit geantwortet: für die Resolution Medwediews, d. h. für die Ansicht der „Arbeiteropposition“, stimmte Medwediew allein. Der Kongreß aber hat einmütig für die Resolution gestimmt, deren erster Punkt lautete, daß der XI. Kongreß die politische Linie des Z. K. durchweg gutheißt, da dieselbe der Partei in den Grundfragen, die mit der schwierigen Wendung der russischen und der Weltrevolution der Proletarier verbunden sind, die maximale Einheit und das maximalste Zusammenhalten sichern.

Danach wäre es völlig überflüssig, die Sinnlosigkeit der von den Genossen Schljapnikow und Medwediew erhobenen Beschuldigungen beweisen zu wollen. Da aber diese Beschuldigungen auch aus Kreisen der Komintern erhoben worden sind, so hielt der Kongreß es für unmöglich, die Erklärung, die von 22 Genossen an den erweiterten Ausschuß des E. K. der K. I. abgegeben worden ist, mit Schweigen zu übergehen, und wählte darum eine Sonderkommission, um alle Umstände aufzuklären, die mit dem Auftreten jener Gruppe von Parteimitgliedern, die an die sog. Arbeiteropposition anknüpft, und 19 Genossen umfaßt, in

Zusammenhang stehen. In der Kommission befanden sich die Vertreter aller bedeutenden proletarischen Zentren: von Petersburg, Moskau, dem Ural, dem Donbecken, von Tula, Iwanowo-Wosnessensk, Nishnij-Nowgorod und anderer mehr.

Diese Kommission hat die Frage der sorgfältigsten Untersuchung unterworfen und kam zu dem Ergebnis, daß es sich um den Versuch eines unbedeutenden Teils unserer Parteimitglieder handelt, die innerhalb der Partei einer Fraktionslinie folgen und die Fraktionsgruppierung beibehalten wollen. Dabei hat schon der X. Kongreß festgestellt, daß diese Gesinnung nichts anderes ist als eine anarcho-syndikalistische Neigung, daß es darum notwendig ist, einen unermüdlichen und systematischen Kampf mit derartigen Ideen zu führen und „die Propaganda dieser Ideen als mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar zu betrachten“.

In der Resolution über die Parteieinheit lenkt der XI. Kongreß der K. P. R. die Aufmerksamkeit darauf, daß die Einheit und das Zusammenhalten der Reihen der Partei, die Sicherung eines völligen Vertrauens unter den Parteimitgliedern und einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit, die wirklich die Willenseinheit der Avantgarde des Proletariats verkörpert, daß dies alles im gegebenen Augenblick, da eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verschärft, unbedingt notwendig sei. Der X. Kongreß trug dem Z. K. auf, „die völlige Vernichtung des Fraktionswesens durchzuführen“, schrieb vor, unverzüglich ohne Ausnahme alle Gruppen, einerlei auf welcher Plattform sie sich gebildet hätten, aufzulösen, und trug allen Organisationen auf, keine Fraktionen irgendwelcher Art zu dulden. Ein Nichtbefolgen dieses Kongreßbeschlusses soll unbedingt und ohne Verzug die Ausweisung aus der Partei zur Folge haben.

Der Kongreß stellte fest, daß dieser Beschluß von der Gruppe der Genossen, welche die erwähnte Erklärung der 22 unterschrieben hatten, nicht befolgt worden sei. Aus den von der Kommission geprüften Dokumenten ersieht man, daß einzelne Genossen in der Provinz die Arbeit derart führen, daß sich Organisationen bilden, daß Fraktionssitzungen abgehalten und

Beschlüsse gefaßt werden, die dem Z. K. unserer Partei unbekannt sind, obgleich Gen. Schljapnikow seinerzeit zum Z. K. der Partei gehörte, und die übrigen Unterzeichneten verantwortungsvolle Posten in unserer Organisation einnehmen. Schon am 9. 8. 1921 wurde auf einer Sondersitzung im Ausschuß des Z. K. die Frage des Benehmens des Gen. Schljapnikow erörtert. Damals wurde ein Beschluß gefaßt, in dem es hieß, daß in Anbetracht wiederholter Verletzungen der Parteidisziplin seitens des Gen. Schljapnikow als Mitglied des Z. K. die Versammlung konstatiert, daß ein ferneres Auftreten des Genossen Schljapnikow außerhalb des Z. K. durch Reden, Erklärungen, Kritiken, die sich gegen die Politik des Z. K. und gegen die wirksamen Beschlüsse richten, die wirklich die Gesinnung des Parteikongresses ausdrücken, absolut unzulässig sei, und die fernere Arbeit des Gen. Schljapnikow im Z. K. in Frage stellen. Aus diesem Grunde fordere die Versammlung den Gen. Schljapnikow kategorisch auf, sein politisches Verhalten in dieser Richtung radikal zu verändern und mit der Linie des Z. K., in dessen Reihen er stehe, in Einklang zu bringen. Das ist nicht geschehen, und das Ergebnis dieser Fraktionsarbeit war dann die Eingabe jener 22 Genossen an die Komintern. Darüber hielt sich das Z. K. nicht für berechtigt, Schweigen zu bewahren, sondern übergab es der breiten Öffentlichkeit und dem Gericht der Arbeiterklasse.

Der Kongreß erkannte gleichfalls an, daß die formelle Eingabe an sich keine Schuld sei. Aber nach dem Inhalt der Eingabe konnte der Kongreß die völlige Unbegründetheit der gegen die Partei erhobenen Beschuldigungen feststellen. Nicht nur hat der Allrussische Kongreß der Metallarbeiter, die die „Arbeiteropposition“ zu den ihrigen zählte, die Genossen dafür streng verurteilt, sondern auch eine ganze Reihe von Organisationen, wie die von Nishnij-Nowgorod, von Lugansk und der Ukraine, die Sibirische Kreispartei konferenz etc., haben das fraktionelle Auftreten dieser Genossen aufs strengste verurteilt, und viele forderten ihren sofortigen Ausschluß. Bei der Abstimmung der ersten Fassung äußerten sich für sofortigen Ausschluß der Genossen Schljapnikow, Medwediew und Kollontai

etwas über die Hälfte der Genossen. Der Vorsitzende des Kongresses hielt es für notwendig, daß ein Beschluß in einer für die Partei derart wichtigen Angelegenheit mit mehr Einmütigkeit gefaßt würde, darum wurde nach Eintragung einer Reihe von Abänderungen ein Beschluß gefaßt, dessen einleitender, motivierender Teil die Tatsache der Fraktionstätigkeit einer Gruppe von Genossen feststellt, während die Resolution besagt, daß im Anschluß an den Beschluß des E.K. der K.I. betreffs der Genossen Schljapnikow, Medwediew und Kollontai das Z. K. anzuweisen sei, daß die erwähnten Genossen, sollten in Zukunft noch weitere derartige den Parteiinteressen widersprechende Äußerungen vorkommen, aus der Partei auszuschließen seien. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Darum konnte Gen. Lenin, als er die Sitzung schloß, mit vollem Recht sagen: „Der erste Unterschied, der bei einem Vergleich dieses Kongresses mit dem vorigen in die Augen sticht, ist die größere Konzentration, die größere Einmütigkeit, die größere Einheit der Organisation. Nur ein geringer Bruchteil eines Teils der Opposition des vorigen Kongresses hat sich außerhalb der Partei gestellt.“

Die Art, wie diese Frage auf dem Kongreß behandelt wurde, war von immenser Bedeutung. Eine Reihe von Rednern rückte den durch die Position der erwähnten Genossen entstehenden Schaden ins grellste Licht. Gen. Trotzki betonte sehr richtig, daß die eigentliche Sünde und das hauptsächlichliche Verbrechen der politischen Position des Gen. Schljapnikow und seiner Gesinnungsgenossen in seiner Stellungnahme „wir“ (Schljapnikow & Co.) und „sie“ (Z. K. der K. P. R. und die Partei überhaupt) liege, als ob die „Arbeiteropposition“ eine andere Partei in Reserve hätte. Es war recht naiv, auf dem Kongreß zu erklären, daß wir in Anlaß der Eingabe der 22 Genossen zu sehr Lärm geschlagen hätten. Gen. Trotzki wies darauf hin, daß jede Eingabe im Stile von „wir“ und „sie“, mit welcher der Betreffende vor die breite Masse der Ar-

beiterschaft tritt, die im Grunde parteilos ist, in den Augen eines Kritikers sogleich einen Charakter annehme, der sie unausbleiblich und ohne Aufschub zur Waffe in der Hand unseres direkten Klassenfeindes macht. „Es ist kein Zufall, daß die Radiostation der polnischen Regierung durch die ganze Welt Auszüge aus der Broschüre des aus der Partei ausgeschlossenen Gen. Miasnikow versandte, und dieselben sogleich als Material für die Feuilletons Tschernows und die Leitartikel Martows und Miljukows verwandt wurden. Sie müssen wissen, daß die Broschüre der Gen. Kollontai im Auslande nur zu oft zitiert worden ist. Was den Leitartikel in der „Prawda“ anbelangt, so war derselbe unerläßlich, um die Partei davon in Kenntnis zu setzen und den Sinn der Eingabe an die Komintern zu erläutern. Und dabei hat die Genossin Kollontai z. B. zugegeben, daß sie sich's nicht träumen ließ, zu welchen Resultaten eine derartige Eingabe führen könne, welche das Zentral-Komitee unserer Partei natürlich nicht vor der Partei ganz totsichweigen konnte.“ Auf die von den Genossen der „Arbeiteropposition“ entwickelten Ideen hat schon Genosse Trotzki mit genügender Deutlichkeit geantwortet, ebenso auch Genosse Sinowjew in seinem Bericht über den Aufbau und die Festigung der Partei.

Der Bericht des Genossen Sinowjew enthielt eine glänzende Analyse des Zustandes und der Entwicklungstendenzen unserer Partei. Es tut um so mehr not, bei diesem Bericht länger zu verweilen, als, wie Genosse Sinowjew richtig bemerkte, „unsere Partei im gegenwärtigen Augenblick nicht nur in unserem Land ein Werkzeug des geschichtlichen Fortschritts ist, sondern ein solches im Weltmaßstab darstellt.“ Sie ist die Grundlage der Komintern. Sie ist eine Partei, die den sechsten Teil der Fläche des Erdballs verwaltet, das Vorbild anderer Parteien, die einzige legale Partei unseres Landes, und die in derselben vor sich gehenden Prozesse haben Weltbedeutung.

Aus dem Bericht der Mandatskommission und dem Bericht über die Reinigung der Partei wissen wir, daß auf der Konferenz gegen 500 000 Parteimitglieder vertreten waren. Nach den Informationen der Zentral-Kon-

trollkommission zählte die Partei vor der Reinigung (mit Ausnahme von Turkestan) 659 000, nach der Reinigung blieben 499 484 Mitglieder, mit Turkestan aber gegen 537 000. Auf diese Weise haben wir, wenn man die Kandidaten hinzurechnet, noch immer viel mehr als 500 000 Parteimitglieder. Aber es ist in Betracht zu ziehen, daß ihre Zahl sehr rasch gewachsen ist. Seinerzeit hatten wir, in der Periode der Geheimarbeit, vielleicht nicht mehr als 5000 Parteimitglieder. Zu Beginn ihres legalen Bestehens (1917) besaß die Partei gegen 50 000 Mitglieder, und in wenigen Jahren wuchs sie um's Zehnfache und überstieg eine halbe Million.

War unsere Partei eine Massenpartei, als wir 5—10 000 Köpfe zählten, als die Partei sich noch in bedeutendem Maße aus Intelligenz zusammensetzte? Gewiß, auch damals waren wir eine Arbeiter- und Massenpartei. Hunderttausende von Arbeitern kamen zu uns, die formell parteilos waren, aber in Wahrheit uns aktiv unterstützten. Sie bildeten eine potenzielle Macht, welche später, unter anderen Verhältnissen, unserer Partei einverleibt wurde. Aber vielleicht schwoll unsere Partei durch den Zustrom fremder Elemente so stark an, daß ihr in der Tat eine Umbildung droht, von welcher einerseits die sehr „linken“ Genossen reden, andererseits der unlängst ermordete Kadett Nabokow in der Zeitung „Rusj“ sprach (vom 18. XI. 1921 Nr. 305). Sowohl dieser Artikel, als auch das vom Genossen Sinowjew zitierte Büchlein des Menschewisten Dalin „Nach Krieg und Revolution“ beweisen, wir scharf unsere Gegner den inneren Zustand unserer Partei beobachten, wie sie bereit sind, die geringste Verwirrung, Schwankung, Unsicherheit in unseren Reihen sich zunutze machen.

Genosse Sinowjew hält es für außerordentlich schädlich, die Dinge so darzustellen, als wäre alles in schönster Ordnung, daß keinerlei Gefahr einer Ueberschwemmung durch die März bolschewisten (d. h. unsichere, unreife) drohe und daß auch die Gefahr einer Umbildung nicht bestehe. „Alle die Schwierigkeiten, auf die unsere Feinde hinweisen, bestehen sicherlich für eine Partei, die in einem von bürgerlichen Staaten umgebenen Land lebt und kämpft, wo die Mehrzahl der Bevölkerung

nicht zum Proletariat, sondern zum Bauerntum zählt".

Aus welchen sozialen Elementen besteht gegenwärtig die Partei? Ich werde nur einige summarische Ziffern anführen. Nach den Informationen der Zentral-Kontrollkommission waren vor der Reinigung der Partei in den Industriegouvernements 47½ Prozent Arbeiter. Nach der Reinigung, als in diesen Gouvernements 15 Prozent der Arbeiter und 32 Prozent der Nichtarbeiter ausgeschlossen worden waren, bildete der Arbeiterbestand der Parteimitglieder 52½ Prozent. In den ackerbaubetriebenden Gouvernements waren vor der Reinigung weniger als ein Drittel Arbeiter (31 Prozent), nach der Reinigung hob sich diese Ziffer fast bis zu $\frac{2}{5}$ (38 Prozent), in diesen Gouvernements beträgt die Zahl der ausgeschlossenen Bauern (im Verhältnis zur Gesamtziffer der Ausgeschlossenen) schon 39 Prozent. Aber wäre es richtig, bei der Feststellung, zu welchem Teil die K. P. K. eine Arbeiterpartei ist, nur von diesen Ziffern auszugehen? Sicher nicht. Auch während der Genemperiode, als wir mit den Menschewisten prinzipielle Streitigkeiten hatten, und als die Argumente der Menschewisten den Argumenten unserer Genossen von der „Arbeiteropposition“ so ähnlich waren, wußten wir, daß „die Basis unserer Organisation Proletarier seien, das Fundament die Arbeiterklasse, das Programm ein proletarisches“. Nach der 1905—1907 erlittenen Niederlage verließ uns ein bedeutender Teil der Intelligenz, und das Arbeiterelement verstärkte sich. Seit 1917 strömt der Partei das bäuerliche Element zu, während bis dahin unsere Beziehungen zum Lande und auf dem Lande lockere und zufälliger waren. Bis zum Jahre 1917 bildeten die neu in die Partei eingetretenen Arbeiter 53 Prozent, 1917 traten 63 Prozent Arbeiter ein; während bis 1917 nur 3 Prozent Bauern eingetreten waren, bildeten 1917 letztere 6 Prozent, aber 1920 schon 17 Prozent. Allen ist es bekannt, daß dieser Zustrom von Bauern-Kommunisten bei unserem Sieg eine ungeheure Rolle spielte. Die Mehrzahl der Bauern kam zu uns durch die Armenkomitees, während durch die Rote Armee die Halbbauern und Halbarbeiter zuströmten."

„Liegt irgend eine Gefahr in dieser Umgruppierung? Man kann das Vorhandensein

dieser Gefahr nicht ableugnen. Aber ungeachtet des Vorgefallenen — dieser beiden wichtigen Vorgänge: des Abströmens der Bourgeoisie, der demokratischen Intelligenz, und des Zuströmens der Bauernschaft, des Trägers kleinbürgerlicher Ideen — ist und bleibt unsere Partei nichtsdestoweniger eine proletarische bolschewistische Partei."

Genosse Sinowjew weist auf eine andere Gefahr hin — die Idealisierung jenes Proletariats, das als Ergebnis des Krieges in unseren Fabriken tätig ist, das aber eine bedeutende, wenn auch nur vorübergehende Veränderung erfahren hat, hervorgerufen durch das Zuströmen von kleinbürgerlichen Elementen, kleinen Besitzern, Ladeninhabern während der Kriege. „Was wir jetzt besitzen, ist nicht der vitalste, der gesündeste und der älteste Teil des Proletariats“. Aber das ist eine vorübergehende Erscheinung. Mit der Festigung der Großindustrie konsolidiert und festigt sich auch das Proletariat.

In der Frage der Wechselbeziehungen mit der Bauernschaft erinnert Gen. Sinowjew an unsere Streitigkeiten von 1905 und später über die Rolle des Proletariats als des leitenden Faktors in der Revolution (der damals in unserm Lande bürgerlich-demokratischen Revolution). Wir verteidigten auch damals den Gedanken, daß die Arbeiterklasse sich vom allgemein staatlichen Standpunkt aus zu betrachten habe, daß sie die Erfüllung allgemeinstaatlicher Aufgaben zu übernehmen habe, und die vielmillionenköpfige Bauernschaft nach sich ziehen müsse. Damals warfen die Menschewisten uns fast dasselbe vor, was uns jetzt Schljapnikow zum Vorwurf macht: daß wir uns wenig für die Arbeiterklasse und viel für die Bauernschaft interessieren. Dasselbe ist auch jetzt der Fall: „Es ist selbstverständlich: wenn unsere Partei auch nur auf einen Augenblick vergißt, daß sie die Bauernschaft zu führen hat, dann ist der sichere Untergang unausbleiblich.“ Denn der Arbeiter sagt sich: Denk an dich selber, und nicht an irgend einen Bauern — das ist der reine Menschewismus . . . oder warum denn diese Reden, „man stehe in der Schuld der Bauern . . .“ Diese Leute meinen, sie seien sehr linker Richtung, und bemerken nicht, daß sie die Rolle der Arbeiterklasse als Führer, als Leiter der Revolution im nationalen und internationalen Maßstab vernich-

ten. . . . Wir wollen die Genossen Medwediew und Schljapnikow nicht erzürnen, aber sie paradieren oft in den ausgetretenen Schuhen Axelrods, obgleich es ihnen scheint, daß sie Wunder wie revolutionär sind." (Rede des Genossen Sinowjew.)

Der Partei droht die Gefahr der Entartung. Sie droht ihr durch den Zustrom von den dem Proletariat sozial fremdgegenüberstehenden Elementen. Wir sehen diese Gefahr, wir greifen zu Gegenmitteln. In unserer Partei gibt es gegen 20 Prozent Bauern, stellenweise sogar noch mehr, besonders in so fernen Gebieten, wie Sibirien es ist, u. a. Ist das nun zum Guten oder Schlimmen? Genosse Sinowjew antwortet darauf mit der Gegenfrage: Können wir eine Rote Armee schaffen, wenn wir nicht alles, was diese vom Besten ausscheidet, in unsere Reihen, in unsere Partei aufnehmen? Kann unsere Partei irgendwelchen Genossen, Halbarbeitern, Halbbauern, die aus der Roten Armee, von den Militärkursen, aus den Komitees der Landarmut zu uns kommen, die Aufnahme verweigern? Andererseits verletzt das den Parteipatriotismus."

Nur wir haben das Monopol der Legalität. Gerade aus diesem Grunde kommen Leute zu uns, welche unter anderen Verhältnissen noch in den Reihen der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre geblieben wären. Wir fürchten nicht, das offen auszusprechen. In Zukunft werden wir die Aufnahme in die Partei vorsichtiger und strenger handhaben. Durch die Reinigung der Partei haben wir uns von mehr als 160 000 untauglichen Parteimitgliedern befreit.

Außerdem richtet die Partei nun ihr Augenmerk auch auf das Institut der Kandidatur — seine Rolle muß wachsen. Für Arbeiter und Rotarmisten aus dem Arbeiter- und Bauernstande muß ein Noviziat von nicht weniger als 6 Monaten festgesetzt werden, für Bauern und Heimarbeiter ein Jahr, und für alle übrigen 2 Jahre, das gilt auch für die aus anderen Parteien Ausgetretenen. Der Uebergang vom Kandidaten zum Parteimitglied vollzieht sich nicht mechanisch, sondern wird jedesmal durch die Tauglichkeit des Betreffenden für die Partei hinsichtlich seiner Loyalität und seines politischen Klassenbewußtseins bestimmt. Auf diese Weise wird sich die Partei davor schützen, daß Leute, die ihre

politische Reife und ihre kommunistische Haltung nicht bewiesen haben, Stimmrecht erhalten.

Stimmt dies aber mit dem Satz überein, den der Zweite Kongreß der Komintern aufgestellt hat, daß nach Ergreifung der Staatsgewalt die Kommunistische Partei die gesamte Arbeiterklasse in ihren Reihen sammeln wird? Genosse Sinowjew hält diese These für durchaus richtig. Wenn das aber bis heute nicht eintraf, so bedeutet das, daß der endgültige Sieg über die Bourgeoisie noch nicht in sichtlicher Weise errungen worden ist, da die Diktatur des Proletariats noch nicht die wirtschaftliche Wiedergeburt des Landes gesichert hat.

Der Kongreß konnte die Frage, welchen Einfluß die neue ökonomische Politik auf unsere Partei habe, nicht mit Stillschweigen übergehen. „Worin kann dieser Einfluß seinen Ausdruck finden? In der Provinz beobachten wir ein Abströmen der kleinbürgerlichen Elemente aus unserer Partei, hier und da die Auflösung der Bauernzellen, da die Warenwirtschaft in ihnen die Hoffnung erweckt, ihre Lage verbessern und Kleinbesitz erringen zu können. Der Prozeß der Selbstreinigung vollzieht sich. Freilich, die drückende materielle Lage, die Müdigkeit, die Last der Parteipflichten (denn wir bekämpfen das Vorhandensein passiver Parteimitglieder), das alles bewirkt, daß auch Arbeiter die Partei verlassen, aber dies sind keineswegs die besten Elemente, wie Medwediew und Schljapnikow versichern, es sind dies die Erschlafften, die Enttäuschten, die dem kleinbürgerlichen Einfluß unterlegen sind, die von der Liquidationsstimmung übermannt wurden. Diese Erscheinung müssen wir bekämpfen.“ Der Kongress beauftragte das Zentralkomitee, „alle Maßregeln zu ergreifen, um den Stamm der Arbeitergruppe, welche die Hauptlast der Arbeit trägt, befriedigende Existenzbedingungen zu schaffen.“ „Der Kongreß besteht auf der Unaufschiebbarkeit der Aufgabe, die Formen der gegenseitigen Hilfe bedürftiger Kommunisten auszuarbeiten und zu verwirklichen, jener, die sich in besonders drückender Lage befinden, sowie auch der Invaliden, der Demobilisierten u. a., die ihre Kräfte in der Partei- und Revolutionsarbeit eingebüßt haben.“

Die neue ökonomische Politik birgt für die Partei eine ganze Reihe von Schwierigkeiten und Gefahren. Die ganze Aufgabe besteht darin, dieselben rechtzeitig zu sehen und zu bekämpfen. Denn vor den Parteimitgliedern ersteht eine völlig neue Aufgabe, die Genosse Lenin in seinem Bericht so intensiv betont: Man muß ein Vertreter des revolutionären Proletariats und Mitglied der kommunistischen Partei bleiben und gleichzeitig lernen zu handeln und den wirtschaftlichen Handels- und Industriemittelapparat aufzubauen; ihn nicht schlechter, sondern besser, als die Bourgeoisie es fertig brachte, aufzubauen. Die Resolution des Kongresses weist darauf hin, daß gerade unter diesem Gesichtswinkel — der Erreichung wirtschaftlicher Qualifikation — die Partei ihre Mitglieder in den Wirtschaftsorganen, den Gewerkschaften und der Parteijugend gruppieren müsse. „Die ganze Arbeit muß derart gelenkt werden, daß sie einer möglichst großen Anzahl von Parteimitgliedern die Möglichkeit bietet, tatsächlich Verbesserungen bei Erfüllung der aufgetragenen Aufgabe vorzunehmen, sich detaillierte Fachkenntnisse auf diesem Gebiete anzueignen und diese Kenntnisse allmählich zu erweitern.“ es gerade, wovon Lenin in seiner Eröffnungsrede spricht und worauf der Kongress eine Reihe praktischer Hinweise gibt. „Der Kongress hält es für wünschenswert die Arbeit zwischen den einzelnen Gruppen der aktivsten Parteimitglieder zweckmäßiger zu verteilen, damit den Genossen die Gelegenheit geboten wird, diesen oder jenen Zweig der Partei-, Gewerkschafts-, Sowjet- u. a. Tätigkeit sorgfältiger zu studieren. . . Eine tiefere Kenntnis der Aufgaben, eine ernstere zielbewußtere Spezialisierung, das ist eine der Hauptaufgaben, die vor unserer Partei stehen. Der Kongress bestätigte die Beschlüsse der letzten Parteikonferenz, die eine höhere Parteibefähigung und strengere kommunistische Haltung von den leitenden Organen unserer Partei und den Leitern der Gouvernements- und Kreiskomitees fordert. In dieser Hinsicht steht der Partei die Vollziehung einer recht bedeutenden Umgruppierung bevor.

Auf dem Kongreß wurde auch die Frage einer Abgrenzung der Partei- und Sowjetapparate einer ersten Erörterung unterzogen. Das ist keine neue Frage. Auf dem XI. Kon-

gress hat Genosse Lenin sie nun besonders scharf betont. So willig sich hier der Kongreß bezüglich des Hauptorgans der Partei, des Zentral-Komitees, zeigte, so ungerne befaßt sich die Partei damit hinsichtlich der provinziellen, der Gouvernements-, Bezirks- und Kreisorgane. Im Jahre 1919 erklärte der VIII. Kongress der Kommunistischen Partei Rußlands eine Vermischung der Partei-Funktionen mit Partei- und Sowjetorganen für verderblich, besonders auf militärischem Gebiet. „Die Partei ist bemüht die Tätigkeit der Sowjets zu lenken, ersetzt dieselben aber nicht. Der XI. Kongress der Kommunistischen Partei Rußlands bestätigt diese Erklärung mit besonderem Nachdruck. . . Wenn im Jahre 1919 die Partei betonte, daß eine Vermengung der Funktionen auf militärischem Gebiet verderbliche Resultate zeitigen müsse, so erklärt die Partei 1922, daß eine derartige Vermengung auch auf wirtschaftlichem Gebiet katastrophale Folgen nach sich ziehen muß.“

Eine weitere Aufgabe ist die richtige Verteilung der Kräfte mittels einer den Bedürfnissen entsprechenden Massenumgruppierung: diese oder jene Arbeiterrayons zu verstärken, die Armee und die allerwichtigsten landwirtschaftlichen Gebiete zu festigen und die Wirtschaftsorgane, die Bezirks- und Kreisorganisationen zu kräftigen. Der Kongress beauftragte das Zentral-Komitee 1000 Parteiarbeiter aus Moskau in die Grenzgebiete zu versenden. Auf diese Weise ist und bleibt unsere Partei eine Organisation aktiver Mitglieder, die in jedem gegebenen Augenblick ihre Kräfte an den exponiertesten Punkten unserer Kampfeslinie konzentriert.

Der Kongress verwarf aufs Entschiedenste jegliche Gruppierung innerhalb der Partei und beschloß derartige Versuche mit den entschiedensten Mitteln, bis zum Ausschluß aus der Partei, zu bekämpfen. Die Einheit der Partei, das ist die unerläßliche Vorbedingung, die uns vor politischen Mißgriffen bewahrt. Unsere Feinde rechnen gerade am meisten damit, daß es uns schwer fallen würde diese Einheit zu bewahren. Genosse Sinowjew zitierte das Buch des Menschewisten Dalin, worin unser offener Gegner sagt, daß „die Liquidation der Bolschewisten nur als Selbstliquidation“ vor sich gehen könne; als eine Zersetzung

und ein Zerfall der Kommunistischen Partei Rußlands". „Aus dem Schoße der Allmutterpartei werden die Quellen entspringen, die die politische Geschichte der kommenden Tage erfüllen werden.“ Gen. Sinowjew weist auf die Aehnlichkeit dieser Betrachtungen mit denen des Gen. Schljapnikow hin. Wo liegt denn die Sicherheit, daß keine soziale Wiedergeburt unserer Partei stattfindet? Gen. Sinowjew erwidert: „Diese Gefahr besteht, aber gleichzeitig müssen wir dessen eingedenk sein, daß unsere Partei einen, die Politik bestimmenden festen Kern besitzt, daß durch die Rote Armee die gewissenhaftesten Elemente der Halbarbeiter und Halbbauern filtriert werden, daß die Weltlage derart ist, daß sich die internationale Revolution langsam, aber sicher entwickelt. Darin liegt die Sicherheit unseres Sieges.“

Der Kongreß summierte die Ergebnisse der Parteireinigung. Wir haben schon einige Ziffern angeführt, aus denen die hauptsächlichsten Resultate der Reinigung ersichtlich sind: die Erhöhung des Arbeiterprozentsatzes in der Partei. In den industriellen Gouvernements haben wir das Ueberwiegen des proletarischen Elements erreicht. Dieses Ueberwiegen wird einerseits in demselben Maße wie die Vervollkommnung und die Wiederbelebung unserer Großindustrie wachsen, andererseits auch unter dem Einfluß jener Maßregeln stehen, die die Konferenz hinsichtlich strenger Handhabung der Aufnahme nichtproletarischer Elemente in die Partei festsetzte. Aber wir besitzen eine Reihe von Ziffern, die auch jetzt für die Entwicklung gerade dieser Tendenz besonders charakteristisch sind: auf 4600 städtische Zellen kommen 98 Tausend Parteimitglieder, auf 4500 ländliche Zellen 29 Tausend Parteimitglieder. Auf diese Weise beträgt die Zahl der Parteimitglieder in einer städtischen Zelle im Durchschnitt 24, in einer Dorfzelle 6. Das ist einer jener Züge, die klar machen, daß unsere Partei vorwiegend eine städtische und keine ländliche ist. Während der Reinigung haben wir uns von fremden, zufälligen Elementen befreit, die sich in unsere Partei eingeschlichen haben, von den Zerstörern der Parteidisziplin, von den passiven Mitgliedern, vom Parteiballast, von den Wert-

losen, den Intriganten, den Ehrlosen. Hier und da war diese Operation recht grausam, aber der Kongreß kann nun mit Genugtuung das Resultat dieser Reinigung konstatieren — die große Einheitlichkeit unserer Reihen, deren Homogenität.

Anläßlich des besonderen Berichts des Gen. Safarow erörterte der Kongreß des längeren die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes. Der K. J. V. R. zählt gegenwärtig gegen 400 000 Mitglieder; das ist die Reserve unserer Partei, die Vorschule des Kommunismus. Seine soziale Zusammensetzung weicht von derjenigen der Partei ein wenig ab; darin gibt es verhältnismäßig mehr bäuerliche und kleinbürgerliche Elemente. So haben wir z. B. in 6 industriellen Gouvernements 23 219 zum Verbands gehörige Mitglieder, davon sind: 35 Prozent Arbeiter, 32,5 Prozent Bauern, 21 Prozent Angestellte, 11 Prozent Studierende; in 15 landwirtschaftlichen Gouvernements aber eine andere Zusammensetzung: Arbeiter 24 Prozent, Bauern 41 Prozent, Angestellte 19 Prozent, Studierende 13 Prozent und die übrigen 3 Prozent. In letzter Zeit macht sich, in Verbindung mit der Verschlechterung der Lage der Arbeiterjugend, besonders seit den Massenentlassungen derselben aus den Unternehmungen, ein starker Fall des Prozentsatzes der Arbeiterjugend bemerkbar.

Die Leitung des Verbandes ist gleichfalls nicht befriedigend. Unter den Leitern, die im Gouvernementsmaßstab arbeiten, gibt es 33 Prozent Arbeiter, 29 Prozent Bauern, 20 Prozent Kleinbürger, 19 Prozent der städtischen Intelligenz (auch größtenteils Kleinbürger). Unter den im Kreismaßstab tätigen Leitern sind bäuerlicher Abstammung schon 51 Prozent des Verbandes.

Und dabei spielt der Jugendverband für die Partei eine ungeheure Rolle. Außer den unvergeßlichen Diensten, die der Verband während des Bürgerkriegs leistete, außer seiner Teilnahme an jenem Heldenkampf, hat er eine Menge roter Anführer hervorgebracht und dient außerdem als bestes Bindeglied zwischen der Partei und der Dorfjugend.

Der XI. Kongreß hat eine Resolution angenommen, worin die Aufgaben der Partei hinsichtlich des Verbandes folgendermaßen gefaßt

werden: a) Herstellung einer ständigen und systematischen ideellen Leitung des Verbandes durch die Parteiorganisationen; b) besondere Aufmerksamkeit ist zu widmen der unmittelbaren Teilnahme an der Zellenarbeit des K. J. V. R. seitens der Parteizellen, auf allen Gebieten; c) sorgfältige Auswahl von Parteivertretern in die Komitees des Verbandes, sowie auch die Ausscheidung einer Anzahl von Parteiangehörigen, die sich für die Arbeit unter der Jugend interessieren und befähigt sind, dieselbe zwecks systematischer Tätigkeit innerhalb des Verbandes um sich zu sammeln; d) die Sicherung des Verbandes für den Erhalt der notwendigen materiellen und finanziellen Mittel, um seine Massenaufklärungsarbeit entwickeln und auch die Mitglieder des K. J. V. R. erziehen zu können; e) Unterstützung der Erziehungsarbeit des Verbandes durch Versorgung mit verschiedenen kulturellen Institutionen und durch Herausgabe einer besonderen Literatur für die Jugend; f) Hinzuziehung der Mitglieder des K. J. V. R. (in erster Linie der im Verband beschäftigten Parteimitglieder) zur Parteiarbeit."

Um jedoch die gesunden Existenzbedingungen des Stammes des Verbandes — der Arbeiterjugend — zu bewahren, erklärte der Kongreß es für notwendig, vermittels der Gewerkschaften und der wirtschaftlichen Organe unter unmittelbarer Teilnahme und der Initiative des K. J. V. R. folgende Maßregeln durchzuführen: Festsetzung eines normalen Prozentsatzes der Arbeiterjugend für jede Industrie; Sicherung der Arbeitsbedingungen zwecks Durchführung aller Normen des Arbeitsschutzes durch einen Tarif, bei dem der Halbwüchsige für seine verkürzte Arbeitszeit das gleiche verdient wie für einen vollen achtstündigen Arbeitstag, durch Aufsicht über die Jugendarbeit, sowohl in staatlichen, als auch in Privatindustrien; Arbeiterorganisation der Arbeiterjugend, Verpflichtung zur Lehrzeit und zur Erwerbung von Qualifikationen, Erbauung von Schulen für die Arbeiterjugend, worin die praktische Belehrung auf dem betr. Gebiet mit theoretischer Bildung und allgemeinpolitischer Erziehung verbunden wird.

In letzter Zeit haben sich innerhalb unserer Partei Stimmen zugunsten einer Liquidierung

der besonderen Abteilungen zwecks Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen erhoben. Diese Stimmen sind sogar unter jenen, die selbst unter den Frauen arbeiten, nicht gar so selten. Dennoch war die Mehrheit des Kongresses entschieden für ihre Aufrechterhaltung und beschloß, diese Abteilungen durch Zuteilung qualifizierter Arbeiterinnen zu festigen. Der Kongreß erkannte, daß bei den Verhältnissen der Uebergangszeit, in kleinbürgerlicher Umgebung, bei der Arbeitslosigkeit, unter der Gefahr der Deklassierung die Bedeutung des politischen Einflusses auf die breiten Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen nicht nur nicht geringer ist, sondern sogar an Wichtigkeit zunimmt. Der Kongreß hält es für notwendig, unter den Arbeiterinnen der Gewerkschaften Organisatoren auszuwählen und in alle Wahlorgane, sowohl der Gewerkschaften, als auch der Sowjets, Arbeiterinnen einzuführen. Der Kongreß beschloß, den Stamm der Rayonorganisatoren durch Bäuerinnen zu verstärken und zu vergrößern, um die Bäuerinnen in die landwirtschaftlichen Genossenschaften hineinzuziehen und vermittels der Bäuerinnen die Landwirtschaft zu heben.

Auf dem Kongreß wurde sehr ernstlich die Frage unserer Agitations- und Propagandaarbeit erörtert, unserer Presse, unserer Parteischulen, Kreise und Marxistenklubs. In der Partei entwickelt sich und erstarkt der mächtige Apparat der kommunistischen Erziehung: unsere Fachschulen für Partei- und Sowjetaufbau zählen schon jetzt gegen 30 000 Studierende. Wir dehnen den Lehrgang einiger Schulen auf drei Jahre aus (die Kommunistische Swerdlow Universität, die Universität der Werktätigen des Ostens und die Kommunistische Universität der Werktätigen des Westens u. a.). Die Einrichtung dieser Schulen läßt viel zu wünschen übrig. Aber dabei ist die Bourgeoisie augenblicklich unverkennbar mehr als je bemüht, durch Literatur und Kulturarbeit Einfluß auf die werktätigen Massen zu gewinnen. Der Kongreß nahm eine ganze Reihe von Resolutionen an betreffs der Hebung der Arbeit marxistischer Zirkel und Parteiklubs, allerlei Arten von Autodidaktenklubs, Besserung der materiellen Lage der Sowjet-Parteischulen, Versorgung derselben mit Vortragenden

den, Lehrbüchern, Herausgabe marxistischer Literatur, Ausarbeitung von Fragen der Pädagogik und Methodik, Verbesserung der provinziellen Preßorgane, Ausscheidung eines besonderen Stammes von Arbeitern, der diese Presse zu bedienen hat.

Alle diese Fragen riefen auf dem Kongreß keinerlei irgendwie bemerkbare Meinungsverschiedenheiten hervor. Ein Teil der Genossen hielt es für angebracht, die Arbeit auf dem Lande besonders hervorzuheben. Seinerzeit bestanden bei uns bei den Komitees besondere Abteilungen für die Arbeit in den Dörfern. In letzter Zeit haben wir dem Lande nicht geringere Aufmerksamkeit geschenkt, aber für diese Arbeit den allgemeinen Apparat benutzt. Die besondere landwirtschaftliche Sektion hat das Z. K. beauftragt, beim Z. K. zwecks Sammlung und Studiums der Erfahrungen in der Arbeit auf dem Lande und Ausarbeitung von Anweisungen auf diesem Gebiet eine ständige Kommission zu wählen, unter Leitung eines Mitgliedes des Z. K. und Teilnahme des Kommissariats für Landwirtschaft und des Allrussischen Verbandes der Landarbeiter.

Das tut um so mehr not, als die Beschlüsse des IX. Parteikongresses hinsichtlich der Fragen der Landpolitik wie auch der Einfluß der Warenwirtschaft im Dorf und die Entwicklung der Pacht als Form der Landbenutzung unzweifelhaft die Anwendung von Tagelöhnerarbeit fördern und somit eine Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Lande hervorrufen. Die Partei muß sowohl all diese Veränderungen sorgfältig in Betracht ziehen, als auch auf praktische Maßregeln sinnen, mit Hilfe deren man in zweckmäßiger Weise die Extreme begrenzen und schädliche Uebertreibungen in den angegebenen Richtungen eindämmen könnte.

Indem sich die Partei auf dem Lande hauptsächlich wirtschaftliche Organisationsaufgaben und kulturell aufklärende Ziele stellt, strebt sie nach alter Weise „mit allen Kräften und Mitteln danach, dem ärmsten Teile der Bauernschaft zu Hilfe zu eilen.“

Eine Verstärkung der Arbeit auf dem Lande muß erreicht werden: eine Verstärkung der Bezirksorganisationen durch Einführung von Parteiarbeitern und eine Verstärkung des Ge-

werkschaftsverbandes der Land- und Waldarbeiter. Auf dieser Grundlage würde dann eine ökonomische Organisation der proletarisierten und hilflosen Bauernschaft möglich werden. Dabei wird es den Kommunisten auf dem Lande zur Pflicht gemacht, an den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Kollektiven ihres Gebietes teilzunehmen und sofort, wo dieselben noch nicht bestehen, solche zu organisieren. Der Kongreß beschloß, die Dorf-Kommunisten wenigstens einen verkürzten Lehrgang über Landwirtschaft und landwirtschaftliche Genossenschaften durchmachen zu lassen. Um dem ärmsten Teil der Bauernbevölkerung einige Erleichterung zu verschaffen, erklärte der Kongreß es für unerlässlich, auf der nächsten Session der Allrussischen Zentralexekutive das Dekret über die einmalige Naturalsteuer umzuarbeiten.

Es zeigten sich in der Partei auch keinerlei Anzeichen von Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Gewerkschaften. Wir haben der Arbeit eine neue Richtung vorgezeichnet, aber diese Richtung ist der ganzen Partei gemeinsam. Die Resolution konstatiert hinsichtlich dieser Frage, daß die überwiegende Masse der Produktionsmittel auf dem Gebiete der Industrie und des Transportes in den Händen des proletarischen Staats verbleibt. Gemeinsam mit der Nationalisierung des Grundbesitzes beweist dieser Umstand, daß die neue ökonomische Politik das Wesen des Arbeiterstaats nicht beeinträchtigt, obgleich sie die Methoden und Formen des sozialistischen Aufbaus durchgreifenden Aenderungen unterzieht. Welches ist die Rolle der Gewerkschaften bei der Form des staatlichen Kapitalismus, die wir in unserem Land beobachten? Wie völlig der proletarische Staat auch Privatindustrie und Handel unter der Kontrolle haben möge, unter den Verhältnissen eines staatlichen Kapitalismus „bleibt der Gegensatz der Klasseninteressen von Arbeit und Kapital unbedingt bestehen“. Darum besteht eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften darin, allseitig und überall die Klasseninteressen des Proletariats in seinem Kampf mit dem Kapitalismus zu verteidigen.

Selbstverständlich ändert sich in einem proletarischen Staat die Bedeutung und Rolle des

Klassenkampfes der Werktätigen von Grund auf. Während in einem kapitalistischen Staat die Streikbewegung die Vernichtung des staatlichen Apparats und den Sturz der Klassenherrschaft bezweckt, kann die Arbeiterklasse Rußlands sich eine derartige Aufgabe nicht stellen. „Bei einem proletarischen Staat vom Uebergangstypus, wie unserer es ist, darf das Endziel einer jeglichen Kundgebung lediglich die Festigung des proletarischen Staates und der Staatsgewalt der proletarischen Klasse sein, indem man die bürokratischen Auswüchse dieses Staates mit all seinen Mängeln und Schwächen und dem seiner Kontrolle ent schlüpfenden Klassenappetit der Kapitalisten usw. bekämpft.“

Der Parteikongreß war für freiwillige Mitgliedschaft, sowohl in individueller Beziehung, als auch hinsichtlich der kollektiven Mitgliedschaft.

„Wenn die Gewerkschaften die Lohnarbeiter auf der Grundlage der Gemeinsamkeit ihrer ökonomischen Interessen ohne Unterschied des Geschlechts, der Nationalität, der Religion und der politischen Ueberzeugungen organisieren, dürfen sie auch in keinem Fall verlangen oder zur Bedingung machen, mit dem Beitritt zum Verband auch eine bestimmte politische oder religiöse Ueberzeugung zu übernehmen.“

Wir hatten mehr als einmal Gelegenheit, von den Vertretern der sogenannten „Arbeiteropposition“ die Behauptung aufstellen zu hören, daß wir die Rolle der Gewerkschaften in der Organisation und der Verwaltung der Produktion auf ein Nichts reduzieren. Der XI. Kongreß hat auf diesen Vorwurf eine überzeugende Antwort gegeben. Der Kongreß hat erklärt, daß „die Gewerkschaften in den, mit der Oekonomie in Beziehung stehenden Wirtschafts- und Staatsorganen mitarbeiten, indem sie Kandidaten mit Angabe der Befähigung, Erfahrung usw. stellen. Weiter besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaft darin, Administratoren aus der Masse der Arbeiter und Werktätigen überhaupt herauszufinden und vorzubereiten.“

Die systematische Sichtung aller zu einer derartigen Arbeit befähigten Arbeiter und Bauern, eine umständliche allseitige sachliche Kontrolle ihrer Fort-

schritte auf dem Gebiete der Verwaltung müssen bedeutend sorgfältiger und intensiver als bisher gehandhabt werden.

Es ist notwendig, die Teilnahme der Gewerkschaften an allen entwerfenden und verwaltenden Organen des proletarischen Staates zu erhöhen.

Darum müssen die Vertreter der Gewerkschaften zu allen Arbeiten, die einen planenden Charakter tragen, herangezogen werden, besonders zur Erörterung aller Produktionsprogramme, zur Ausarbeitung der Pläne einer rationellen Vertrustung, zur Wahl aller Unternehmungen, die dem Trust eingefügt und die in Pacht gegeben werden sollen, zur Teilnahme an allen Kommissionen, die an der Ausarbeitung von Plänen betreffs Wiederherstellung der Industrie arbeiten, zur Feststellung jener Industriezweige und Unternehmungen, wo die Bildung von gemischten Gesellschaften zulässig ist, zur Klarlegung der Bedingungen, unter welchen das Kapital in unsere Industrie hereingezogen werden kann. Ferner ist die Teilnahme der Verbände an der Erörterung all jener Fragen durchaus nötig, die die staatlichen Organe auf dem Gebiete der kulturellen Aufklärung, der sozialen Fürsorge, des Sanitätswesens usw. erheben.

„Die Partei ist nicht blind gegen die Widersprüche, die in der Arbeitspraxis der Gewerkschaften während der Uebergangsperiode, die wir durchmachen, entstehen. Für die Parteien anderer Länder ist es von Nutzen, jetzt schon diese Widersprüche sehen und beurteilen zu können. Worin bestehen sie hauptsächlich?“

Einerseits besteht die Hauptmethode des Vorgehens der Gewerkschaften im Ueberzeugen, in der Erziehung, andererseits können sie als Teilhaber der Staatsgewalt den Zwang nicht ganz beiseite lassen. Einerseits ist ihre Hauptaufgabe die Verteidigung der Interessen der werktätigen Massen im allerunmittelbarsten Sinne des Worts. Andererseits dürfen sie als Teilhaber an der Staatsgewalt und Erbauer der Volkswirtschaft als eines einheitlichen Ganzen auf den Druck nicht verzichten. Einerseits müssen sie in militärischer Weise arbeiten, denn die Diktatur des Proletariats ist der erbittertste, zähste, ver-

zweifeltste Klassenkampf. Andererseits kann man gerade bei den Gewerkschaften die spezifisch militärischen Arbeitsmethoden nicht anwenden. Einerseits müssen sie es verstehen, sich der Masse und ihrem gegenwärtigen Niveau anzupassen, andererseits dürfen sie keinesfalls den Vorurteilen und der Rückständigkeit der Masse Vorschub leisten, sondern sie stetig auf ein immer höheres und höheres Niveau erheben usw. usw. Diese Widersprüche sind keine zufälligen und lassen sich nicht im Laufe von wenigen Jahrzehnten aufheben. Denn solange ein Rest des Kapitalismus und der Kleinproduktion besteht, sind Widersprüche im gesamten Staatsgebäude zwischen diesen Ueberresten und den Schöbblingen des Sozialismus unvermeidlich."

Da tut eine höchste Instanz not, die genügend Autorität besitzt, um diese Widersprüche zu schlichten. Als solch eine Instanz ist die Kompartei und die Komintern zu betrachten.

Doch wenn die an Zahl geringe Kompartei eine derartige Aufgabe erfüllen soll, bedarf es der engsten Beziehungen zu den Massen.

„Es bedarf eines Systems der Auswahl verantwortlicher Genossen, die das Leben der Arbeiter mitleben, es nach allen Richtungen kennen müssen und in jeder beliebigen Angelegenheit jederzeit die Stimmung der Masse feststellen können, ihre wahren Bestrebungen, ihre geistigen Bedürfnisse, die ohne den Schatten eines falschen Idealismus den von diesen oder jenen Vorurteilen und Ueberresten alter Zeiten beeinflussten Grad ihres Bewußtseins feststellen, sich das unbegrenzte Vertrauen der Masse durch eine kameradschaftliche Haltung gegen sie und sorgsame Befriedigung ihrer Bedürfnisse erwerben können.“

Dies sind die hauptsächlichen Beschlüsse des XI. Kongresses in den fundamentalen

Fragen der Parteipolitik. Der Kongreß hat den Fragen des Sowjetaufbaus sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet, das Programm der Tätigkeit der Session der Allrussischen Zentralexekutive, die Reorganisation der letzteren selbst und die des Rates der Volkskommissare entworfen und sich detailliert mit dem Finanzprogramm befaßt, dessen Verwirklichung die finanzielle Krise, die wir jetzt durchmachen, abschwächen wird.

In das neue Zentralkomitee traten folgende Genossen ein: Saprnow (Bauarbeiter), Korotkow (Arbeiter aus dem Rayon von Iwanowo-Wosnessensk), Selensky (Sekretär des Moskauer Komitees), Smirnow (Sekretär des Nord-Westgebietes des Komitees), Kujbyschew (Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Allrussischen Gewerkschaftsrats) und Sokolnikow (Finanzkommissariat).

Wir verließen den Kongreß gefestigter und einheitlicher, nachdem wir eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt hatten, die prinzipiell und praktisch den Kampf unter den unendlich schwierigen Verhältnissen erleichtern werden. Wir haben weder unsere Fehler noch unsere Mängel beschönigt. Gen. Lenin gab unserer gemeinsamen Stimmung Ausdruck, als er in seinem Schlußwort anläßlich des Berichtes des Z. K. äußerte:

„Das Proletariat fürchtet sich nicht, zu bekennen, daß ihm in der Revolution einiges prächtig und anderes gar nicht gelungen ist. Alle bisher dem Untergang geweihten revolutionären Parteien gingen daran zugrunde, daß sie mit sich selber Versteck spielten und nicht verstanden, einzusehen, worin ihre Kraft lag, daß sie sich fürchteten, von ihren Schwächen zu reden. Wir aber gehen nicht zugrunde, denn wir scheuen uns nicht, unsere Mängel einzugestehen und werden es lernen, sie zu überwinden.“

J. Jaroslawski.

Der Weg unserer Partei.

Bericht über die Befestigung der Partei,

erstattet auf dem XI. Kongreß der K. P. R. am 31. März 1922.

Es ist Zeit, daß sich unsere Partei in der aufmerksamsten Weise, viel aufmerksamer als bisher, mit den Fragen ihres inneren Auf-

baus beschäftigt. Es ist Zeit, daß wir eine ganze Reihe von grundlegenden Problemen und Fragen des Bestehens und Funk-

579

tionierens unserer Partei noch einmal, und zwar bedeutend kaltblütiger und genauer abwägen, als uns dies bis jetzt gelang.

Um die Rolle unserer Partei zu verstehen, muß man, wenn auch nur in ganz flüchtigen Umrissen, bei ihrer Geschichte verweilen. Unsere Partei ist nicht einfach eine Partei. Unsere Partei ist im gegebenen Augenblick — das können wir ohne Uebertreibung sagen — das wichtigste Instrument des historischen Fortschritts nicht nur bei uns, in unserem Lande, sondern auch im Weltmaßstabe. Unsere Partei ist die Grundlage der Kommunistischen Internationale. Unsere Partei ist eine Partei, die den Staat leitet. Unsere Partei ist das Vorbild für eine ganze Reihe anderer Parteien, unsere Partei ist die einzige legale Partei im Lande. Die Prozesse, die sich innerhalb unserer Partei vollziehen, haben gegenwärtig keine eng parteiliche Bedeutung, sondern eine Bedeutung, die mit Reichs- und Weltmaßstab gemessen werden muß.

Wie bildete sich unsere Partei?

Vor mir liegt ein Buch, das ich in meinem Bericht mehrere Male zitieren werde — das Buch Dalins, eines Mitgliedes des menschewistischen Z. K. Es trägt den Titel „Nach Krieg und Revolution“ und ist vor einigen Tagen in Berlin erschienen. Dieses Mitglied des Z. K. der Menschewisten hielt es für seine Aufgabe, sich besonders genau über alles zu orientieren, was in unserer Partei geschah. Man muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen, es hat sehr viel wertvolles Material gesammelt, das hier und da verstreut war, und versucht, von seinem menschewistischen Gesichtspunkt aus das, was bei uns vorgeht, zu bewerten. Ich denke, Genossen, daß wir von Zeit zu Zeit sogar auf die Stimmen unserer ärgsten Feinde hören müssen, besonders, wenn ihre Erklärungen auf dem geschichtlichen Studium unserer Partei basieren. Dieser Autor stellt die Frage: Mit welchem Menschenmaterial trat die Kommunistische Partei in die Revolution ein? Er antwortet: „Das waren einige Tausend Menschen, die als Erbe der Revolution von 1905 zum Teil in der Emigration, zum Teil in Rußland zurückgeblieben waren. Wie groß ihre Zahl war? Das wird natürlich niemand genau angeben können, zweifelsohne jedoch waren es nicht über 5—10

Tausend, darunter mindestens ein Drittel Intellektuelle. Das ist das Grundkapital, das später große Dividende gab.“ (D. Dalin. „Nach Krieg und Revolution“. Berlin 1922. S. 29.)

Es versteht sich, daß diese Erklärung ein Körnchen Wahrheit enthält. In der Tat trat unsere Partei der Mitgliederzahl nach sehr klein in die Revolution ein. Auf unserer ersten Konferenz, gleich nach dem Sturz des Zarismus, im April 1917, waren, wenn man ihre Zahl stark nach oben abrundet, 75 000 Parteimitglieder vertreten. Das war zwei Monate nach dem Sturz des Zarismus. Im Laufe dieser beiden Monaten aber hatten sich große Arbeitermassen uns angeschlossen, wie Ihr Euch selbst erinnert. Von den 75 000 auf der Aprilkonferenz vertretenen Parteimitgliedern waren wahrscheinlich höchstens die Hälfte alte Mitglieder der Partei. Folglich zählte unsere Partei bei Beginn ihrer legalen Existenz in der Tat höchstens 40—50 000 Mitglieder, was aber natürlich nicht bedeutet, daß sie keine Massenpartei war. Unsere Partei entwickelte sich als Partei der Bolschewiki seit 1903 und war eine Massenpartei. Sie war eine Massenpartei auch in der Zeit, als wir zu illegaler Existenz verurteilt waren, als ihr Apparat eingeschränkt und unser zahlenmäßiger Bestand sehr klein war. Der Entwicklungsgang unserer Partei war derartig, daß sich bei uns in zwei Jahrzehnten ein ganzes Reservoir, wenn man sich so ausdrücken darf, potentieller Parteimitglieder, d. h. Arbeiter angehäuft hatte, die mit uns sympathisierten und später in die Partei eintraten, die aber während der illegalen Existenz der Partei ihr nur sympathisch gegenüberstanden.

Das darauf folgende schnelle Wachstum unserer Partei war kein Zufall. Das war nicht einfach ein schwindelerregender Sprung; das war die gesetzmäßige Entfaltung, die gesetzmäßige Entwicklung unserer Partei, das Ergebnis dessen, was sich im Laufe von zwanzig Jahren angehäuft hatte. Wenn der Schmetterling sich entpuppt, könnte man denken, dies sei eine plötzliche, zufällige Erscheinung; in Wirklichkeit aber entwickelt es sich gesetzmäßig. Man kann sagen, daß dasselbe auch mit unserer Partei geschah. Sie häufte während dieser beiden Jahrzehnte die besten Ele-

mente aus dem Arbeitermilieu an, aus denen sich der Kern, die Puppe bildete, aus der sich später das Herausschälte, was wir gegenwärtig haben. Es ist aber ganz richtig, daß der Grundkern unserer Partei an Zahl sehr gering war. Der Menschewik, den ich anführte, nennt die Hauptmasse unserer Parteimitglieder „Martowsche Bolschewiki“, da wir nur 5 000 Mitglieder hatten, als wir in die Revolution eintraten. Ich denke, unsere wichtigste Aufgabe auf dem Parteitage ist, daß wir uns in diese grundlegende Frage hineindenken, in die Frage, ob unsere Partei gegenwärtig wirklich zu einer Partei Martowscher Bolschewiki wird, mit anderen Worten, ob sie so sehr angeschwollen, ob ihre soziale Zusammensetzung so sehr verändert ist, ob so viele fremde Elemente in sie eingedrungen sind, daß sie sich allmählich aus der Partei der Bolschewiki in eine Partei „Martowscher Bolschewiki“ verwandelt. Ich muß vorausschicken, daß ich, wie auch das Z. K. unserer Partei, meine Aufgabe durchaus nicht darin sehe, jene ungeheuren Schwierigkeiten und Gefahren, vor denen unsere Partei steht, zu vertuschen. Es wäre der schlechteste Dienst, der unserer Partei erwiesen werden kann, wollte ich die Sache so darstellen, als ob alles in Ordnung sei, als ob die Gefahr der Ueberschwemmung mit „Martowschen Bolschewiki“, sowie die Gefahr der Entartung nicht vorhanden sei. Nein, alle diese Gefahren bestehen, und die Partei muß auf dem 11. Parteitage in der ernstesten Weise über diese Gefahren nachdenken.

Einer der Feinde unserer Partei, der vor einigen Tagen getötete N a b o k o w, schrieb in einem Artikel der Berliner rechtskadettischen Zeitung „Rul“ kurz vor der Reinigung unserer Partei folgendes:

„Die Kommunistische Partei kam zur Macht als kleine, aus ideellen, tatkräftigen Persönlichkeiten bestehende Gruppe, die unter den Bauern und Arbeitern über eine gewisse Anzahl disziplinierter Parteiarbeiter verfügte. Darauf vergrößerte sich die Partei allmählich und verhältnismäßig langsam, wobei der Kampf an den Fronten dazu beitrug, daß in der Partei eine eiserne Disziplin aufrechterhalten wurde. In letzter Zeit strömten der Partei in großer Anzahl kleinbürgerliche Elemente — Beamte, Angestellte, gewesene Aufseher — zu; der früher muskulöse Organismus der Partei, der die stärksten Schläge aushalten konnte, erschlaffte und setzte Fett an. Außerdem mußten viele Parteiarbeiter die Parteiarbeit aufgeben und

hohe Verwaltungsposten einnehmen. Allmählich gingen sie ganz in der Sorge für den Schutz der Amtsbezirksinteressen, zuweilen sogar der Staatsinteressen auf, die mit den Zielen der Partei oft in Kollision kamen. Zudem hörte der Zufluß von ideellen Elementen in die Partei auf; an die Partei drängten sich Leute heran, die vom Eintritt in sie die Erlangung verschiedener Lebensgüter erwarteten. Dieses Eindringen fremder Elemente in die Partei lenkte die Aufmerksamkeit der Führer auf sich, die den Entschluß faßten, energische Maßnahmen zur Reinigung der Partei zu ergreifen. Es wurde beschlossen, überall versuchsweise Prüfungen der Parteimitglieder vorzunehmen. Diese Prüfungen im Programm der Kommunistischen Partei ergaben die negativsten Resultate. In der ungeheuren Mehrzahl der Fälle konnte man sogar in den Städten nicht befriedigende Antworten bekommen. Diese Probe versetzte die Führer in noch größere Unruhe; sie beschlossen, eine allrussische Umregistrierung der Parteimitglieder vorzunehmen, um alle diejenigen, die nicht zum Arbeiter- und Bauernstande gehören, sowie die Intellektuellen, die in die Partei nach dem bolschewistischen Umsturz von 1917 eingetreten waren, aus der Partei zu entfernen.“ („Rul“, v. 18. Nov. 1921, Nr. 305.)

So schreibt einer unserer weitblickenden Feinde aus dem Lager der Bourgeoisie im Organ der rechten Kadetten. Ihr seht, daß unsere Gegner den inneren Zustand unserer Partei aufmerksam verfolgen. Sie betrachten den Zustand unserer Organisation durch das Mikroskop und sehen, daß er gegenwärtig keine innerparteiliche Frage, sondern eine Frage von staatlicher Bedeutung und, man kann das ohne Uebertreibung sagen, sogar von Weltbedeutung ist. Jene Charakteristik des rechten Kadetten, die ich soeben anführte, enthält vieles, worauf wir unser Augenmerk lenken müssen. Die schadenfrohen Erwartungen unserer Feinde sind durchaus zu verstehen. Es wäre aber der schlechteste Dienst für unsere Partei, wollten wir einfach die Gefahr übersehen und sagen, daß wir mit dieser Erklärung nicht zu rechnen brauchen, weil sie von einem rechten Kadetten ausgeht. Das wäre falsch. Alle die Schwierigkeiten, auf die unsere Feinde aus dem rechtskadettischen Lager hinweisen, stehen ohne Zweifel vor der Partei, die in einem Lande lebt und kämpft, in dem die Mehrzahl der Bevölkerung nicht zum Proletariat, sondern zur Bauernschaft gehört. Die Gefahren, mit denen wir augenblicklich rechnen müssen, sind natürlich verhältnismäßig neu. Vor einigen Jahren hatte die Partei mit anderen Gefahren zu rechnen. Jeder Tag hat seine Sorgen.

Heute schafft die Lage der Republik, heute schafft unsere internationale Lage ganz neue Gefahren für die Partei, und wir wären nicht Bolschewisten, würden wir es nicht verstehen, dieser Gefahr nüchtern und furchtlos ins Auge zu schauen, würden wir es nicht verstehen, aus all der Finsternis, Schadenfreude und Wut, die die Kritik unserer Feinde enthält, das herausfinden, was wirklich den Tatsachen entspricht. Wir müssen dies sehen, um es zu besiegen.

Der soziale Bestand unserer Partei.

Unsere Partei ist ihrer sozialen Zusammensetzung nach ungleichartig. Wir warfen diese Frage zum ersten Mal auf dem 9., ja sogar schon auf dem 3. Parteitag auf. Wir müssen sie jetzt von neuem aufwerfen und müssen alle, wie ein Mann, über dieses komplizierte Problem nachdenken.

Wir dürfen an diese Frage selbstverständlich nicht leichtsinnig herangehen. Wir müssen uns etwas in die Vergangenheit zurückversetzen. Ich erinnere mich z. B., daß bei unseren ersten Zusammenstoß mit dem Menschewismus vor anderthalb Jahrzehnten, einige Menschewiki, wie P. B. Axelrod, als Hauptargument gegen uns anführten, daß die bolschewistische Organisation ihrer sozialen Zusammensetzung nach durchaus keine Arbeiterorganisation sei. Aus diesem Grunde glaubte er gegen uns die Beschuldigung erheben zu dürfen, daß wir Blanquisten, Tkatschewisten usw. seien. Hatte Axelrod in dieser Beziehung recht? Unsere leitenden Parteiorganisationen setzten sich in bedeutendem Maße in der Tat nicht aus Arbeitern zusammen. Die alten Revolutionäre, die sich in ziemlich großer Anzahl in diesem Saale befinden, werden sich der Zeiten erinnern, als die bolschewistischen Organisationen und Komitees in bedeutendem Maße aus Intellektuellen, aus Studenten bestanden. Die alte Organisation der „Iskra“, die unserer Partei als Fundament diente, bestand zur Hälfte aus Intellektuellen. Das war ohne Zweifel so. Und in dieser Beziehung hatte Axelrod recht. Es wäre aber lächerlich, wollten wir aus dieser Tatsache dieselben Schlüsse ziehen, zu denen Axelrod gelangte. Wir sagten: Ja, die Klassenzusammensetzung unserer Organisation und besonders des

leitenden Teils derselben ist im gegenwärtigen Augenblick keine rein proletarische, aber die Grundlage dieser Organisation ist proletarisch, das Fundament ist die Arbeiterklasse, das Programm ist ein proletarisches. Die Arbeiterklasse drückt mit ihrer ganzen Masse auf die Partei und lenkt das Parteschiff dahin, wohin es nötig ist. Ich sage dies durchaus nicht, um die Sache so darzustellen, als ob wir die Ungleichartigkeit der Zusammensetzung unserer Partei untätig betrachten dürften. Ich sage dies, nur um zu zeigen, daß die Frage gar nicht so einfach ist, wie sich dies einige unserer Parteigenossen, besonders die Genossen aus der Gruppe der 22, vorstellen, die sich nach Feststellung der Tatsache der ungleichartigen Zusammensetzung unserer Partei in eine Sackgasse verrannt haben und sich nicht, wie es nötig wäre, in den Tatsachen zurechtfinden können. Ihnen genügt es, daß sie sagen: wir haben in unserer Partei nur 50 Prozent Arbeiter und 15 Prozent Bauern, die übrigen 35 Prozent sind verschiedenartige Elemente. Folglich ist unsere Partei keine Arbeiterpartei, folglich muß man den Kopf verlieren und Schritte unternehmen, die objektiv zur Abschichtung der Partei führen.

Blicken wir auf die Geschichte der Partei, auf die glorreichen Jahre ihrer Entstehung zurück, als wir der Arbeiterklasse unseres Landes und der ganzen Welt den Weg bahnten! Da war die Frage des sozialen Bestandes der Partei gar nicht so einfach. Ueberhaupt — eine Partei organisieren, ist kein Kinderspiel. Die Wechselbeziehungen zwischen der Partei und der Arbeiterklasse sind nicht so einfach, wie dies einige Genossen annehmen. Unsere Partei bestand auch vor der Revolution von 1905 aus ungleichartigen sozialen Elementen; in verschiedenen Proportionen blieb dies auch nach 1905 so. Ihr strömten immer mehr und mehr Arbeiter von dem Zeitpunkt an zu, als die aus den Ufern getretene Arbeiterbewegung, besonders nach 1912, den Charakter der zukünftigen sozialistischen Revolution anzunehmen begann.

Bis 1917 war dies nicht klar. Noch im Jahre 1916 wird die Frage des zukünftigen Charakters der russischen Revolution in den bekannten, von der Redaktion unseres Zentralorganes im Ausland verfaßten Leitsätzen nicht

klar behandelt. Von 1912 bis 1917 haben wir einen Zeitabschnitt, wo es immer klarer wird, daß die Arbeiterbewegung das bürgerliche Geleise verläßt und sich der sozialistischen und nicht der bürgerlich-demokratischen Revolution nähert. In dem Maße, wie dies klar wird, beginnt die Parteiintelligenz dies zu begreifen, zu fühlen und verläßt die proletarische Partei. Es beginnt eine allmähliche Säuberung der Partei von der Intelligenz, von der großen Schicht der Studenten, die in unserer Partei lange Zeit hindurch wenn nicht die führende, so doch eine große Rolle gespielt haben. Die Partei wird immer mehr zur Arbeiterpartei. 1917 tritt eine neue Erscheinung auf, die die Lage radikal ändert. Der Partei strömen große Bauernmassen zu, was früher nicht der Fall war. In dieser Hinsicht kann ich charakteristische Zahlen anführen. Die Zahl der vor 1917 in die Partei eingetretenen Arbeiter beträgt 53 Prozent aller Neueingetretenen, die der 1917 eingetretenen Arbeiter 63 Prozent. Was die Bauern betrifft, so betrug der Prozentsatz der neu eingetretenen vor 1917 3 Prozent, 1917 6 Prozent, 1920 17 Prozent. Diese Jahre, 1917 bis 1920, werden dadurch charakterisiert, daß sich in die Partei ein bedeutender Strom von Bauern ergoß, wodurch die soziale Zusammensetzung der Partei verändert wurde. Es vollzieht sich ein zweifacher Prozeß: einerseits der Abfluß der bürgerlichen Intelligenz oder der bürgerlich-demokratischen Elemente, der Studenten und anderer Elemente, die in der Hoffnung auf eine bürgerlich-demokratische Revolution, in der Erwartung der politischen Freiheit und nicht der sozialistischen Revolution in die Partei eingetreten waren; andererseits — der Zufluß von bürgerlichen und halbbürgerlichen Elementen, jener Elemente, die vor 1917 die weißen Raben in der Partei waren. Damals hatten wir keine Beziehungen zum flachen Lande. 1917 beginnt der Zufluß von Bauernelementen, es findet in gewissem Sinn ein Dekorationswechsel, eine Verschiebung des sozialen Gehaltes unserer Partei statt.

Wie dies geschah, ist allen bekannt.

Wir alle erinnern uns sehr gut, worin die Stärke der Partei in der Zeit vom Februar bis zum Oktober bestand. Die Hauptstärke bestand darin, daß die Vorhut der Arbeiterklasse auf unserer Seite war. Sie entschied

an und für sich die Sache nicht. Die Sache wurde dadurch entschieden, daß in diesem Augenblick die aus 10 Millionen Mann bestehende Armee auf unsere Seite übergang, weil wir ihre Wünsche und die Losung der Beendigung des Krieges zusammenfaßten. Wer war diese Armee? Das war die Bauernschaft, das waren 10 Millionen Soldaten, 10 Millionen der jüngsten und energischsten Bauern, jenes Teiles der Bauernschaft, der ihre charaktervollste aktivste Schicht darstellt. Sie sandten Boten zu uns, sie verliehen uns Kraft vor dem Oktober, halfen uns die Bourgeoisie stürzen. Durch sie begann ein großer Zufluß von bäuerlichen Kommunisten in unsere Partei oder von solchen, die sich für Kommunisten hielten, ohne es zu sein. 1917 begann dieser Prozeß, in ihm bestand unsere größte Kraft. Ohne dieses Zusammentreffen der historischen Bedingungen, ohne die Unterstützung dieser 10 Millionen zählenden Bauernmasse konnte von einem Siege über die Bourgeoisie keine Rede sein.

Dies war unsere größte Stärke. Dies war aber auch unsere schwache Seite, unsere Achillesferse. Dies führte uns die Schichten der besitzlosen Bauern zu, die sogar dann, wenn sie sich aufrichtig für Kommunisten hielten, in Wirklichkeit nicht Kommunisten sein konnten. Sie brachten eine Reihe von Vorurteilen der Dorfbewohner in die Partei, Vorurteile, die man mit einem gewissen Recht kleinbürgerliche nennen kann. Von 1917 bis 1922 entwickelt sich dieser Prozeß in verschiedenem Tempo, mit verschiedenen Variationen und Unterbrechungen: durch die Rote Armee ergießen sich in unsere Partei ganze Schichten der Bauernschaft oder, genauer, von Elementen, die halb zur Arbeiterschaft, halb zur Bauernschaft gehören. Das führt zur Verschiedenartigkeit des sozialen Bestandes unserer Partei. Das fühlt man immer mehr und mehr in den Ortsgruppen, auf den Gouvernementskonferenzen, das macht sich bereits auch auf den Parteitagern bemerkbar; das ist eine Erscheinung, über die jeder ernste Parteiarbeiter unbedingt nachdenken muß.

Auf diese Weise fand 1917 bis 1922 eine große Umgruppierung des sozialen Bestandes unserer Partei statt. Man kann die Gefahren, die mit dieser Umgruppierung verbunden sind, nicht ableugnen. Man darf jedoch auf keinen

Fall die voreilige Schlußfolgerung ziehen, daß unsere Partei, wenn sie jetzt nicht 100 oder 90 Prozent Arbeiter hat, keine Arbeiterpartei sei. Ich bin der Meinung, daß die Organisation, die sich die alte „Iskra“ nannte (1901 bis 1903), die Organisation der Bolschewiki, sagen wir von 1903 bis 1905, von 1905 bis 1912, ungeachtet dessen, daß ihre soziale Zusammensetzung, grob, statistisch vereinfacht genommen, keine rein proletarische war, daß diese „Iskra“, die bolschewistische Partei, in diesen Jahren dennoch eine Arbeiterorganisation, eine proletarische bolschewistische Partei war. Ich denke, daß unsere Partei trotz der beiden großen Prozesse, die sich in ihr vollzogen, trotz des Abflusses der bürgerlich-demokratischen Intelligenz und des Zuflusses der Bauernschaft, die die Ueberbleibsel der kleinbürgerlichen Ideen mit sich brachte, daß unsere Partei trotzdem eine proletarische bolschewistische Partei ist und bleibt.

Infolgedessen stehen wir noch und noch einmal vor der Frage der Wechselbeziehungen zwischen unserer Partei und der Arbeiterklasse, d. h. der Wechselbeziehungen zwischen der Vorhut und der ganzen Arbeiterklasse und der Wechselbeziehungen zwischen unserer Partei und der Bauernschaft.

Partei und Arbeiterklasse.

Erst will ich bei der ersten Frage verweilen, bei der Frage der Beziehungen der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse zur ganzen Arbeiterklasse. In den von mir vorgelegten Leitsätzen ist klar gesagt, daß die Arbeiterklasse infolge der Umwege unserer Revolution deklassiert ist, daß der Kern der Arbeiterklasse in dem Sinne zerstört ist, daß sich die Arbeiterklasse nach allen Seiten der Sowjetrepublik zerstreut hat: ein Teil hat sich im Dort festgesetzt, ein anderer ist gezwungen, sich unter schwierigen Verhältnissen Existenzmittel zu suchen und wechselt fast jeden Monat den Beruf. Wir haben nur einen verhältnismäßig kleinen Kern der Arbeiterklasse erhalten können. Das ist natürlich eine vorübergehende Erscheinung. Wenn es gelingt, die Großindustrie wiederherzustellen, woran wir nicht zweifeln, so wird die über die ganze Republik verstreute Arbeiterklasse sich allmählich in den Fabriken und Werken sammeln, sich konsolidieren und wieder erstarren.

Die Deklassierung der Arbeiterklasse ist ein vorübergehende Erscheinung. Ich sage dies nicht zum Trost. Vorübergehend, das heißt nicht von kurzer Dauer. Vielleicht, und sogar wahrscheinlich, werden einige Jahre vergehen, bis die Konsolidation des Kerns des industriellen Proletariats beginnen wird. Unser gegenwärtiger Kongreß steht in diesem Sinne an der Grenze. Die Resultate der Deklassierung des Proletariats machen sich besonders schmerzlich, besonders anschaulich bemerkbar. Wir wissen, daß sich sogar in unseren besten Industriezentren, wie Petersburg und Moskau, in den besten Fabriken, wie in den Putilowwerken in Petersburg, ein Kern erhalten hat, der durchaus nicht der beste zu nennen ist. Er besteht größtenteils aus greisen Arbeitern, da die Jugend unternehmender war. Die Jugend, die den besten revolutionären Teil der Arbeiterklasse bildet, ging ins Dorf, in die Armee, in die Staatsorgane; viele von ihnen kamen um: von den 40 000, die wir bei Beginn der Revolution hatten, kam mindestens die Hälfte um, 20% wurde zu Invaliden. Das, was wir jetzt haben, ist nicht der lebensfähigste, nicht der gesündeste, nicht der älteste, sondern der passivste Teil des Proletariats, der in den Fabriken zurückblieb; wir haben dort den kleinbürgerlichen Teil, der während des Krieges in die Fabrik kam.

Erinnert Euch des Streiks in der Tulaer Gewehrfabrik im Jahre 1919, als Dertikin Orel besetzt hatte. Wer organisierte ihn? Dieser Streik war bezeichnend. In der Tulaer Fabrik waren im Jahre 1919 Hunderte, wenn nicht Tausende kleiner Hausbesitzer, kleiner Bourgeois, war der Teil der bürgerlichen Intelligenz, der in die Fabrik ging, um nicht in den Krieg zu gehen. Wir müssen die Arbeiterklasse so sehen, wie sie ist. Wenn hier auf dem Parteitage Genossen auftreten, die die Arbeiterklasse in Schutz nehmen und sagen: „Wagt es nicht, von einer Deklassierung des Proletariats zu sprechen“, so können wir ihnen sagen: „Für uns gibt es nichts Größeres als die Arbeiterklasse, und wir alle dienen der Arbeiterklasse und werden ihr bis zum letzten Atemzuge dienen; aber der Arbeiterklasse dienen, das heißt nicht der Arbeiterklasse schmeicheln.“ Die Deklassierung des Proletariats ableugnen, es nicht so sehen, wie es ist,

das heißt verkehrt handeln, das heißt der Partei nicht die Möglichkeit geben, das zu sehen, was ist. Wir sind verpflichtet, die Arbeiterklasse so zu sehen, wie sie jetzt ist. Wenn wir uns ihre Mängel nicht verhehlen werden, können wir in der Tat sicher sein, daß die Arbeiterklasse gesunden wird, daß wir sie in einer besseren Lage als jetzt sehen werden. Davon sind wir überzeugt. Wir werden wieder einen gesunden Kern haben, der wachsen wird. Wir sind überzeugt, daß dies so sein wird, jetzt aber ist es nicht so. Die Arbeiterklasse ist stark deklasiert, und dies tritt auf Schritt und Tritt zutage. Je deutlicher wir die Gefahr sehen, je deutlicher wir die schlimmsten, traurigen Seiten sehen, desto schneller wird unsere Partei die Arbeiter emporrichten und ihnen zur Heilung verhelfen.

Die Beziehungen zur Bauernschaft.

Ich gehe jetzt zur zweiten Frage über — zu den Wechselbeziehungen zwischen uns und der Bauernschaft. Wir sehen, daß 20% der Parteimitglieder Bauern sind. Wir sehen, daß die Partei gezwungen ist, ein Land zu regieren, in dem über die Hälfte der Bevölkerung zur Bauernschaft gehört. Das beeinflusst die wichtigsten Fragen. Wenn auf unserem Parteitag Genossen auftreten, die die Leitsätze des Gen. Lenin und seine Mahnung, die Arbeiter dürften nicht ihre ungeheuren Pflichten gegen die Bauern vergessen, bekämpfen, wenn als Antwort darauf Genosse Schljapnikow und andere sagen, man erinnere uns immerfort nur daran, daß wir in der Schuld der Bauern stehen, wenn eine Resolution eingebracht wird, die Arbeiter müßten die Sowjetregierung zum Schutz ihrer eigenen Interessen ausnützen, so scheint mir, daß diese Genossen hier entweder den menschewistischen Standpunkt verteidigen oder sich überhaupt keine Rechenschaft über ihre Worte ablegen.

Die Menschewisten polemisierten mit uns sowohl vor als auch nach 1905 gerade in dieser Richtung. Erinnert Euch an unseren Standpunkt, daß der Arbeiterklasse die Hegemonie in der Revolution gehören müsse. Was wollten wir damit sagen? Wir wollten sagen, daß die Arbeiterklasse nicht vom Gesichtspunkt der Zunftinteressen, sondern vom Gesichtspunkt der Staatsgesamtheit auf sich

sehen müsse. Sie beansprucht etwas Größeres als eine Kopeke vom Rubel, etwas Größeres als erträgliche Existenzbedingungen; sie beansprucht die Hegemonie, die Leitung des Landes. Die Menschewisten warfen uns in dieser Zeit vor, daß dies ein bürgerlich-demokratischer Gesichtspunkt sei. Nehmt die aus fünf Bänden bestehende menschewistische Geschichte der ersten Revolution! Worin besteht die Hauptanklage? Sie beschuldigen uns gerade dessen: Ihr laßt Euch von den bürgerlich-demokratischen Perspektiven der Verwaltung des Landes fortreißen und bemerkt nicht, daß man für die Arbeiterklasse sorgen muß usw. Wir aber sagten: Ihr haltet die Arbeiterklasse für ein unerwachsenes Kind und denkt, daß sie sich nur dazu erhebt und zu ihrer ganzen Größe emporrichtet, um ihre Zunftinteressen zu verteidigen; wir aber denken, daß die Arbeiterklasse die einzige Klasse ist, die fähig ist, das Land zu retten, die fähig ist, eine neue Ordnung einzuführen, die etwas Größeres will, die die Hegemonie in der Führung der ganzen Revolution beanspruchen darf. Dasselbe haben wir auch hier. Aber der Untergang ist sicher, wenn unsere Partei auch nur für einen Augenblick vergißt, daß sie die Bauernschaft führen und mit der Stimmung der Bauernschaft rechnen muß. Solche Ausführungen: Arbeiter, verfolge Dein Geleise, denke an Dich und nicht an irgend einen Bauer, sind der reinste Menschewismus.

In jeder beliebigen Diskussion, in einer beliebigen Versammlung bei der genauesten Analyse aller tatsächlichen Seiten unserer Revolution und unseres Kampfes mit dem Menschewismus ist leicht zu beweisen, daß dies alte Lieder, Variationen der Axelrodschen Ideen sind. Dies alles scheint nur sehr radikal, sehr unversöhnlich zu sein, in Wirklichkeit ist es nichts anderes als reinsten Menschewismus. Wir, die wir in einem Lande arbeiten, in dem die Bauernbevölkerung das Uebergewicht hat, wir, die Arbeiterklasse, die die Macht ergriffen hat, müssen uns auf das stützen, was wir im Laufe von zwei Jahrzehnten vorbereitet haben, können nur dann die Lage retten und der Arbeiterklasse die wirkliche und nicht nur fiktive Möglichkeit sichern, mit der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu beginnen, wenn wir die Sowjetgewalt, d. h. wenn wir den Bund mit der

Bauernschaft aufrechterhalten. Wer da sagt: Warum wiederholst Du immer wieder, daß Du in der Schuld der Bauern stehst? — der denkt, daß er sehr radikal sei, bemerkt aber nicht, daß er die Rolle der Arbeiterklasse als der Führerin der Revolution im nationalen und internationalen Maßstab verkleinert, daß er die Rolle der Klasse verkleinert, die ihre Lebensbedingungen nur dann verbessern kann, wenn sie die Revolution aus der Lage herausbringt, in der sie sich jetzt befindet. Deshalb eben sind wir der Meinung, daß die Frage der Wechselbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft eine sehr ernste Frage ist, daß sie nicht nur eine allgemein-staatliche, allgemein-politische, sondern auch eine innerparteiliche Frage ist.

Wer dies begriffen hat, der wird in der richtigen Weise an die Frage der sozialen Zusammensetzung unserer Partei herangehen. Die Statistik nehmen, sich eine Brille aufsetzen und sagen: In der Partei sind nur 50 oder 49 Prozent Arbeiter, folglich ist sie keine Arbeiterpartei, — das ist eine sehr einfache, sehr billige Kritik. Wer versteht denn dies nicht? Es wäre natürlich äußerst schädlich, wollte jemand sagen, daß diese Tatsache ignoriert werden müsse, daß unsere Partei, unabhängig vom Prozentsatz der in ihr befindlichen Arbeiter, eine Arbeiterpartei sei. Das wäre falsch. Man muß die geschichtliche Entwicklung verfolgen, die Menschewisten und Kadetten und alle Kritiker anhören, die auf unsere Achillesferse hinweisen. Man muß über die Lage nachdenken, darf sie auf keinen Fall einfacher hinstellen, als sie ist, aber auch nicht so, als ob mit Hilfe der Statistik das Wesen unserer Partei zu ergründen wäre. In der Politik kommt es oft vor, daß Leute, die durch eine Tür wollen, durch die andere gehen, und das ist mit den Genossen der Fall, die die Arbeiterklasse in Schutz nehmen, wenn wir von ihrer Deklassierung sprechen, die von einer Beleidigung der Würde des Proletariats sprechen, wenn von den Beziehungen zur Bauernschaft die Rede ist. Sie denken, daß sie, wenn sie so handeln, „von links“ kritisieren; in Wirklichkeit aber handeln sie wie Leute, die die alten kläglichen, armseligen Lieder wiederholen, die die Menschewisten, nur unter anderen Verhältnissen und 12 Jahre früher, gesungen haben.

Die Genossen Medwedjew und Schljapnikow mögen nicht zürnen, aber sie stolzieren oft in den ausgetretenen Schuhen Axelrods einher, obgleich es ihnen scheint, daß sie wer weiß was für Revolutionäre sind.

Die Wechselbeziehungen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft beeinflussen natürlich die Wechselbeziehungen in unserer Partei. Ist es gut oder schlecht, daß wir gegen 25 Prozent Bauern in der Partei haben? Ich werde auf diese Frage mit einer Frage antworten. Ich frage Euch: Konnten wir die Rote Armee aufbauen, ohne durch die Rote Armee in unsere Reihen die besten Elemente aus der Bauernschaft aufzunehmen? Wie kamen diese Bauern in die Partei? Ihr Zufluß begann 1917, nach dem Oktober. Er vollzog sich teilweise durch die Armenkomitees, hauptsächlich aber durch die Rote Armee, durch die Kommandokurse der Roten Armee, die so notwendig sind und auf die wir so stolz sind. Das war ein Element, das halb zur Bauernschaft, halb zur Arbeiterschaft gehört, das in vielen Beziehungen rückständiger ist als das industrielle Proletariat. Dieses Minus müssen wir sehen, und die Partei in ihrer Gesamtheit muß der rückständigen Schicht helfen, alle die Schwächen zu überwinden, die ihr anhaften. Kann unsere Partei aber darauf verzichten, jene Schicht aufzunehmen, die uns durch die Rote Armee, die Kommandokurse und die Armenkomitees der Bauern zugeführt werden? Nein, das kann sie nicht und darf sie nicht. Darin liegt unsere Stärke, daß wir durch sie Fühlung mit dem besten Teil der Landbevölkerung bekommen haben, daß wir nicht nur eine Partei der Städte, sondern auch eine Partei des Dorfes geworden sind. Ich sage nicht, daß diese Erscheinung nicht negative Seiten und Gefahren in sich birgt, wir sehen diese und werden die Maßnahmen erörtern, die zu ergreifen sind. Natürlich, wenn vom Lande Zehntausende von Genossen in die Rote Armee kommen, denen noch vor kurzem alle Vorurteile des Landlebens anhafteten, die nichts kannten als ihre nächste Umgebung, die nicht lesen und schreiben konnten, an Gott glaubten usw., so bringt dies ein Element in die Partei, das sie belastet, das gefährlich werden kann und das man sehen muß, mit dem man zu kämpfen verstehen muß, um diesem Teil schneller zum Niveau des städtischen Proletariats empor-

zuhelfen. Das ist die Ursache jener Verschiedenartigkeit, die wir in der Partei haben, jener gefährlichen Seite, die wir uns immer vor Augen halten und gegen die wir ankämpfen müssen.

Das Legalitätsmonopol.

Auf noch ein wichtiges Moment muß hingewiesen werden. Ich sprach davon, daß wir die einzige legale Partei im Lande sind, daß wir sozusagen das „Legalitätsmonopol“ besitzen; das beleidigt das Gehör des Parteiloyalismus, aber, drücken wir uns klar aus: — wir haben das „Monopol der Legalität“, unseren Gegnern haben wir die politische Freiheit verweigert. Wir geben denen, die auf Rivalität mit uns Anspruch erheben, nicht die Möglichkeit, legal zu existieren. Wir haben den Menschewisten und Sozialrevolutionären den Mund verboten. Anders handeln konnten wir nicht, denke ich. Die Diktatur des Proletariats ist, wie Genosse Lenin sagt, eine grausame Sache. Um den Sieg der Diktatur des Proletariats sicherzustellen, kann man nicht anders handeln, als allen Gegnern dieser Diktatur das Rückgrat brechen. Wir haben richtig gehandelt und können augenblicklich nicht anders handeln, und niemand kann angeben, wann wir in der Lage sein werden, unsere Ansichten in dieser Frage zu revidieren. Das wird vielleicht dann sein, wenn wir endgültig festen Fuß gefaßt haben und nicht von allen Seiten vom bürgerlichen Element umgeben sein werden.

Freilich sagen einige, daß bis dahin möglicherweise alle Menschewiki und Sozialrevolutionäre ausgestorben sein werden und niemand da sein werde, dem man die politische Freiheit verleihen könne. Nun, dies würde kein großes Unglück sein. Auf jeden Fall können wir diese Frage gegenwärtig nicht revidieren. Aber aus dieser absolut notwendigen und nicht durch den Willen unseres Z. K., sondern durch etwas bedeutend Größeres, die eiserne Logik unserer Revolution, bedingten Tatsache ergab sich für uns ebenfalls etwas Negatives. Seit wir zur einzigen legalen Partei des Landes wurden, seit wir das „Legalitätsmonopol“ erhielten, traten in unsere Partei Elemente ein, die unter anderen Umständen in die Reihen der Sozialdemokraten oder dieser oder jener Abart des kleinbürgerlichen Sozialismus gegangen wären.

Genossen, daß sich unserer Partei Streber aufdrängen, das ist noch kein so großes Unglück; gegen diese können wir mit mechanischen Mitteln in der Art der Generalreinigung ankämpfen, die vielleicht nicht in vollem Umfang, sondern nur zu 50 Prozent gelang; mit denen, die, von Gewinnsucht getrieben, zu uns kommen, kann man noch kämpfen, wenn dieser Kampf auch nicht leicht ist. Ich habe aber nicht diese verhältnismäßig nichtssagende Erscheinung im Auge. Ich meine eine andere Erscheinung. Seit dem Augenblick, als wir zu Monopolisten auf dem Schauplatz des politischen Kampfes wurden, seit diesem Augenblick strömte uns teils halbbewußt, teils aber ganz unbewußt ein Element zu, daß unter anderen Umständen bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären gelandet wäre. Diese Erscheinung trat mit elementarer Gewalt auf, sie war in einem bestimmten Zeitabschnitt unvermeidlich und wird vielleicht noch einige Zeit hindurch unvermeidlich sein.

In der Tat, betrachten wir das Leben so, wie es ist: ein junger Bauer, der in der Roten Armee gedient, in der Stadt gelebt hat, oder ein junger Spießbürger, ein städtischer Kleinbürger, deklassierter Arbeiter, der sich das Schlimmste, was das Kleinbürgertum aufzuweisen hat, zu eigen gemacht hat — alle diese Elemente, die sich auf ihre Art am politischen Leben beteiligen wollen, stoßen auf die Barriere, die K. P. R. heißt. Sie sehen auf Schritt und Tritt, daß sie nicht am Wirtschaftsleben teilnehmen können, ohne diese oder jene Beziehung zur K. P. R. zu haben, und treten erst mit einem Fuße, darauf mit beiden Füßen in die Partei ein; es scheint ihnen, daß sie Kommunisten seien. Das ist eine Massenerscheinung, die mit elementarer Gewalt auftritt; man muß sie beständig im Auge haben. Solange wir „Monopolisten“ der Legalität in unserem Lande sind — und das wird noch eine Reihe von Jahren dauern — wird in unsere Partei, wenn auch nicht gerade böswillig oder mit groben egoistischen Absichten, sondern einfach automatisch der aktivste Teil der Bevölkerung eindringen, der sich am Wirtschaftsleben und am Wirtschaftsaufbau beteiligen will. Er wird, man mag wollen oder nicht, in unsere Reihen eindringen, obgleich er unter anderen Umständen durchaus nicht in die Kommunistische Partei käme. Dieses Ele-

ment haben wir in der Partei, und es ist sehr schwer aus ihr zu vertreiben; es ist vor allem schwer zu finden, denn es sind nicht böswillige Menschen, es sind Leute, die sich selbst nicht erkannt haben. Dies Element erweckt in unserer Partei den Anschein, als ob wir zwei Parteien in einer hätten. Diese Schwierigkeit müssen wir ebenfalls klar sehen. Die Schlußfolgerungen, die einige Genossen aus dieser Tatsache ziehen, sind nichts wert. Sie geben die Tatsachen richtig an. Es ist richtig, daß in unserer Partei kraft unseres „Legalitätsmonopols“ mit Naturgewalt, unwillkürlich ein Element eindringt, das unter anderen Umständen nicht in der Partei der Bolschewiki, sondern in der Partei der Sozialrevolutionäre wäre. Es ist richtig, daß dies die Partei verdünnt und sie sogar vor die Gefahr der Entartung stellt. Es wird folgendes Rezept vorgeschlagen: gebt den Menschewiki und Sozialrevolutionären Preßfreiheit und führt auch auf diesem Gebiet die freie Konkurrenz, die neue ökonomische Politik durch. Diese Schlußfolgerung taugt nichts; diese Schlußfolgerung würde die Arbeiterklasse auf die Knie zwingen und Rußland der Gegenrevolution in die Arme treiben.

Ich weiß, daß unsere Feinde diese Worte aufgreifen und sagen werden: „Ihr selbst habt das Legalitätsmonopol zugegeben“. Ja, wir verheimlichen die Schwierigkeiten nicht, die uns im Wege stehen; wir haben eine Million Schwierigkeiten zu überwinden, wir fürchten uns nicht, über sie zu sprechen, wir nennen das Weiße weiß und das Schwarze schwarz. Um zu siegen und der Bourgeoisie den letzten Stoß zu versetzen, muß die Arbeiterpartei, muß die Arbeiterklasse die Diktatur durchführen. Daß dabei große Schwierigkeiten zu überwinden sind und zu überwinden sein werden, das sieht die Arbeiterklasse und rechnet damit; aber wegen dieser Schwierigkeiten wird sie nicht zu solchen unverständigen Mitteln greifen, die in Wirklichkeit die Wiederherstellung des Menschewismus und der bürgerlichen Ordnung überhaupt bedeuten würden. Man sagt mir zuweilen: „Aber Eure Kommunistische Internationale hat auf ihrem II. Kongreß gesagt, daß Ihr nach Eroberung der Macht in den Reihen der Kommunistischen Partei die ganze Arbeiterklasse haben werdet.“

„Bis zu der Zeit, wo die Staatsmacht vom Proletariat erobert worden ist und das Proletariat seine Herrschaft ein für allemal gefestigt und vor bürgerlicher Restauration gesichert hat, bis dahin wird die Kommunistische Partei in ihren Reihen nur die Minderheit der Arbeiter haben. Bis zur Ergreifung der Macht und in der Uebergangszeit vermag die Kommunistische Partei unter günstigen Umständen einen ungeteilten geistigen und politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten der Bevölkerung auszuüben, vermag aber nicht, sie in ihren Reihen organisatorisch zu vereinigen. Erst nachdem die proletarische Diktatur so mächtige Beeinflussungsmittel, wie die Presse, die Schule, das Parlament, die Kirche, den Verwaltungsapparat usw. der Bourgeoisie aus den Händen gewunden haben wird, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Ordnung für alle klar geworden ist, erst dann werden alle oder fast alle Arbeiter beginnen, in die Reihen der Kommunistischen Partei einzutreten.“

Ich behaupte auch jetzt, daß dieser Leitsatz absolut richtig ist. Wenn unsere Sowjetmacht endgültig mit der Bourgeoisie fertig wird, dann werden uns alle Arbeiter zuströmen. Hätten wir diese Resolution aber erst jetzt, nach zwei Jahren, geschrieben, so hätten wir vielleicht noch hinzugefügt: „Erst wenn die Diktatur des Proletariats auch die wirtschaftliche Wiedergeburt des Landes gesichert hat.“ Dieses Moment muß hinzugefügt werden, es ist aber auch ohnehin in all' dem, was ich vorgelesen habe, enthalten. Das ist der Gang der proletarischen Revolution; wohl sind große Unebenheiten dabei, aber die Revolution ist nun so. Augenblicklich liegen die Dinge tatsächlich derart, daß mit der Erfüllung dieser letzten Voraussetzung, der wirtschaftlichen Wiedergeburt des Landes, uns die ganze Arbeiterklasse zuströmen wird.

Dann werden wir vor der Frage stehen, wie wir die Arbeiter aufnehmen müssen, die zu uns zurückkehren.

Dann wird sich die Grundstimmung der Arbeiterklasse ändern, dann wird man wohl kaum von einer Deklassierung des Proletariats sprechen können, dann wird von neuem das Problem der sozialen Zusammensetzung der Partei aufgerollt werden, das jetzt vor uns steht.

Das ist es, was ich Euch bezüglich des gegenwärtigen sozialen Bestandes der Partei sagen wollte.

Der Einfluß der neuen ökonomischen Politik.

Ich muß jetzt bei der Rolle verweilen, die die neue ökonomische Politik in unserer Partei spielen wird. Derselbe Menschewik, den ich schon anführte, schreibt: „Es ist erst einige Monate her, daß die Kommunisten, wenn man sie fragte, welchen Einfluß die neue ökonomische Politik auf die Kommunistische Partei ausüben werde, nur lächelten und sagten: „Gar keinen“.

Ich trage Bedenken, darüber zu urteilen, ob bei uns wirklich eine derartige Stimmung herrschte. Mir scheint, daß dies nicht der Fall war und daß wir nicht behauptet haben, daß die ökonomische Politik unsere Partei nicht beeinflussen werde. Hat jemand dies gesagt, so war er natürlich im Irrtum. Selbstverständlich kann niemand versichern, daß der gewaltige Umschwung, der sich gegenwärtig vollzieht, keinen Einfluß auf unsere Partei ausüben wird. Er wird die Partei unbedingt beeinflussen, aber wenn unsere Partei und das zukünftige Zentral-Komitee die richtige Linie einhalten werden, kann die neue ökonomische Politik die Partei in günstigem Sinne beeinflussen. Sie kann zur Selbstreinigung der Partei und zur Erneuerung ihres Bestandes führen. Ist es doch kein Zufall, daß die Reinigung der Partei mit dem Beginn der neuen ökonomischen Politik zusammenfiel. Die Reinigung hatten wir schon lange beschlossen. Auf dem achten Parteitag, im Jahre 1919, wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt ist: „Eine ernste Reinigung sowohl der Sowjets, als auch der Parteiorganisationen ist vonnöten“. So sprachen wir von der Reinigung im Jahre 1919, durchgeführt aber haben wir sie erst 1921, vor allem deshalb, weil Pan Pilsudsky und Wrangel nicht die nötige Achtung vor uns hatten, um uns zu erlauben, was wir wollten. Die Partei war gezwungen, viel Zeit auf die Kampfarbeit zu verwenden. Die Verhältnisse gestatteten die Durchführung der Reinigung nicht; sobald wir aber auf dem Gebiet der inneren Politik die Bilanz gezogen hatten, waren wir gezwungen mit der Reinigung zu beginnen, und führten sie durch.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die neue ökonomische Politik unsere Partei ohne Zweifel beeinflussen wird.

Einerseits sagen wir unserem jungen Parteimitgliede: Lerne handeln, — andererseits: Zeige persönlich, daß Du der Vertreter jener Klasse bist, die noch vor kurzem unterdrückt war und die noch augenblicklich in ökonomischem Sinne die niedergedrückteste Klasse ist. Sei einerseits das Muster eines Kommunisten und andererseits das Muster eines geschäftskundigen Kaufmanns. Dies alles schafft eine ungeheure Verschiedenartigkeit der Beziehungen. Natürlich, wenn unser Kommunist an die Spitze eines kolossalen Trusts mit einem Umsatz von vielen Millionen tritt, wenn ihn in den Personen der Spezialisten Leute einer anderen Klasse umgeben, wenn er zur Zusammenarbeit mit ihnen verurteilt ist (denn dies liegt im Interesse unserer Republik), wenn er neun Zehntel seiner Zeit auf rein industrielle Geschäfte verschwenden muß, so schafft dies alles neue, nie dagewesene psychologische Schwierigkeiten. Das führt zu einer ganzen Reihe von schwierigen Momenten in der Partei.

Natürlich wird die neue ökonomische Politik einen starken Einfluß auf unsere Partei ausüben; hierin haben die Herren Menschewiki recht. Wir verkriechen uns aber durchaus nicht unter einem durchlöchernten Schirm, um uns vor dem Gewitter zu schützen. Wir sagen: Die neue ökonomische Politik wird das Problem der Ungleichheit in der Partei und einen ganzen Haufen verschiedener anderer Probleme mit sich bringen, besonders für die Genossen, die an die Spitze des industriellen Aufbaus gestellt sind. Sie wird viele kleine Umgruppierungen schaffen, die zu einem Absterben einiger Teile des Parteiorganismus führen können, falls sie nicht zur rechten Zeit bemerkt werden. Sie wird uns große Schwierigkeiten machen, aber wir wissen, daß der Weg der proletarischen Diktatur nicht mit Rosen bestreut ist, daß wir sehr viele Schwierigkeiten haben, die wir überwinden müssen. Andere Parteien, die unter günstigeren Umständen arbeiten, werden es vielleicht leichter haben. Aber wir müssen in diesen schwierigen Verhältnissen die Diktatur mit allen Dornen hinnehmen.

G. Sinowjew.

Die Ueberbleibsel der „Arbeiter-Opposition“ in der Kommunistischen Partei Rußlands.

Der erweiterten Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale, die im Februar in Moskau tagte, wurde eine kleine Uebererraschung zuteil. Mitten während der Tagung bekamen die Delegierten ein Schriftstück in die Hand, das von 22 russischen Genossen unterzeichnet war und eine Beschwerdeschrift gegen die Leitung der Kommunistischen Partei Rußlands darstellen sollte. Es handelte sich aber nicht etwa um einen Vorstoß gegen die Politik der russischen Partei, sondern um eine innere Parteiangelegenheit. In der Beschwerdeschrift meldete sich eine Opposition zum Worte, die sich über eine angebliche Zurückdrängung des proletarischen Elementes in der Partei und über die Unterdrückung der Opposition zum Wort, die sich über eine angeblich schwerte. So kam die Kommunistische Internationale zum ersten Male in die Lage, sich mit einer inneren Frage der russischen Bruderpartei zu beschäftigen und so gewissermaßen als Beschwerde-Instanz in einem russischen Parteistreit zu fungieren. Das Ergebnis war eine vollständige Abweisung der Beschwerde und eine ernste Verwarnung an die Opposition. Kurz darauf hat sich auch der Parteitag mit dieser Frage beschäftigt und die Opposition vollständig liquidiert. Die ganze Angelegenheit ist damit eigentlich erledigt. Trotzdem verlohnt es sich, sie zu erörtern, denn wie alle politischen Erfahrungen der russischen Bruderpartei, sind auch der Ursprung und der Charakter dieser Opposition vom Standpunkt der kommunistischen Bewegung und der proletarischen Revolution äußerst lehrreich. Es dreht sich hier um nichts Geringeres als um die Frage, welche Bedeutung eine oppositionelle Strömung innerhalb einer an der Macht befindlichen Partei haben, welche Rolle sie spielen kann und wie sich die Partei ihr gegenüber verhalten muß.

Die russische Revolution ist die Lehrmeisterin des revolutionären Weltproletariats, denn sie hat schon alle erdenklichen Phasen einer proletarischen Revolution durchwandert. Da die Kommunistische Partei Rußlands die Trägerin dieser Revolution ist, überträgt sich die Rolle des Lehrmeisteramtes für revolutionäre Taktik auf sie und ihre Führer. Es ist wahrlich nicht der Ehrgeiz, der sie dieses Amt erstreben ließ; denn der Weg zu ihm führt durch die Erfahrung. Erfahrung schmeckt immer bitter; die revolutionäre Erfahrung unserer russischen Genossen aber schmeckte nicht nur nach Galle, sie schmeckte auch nach Blut und dumpfigem Kleiebrot, nach bitterer Kälte, leerem Magen, herber Ent-

täuschung. Wer durch diese Schule gegangen ist, führt als Lehrer oft eine rauhe und schroffe Sprache, die gar manchen westlichen Ohren, manchmal auch kommunistischen, die an die milde Sprache freundschaftlicher, gelehrter Ueberredung gewöhnt sind, nicht recht behagen will. Aber die russischen Genossen mußten in den letzten Jahren mit Maschinengewehren und Kanonen diskutieren, und das färbt den Ton der Sprache ein bischen anders als die Luft in Redaktionsstuben, Studierzimmern und Parlamentswandelhallen. In diesen rauhen Jahren des Kampfes und der Not haben die russischen Genossen auch die Bedeutung der Opposition in den eigenen Reihen in einem etwas anderen Lichte gesehen, als solche Dinge auf westlichen Parteitagungen auszuschaun pflegen. Da ließ der Feind nicht viel Zeit zu langen Diskussionen, da mußte man mit Oppositionen ein bischen rascher fertig werden als in der gemütlicheren Atmosphäre westlicher Parteientwicklung. Das eherne Muß war hier der unerbittliche Herr und Gebieter. Es war gewiß kein absolutes Muß in theologischem oder philosophischem Sinne, und das Geschwätz wie auch die sogenannten Taten der Menschewisten zeigen sogar, daß man auch aus Marx etwas anderes herauslesen kann, als die Bolschewisten taten. Als Revolutionäre konnten die Bolschewiki aber nicht anders handeln, als sie gehandelt haben. Als Revolutionäre mußten sie das bürgerlich-demokratische Zwischenspiel beenden, als Revolutionäre mußten sie das Proletariat zur Machtergreifung führen, als Revolutionäre mußten sie die sabotierende Bourgeoisie völlig niederwerfen und in der Expropriation der Expropriateure weiter gehen, als sie ursprünglich wollten; als Revolutionäre mußten sie den Bauern das Land geben und von ihnen das Aeußerste verlangen, um die innere und äußere Gegenrevolution in blutigem Kriege niederzuringen. Und aus den vielen wohlbekannten Gründen mußten die Bolschewiki in ihrer ökonomischen Politik den Rückzug antreten, um das Wichtigste, die politische Macht, zu behalten. So ist die russische Revolution durch alle Phasen hindurchgegangen: vom siegreichen Sturm durch die schwerste Bedrängnis bis zur opfervollen Behauptung unter Mühen und Entbehrungen.

In allen diesen Phasen haben die russischen Kommunisten auch wertvolle Erfahrungen in bezug auf die Beschaffenheit der eigenen Reihen machen müssen. Revolution ist Krieg, und ihre Strategie ist eben auch ein Stück Kriegswissenschaft. In der Abneigung der Menschewisten gegen die militärische Terminologie bei der Erörterung von

Revolutionsproblemen spiegelt sich ihre Abneigung gegen die Revolution überhaupt. Wie im Kriege, so stellt auch in der Revolution jede Kampfphase andere Anforderungen an die Truppe, bringt jede dieser Phasen andere Gefahren für die Disziplin und Geschlossenheit der Kämpferschar. In den Stunden des revolutionären Ansturmes, der revolutionären Offensive, ist der Geist der revolutionären Truppen ein anderer als in den schweren Stunden nach dem Verrauchen des ersten Elans, wo es gilt, das Eroberte zu erhalten und zu verteidigen. Die höchsten Anforderungen an den Geist, die Moral und die Disziplin einer Truppe stellt jedoch der Rückzug. Der Rückzug muß noch keine verlorene Schlacht, geschweige denn einen verlorenen Krieg bedeuten; er kann die Vorbereitung künftiger Siege sein. Um aber das zu erkennen, dazu gehört ein geschulter Ueberblick über die ganze strategische Lage und eine tiefe Einsicht in alle Bedingungen des Kampfes. Es ist keine größere Truppe denkbar, in der jeder Mann über diese Eigenschaften verfügt. Hier muß das Vertrauen in die Führung und der Glaube an die Sache, für die man kämpft, das übrige tun. Gelingt es, diese zu erschüttern, dann ist es kinderleicht, unter einer zurückweichenden Truppe Verwirrung und Panik zu erzeugen. Panik aber kann aus einem Rückzug, der sonst die Vorbereitung des nächsten Sieges wäre, eine Niederlage machen. Es ist selbstverständlich, daß jeder Versuch einer solchen Ausnützung des Rückzuges unbedingt im Keime erstickt werden muß.

Die russische Revolution und ihre Trägerin, die Kommunistische Partei Rußlands, befinden sich jetzt in der kritischen Phase eines Rückzuges. Die Ursachen und den Charakter dieses Rückzuges zu untersuchen, ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Uns interessieren nur die Gefahren, die ein solcher Rückzug für die Partei in ihrer inneren Beschaffenheit birgt. Im Wesentlichen besteht der Rückzug in Konzessionen an das Bauerntum und den Kapitalismus. Diese bedeuten für das Proletariat teilweise eine Enttäuschung. Nicht nur, daß das Ende der Leiden und Entbehrungen noch nicht gekommen ist: die russischen Arbeiter, die sich selbst nur mühsam auf den Beinen halten, müssen den Bauern auf die Beine helfen und zusehen, wie die verhaßten Kapitalisten wieder einige Bewegungsfreiheit bekommen. Die großen Massen russischer Arbeiter begreifen, daß dies notwendig ist, um den proletarischen Staat zu retten, ebenso, wie es notwendig war, ihn mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Aber es gibt auch andere, deren revolutionärer Instinkt sich noch in den Kämpfen gegen Judenitsch, Denikin, Kolttschak usw. gut bewährte, die sich aber in ihrem Innersten in die Notwendigkeit der neuen Politik nicht ohne weiteres hineinfinden können. Und vergessen wir eines

nicht: alle diese Millionen russischer Arbeiter haben schon vier Jahre lang gekämpft und geblutet und die furchtbarsten Entbehrungen ertragen. Wäre es ein Wunder, wenn ein Teil von ihnen müde würde, da überdies das Ende der Kämpfe und Entbehrungen und der Anfang des Aufstieges zu neuem, besserem wirtschaftlichen Leben noch nicht deutlich zu sehen sind? Mehr als je tut in dieser Phase der Revolution Mut, Zuversicht, Vertrauen in die Führung, Glaube an die Sache, Selbstvertrauen und Klarheit not. Und leichter als in einer anderen Phase ist es jetzt, Mißtrauen, Verwirrung, Zweifel und Kleinmütigkeit zu verbreiten. Die Ernte einer solchen Saat müßte aber das Ende der Revolution, der Sieg der Gegenrevolution sein, der hinter der leiseeren Erschütterung der Reihen des revolutionären russischen Proletariats lauert. Darum muß es jetzt in der russischen Partei viele Diskussionen, viel gründliche Erwägung der nächsten Schritte, aber auch gerade darum darf sie in sich jetzt keine Opposition haben.

Der bedeutendste Wortführer der früheren sogenannten Arbeiteropposition, Schljapnikow, erzählte auf dem letzten Parteitag, es sei in Arbeiterversammlungen geäußert worden, ob es nicht besser wäre, die Macht aufzugeben und nach zehn Jahren wieder zu ergreifen. Das ist eine nicht allzu schwer begreifliche Stimmung, und man kann einem Arbeiter, der seit mehr als vier Jahren kämpft und entbehrt, eine solche revolutionsmüde Aeußerung verzeihen; unverzeihlich aber ist es, wenn so ein alter Parteimann wie Schljapnikow in dieser Aeußerung nicht ein Warnungszeichen sieht, ernst genug, um die ganze Oppositionsmacherei sofort einzustellen. Jedes Wort, das diese Stimmung fördert, ist Verbrechen.

Selbstverständlich bedeutet das nicht das Verbot der Kritik innerhalb der Partei. Man lese die letzten Reden Lenins und nenne mir den Staatsmann, der das eigene Regierungssystem und seine Handlungen, nenne mir den Parteiführer, der die eigene Partei und ihre Arbeit je einer so scharfen Kritik zu unterziehen gewagt hat. In so kritischen Phasen des Klassenkampfes gibt es aber eine unerläßliche Bedingung der Kritik: daß sie gepaart sei mit klaren, praktischen Vorschlägen, wie die Sache besser zu machen ist, daß sie getragen sei von revolutionärer Tatkraft und Klarheit, kurz, daß sie revolutionäre Kritik sei.

Wenn man aber die Reden und Aeußerungen, der Wortführer der sogenannten Arbeiteropposition unter die Lupe nimmt, so findet man nichts als allgemeine Redensarten, sogenannte ewige Wahrheiten und Klagen über erlittenes Unrecht in der Partei. Nehmen wir nur ein Beispiel. Das wichtigste Problem der russischen Revolution ist jetzt die neue Wirtschaftspolitik. Angesichts dieser wichtigsten Frage muß die Opposition zei-

gen, wes Geistes Kind sie ist. Ein Vorspiel erlebten wir schon auf dem dritten Weltkongreß, wo Genossin Kollontai, ebenfalls eine Wortführerin der Opposition, nach dem Referat Lenins über die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands das Wort ergriff. Alle Teilnehmer des Kongresses erinnern sich wohl noch gut an den peinlichen Eindruck, den die inhaltslose, in allgemeinen Redensarten sich bewegende und nicht einen einzigen positiven Gedanken aufweisende Kritik der Genossin Kollontai an der neuen Wirtschaftspolitik hervorrief. Noch bezeichnender war das Verhalten der Wortführer der Opposition gerade in dieser Frage in der Kommission und in der Vollsetzung des erweiterten Exekutivkomitees. Auf die Frage, ob sie mit der neuen Wirtschaftspolitik einverstanden seien, antworteten sie mit „ja“. Sie mußten so antworten, weil sie im Falle einer Verneinung auf die nächste Frage, welche andere Politik denn die Partei machen solle, keine Antwort gewußt hätten. Jedoch sie kamen mit vielem „Aber“, die nur die eine Weisheit ergaben, daß die neue Wirtschaftspolitik etwas Unangenehmes und etwas Gefährliches sei, sowohl für die Arbeiterklasse, als auch für die Sowjetmacht und für die Kommunistische Partei. Aber das wußten wir alle schon, und zwar nicht von der Opposition, sondern von den Genossen, welche diese Politik befürworteten und verfechten. Schljapnikow glaubte, uns Neues erzählen zu können, war aber nicht imstande, uns mit irgendeiner Neuigkeit zu überraschen, die wir nicht schon gekannt hätten. So verriet er uns, daß es in Rußland jetzt Streiks gäbe, was wir aber schon aus der kommunistischen Presse erfahren hatten, bevor wir nach Rußland fuhren; dafür hütete er ängstlich das Geheimnis seines Rezeptes, wie man Streiks vermeiden und wie man überhaupt allen Unannehmlichkeiten und Gefahren der neuen Wirtschaftspolitik begegnen solle. Auf dem russischen Parteitag erzählte Schljapnikow, daß in der russischen Partei, wie in Rußland überhaupt, Krisenstimmung und Depression herrsche; aber die neue Wirtschaftspolitik ist doch nur der Ausdruck einer Krise und Depression, und wiederum vergaß Schljapnikow zu sagen, wie beides überwunden werden kann. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine eiserne Notwendigkeit für Rußland, wenn die Arbeiter nicht verhungern sollen, und keine Opposition konnte einen anderen Weg zu dieser Hebung zeigen als den der Naturalsteuer, der neuen Wirtschaftspolitik. Die Lebensmittelversorgung Rußlands liegt aber auf lange Zeit hinaus in den Händen der Bauernschaft. Ohne die Mitwirkung oder gar gegen den Widerstand von drei Vierteln der Bevölkerung kann sich keine Regierung in Rußland halten und die Diktatur des Proletariats muß sich auf die Zufriedenheit der Bauern mit diesem Re-

gierungssystem stützen. Die Arbeiter müssen den Bauern wirtschaftliche Konzessionen machen, um von ihnen das Zugeständnis der Unterstützung ihres politischen Systems, und zwar der aktiven Unterstützung durch die Lebensmittelproduktion und die Erfüllung der Wehrpflicht in der Roten Armee, zu erlangen. Die Kosten dieser Zugeständnisse müssen die Arbeiter bezahlen, und diese Zahlung wird den armen, erschöpften russischen Proletariern wahrhaftig recht sauer. Was sagt die Opposition dazu? Weiß sie einen anderen Weg? Nein, aber sie jammert auf dem Parteitag darüber, daß die neue Politik auf Kosten der Arbeiter gehe, und drischt die Phrase: Wir vergessen, indem wir den Bauern zu Hilfe eilen, die Arbeiter, wir müssen dem Proletariat näher sein usw., ohne diese allgemeinen, frommen Wünsche durch positive Vorschläge zu ergänzen. Was soll dieses Geschwätz über Dinge, die jedem bekannt sind, über Schmerzen, die jeden russischen Genossen ebenso drücken wie Schljapnikow? Entweder weiß die Opposition einen anderen Weg, dann soll sie ihn zeigen, oder sie weiß keinen, dann soll sie schweigen; denn mit ihrem Klagen und Jammern und ihrer Deklamation frommer Wünsche fördert sie nur die Stimmung, aus der heraus jener Arbeiter sagte, ob es nicht besser wäre, die Macht aufzugeben. Hier aber schlägt die negative Rolle der Opposition in eine positiv konterrevolutionäre um.

Die Kritik der Opposition richtet sich auch weniger gegen die Politik der Partei selbst, die sie nur mit sentimentalen Klagen und inhaltslosem Rasonnieren etwa von der Sorte begleitet, daß es leicht zu heiß werden kann, wenn die Sonne scheint, und zu naß, wenn es regnet. Der Angriff ist mehr gegen die inneren Parteiverhältnisse gerichtet.

Ein Teil der Angriffe der Opposition gründete sich auf die Zusammensetzung der Partei, auf die soziale Schichtung ihrer Mitgliedschaft, für welche die Politik und Führung der Partei verantwortlich gemacht wurde. Die Partei, so sagte die Opposition, sei keine rein proletarische mehr, die neue Wirtschaftspolitik habe das Verhältnis der Proletarier in der Partei noch mehr verschlechtert, und die Proletarier nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in bezug auf den Einfluß zurückgedrängt. Die Gefahr des Eindringens kleinbürgerlicher Elemente und kleinbürgerlichen Geistes gerade infolge der neuen Wirtschaftspolitik wurde von der Opposition in den düstersten Farben gemalt. Keine der beiden Gefahren, auch nicht die Gefahr der neuen Wirtschaftspolitik für die Partei überhaupt, werden von den führenden Genossen geleugnet. Nur mit dem Unterschied, daß die Leitung der Partei diese Gefahren tiefer erfaßt und ihnen zu begegnen sucht, während die Opposition sie übertreibt und nur beklagt. Ueber die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft wurden inzwischen dem Partei-

tage die Ergebnisse einer Statistik vorgelegt, welche die dem Exekutivkomitee von der Opposition vorgelegten Zahlen ganz wesentlich korrigieren. Danach zählte die Partei, soweit die soziale Stellung ihrer Mitglieder genau zu ermitteln war, 50 Prozent reine Proletarier, 26 Prozent Bauern und 20 Prozent Sowjetbeamte und sogenannte Berufsrevolutionäre. Unter den Sowjetbeamten befinden sich gewiß auch solche Elemente, die nur Kommunisten sind, weil sie eben Angestellte des von der Partei beherrschten Staates sind; aber das wissen unsere russischen Genossen sehr gut, und sie sind, wie auch die letzte Reinigung bewies, ständig bemüht, diese Elemente aus der Partei hinauszudrängen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß sich unter diesen 20 Prozent auch sehr viele der besten Genossen befinden, die seit manchem Jahre an gefährlichen und verantwortungsvollen Kampfposten in der Revolution gestanden haben. Und nun die Bauern. Unter ihnen sind viele ehemalige städtische Proletarier, die in der Zeit der Not und Arbeitslosigkeit und auch zu agitatorischen und organisatorischen Zwecken aufs Land gegangen und Bauern geworden sind. Der andere Teil der Bauernmitglieder der Partei sind Soldaten und Offiziere der Roten Armee. Sind doch von den 98 000 Kommunisten, die in der Roten Armee dienen, zwei Drittel Bauern, und von den Kursanten, den Schülern der Offiziersschulen, welche das Rückgrat und den Kern der Roten Armee bilden, nur 30 bis 35 Prozent städtische Proletarier, aber 60 bis 65 Prozent Bauern und Halbproletarier. Die Opposition ist der Meinung, daß die Partei auf diese Gruppe von Mitgliedern verzichten könne, und sie beweist damit ihren vollständigen Mangel an Einsicht in die Bedingungen der Diktatur des Proletariats in dem Agrarstaate Rußland.

Der Parteitag hat neuerlich bewiesen, was ich in meinem Referate über die Eingabe der Opposition in der erweiterten Sitzung des Exekutivkomitees behauptete: daß die Führung der Partei ernste Schritte unternimmt, um die von der Opposition beklagten Gefahren zu bannen, während die Opposition leere Redensarten herstammelt. Schon die im vorigen Herbst durchgeführte Reinigung der Partei ist eine in der Geschichte des Parteiwesens und der Parteiherrschaft unerhörte Tat. Mit solcher Großzügigkeit und Rücksichtslosigkeit hat noch keine herrschende Partei es verstanden, das Aeußerste zu tun, um ihre Reihen von allen zweifelhaften, schwankenden, unehrlichen, unfähigen und spekulierenden Elementen zu säubern. Der Parteitag, der Ende März stattfand, hat ein Uebriges getan: er hat die Tore der Partei für die Aufnahme neuer nichtproletarischer Mitglieder auf ein Jahr gesperrt; nach dem Beschluß des Parteitages dürfen bis zum nächsten Parteitage

nur reine Proletarier, Bauern nur ausnahmsweise und Intellektuelle überhaupt nicht aufgenommen werden. Zugleich wurde ein Programm für eine großzügige Aktion zur Schulung, Erziehung und Disziplinierung der Parteimitglieder aufgestellt. Man halte gegen diese gründliche Arbeit die leeren Redensarten der Opposition, deren Wortführer Schljapnikow zum Beispiel in der Sitzung der erweiterten Exekutive als „praktische Frage“ für die Gesundheit der Partei die abgründliche Weisheit verkündete, es müsse „dem proletarischen Element der vorherrschende Einfluß in der Partei gesichert, zumindest müsse es begünstigt“ werden. Dabei ist es ganz interessant, das Auftreten der Opposition in der erweiterten Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale mit ihrem Auftreten auf dem russischen Parteitag zu vergleichen. Wie angriffslustig waren die Genossen Schljapnikow und Kollontai dort, wo sie glaubten, auf die Unvertrautheit mit den Verhältnissen einer an der Macht befindlichen, mitten in der Revolution stehenden Partei überhaupt und mit denen der russischen Partei im besonderen rechnen zu können — und wie bescheiden und sentimental redeten sie auf dem Parteitag! Als Ergebnis brachte der Parteitag eine fast vollständige Liquidierung der Opposition und zeigte weniger Spuren von Opposition und Fraktionswesen als alle seine Vorgänger.

Ein großer Teil der Beschwerden der Opposition richtete sich gegen die angeblich allzu strenge Handhabung der Disziplin innerhalb der Partei. Hier muß aber ganz deutlich gesagt werden, daß die Maßnahmen, welche die Partei gegen die Opposition bisher ergriffen hat, in keinem Verhältnis stehen zu der ernstesten Situation, in der sich Sowjetrußland und die Kommunistische Partei Rußlands befinden, und zu den Disziplinwidrigkeiten, die sich die Opposition schon zuschulden kommen ließ. So beschwerte sich die Opposition z. B. darüber, daß Mjassnikow, der ebenfalls das Schreiben der 22 unterschrieben hatte, aus der Partei auf ein Jahr ausgeschlossen worden ist. Nun ist Mjassnikow wohl ein alter, verdienter Bolschewik und Kommunist, der nur bei der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik die Orientierung verloren hat und in Verbitterung und Stänkerei gegen die Partei geriet. Aber welches waren die Gründe seines Ausschlusses? Er beantwortete einen freundschaftlichen Brief, den Genosse Lenin ihm schrieb, damit, daß er ihn in der hämischsten Weise glossierte und eine Broschüre geheim drucken ließ, von der merkwürdigerweise die weißgardistische Presse sehr rasch Kenntnis erhielt und deren Auszüge von Warschau aus an alle weißgardistischen Redaktionen versendet wurden. Für eine solche Disziplinwidrigkeit ist der Ausschluß auf ein Jahr mit der Möglichkeit der Wiederaufnahme in die Partei gewiß keine allzu strenge Strafe. Daß Ge-

Genossin Kollontai ihre Schmähchrift gegen die Partei, von der die gegnerische Presse im Westen ebenfalls merkwürdig rasch erfuhr, in der Staatsdruckerei herstellen lassen konnte, ist gewiß kein Beweis für die Unterdrückung der Freiheit der Meinungsäußerung. Die Opposition verwahrte sich zwar in der Sitzung der erweiterten Exekutive sehr entschieden gegen den Verdacht der Fraktionsbildung innerhalb der Partei, aber auf dem Parteitag wurde durch Briefe und Dokumente der Beweis erbracht, daß die Opposition doch im geheimen eine Gruppe in der Partei zu organisieren versucht hat.

Der Parteitag hat sich mit der Opposition in einer Kommission und im Plenum gründlich auseinandergesetzt. Absichtlich vermieden es die führenden Genossen, in die Debatte über diesen Gegenstand einzugreifen. Der Berichtersteller der Kommission war ein einfacher Arbeiter.

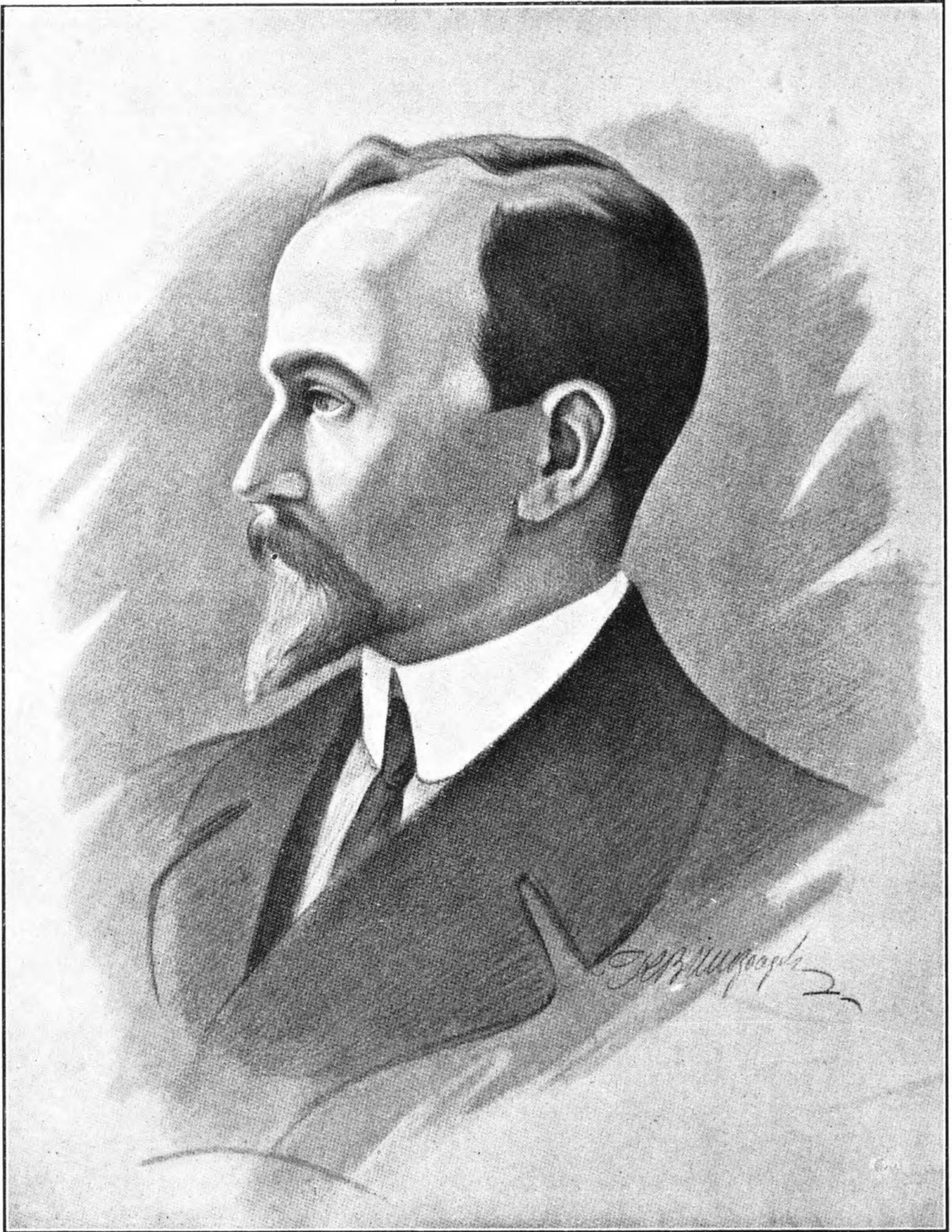
Das Ergebnis der Verhandlungen war die Vollständigung der Niederlage, welche die Opposition schon auf dem vorjährigen Parteitag erlitten hatte, wo festgestellt worden war, daß ihre prinzipiellen und taktischen Anschauungen halb anarchistischen und syndikalistischen Charakter trugen. Dabei wurde mit den Führern der Opposition, trotz ihrer Disziplinwidrigkeiten, äußerst milde verfahren.

So winzig die Schar der Oppositionsleute in letzter Zeit auch geworden ist, einheitlich ist dieses Ueberbleibsel der einstigen „Arbeiteropposition“ keineswegs. Man kann im allgemeinen drei Gruppen unterscheiden. Ein Teil der Opposition rekrutiert sich aus guten, alten Bolschewisten und Kommunisten, die nur durch die neue Wirtschaftspolitik, durch die Krise der Revolution die Orientierung verloren haben und aus dem Geleise gekommen sind. Die anderen sind ehemalige Menschewisten, die erst im Laufe der Revolution zur Partei gekommen sind und die bei der Betrachtung der durchaus nicht so sonnenklaren und einfachen Krisenprobleme der Revolution einen Rückfall in menschewistische Betrachtungsweisen erleiden. Zu der ersten Gruppe gehört z. B. Genosse Schljapnikow, zur zweiten Gruppe Genossin Kollontai. Neben diesen beiden Gruppen haben sich aber auch Elemente in die Opposition eingeschlichen, die in der revolutionären Bewegung überhaupt neu, die unklar und zum Teil auch unehrlich sind. Gegen diese Gruppe ist der Parteitag mit Ausschließungen vorgegangen. Die beiden ersten Gruppen werden hoffentlich den Ausgang ihrer Kampagne in der erweiterten Exekutive und auf dem Parteitag richtig verstehen, als eine ernste Verwarnung, daß in der Revolution weder frühere

Verdienste, noch subjektive Ehrlichkeit eine Entschuldigung für objektive Schädigung der revolutionären Partei und damit der Revolution überhaupt sein können.

Die erweiterte Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale ließ sich bei der entschiedenen Ablehnung und ernststen Verwarnung der Opposition, die durch die Verhandlungen des Parteitages der K. P. R. nachträglich vollkommen gerechtfertigt wurden, auch von der Tatsache leiten, daß die Gegenrevolution jede geringste Schwächung der Kommunistischen Partei Rußlands auszunützen bestrebt ist. Die bürgerliche Gegenrevolution ist schlau, sie läßt sich weder durch Dogmen, noch durch Illusionen ablenken. Sie knüpft an die bescheidensten Möglichkeiten an. Seit der Zarismus tot ist, ist die bürgerliche Gegenrevolution republikanisch. Seit sie einsehen mußte, daß man mit der bürgerlichen Demokratie und der Konstituante in Rußland keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken kann, ist sie sogar für das Rätssystem. Während des Kronstädter Aufruhrs unterstützte sie die Losung: Herrschaft der Räte, aber nicht Herrschaft der Kommunistischen Partei. Denn die bürgerliche Gegenrevolution weiß, daß mit der Beseitigung der Herrschaft der Kommunistischen Partei dem Rätssystem das Rückgrat gebrochen wäre. Der Zusammenbruch des Kronstädter Aufruhrs hat die bürgerliche Gegenrevolution durchaus nicht verlegen gemacht. Ihr fähigster, klügster Führer, der Kadett Miljukow, schrieb sofort nach der Einnahme von Kronstadt durch die Kommunisten, daß es jetzt nur ein Mittel gäbe, die proletarische Revolution in Rußland zu Fall zu bringen, und dieses Mittel sei, Uneinigkeit und Spaltung in die Kommunistische Partei Rußlands zu tragen. Das sollten alle oppositionellen Elemente sich zu Gemüte führen. Jedwede Oppositions- und Fraktionsbildung in der Kommunistischen Partei Rußlands, mag sie zwar dumm, aber ehrlich gemeint sein, ist in dieser Phase der Revolution Arbeit für Miljukow, Arbeit für die Gegenrevolution. Nur so und nicht anders kann der Standpunkt der ganzen Kommunistischen Internationale zur Opposition in der russischen Partei sein, und ich kann am Schluß dieser Ausführungen nur die Worte wiederholen, mit denen ich mein Referat in der Sitzung der erweiterten Exekutive schloß: Jede Schädigung der Geschlossenheit, der Festigkeit und der Disziplin der Kommunistischen Partei Rußlands ist Hochverrat an der Kommunistischen Internationale, ist Hochverrat an der proletarischen Revolution.

Karl Kreibich.



Kyrre Grepp

Kyrre Grepp.

Die Kommunistische Internationale hat einen schweren Verlust erlitten: Der Vorsitzende der Norwegischen Arbeiterpartei, Genosse Kyrre Grepp, ist dahingeshieden. Der Verstorbene war 42 Jahre alt. Er litt schon lange an der Lungentuberkulose, die ihn jeden Tag in's Grab zu bringen drohte. Nichtsdestoweniger war sein Tod für uns ein unerwarteter Schlag. Dieser Verlust wird nicht nur in Norwegen, sondern auch in ganz Skandinavien lange empfunden werden. Ungeachtet dessen, daß Genosse Grepp durch seine Krankheit im Laufe der letzten Jahre verhindert war, in öffentlichen Versammlungen aufzutreten, erfreute er sich großer Popularität. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß er der unersetzliche Führer der Partei war, der es stets verstanden hat, ohne Verzicht auf die revolutionären Grundsätze, verständig und vorsichtig die Entwicklung der Norwegischen Arbeiterpartei zu leiten, der Partei, die zu einer starken und klassenbewußten Massenorganisation herangewachsen ist. Und wenn die Norwegische Arbeiterpartei gegenwärtig eine der aktivsten und entwicklungsfähigsten Sektionen der Kommunistischen Internationale ist, so sind wir dafür vor allem dem Genossen Kyrre Grepp verbunden.

Nach Absolvierung der Universität widmete sich Genosse Grepp dem literarischen Studium, insbesondere dem Studium der Literatur des Nordens. Er beschäftigte sich mit literarischer Arbeit und war Mitarbeiter einer ganzen Reihe führender norwegischer Zeitungen. Seine Artikel wurden stets mit besonderem Interesse gelesen.

Neben seiner literarischen Beschäftigung interessierte sich Genosse Grepp, der ein glänzender Redner war, von früher Jugend an für Politik. Schon ganz zu Anfang seiner politischen Laufbahn trat er in die Reihen der linken Sozialisten. Unter den jungen Studenten und im Arbeiterverband Christianias wurde er sehr bald zum allgemein anerkannten ideellen Leiter und zum Vorkämpfer. Eine besonders sichtbare Rolle spielte er als Führer der jungen Republikaner Norwegens während des gespannten Verhältnisses zu Schweden anlässlich der Union, zur Zeit der Konflikte, die im Jahre 1905 zur Trennung Schwedens und Norwegens

führten. Er unterhielt die ganze Zeit hindurch freundschaftliche Verbindung mit den schwedischen Revolutionären, die mannhaft gegen die Kriegshetze kämpften.

In den Reihen der Arbeiterpartei zeichnete er sich auf dem norwegischen Kongreß des Jahres 1912 aus, auf dem er die organisierte Oppositionsgruppe leitete. Diese Gruppe brachte unter anderem den Antrag ein, in das Parteiprogramm die Forderung des gesetzlichen Verbots geistiger Getränke aufzunehmen. Die Opposition trug auf dem Kongreß den Sieg davon und eines der Resultate dieses Sieges war, daß Jeppessen (gegenwärtig steht er an der Spitze der reformistischen Sozialdemokratischen Partei) den Posten eines Redakteurs des Zentralen Parteiorgans aufgeben mußte. An seine Stelle wurde Vidnäs als Redakteur gewählt, was für die Partei einen merklichen Schritt nach links bedeutete. Auf diesem Kongreß ist Genosse Grepp zum Mitglied des Zentralkomitees der Partei gewählt worden. In der Zentrale wurde er Führer der linken Opposition. In der Kriegszeit entstanden in den leitenden Parteikreisen beständig Konflikte wegen der ententefreundlichen Gesinnung des von Vidnäs geleiteten Zentralorgans. Die wahre Natur dieser Mißhelligkeiten trat nach der Oktoberrevolution klar zutage. Vidnäs, der allmählich ganz unter den ideellen Einfluß Brantings kam (er beteiligte sich, wie auch Branting, an der berühmten Stockholmer Konferenz), eignete sich einen rein menschewistischen Standpunkt an und führte einen Feldzug gegen die Bolschewisten. Die Genossen Grepp, Tranmael, Schefflo und andere waren für die Anerkennung der unmittelbaren Massenaktion als der wichtigsten Kampfmethod der Arbeiterklasse und für ihr „Recht“ auf Revolution. Sie forderten gleichfalls Anschluß der Partei an die Zimmerwalder Internationale.

Auf dem Parteikongreß des Jahres 1918 siegte dieser linke Flügel. Grepp wurde zum Vorsitzenden des Zentralkomitees und Schefflo zum Redakteur des Zentralorgans an Stelle Vidnäs' gewählt. Alle Mitglieder des früheren Z. K. der Partei verzichteten auf eine Wiederwahl. Der Partei drohte Spaltung. Jedoch Grepp und seine Freunde hatten in der Partei

eine so feste Stellung, daß die früheren Mitglieder des Z. K. sich nicht dazu entschlossen, die Flagge der Spaltung zu hissen. Im Grunde genommen hatte ihre Mehrheit schon längst jede Fühlung mit der Parteimasse verloren, aber formell bemühte sie sich, loyal zu sein, weil sie auf dem nächsten Kongreß von neuem die Mehrheit zu erhalten hoffte. Diese Hoffnung sollte jedoch nicht in Erfüllung gehen: die vom Genossen Grepp geleitete norwegische Partei färbte sich immer kommunistischer, und im Jahre 1920 wurde der Beschluß gefaßt, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen. Auf dem 2. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale war schon nicht nur die Partei, sondern auch die norwegische Organisation der Gewerkschaftsverbände vertreten. Dies bezeugte, daß Genosse Grepp der Partei eine feste theoretische Grundlage zu geben verstand, zu gleicher Zeit aber auch die Verbindung mit den Arbeitermassen nicht verloren hatte. Die rechten Sozialisten überzeugten sich immer mehr davon, daß sie auf immer ihren Einfluß in der Partei verloren hatten. Im Jahre 1921 beschlossen sie, offen

mit der Partei zu brechen, und schufen die Sozialdemokratische Partei. Aber die Massen folgten ihnen nicht. Dies äußerte sich mit besonderer Klarheit bei den Parlamentswahlen des vergangenen Jahres: es wurden 29 Kommunisten gewählt und nur 7 Sozialdemokraten. Die bedeutendsten Führer der Sozialdemokratie, die viele Jahre lang Parlamentsmitglieder gewesen waren, wurden diesmal nicht gewählt. Das war das glänzende Resultat der vorsichtigen und klugen Politik des Genossen Grepp.

Genosse Grepp zeichnete sich durch seltene Kühnheit und durch hervorragenden Verstand aus. In der Partei erfreute er sich allgemeiner Liebe und Achtung. Er wird als Politiker und als Mensch im ewigen Angedenken der Arbeitermassen Norwegens bleiben. Und obwohl Norwegen ein kleines, unbedeutendes Land ist, hat sich nichtsdestoweniger die Norwegische Arbeiterpartei dank Genossen Grepp das Recht auf Anerkennung und Liebe seitens aller Genossen der Kommunistischen Internationale erobert.

Alter und neuer Pazifismus.

In der letzten Zeit können wir ein neues Aufleben der pazifistischen Ideologie beobachten. Es hat wieder einmal den Anschein, als ob die Geschicke der Welt zukünftig im Sinne des Pazifismus gelenkt werden sollten. Die Konferenz von Washington und die Ablehnung der Vereinigten Staaten, an der Konferenz in Genua teilzunehmen, mit der Begründung, daß eine Wiederaufrichtung Europas solange unmöglich sei, wie die europäischen Staaten große Heere aufrecht erhalten, hat dem Pazifismus neue Aktualität gegeben. Die Ideologen der 2. und 2½ Internationale beeilen sich, nach der großen Enttäuschung, welche der Zusammenbruch des Wilsonismus verursacht hatte, ein frisches Bekenntnis zum Pazifismus abzulegen. Andererseits sehen wir, daß ernste kapitalistische Organe, wie z. B. der „Manchester Guardian“, eine konsequente, pazifistische Linie befolgen. Es erscheint daher als notwendig, zu untersuchen, inwieweit der neue Pazifismus eine reale Grundlage hat, inwieweit derselbe zu einem wirklichen Faktor der Politik werden kann; oder aber, ob auf diese Bewegung erneute Zusammenstöße der imperialistischen Mächte folgen werden.

Nun ist der Pazifismus eine ziemlich komplizierte Bewegung, welche ihren Charakter rasch wechselt. Auch ist es nicht leicht, den Klassenhintergrund der verschiedenen pazifistischen Ideologien klarzustellen. Wir wollen vor allem versuchen, die Entwicklung des Pazifismus in der Zeit vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege gesondert zu untersuchen. Andererseits wollen wir versuchen, den bürgerlichen Pazifismus von der proletarischen Friedensbewegung zu trennen, obwohl es offenbar ist, daß die opportunistische Richtung der Arbeiterbewegung und ihr Pazifismus im Schlepptau der Bürgerlichen steht und von diesen sehr schwer zu trennen ist.

Der bürgerliche Pazifismus vor dem Kriege.

Der bürgerliche Pazifismus vor dem Kriege zeigte zwei Hauptrichtungen: die idealistisch-ethische Richtung und die wirtschaftliche Richtung.

Der idealistisch-ethische Pazifismus war eine rein ideologische Bewegung. Ihre Hauptträger Lamasch, Förster, Fried, Forel

usw. sind Ideologen, welche keinerlei Klasse vertreten. Auch stehen sie dem Problem des Krieges vollständig verständnislos gegenüber. Sie glauben, daß Kriege die Folge der ethischen Unentwickeltheit der Menschheit sind. Sie führen den Kampf gegen den Krieg auf Grundlage einer allgemeinen Moral. Sie sind prinzipiell gegen jede Gewaltanwendung. Sozial sind sie konterrevolutionär, da sie die Anwendung der Gewalt auch zum Zwecke der Befreiung der unterdrückten Klassen entschieden verwerfen.

Als Vertreter dieser Richtung können wir Fr. W. Förster ansprechen. Er schreibt in seinem Buche „Weltpolitik und Weltgewissen“ folgendes:

„Der Glaube an die Methoden der mechanischen Ueberwältigung kann nur durch den ganz konsequenten Glauben an das der Gewalt entgegengesetzte geistige Prinzip überwunden werden. Wer den äußern Krieg nur durch den innern Krieg überwinden zu können glaubt, der wird erleben, wie schnell aus der Heiligung der innerpolitischen Gewalt aufs neue der nach außen gerichtete Imperialismus geboren wird.“

Es ist daher natürlich, daß Förster die Methode der Kommunisten verwirft. Er schreibt ganz naiv:

„Sie, die russischen Kommunisten, dürfen nicht einfach alle Fragen lediglich von einem ganz bestimmten Klasseninteresse aus beurteilen und behandeln, in der Meinung, dieses Interesse sei mit dem der Menschheit identisch. Nein, sie müssen Gerechtigkeit und Menschlichkeit ganz konkret auch gegenüber den bisherigen Leitern und Organisatoren des Produktionsprozesses üben . . . Sie dürfen nicht durch die schematische Härte einfacher Enteignungen ohne Rücksicht auf alle vorangegangenen Leistungen, Ueberlieferungen und Lebensgewohnheiten der Betroffenen die ganze Intelligenz und das gesamte Führelement der bisherigen Gesellschaftsordnung gegen sich aufbringen und dadurch die Gesellschaft in zwei feindliche Hälften auseinanderreißen.“ (Weltpolitik und Weltgewissen, München 1919, S. 147/8.)

Auf ähnlichem Niveau stehen auch die Werke der anderen Pazifisten dieser Richtung. Als höchstes praktisches Ergebnis dieser ethisch-ideologischen Richtung kann die Haager Friedenskonferenz und die Errichtung des internationalen Schiedsgerichtshofes betrachtet werden. Der Weltkrieg zeigte die Wurzellosigkeit dieser Bewegung.

Etwas realer ist jene Richtung des Pazifismus, welcher zu beweisen trachtet, daß das Kriegführen für ein Land ein schlechtes Geschäft sei, selbst in dem Falle, wenn der Krieg siegreich endet. Der wichtigste Wortführer dieser Richtung ist Norman Angell. Wir dürfen voraussetzen, daß sein Buch „Die falsche Rechnung“ unseren Lesern im allgemeinen bekannt sein dürfte. Das Wesen seiner Beweisführung besteht darin, daß die modernen Staaten durch die Bande des Außenhandels, des Kredits und der Valuta so eng miteinander verbunden sind, daß die Niederlage des einen Staates die schwersten wirtschaftlichen Schäden für den

Siegerstaat bedeuten würde. Ohne sich mit ethischen Gründen abzugeben, vertritt er die Ansicht, daß Kriege zu verwerfen sind, da sie ein schlechtes Geschäft seien, auch für den siegreichen Staat. Es ist kein Zufall, daß diese Strömung des Pazifismus von England seinen Ausgang nahm, von jenem Lande, welches am stärksten von der Weltwirtschaft abhängig ist. Der Grundirrtum der Beweisführung bei Norman Angell liegt — ganz abgesehen davon, daß er die Ursachen des historischen Geschehens ganz rationalistisch auffaßt und die Rolle der ererbten kriegerischen Instinkte ganz außer acht läßt — darin, daß er die Sache so auffaßt, als ob das allgemeine Interesse eines Landes über Krieg und Frieden entscheiden würde. Wäre dies der Fall, so wäre, da jeder Krieg für jedes Land tatsächlich schädlich ist, der ewige Friede gesichert. Nun entscheidet aber über Krieg und Frieden nicht das allgemeine Interesse des Landes, sondern die Interessen kleiner Gruppen von Großkapitalisten, Heereslieferanten, Militärs usw. Und trotz der großen Schäden, welche der Weltkrieg verursacht hat, ist es durchaus nicht erwiesen, daß eben diese entscheidenden Kreise dabei ein schlechtes Geschäft gemacht hätten. Trotzdem verdient diese Richtung des Pazifismus eine größere Aufmerksamkeit, da die momentane Erstarkung der kriegsfeindlichen Stimmung in den Siegerländern im Wesen auf die Gedankengänge Norman Angells zurückzuführen ist.

Der proletarische Pazifismus.

Der proletarische Pazifismus hatte vor dem Kriege und besonders während des Krieges zwei einander scharf entgegenstehende Formen. Wir können die erste als passiv-konterrevolutionäre, die zweite als aktiv-revolutionäre bezeichnen.

Der passiv-konterrevolutionäre Pazifismus fällt mit dem Opportunismus im allgemeinen zusammen.*) Das Wesen des Opportunismus ist der Glaube, daß die Umwandlung der Gesellschaft vom Kapitalismus in den Sozialismus ohne wirkliche Kämpfe, ohne Bürgerkrieg vor sich gehen wird, und zwar in einer so fernen Epoche, daß es gegenwärtig nicht aktuell sei, über die Methoden der Niederkämpfung der Bourgeoisie überhaupt nachzudenken oder gar Vorbereitungen hierzu zu treffen. Durch eine völlig mißverständliche Auslegung der Marxschen Lehre, daß die Umwandlung des politischen Ueberbaues

*) Der Zusammenhang zwischen Opportunismus und konterrevolutionärem Pazifismus wurde unvergleichlich klar und scharf in den Artikeln von Lenin und Sinowjew ausgearbeitet, welche nunmehr gesammelt in dem Bande: „Gegen den Strom“, Verlag der K. I. 1921, vorliegen. Für jeden, der sich für diese Frage interessiert, empfehlen wir die Lektüre dieses Buches aufs dringendste.

notwendig der Veränderung der ökonomischen Grundlage folgen müsse, verharret der Opportunismus in passiver Erwartung der Zukunft, ohne zu sehen oder sehen zu wollen, daß diese Umwandlung nur durch langanhaltende zähe Klassenkämpfe, durch bewaffnete Bürgerkriege zu erreichen ist. Da der Opportunismus der Meinung ist, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht durch gewaltsame Mittel gestürzt werden könne, hat er auch keinerlei Sinn für die revolutionären Möglichkeiten, welche ein Krieg bietet, und ist prinzipiell pazifistisch. Dies ist konsequent; denn jeder Krieg, wenn man das Verharren der Arbeiterklasse als unterdrückte Klasse im Kapitalismus für feststehend annimmt, kann auf die Lage der Arbeiterklasse nur schädlich wirken. Die Auswirkungen dieser Strömung sind die verschiedenen pazifistischen Resolutionen auf den Kongressen der 2. Internationale. Manche dieser Resolutionen bilden — wenigstens ihrem Wortlaut nach — den Uebergang zu der aktiv-revolutionären Strömung im proletarischen Pazifismus. So heißt es in der Stuttgarter Resolution 1907:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht der Sozialisten, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften danach zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Noch schärfer ist die Resolution des Baseler Kongresses, November 1912:

„Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß der deutsch-französische Krieg den Ausbruch der Kommune zur Folge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat . . . Die Proletarier empfinden es als Verbrechen, aufeinander zu schießen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.“)

Die aktiv-revolutionäre Richtung im Proletariat geht auf Marx und Engels selbst zurück. Für Marx und Engels waren Kriege kein Ausfluß der ethischen Rückständigkeit der Menschheit, wie für die pazifistischen Theologen, sondern notwendige Folgen der gegebenen Klassenlage. Ebenso für Lenin, der am 1. November 1914 folgendes schrieb:

„Der Krieg ist keine Zufälligkeit, keine Sünde, wie die christlichen Pfaffen, die Patriotismus, Humanität und Frieden genau so predigen wie die Opportunisten glauben, sondern eine unvermeidliche Stufe des Kapitalismus, eine ebenso berechtigte Form des kapitalistischen Daseins wie der Friede.“**)

*) Zitiert aus „Gegen den Strom“, S. 27.

***) Zitiert aus „Gegen den Strom“, S. 6.

Zweitens aber sind für die revolutionären Marxisten Kriege wichtige Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung. Marx steht dem passiven Pazifismus ganz fremd gegenüber. Er tritt in verschiedenen Fällen für den Krieg ein. So z. B. schrieb er im Jahre 1849, daß das deutsche Proletariat nach seiner siegreichen Revolution die Pflicht hätte, einen Angriffskrieg gegen das zaristische Rußland zu beginnen. Und noch in seinem „Weg zur Macht“ schrieb Kautsky im Jahre 1910 von der Wahrscheinlichkeit, daß die proletarische Revolution während des Krieges oder nach Beendigung desselben ausbrechen könnte.

Wir sehen hieraus, daß diese zwei Tendenzen in der proletarischen Beurteilung des Krieges scharf auseinandergehen. Die erste ist im Wesen opportunistisch, die zweite revolutionär. Und es ist daher nicht zu verwundern, daß beim Ausbruch des Krieges die erste Richtung, welche in Worten die schärfste prinzipielle Gegnerschaft gegen jeden Krieg verkündete, beim tatsächlichen Beginn des Krieges umfiel und vollständig ins Fahrwasser der eigenen Bourgeoisie geriet.

Der Pazifismus während des Krieges.

Der bürgerliche Pazifismus zeigt während des Krieges zwei verschiedene Strömungen. Die erste ideologische Richtung setzt ihren Kampf gegen den Krieg auf derselben moralischen Basis weiter fort, tritt für eine rasche Beendigung des Krieges, für einen „Verständigungsfrieden“ ein. Ebenso erfolglos wie vor dem Kriege.

In den Ententeländern, vor allem in den angelsächsischen, kommt eine neue Strömung zustande. Sie ist gekennzeichnet durch das Schlagwort des „letzten Krieges“. Deutschland sollte besiegt werden, aber nach der Besiegung sollte eine Organisation aller Völker zustande kommen, welche jedem künftigen Krieg organisatorisch vorbeugen sollte: also die Idee des Völkerbundes. Friede ohne Annexionen, der letzte Krieg, Völkerbund, Selbstbestimmung der Nationen, diese Elemente können in dem Schlagwort des Wilsonismus zusammengefaßt werden, da die berühmten 14 Punkte das grundlegende Dokument dieser Richtung bilden. Der Wilsonismus wurde von Wilson selbst, von einem kleinen Kreis von Ideologen und von den Führern der Sozialpatrioten, die einen Weg suchten, um die Arbeitermassen mit ihrem Verrat an der von ihnen jahrzehntelang gepredigten Kriegsgegnerschaft zu versöhnen, aufgegriffen. Seinem Wesen nach war aber der Wilsonismus ein Mittel, die tatsächlichen Kriegsgegner in den angelsächsischen Ländern gegen Deutschland zu hetzen und ideologisch für eine aktive Teilnahme an dem Kriege zu bewegen.

Die Vorgänge in dem Lager der vor dem Kriege passiven proletarischen Pazifisten sind bekannt. Alle jene Wortführer der 2. Internationale, welche jahrzehntelang ihre Kriegsgegnerschaft beteuert hatten, gingen mit fliegenden Fahnen ins Lager der eigenen Bourgeoisie über: Plechanow, Hindman, Hervé, Kautsky usw. Der schmähliche Zusammenbruch der Internationale und das Abschwanken in das Lager der Sozialchauvinisten wurde in verschiedener Weise begründet. Es entstand die Kautskysche Theorie, daß das Proletariat jedes Landes verpflichtet sei, das eigene Vaterland zu verteidigen. Am 2. Oktober 1914 schrieb Kautsky in der „Neuen Zeit“:

„Alle haben das Recht und die Pflicht, ihr Vaterland zu verteidigen; der wahre Internationalismus besteht in der Einräumung dieses Rechtes den Sozialisten aller Nationen, darunter auch denen, die mit meiner Nation Krieg führen.“

Aber auch jene Opportunisten, welche nicht so brutal für das gegenseitige Morden der Arbeiterschaft im Dienste der eigenen Bourgeoisie eintraten, fanden nicht den Weg zur revolutionären Ausnützung der gegebenen Situation. So schrieb Max Adler in seiner Broschüre „Prinzip oder Romantik“, Nürnberg 1915, folgendes:

„Die äußere Politik des Marxismus kann nur eine pazifistische sein, pazifistisch aber weder im Sinne der bürgerlichen Friedensbewegung . . . noch im Sinne der bisherigen sozialistischen Anerkennung der Friedensidee, die . . . immer nur mehr als Nebenziel im Emanzipationskampf des Proletariats angesehen wurde . . . Hier ist jetzt vielmehr die Meinung am Platz: aller Internationalismus der Sozialdemokraten wird und muß Utopie bleiben, wenn sie nicht die Friedensidee zum Mittelpunkt ihres Programms der äußeren und inneren Politik machen . . . Der Sozialismus nach dem Kriege wird organisierter internationaler Pazifismus sein, oder er wird nicht sein.“ (Zitiert nach „Gegen den Strom“, S. 116.)

Richtig bemerkt hierzu Sinowjew, daß dies nicht ein Programm des Marxismus, sondern ein Programm des kleinbürgerlichen Opportunismus sei. Von diesem internationalen Pazifismus sei es nur ein Schritt zum internationalen Sozialchauvinismus.

Fragen wir aber, wie es möglich war, daß jene Leute, die Jahrzehnte hindurch ihre Kriegsgegnerschaft beteuert hatten, nun zu Kriegshetzern wurden, so liegt die Antwort in ihrer unrichtigen Grundauffassung vom Klassenkampf des Proletariats. Leute, welche meinen, daß das Proletariat sich nicht durch einen bewaffneten Bürgerkrieg befreien wird, sondern eine friedliche Umgestaltung, und zwar in unabsehbarer Ferne, vor Augen haben, deren Politik ausschließlich auf die Verbesserung der Lage des Proletariats als Lohnarbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus gerichtet ist, müssen zu der Konsequenz gelangen, daß die Wohlfahrt des Proletariats mit jener

der Bourgeoisie des eigenen Landes verknüpft ist. Tatsächlich finden wir diesen Gedankengang klar ausgesprochen bei den konsequentesten Vertretern des Sozialchauvinismus: Lensch, Calwer und anderen. Wird die Bourgeoisie des eigenen Landes im Kriege geschlagen, verliert sie ihre Kolonien und die Möglichkeit eines starken Exportes von Industrieartikeln, so bedeutet dies für das industrielle Proletariat des betreffenden Landes Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, sinkende Lebenshaltung. Ein Zustand, der für Führer, die entschlossen sind, einen bewaffneten Klassenkampf nicht zu führen, absolut unerwünscht ist. Hieraus erklärt sich die scheinbar so widersprechende Haltung der Sozialdemokratie vor und während des Krieges. Vor dem Kriege Kriegsgegner, da ein Krieg die Lage des Proletariats verschlechtert. Im Kriege selbst Sozialchauvinisten, da eine Niederlage der eigenen Bourgeoisie die Lage des Proletariats beim Aufrechterhalten des kapitalistischen Regimes verschlechtern würde. Das verschiedene Verhalten der Führer vor und nach dem Kriege ist durchaus kein Widerspruch, sondern eine konsequente Folge ihrer Ablehnung des wirklichen Kampfes für den Sturz des Kapitalismus.

Prinzipiell anders und ebenfalls konsequent war das Verhalten der aktiv-revolutionären Pazifisten während des Krieges. Vor allem der kleinen Gruppe, die sich um Lenin gebildet hatte und den Kern der Kommunistischen Internationale bildete. Diese Gruppe war von Anfang an entschlossen, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zum Sturze des Kapitalismus zu verwandeln. Programmatisch scheint mir die Sache am klarsten in den folgenden Worten Lenins ausgedrückt:

„Der Krieg unserer Tage ist ein Volkskrieg. Aus dieser Wahrheit folgt aber nicht, daß man mit dem „Volksstrom“ des Chauvinismus schwimmen soll, sondern daß in Kriegszeiten, auch im Kriege und in Kriegsform die Klassengegensätze, von denen die Völker zerfleischt werden, fortbestehen und in Erscheinung treten werden. Dienstverweigerung, Militärstreik usw. bedeuten einfach eine Dummheit, einen kläglichen und feigen Traum von waffenlosem Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, eine Phantasterei über die Aufhebung des Kapitalismus ohne den verzweifelten Bürgerkrieg oder eine Reihe von Kriegen. Die Propaganda des Klassenkampfes bleibt auch im Kriege Pflicht der Sozialisten . . . Nieder mit den pfäffisch-sentimentalen und törichtigen Träumereien vom „Frieden um jeden Preis! Wir wollen das Banner des Bürgerkrieges erheben!“ (1. November 1914.)“

Auf diesem Programm baute sich Strategie und Taktik der Russischen Kommunistischen Partei auf, welche zur siegreichen proletarischen Revolution führte.

*) „Gegen den Strom“, S. 6.

Der Pazifismus nach dem Kriege.

Der Krieg brachte durch die schrecklichen Verluste und Verwüstungen eine erhebliche Verstärkung der bürgerlichen, moralisch-ideologischen Richtung des Pazifismus in allen wenig bewußten intellektuellen, kleinbürgerlichen, aber auch proletarischen Kreisen. Praktisch hingegen erlitt der Pazifismus, besser gesagt, der Wilsonismus, in den Friedensverhandlungen die vollständigste Niederlage. Keynes beschreibt in seinem Buche „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ sehr interessant den Gang der Verhandlungen des Obersten Rates: in welcher Weise Wilson von Clémenceau und Lloyd George Schritt für Schritt vom Wege des Wilsonismus abgedrängt und in die Bahnen eines Gewaltfriedens gedrängt wurde. Indessen ist es selbstverständlich, daß dieses geschichtliche Ereignis nicht durch die persönliche Minderwertigkeit Wilsons als Unterhändler gegenüber Clémenceau und Lloyd George erklärt werden kann. Die Wahrheit ist die, daß der Wilsonismus im Wesen eine klassenlose Ideologie war, während Clémenceau und Lloyd George die wirklichen — wenn auch vielleicht schlecht erfaßten — Interessen der Kapitalistenklasse ihrer Länder vertraten. Alle schönen Schlagworte des Wilsonismus zerriß in nichts, und seine Lieblingsidee, der Völkerbund, wurde zu einem blut- und kraftlosen Papiergebilde, um welches sich heute kein verständiger Mensch mehr schert. Diese Entwicklung versetzte dem ethisch-ideologischen Pazifismus den schwersten Schlag.

Hingegen erstarkte die zweite Abart des bürgerlichen Pazifismus, die ökonomische. Die drei Jahre, welche seit Kriegsende verfließen sind, ergaben eine volle Bestätigung der Auffassung Norman Angells, daß selbst ein siegreicher Krieg für ein Land im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus von verhängnisvoller Wirkung sei. Und daß es unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich sei, nicht nur eine den Kriegskosten entsprechende Kriegsschädigung von dem besiegten Lande einzutreiben, sondern daß die Siegerländer nicht einmal imstande sind, ohne die Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft eine solche Entschädigung anzunehmen, selbst wenn das besiegte Land diese zu bezahlen imstande wäre. Fast alle die Folgen, welche Norman Angell voraussagte: Zerrüttung des internationalen Kredites, Valutachaos, Aufhören des internationalen Warenaustausches, Arbeitslosigkeit, sind tatsächlich eingetreten. Und für die überwiegende Masse der Bewohner der siegreichen Länder erscheint der praktische Beweis erbracht, daß der Krieg tatsächlich ein schlechtes Geschäft sei. Die ungeheure Arbeits-

losigkeit in den Siegerländern, der schlechte Geschäftsgang und die drückenden Steuern geben eine starke wirtschaftliche Grundlage für die Erstarkung des ökonomischen Pazifismus in den Siegerländern. Dies ist die Erklärung dafür, daß die kapitalistischen Kreise, vor allem das englische Handelskapital, welches durch die Zerstörung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichtes am empfindlichsten leidet, gegenwärtig aufrichtig pazifistisch gesinnt sind und z. B. im „Manchester Guardian“ unter der Leitung Keynes eine aktive pazifistische Propaganda führen. Die 2 Millionen Arbeitslose, und die 30—40 Prozent des Einkommens verzehrende Steuer zeigen der englischen Bourgeoisie zu klar, ein wie schlechtes Geschäft sie mit dem Kriege gemacht hat. Und ähnlich steht es mit der Bourgeoisie der anderen Siegerländer. Doch verhindert hier die im Kriege ungeheuer erstarkte nationalistische Ideologie vorläufig die klare Selbstbesinnung.

Unter dem Eindruck der russischen Revolution und der revolutionären Versuche in Ungarn, Deutschland usw. hat sich nach dem Kriege eine dritte bürgerliche Richtung des Pazifismus, den wir bürgerlichen Klassenpazifismus nennen könnten, herausgebildet. Viel klarer als die Opportunisten in der Arbeiterbewegung sehen die bürgerlichen Politiker, daß ein verlorener Krieg und ein Krieg überhaupt dem Proletariat die beste Gelegenheit bietet, jene Waffen in die Hände zu bekommen, welche zur Niederwerfung der kapitalistischen Herrschaft unumgänglich notwendig sind. Das hervorragendste Organ des englischen Kapitalismus, „The Economist“, hat diese Möglichkeit schon Anfang 1915 gesehen. Es schrieb damals:

„Die Philantropen verleihen der Hoffnung Ausdruck, daß der Friede eine internationale Einschränkung der Rüstungen mit sich bringen wird . . . Doch diejenigen, denen bekannt ist, welche Kräfte faktisch die europäische Diplomatie lenken, geben sich keinerlei Utopien hin. Die Perspektive, die vom Kriege eröffnet wird, ist die Perspektive blutiger Revolutionen und erbitterter Kriege zwischen der Arbeit und dem Kapital oder den Volksmassen und den herrschenden Klassen des Kontinents.“*)

Nach der siegreichen russischen Revolution und angesichts der gewaltigen Gärung, welche die Arbeiterklasse ganz Europas zeigt — trotz der gegenwärtigen Depressionsperiode in der revolutionären Bewegung — gewinnt dieser bürgerliche Klassenpazifismus immer mehr an Boden. Die große Wandlung in den Klassenmachtverhältnissen und besonders in der Ideologie des Proletariats wird am besten durch folgende Tatsache beleuchtet: während vor dem Kriege die herrschende Klasse die zur Niederhaltung des Proletariats

*) Zitiert von Lenin „Gegen den Strom“, S. 85.

nötige bewaffnete Macht aus den Angehörigen des Proletariats selbst zusammenstellte (Polizei, Gendarmerie usw.), ist sie gegenwärtig genötigt, Klassentruppen zur Niederhaltung des Proletariats zu organisieren. Alle die Selbstschutzorganisationen, welche wir unter den verschiedensten Namen in ganz Europa verbreitet sehen — als Orgesch in Deutschland, als Detachements in Ungarn, als Fasisten in Italien usw. — beweisen, daß die herrschende Klasse genötigt ist, sich selbst gegen das Proletariat zu bewaffnen. Dies bedeutet zugleich, daß ein neuer Krieg, welcher notwendigerweise die Wiederbewaffnung des Proletariats erfordert, jenes Proletariats, welches in schweren Kämpfen entwaffnet werden mußte, für die herrschenden Klassen ein sehr gefährliches Unternehmen wäre. Neben den schlechten ökonomischen Erfahrungen ist die Furcht der herrschenden Klasse, neuerdings Waffen in die Hand des Proletariats zu geben, die stärkste Stütze des bürgerlichen Pazifismus.

Es ist nur konsequent, daß die Opportunisten in der Arbeiterbewegung sich wieder voll und ganz in die Dienste dieses bürgerlichen Pazifismus stellen und dessen Bedeutung weit überschätzen. Typisch hierfür ist ein Artikel Hilferdings in der Neujahrsnummer der „Freiheit“, in welcher er die Wahrscheinlichkeit erörtert, daß nunmehr die Zusammenstöße der einzelnen imperialistischen Länder durch einen organisierten friedlichen Ausgleich ihrer Interessen ersetzt werden würden. Es ist vor allem die Konferenz von Washington, welche ihn zu diesen Schlußfolgerungen führt. Wir wollen aus seinem Artikel eine Stelle anführen, welche deutlich zeigt, wie vollständig Hilferding und die 2½-Internationale im opportunistischen Fahrwasser segeln.

„Nichts törichter, als zu verkennen, daß hinter den neuen Methoden der Weltpolitik die augenblicklich stärksten ökonomischen und politischen Mächte stehen. Die kommunistische Einbildung, die jeden Tag auf den neuen Krieg „hofft“, an dem die Weltrevolution sich neu entzünden würde, ist fürwahr töricht und pervers. Töricht: denn sie vergißt die furchtbare Lehre der jüngsten Zeit. Gerade das war ja das tragische Geschick des Sozialismus, daß er im Gefolge des Krieges und der Niederlage vorübergehend zur Macht kam, als subjektiv der Geist der Arbeiterklasse durch nationalistisch-militaristischen Einfluß verdorben und objektiv die Möglichkeiten des Sozialismus durch die Verwüstungen des Krieges außerordentlich eingeschränkt waren. Pervers: denn welch abscheulicher Gedanke, daß der Sieg des Sozialismus, d. h. der Sieg wahrer Humanität und Kultur, nur aus der furchtbaren Barbarei und den unvorstellbaren Greueln eines neuen Krieges erwachsen könnte! Wenn man freilich den Sieg des Sozialismus nicht von der fortschreitenden Erkenntnis, sondern von der akuten Verelendung erwartet, dann muß man die Augen vor der neuen, sich anbahnenden Periode ängstlich schließen.“

Wir sehen hier den passiven konterrevolutionären Pazifismus der Vorkriegszeit in reinster Form wieder erscheinen: Nicht ein bewaffneter Kampf, ausgekämpft in einem Moment, da das Proletariat Waffen in Händen hat und die niederdrückende Gewalt in der herrschenden Klasse geschwächt ist, sondern die „Fortschreitende Erkenntnis“ soll den Sieg des Proletariats, und zwar offenbar in einem unabsehbar fernen Zeitpunkt, herbeiführen.

Die Aussichten des neuen Pazifismus.

Die wichtigste Frage ist nun: Welches ist die Stärke der nach dem Kriege einsetzenden neuen pazifistischen Bewegung?

Allgemein wird die Rüstungsbeschränkung, welche auf der Konferenz zu Washington vereinbart wurde, als Ergebnis dieser Bewegung betrachtet, aber unseres Erachtens weit überschätzt. Die Beschränkung der Rüstungen zur See hat einen doppelten Sinn. Erstens ist es offenbar, daß, wenn die Vereinigten Staaten entschlossen sind, den Wettkampf in den Rüstungen mit England und Japan aufzunehmen, sie aus diesem Kampf infolge ihres unbezweifelbar ökonomischen Uebergewichts als Sieger hervorgehen müssen. Daher hatten sie die Möglichkeit, die anderen Seemächte zur Beschränkung der Rüstungen zu zwingen mit einem durchaus nicht pazifistischen Mittel: mit der Drohung eines zukünftigen Krieges. Zweitens aber hat die Erfahrung des Weltkrieges erwiesen, daß die Großkampfschiffe nicht jene entscheidende Rolle im Seekrieg spielen, welche ihnen früher zugeordnet wurde. Schon ein Jahr vor der Washingtoner Konferenz wurde in der englischen Presse eine sehr ausgedehnte Debatte darüber geführt, ob es überhaupt zweckmäßig wäre, mit dem Bau der teureren Großkampfschiffe fortzufahren, oder ob es nicht zweckmäßiger wäre, die beschränkten materiellen Mittel des Landes auf den Bau von Unterseebooten und leichten Fahrzeugen zu konzentrieren. Die in Washington beschlossene Einschränkung der Rüstungen zieht eigentlich nur die Folgen aus den Erfahrungen des letzten Weltkrieges.

Dies wird ganz klar, wenn man die Rolle Frankreichs auf dieser Konferenz sich ins Gedächtnis ruft. Frankreich wies die Zumutung, den Bau von Unterseebooten einer Beschränkung zu unterwerfen, schroff zurück. Dies trotz der Aeußerung Balfours, die Masse der Unterseeboote, die Frankreich zu bauen wünsche, könne von jedem nur als gegen England gerichtet betrachtet werden. Ebenso schroff wies Frankreich die Zumutung zurück, seine Rüstungen zu Lande irgendwie beschränken zu lassen. Wir sehen hieraus, daß aus den Ergebnissen der Washingtoner Konferenz

nicht die Schlüsse gezogen werden können, welche Hilferding und die opportunistischen Pazifisten daraus ziehen. Und wir dürfen nicht vergessen, daß der Einberufung der Washingtoner Konferenz eine Reihe von Kriegsdrohungen der Vereinigten Staaten an die Adresse Englands voranging (Petroleumfrage in Mesopotamien, Unterseekabel im Stillen Ozean usw.), und daß während der Konferenz selbst in der höflichen Sprache der Verbündeten fast täglich Kriegsdrohungen zwischen England und Frankreich ausgetauscht wurden.

Zusammenfassend können wir also sagen: Die Erfahrungen des Krieges haben den bürgerlichen Pazifismus gestärkt. Weniger den ideologischen Pazifismus als den ökonomischen und den Klassenpazifismus. Die Furcht vor einer Revolution des Proletariats wird die kapitalistischen Mächte sicherlich davon zurückhalten, in leichtsinniger Weise einen neuen Krieg zu beginnen, das Proletariat von neuem zu bewaffnen.

Andererseits aber ist es nicht zu verkennen, daß die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft zu einem neuen Weltkrieg drängt. Für die Produkte des im Kriege sehr stark entwickelten Produktionsapparates der Vereinigten Staaten, Englands und Japans gibt es keinen Absatzmarkt. Die Ausdehnungsmöglichkeiten des Kapitalismus in bisher nicht erschlossenen Gebieten sind beschränkt. Südamerika trachten die Vereinigten Staaten für sich zu monopolisieren. China, das größte Gebiet, scheint auf dem Wege zu sein, einen selbständigen Kapitalismus zu entwickeln

und bietet der Durchdringung durch das ausländische Kapital, d. h. der Degradierung zu einer Kolonie, einen stets wachsenden, zum Teil militärisch organisierten Widerstand. Die Wiederaufrichtung Deutschlands, Osteuropas und Rußlands scheidet an den politischen Widerständen: Frankreich und England fürchten ein wiedererstarktes Deutschland, nicht nur politisch, sondern auch als Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Rußland aber dünkt den Kapitalisten als ein gefährliches Gebiet, solange das Proletariat die Staatsgewalt besitzt. Ohne die Wiederaufrichtung Deutschlands, Osteuropas und Rußlands ist aber der Weltmarkt für den Produktionsapparat der drei Siegerländer Amerika, England und Japan, in geringerem Maßstabe auch Frankreich, zu eng. In solchen Lagen erfolgte bisher immer ein bewaffneter Kampf der beteiligten imperialistischen Mächte und die Monopolisierung des für alle Teile zusammen ungenügenden Weltmarktes.

Der Tendenz zur Vermeidung eines neuen Krieges aus Furcht vor den ökonomischen Folgen und aus Furcht vor der möglichen Revolution des Proletariats, steht die Tendenz zum bewaffneten Kampfe um die Beherrschung des Weltmarktes gegenüber. Es wäre eine Leichtfertigkeit, heute ein Urteil darüber abzugeben, welche Tendenz die Oberhand behalten wird. Jedoch spricht die geschichtliche Erfahrung dafür, daß die Zeit der Kriege nicht abgeschlossen ist.

E. Darga.

Die Anarcho-Syndikalisten und die Profintern.

Die revolutionäre syndikalistische Welt befindet sich gegenwärtig in einem Stadium der Gärung; für oder wider die Profintern — das ist die Frage; und in allen Ländern, wo beträchtliche, unter dem Einfluß revolutionär-syndikalistischer Ideen stehende Arbeitergruppen vorhanden sind, ist ein erbitterter Kampf im Gange zwischen den Anhängern und Gegnern der Profintern.

Während der 8 Monate, die seit dem 1. Kongreß verflossen sind, konnte man in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung folgende drei Strömungen bemerken: bedingungslose Anhänger der Profintern, solche mit Vorbehalten und Klauseln, sowie außerdem noch entschiedene Gegner derselben. Alle diese Gruppierungen gehen in ihrer Polemik von ein- und denselben Prinzipien aus, und wenn die auf vorstehende Frage erteilten Antworten sich von einander unterscheiden, so nur deshalb, weil diese Gruppen über Programm und

Taktik der Profintern verschiedener Auffassung sind und außerdem nicht alle gleichmäßig aus den Erfahrungen des Krieges und der Revolution gelernt haben. Betrachten wir einmal aufmerksam den anlässlich der Profinternfrage im syndikalistischen Lager entbrannten Richtungsstreit.

Noch während des 1. Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsverbände (Juli 1921), gleich nach Einbringung und Annahme der ersten Resolution über die Wechselbeziehungen zwischen Komintern und Profintern, traten die französischen Syndikalisten mit dem entschiedensten Protest gegen jegliche Verbindung der beiden Internationalen auf. Begründet wurde dieser Protest mit der Charte von Amiens und dem Prinzip der Unabhängigkeit und Autonomie der Gewerkschaftsbewegung. Dieses Prinzip der Unabhängigkeit und Autonomie zieht

sich wie ein roter Faden durch sämtliche Erwägungen der Anarcho-Syndikalisten und bildet die Grundlage aller diesbezüglich sowohl in Europa wie auch in Amerika gefaßten Resolutionen.

Wie ist dieses Prinzip der Autonomie und Unabhängigkeit eigentlich aufzufassen, das die revolutionären Syndikalisten Frankreichs, Italiens, Amerikas und einiger anderer Länder zwingt, gegen die gefaßten Beschlüsse aufzutreten? Worin besteht diese Unabhängigkeit? Die Syndikalisten gehen dabei von dem Standpunkt aus, daß die Gewerkschaftsverbände als die einzigen Organisationen der Arbeiterklasse anzusehen sind, die die soziale Revolution vorbereiten, ihre Resultate auswerten und realisieren, daß keinerlei andere Organisationen diese Aufgabe auf sich nehmen können und dürfen und daß jede nichtgewerkschaftliche Organisation ihrem Wesen nach opportunistisch sei und nicht als Arbeitergruppe bezeichnet werden könne. Von diesem grundlegenden Prinzip ausgehend, fordern die Syndikalisten, daß den Gewerkschaftsverbänden Ausnahmerechte, ja gleichsam ein Monopol auf die Arbeiterklasse eingeräumt werde, und es den politischen Parteien zu überlassen ist, sich mit der Organisation der übrigen, außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Elemente zu befassen. Also liegt der Unabhängigkeitstheorie, die Theorie der Ausschließlichkeit der gewerkschaftlichen Bewegung, der Suprematie über sämtliche Formen der Arbeiterbewegung und die Idee zugrunde, daß die wirtschaftliche Bewegung des Proletariats die allein richtige und wirksame, die Politik aber eher ein Machwerk der Bourgeoisie als ein natürliches Ergebnis des Klassenkampfes sei. So besteht also die Unabhängigkeitstheorie unverfälschter Art in einer Trennung von Politik und Wirtschaft.

Die Syndikalisten werden sich jedoch nicht auf dieser Position halten können, und zwar um so weniger, als der Sturz des Kapitalismus durch die Arbeiterklasse die Grundlage ihrer Doktrin bildet. Dort jedoch, wo sich die Arbeiterklasse einer anderen Klasse entgegenstellt, und bei allen Handlungen, die eine derartige Opposition der ausgebeuteten gegen die ausbeutende Klasse — samt ihren Regierungsorganen im Gefolge hat, haben wir es mit Politik zu tun. So ist also die Scheidung der Wirtschaft von der Politik nicht nur theoretisch unrichtig. Der beste Beweis hierfür ist die Tatsache, daß die revolutionären Syndikalisten diese in der Praxis auch niemals eingehalten haben, da sie den Klassenkampf im Auge behielten und dieser eben gleichbedeutend ist mit einem politischen Kampf. Dadurch, daß sie die Wirtschaft der Politik voranstellten, wollten die revolutionären Syndikalisten in der Hauptsache die unmittelbare Aktion der Massen dem rein parlamentarischen Kampfe entgegensetzen, weil ihrer revolutionär-syndikalistischen Bewegung in den

lateinischen Ländern ein gesundes Klassenfundament zugrunde lag. Seinerzeit stellte dies gleichsam einen Protest dar gegen den parlamentarischen Kretinismus, gegen den ausgesprochenen Reformismus, gegen allerlei Hoffnungen auf einen friedlichen Uebergang zum Sozialismus und endlich gegen die Theorie einer Abstumpfung und Ueberbrückung der Klassengegensätze und Interessen. Dieser notwendige und wertvolle Protest der Arbeiterschaft gegen die Verzerrung der Grundlagen des Klassenkampfes fand seinen ideologischen Ausdruck in der Theorie, die überhaupt jegliche Politik verwirft und empfiehlt, sich ausschließlich auf die Wirtschaft zu konzentrieren. Jedoch schon vor der Revolution bezeichneten die Syndikalisten ihren Kampf, gleichsam um seine Reichweite zu charakterisieren, oft nicht als wirtschaftlichen, sondern als sozialen Kampf, da sie den Kampf gegen das gesamte kapitalistische System ins Auge faßten. Ob wir nun aber von einem sozialen oder einem politischen Kampf sprechen — das Wesen der Sache erfährt dadurch keine Aenderung. Ausschlaggebend bleibt nur, daß sich der Syndikalismus die Aufgabe stellt, den Kapitalismus niederzuwerfen und irgendeine andere, auf antikapitalistischen Prinzipien aufgebaute Gesellschaftsform aufzubauen. Dies ist aber schon Politik, da unter den Begriff „Politik“ eben nichts anderes fällt. Nach unserer Ansicht ist jeder Kampf, der eine Klasse einer anderen entgegensetzt, der die Ausbeuteten vereinigt und zusammenfaßt, um die Ausbeuter und ihren Staat niederzuwerfen, um die sozialistische Gesellschaftsordnung anstelle der kapitalistischen zu errichten, ein politischer zu nennen. Folglich kann sich also aus dieser Terminologie keine Disharmonie ergeben. Mögen die Syndikalisten ihren Kampf nennen, wie es ihnen beliebt. Der tiefere Sinn der Frage liegt vielmehr darin, welche Form für die Arbeiterorganisation zur Verwirklichung dieser Aufgaben am meisten geeignet ist, ob für einen sozialen Umsturz überhaupt eine politische Partei des Proletariats notwendig ist, oder ob dieses Ziel auch von einer gewerkschaftlichen Organisation erreicht werden kann.

Was ist eigentlich eine Partei? Eine Partei ist eine Vereinigung Gleichgesinnter, die auf einer bestimmten Plattform stehen, die Aufgaben der Arbeiterklasse gleichmäßig auffassen und nach einem einheitlichen Plane handeln. Eine Partei ist durchaus nicht etwas außerhalb einer Klasse Stehendes, sondern ein Ausfluß einer bestimmten Klasse, auch dann, wenn sich in ihrem Bestande Ueberläufer aus anderen Klassen befinden. Was stellt der Syndikalismus eigentlich dar? Betrachten wir einmal den revolutionären Syndikalismus Frankreichs während des letzten Jahrzehnts. Es wäre einfach lächerlich, wenn man behaupten

wollte, daß die gesamte „Confédération Générale du Travail“ bis zum Kriege eine revolutionär-syndikalistische Organisation gewesen sei. Es befanden sich nicht nur die Hälfte aller reformistischen Gewerkschaftsverbände in ihrem Lager, sondern auch in den Gewerkschaften selbst befanden sich die revolutionären Syndikalisten in der Minderheit. Im wesentlichen war der revolutionäre Syndikalismus Frankreichs ein eigenartiges, parteiloses Gebilde. Die revolutionären Syndikalisten stellten innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation eine aktive Minderheit dar, die ihr eigenes Programm, ihre eigene Taktik hatte und danach im Rahmen der breiten parteilosen Gewerkschaftsorganisation vorging. Die revolutionären Syndikalisten wiesen alle Merkmale einer politischen Partei auf. Der einzige Unterschied bestand darin, daß diese Partei aus den Gewerkschaften herauswuchs, während die Kommunistische Partei sich aus der Arbeiterschaft, nicht innerhalb, sondern außerhalb der Gewerkschaftsbewegung rekrutierte, aber im Grunde demselben Stamm der Arbeiterbewegung eines gegebenen Landes entsprossen ist. So begann sich in den lateinischen Ländern infolge der eigenartigen gesellschaftlichen Entwicklung, der parlamentarischen Eigentümlichkeiten, der eigenartigen sozialen Kultur und des reformistischen Sozialismus die revolutionäre Partei innerhalb der Gewerkschaftsverbände zu formieren, wobei sie einen Antipartei-charakter annahm, sich auf eine Antipartei-Plattform stellte und Antipartei-Losungen herausgab. Dies hinderte jedoch die revolutionären Syndikalisten keineswegs daran, eine besondere politische Gruppe zu bilden, die einen bestimmten politischen Kampf führte.

Wenn wir die Frage von diesem Gesichtspunkte aus beleuchten, so werden wir auch die Unabhängigkeitstheorie leicht begreifen. Was ist damit gemeint, wenn man die Behauptung aufstellt, daß nur die Verbände die Revolution vorbereiten, sie durchführen und ihre Resultate realisieren? Dies besagt, daß die Gewerkschaftsverbände in ihrem Schoß sämtliche zur Niederwerfung des Kapitalismus notwendigen Elemente, und vor allem die organisierte zusammengefaßte Avantgarde enthalten, die sich auf den Willen der breiten Masse stützt, d. h. also, daß die Verbände in sich eine Partei bergen, die diese Revolution durchführen wird. Je stärker also in der Gewerkschaftsbewegung dieser revolutionär-syndikalistische Kern ist, einen je größeren Druck er auf die Umgebung ausübt, desto schärfer kommt auch die Unabhängigkeitstheorie zum Ausdruck. Es ist wahr, diese Theorie nimmt eine Form an, welche die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsverbände von anderen Parteien betont, wenn es sich auch im Grunde genommen um die Unabhängigkeit der revolutionär-syndikalistischen Partei vor einer anderen revolutionären Partei —

im gegebenen Falle also von der Kommunistischen —, mit anderen Worten also um die Rivalität zweier politischer Gruppen und Richtungen handelt, von denen jede Anspruch erhebt auf die Führung der Arbeiterklasse und die Vorbereitung zur Verwirklichung der sozialen Revolution.

Daraus ergibt sich also, daß wir es mit einer besonderen Partei zu tun haben, und daß es nicht zu verwundern ist, wenn diese von der Unabhängigkeit und Autonomie ein großes Geschrei macht. Lassen wir jedoch für einen Augenblick die Partei beiseite und sehen wir uns einmal diese Unabhängigkeit und Autonomie an. Worin kommt sie zum Ausdruck? Unabhängigkeit von wem und Autonomie in bezug auf wen? Bezieht sich diese Unabhängigkeit auf den Kapitalismus? — Ja. Auf den Reformismus? — Zweifellos. Hiermit sind wir einverstanden; wenn es sich aber um die Unabhängigkeit vom Kommunismus handelt, dann beginnt unsere Disharmonie, da gleichzeitig mit der Frage der Unabhängigkeit gegenüber dem Kommunismus nicht die der Unabhängigkeit vom Anarchismus aufgeworfen wird, obwohl gerade hier der Schwerpunkt liegt. Der revolutionäre Syndikalismus stellt eine politische Partei dar, die sich die Niederwerfung der Bourgeoisie und die Aufrichtung einer neuen Gesellschaftsordnung zur Aufgabe gemacht hat, und aus diesem Grunde muß sie vollkommen klar und deutlich sich die Frage vorlegen, wie diese Aufgabe realisiert werden kann. Zum Glück für die Arbeiterklasse aller Länder kann diese Frage gegenwärtig praktisch gestellt werden. Die russische Revolution liefert positive und negative Erfahrungen genug, und wir haben alle Möglichkeiten, diese Frage praktisch und objektiv zu beleuchten. Und hier kommen wir nunmehr zur zweiten Frage, mit der die revolutionären Syndikalisten stets in Kollision geraten, die sie vom Eintritt in die Rote Gewerkschaftsinternationale abhält, nämlich zur Frage der Diktatur des Proletariats.

Die Diktatur des Proletariats stellen sich die Syndikalisten gleichsam in Gestalt eines apokalyptischen Tieres vor. Die verbreitetste Losung der Anarcho-Syndikalisten besagt demzufolge auch, daß sie gegen jegliche Diktatur seien. Da sie jedoch keineswegs die sehr offensichtliche Tatsache verneinen können, daß die gesamte kapitalistische Welt im Zeichen und unter den Bedingungen der Diktatur der Bourgeoisie lebt, so richtet sich ihre Ablehnung jeglicher Diktatur gegen das Recht der Arbeiterschaft, die Macht der Bourgeoisie gewaltsam zu stürzen, d. h. gegen das Recht der Arbeiterklasse auf die soziale Revolution. Untersuchen wir einmal, wie die revolutionären Syndikalisten den Begriff „Diktatur des Proletariats“ inhaltlich aus-

legen und was derselbe überhaupt besagt. Versuchen wir, an diese Frage vom rein taktischen Standpunkt aus heranzutreten.

Lassen wir für einen Augenblick den Fall eintreten, daß es Gegnern der Diktatur und glühenden Unabhängigkeitsfanatikern, wie den französischen Syndikalisten, gelänge, ihre Bourgeoisie zu stürzen, daß alles so vor sich ginge, wie die anarcho-syndikalistischen Führer der vereinigten Arbeitskonföderation glauben. Nehmen wir an, die Kommunistische Partei existierte nicht, die Syndikalisten wären vollkommen unabhängig, die Arbeiterklasse erhöhe sich, und es käme zu blutigen Zusammenstößen; die von der Bourgeoisie organisierten Polizeibanden und Spezialbrigaden würden nicht nur von den Arbeitern der Pariser Arbeiterviertel, sondern auch von denen der übrigen Städte aus dem Felde geschlagen, und der Gewerkschaftsverband des Departements Seine würde zum Zentrum der revolutionären Ereignisse. Welche Aufgaben würden sich für die Gewerkschaftsverbände, nachdem sie ihre Bourgeoisie im ersten Ansturm überwältigt hätten, ergeben? Folgende drei Aufgaben: 1. Der Kampf mit der Konterrevolution innerhalb des Landes, 2. die militärische Verteidigung der französischen Gewerkschaftsrepublik gegen englische, spanische, italienische und andere Truppen, die die alte Ordnung wieder herzustellen trachten, und 3. die Organisation der Produktion und die Verteilung der fertigen Produkte.

Was ist aber Kampf mit der Konterrevolution? Dieser Kampf ist gleichbedeutend mit der Schaffung von Organen, die den erbarmungslosen Kampf aufnehmen müssen mit sämtlichen offenen und versteckten Organisationen, die für die Restauration der alten Ordnung eintreten. Eine siegreiche Revolution hätte die Besitzergreifung der Banken, Werke, Fabriken und kaufmännischen Institutionen im Gefolge, sowie des weiteren die Uebersiedlung der Armen aus den Arbeitervierteln in die Häuser der Reichen. Sie würde also den erbittertsten Widerstand aller derjenigen erregen, die unter der Revolution zu leiden hätten. Die Bourgeoisie ist im Kriegswesen gut bewandert, des weiteren hat sie in den Reihen ihrer Söhne viele Sportsleute und unter den Beamten eine ungeheure Anzahl von Gesinnungsgenossen. Das Einsetzen der Sabotage in allen Institutionen wäre unvermeidlich, desgleichen die Aufstellung offener und geheimer Banden von Restauratoren, die „im Namen der Zivilisation, Kultur, Demokratie und ewigen Prinzipien der Großen Französischen Revolution usw. usw.“ danach trachten würden, um jeden Preis die verlorenen Häuser, Gelder, Fabriken und Werke zurückzuerobern. Wenn der Gewerkschaftsverband des Seinedepartements dem Kampf mit der Konterrevolution nicht besondere Aufmerksamkeit zu-

wendete, würde seiner Herrschaft schon in einer Frist von ein bis zwei Wochen endgültig ein Ende bereitet werden. Er müßte also irgendein spezielles Organ ins Leben rufen, das sich ausschließlich mit dieser Aufgabe befassen würde, sowie des weiteren eine besondere Arbeitergarde gründen, die Arbeiterschaft mit Waffen und Material versehen, um das, was der Bourgeoisie entrissen wurde, zu behaupten und die Gegner im Notfall zu vernichten. Selbstverständlich würde die Bewaffnung der Arbeiterschaft, die Gründung einer besonderen Arbeitermiliz oder Garde, also der Kampf mit den Waffen in der Hand gegen die Konterrevolutionäre den erbittertsten Haß und den wütendsten Angriff der gesamten konterrevolutionären Presse hervorrufen. Der Gewerkschaftsverband des Seinedepartements würde der Tyrannei und einer Diktatur beschuldigt. Falls diese Beschuldigungen auf ihn einzuwirken begännen und als Endresultat dieser Hetze bei ihm eine Willenserschaffung im Gefolge hätten, bliebe nur mehr ein Schritt bis zur völligen Niederlage der Arbeiter, der Wiederaufrichtung der Tyrannei und der Diktatur der Bourgeoisie. Dergestalt fordert also der Selbsterhaltungstrieb gebieterisch von dem aufgestandenen Proletariat die Errichtung eines harten und erbarmungslosen Regimes im Hinblick auf alle diejenigen, die bestrebt sind, die alte Ordnung und damit auch die ihnen entzogenen Privilegien wieder herzustellen. Und hier würde dann eine Einschränkung der Pressefreiheit, sowie die Besetzung der großartigen Redaktionen des „Matin“, „Le Temps“, „Journal“, „Petit Parisien“, „Echo de Paris“ geboten sein, um diese gesamte bürgerliche Presse durch revolutionäre Literatur zu ersetzen. Selbstverständlich würde man die Führer des Gewerkschaftsverbandes des Seinedepartements in diesem Falle als üble Bolschewiki, Diktatoren, Veräter der Freiheit und dergleichen denunzieren, aber trotzdem gäbe es keine Möglichkeit, um diese Maßnahme heranzukommen, da eben sonst diese Lügenfabriken die Revolution zunichte machen würden. Ein einmal aufgenommener Kampf muß auch zu Ende geführt werden, gemäß dem alten Sprichwort: Die Suppe ist eingebrockt und muß nun auch ausgelöffelt werden.

So würde also der Kampf gegen die Konterrevolution jede beliebige Arbeiterorganisation, nachdem sie einmal die Macht in ihre Hände genommen hat, dazu zwingen, erbarmungslose Maßnahmen gegen ihre Klassenfeinde zu ergreifen. Wenn der Internationalismus des Proletariats auch noch nicht genügend fest begründet ist, so wird er doch von der Bourgeoisie als eine allgemein bekannte, feststehende Tatsache angesehen. Eine Revolution in Frankreich würde in den benachbarten bürgerlichen Ländern einen unauslöschlichen Haß hervorrufen. Das demokratische

Amerika würde, nachdem es endgültig jegliche Hoffnung auf Rückerstattung nicht nur des in den französischen Anleihen investierten Kapitals, sondern auch der Zinsen verloren hätte, unverzüglich damit beginnen, Schlachtschiffe und andere Erzeugnisse demokratischer Schöpfung an die Ufer Frankreichs zu entsenden. Die spanische Bourgeoisie würde versuchen, die Grenze zu überschreiten, wie überhaupt jedes der benachbarten Länder die schnelle Erdrosselung des aufgestandenen Proletariats als eine Lebensfrage betrachten würde. Nicht umsonst schlossen sich ja seinerzeit Bismarck und Thiers gegen die Kommune zusammen.

Was wäre unter solchen Voraussetzungen notwendig. Die Arbeitermiliz gut auszubilden, die Arbeitergarde in eine Arbeiterarmee zu verwandeln, die allgemeine Mobilisierung des Proletariats anzuordnen, sämtliche Werkstätten und Ausgebeuteten zu den Waffen zu rufen, eine scharfe Disziplin einzuführen und den zusammengefaßten Kampf gegen die angreifenden Feinde aufzunehmen. Wie föderalistisch die Anarcho-Syndikalistin auch immer gesinnt seien, wie teuer ihnen die föderalistischen Prinzipien auch immer sein mögen, es würde schon der einfache gesunde Menschenverstand jeden Revolutionär dazu zwingen, die gesamte Selbstverteidigung zu zentralisieren, um, wenn nötig, die Klassenfeinde an der empfindlichsten Stelle zu schlagen. Daraus ergäbe sich also als logische Schlußfolgerung die Schaffung einer Arbeiterarmee, einer revolutionären Armee, um die siegreiche Revolution zu verteidigen und zu behaupten.

Während dieses Kampfs an der inneren und äußeren Front hätte man es außerdem mit der Kleinbourgeoisie, den Kleinbesitzern, zu tun und würde auf Schritt und Tritt mit der Erbschaft der Vergangenheit, mit allen Vorurteilen und mit allem, was sich im Verlaufe langer Jahrhunderte durch Generationen hindurch aufgespeichert hat, zusammengeraten. Die Arbeiterklasse in Frankreich stellt eine Minderheit dar, gegen die sich auch noch ein Teil der Bauernschaft wenden würde, da den Besitzenden ja keinerlei Nutzen aus dem Sozialismus erwächst. Folglich müßte man alles, was der Bourgeoisie entrissen worden wäre, fest in der Hand halten und alle Versuche, die auf Rückgabe des konfiszierten Eigentums an die alten Besitzer ausgehen, zu nichte machen. Und zwar müßte man hier zur Gewalt Zuflucht nehmen. Die böswilligen Konterrevolutionäre wären zu fusilieren, wie auch die Bourgeoisie niemals vor dieser Maßnahme zurückschreckte, wenn es sich darum handelte, ihre Macht aufzurichten und dem Proletariat die Heiligkeit des Privateigentums zu beweisen. Man dürfte aber beileibe nicht alle erschießen, sondern müßte einen

Teil derselben isolieren; d. h. diese Herren unter Ausnützung der von der Bourgeoisie erbauten Gefängnisse einsperren. Selbstverständlich würden irgendwelche Sonderlinge gleich zu schreien beginnen: „Wie, nach der sozialen Revolution brutale Gewalt und Gefängnisse?“ Selbstverständlich antworten wir darauf: „Gewaltanwendung und Gefängnisse werden endgültig erst mit dem Aufhören des Widerstandes der Ausbeuter verschwinden. Wenn ihr sie nicht ins Gefängnis setzen werdet, werden sie den Spieß umdrehen. „A la guerre comme à la guerre!“

Hier werden sich jedoch auch noch andere Schwierigkeiten einstellen, die die Syndikalistin ebenfalls nicht vorausgesehen haben. Nehmen wir einmal an, daß in demselben Frankreich, nachdem durch feierlichen Beschluß der Allgemeinen Revolutionären Arbeitskonföderation oder ihres vollziehenden Organs sämtliche Fabriken, Werke, Werkzeuge und Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz übergegangen sind, daß dann die individuellen Handlungen von seiten der Anarchisten und Individualisten etc. einsetzen. Diese Herren erklären, daß sie der Beschluß des Verbandes nichts angehe, nehmen sich, was sie benötigen, eignen sich öffentliche Gelder aus Banken an, nehmen in öffentlichen Magazinen Produkte weg und haben keineswegs die Absicht, sich der von den Arbeitern eingeführten Disziplin zu unterwerfen. Trotz der herrlichen anarchistischen Theorien dieser Herren würde wohl schwerlich jemand damit einverstanden sein, ihnen die Möglichkeit der Wegnahme des öffentlichen Vermögens zu geben, sondern im Gegenteil, man würde diese Herren alsbald unschädlich machen. Falls sie jedoch mit den Waffen in der Hand zu arbeiten beginnen, müßte man sie eben auch mit Waffengewalt vernichten. So sehen wir also, daß die Gewerkschaftsverbände, nachdem sie die Bourgeoisie niedergeworfen haben, durch den natürlichen Verlauf der Dinge gezwungen wären, Repressivorgane zu schaffen gegen die Konterrevolution, d. h. Verteidigungsorgane gegen die äußeren Feinde und solche gegen jene, die aus anarchistischen oder irgendwelchen anderen Erwägungen heraus die proletarische Disziplin stören und die Interessen des Proletariats als Ganzes schädigen.

Damit sind jedoch die revolutionären Aufgaben der Arbeiterklasse noch keineswegs erschöpft. Als größtes Problem wird sich schon gleich am Tage nach der sozialen Revolution die Organisation der Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse ergeben. Was ist Produktion? Aus welchen Elementen setzt sie sich zusammen? Die Produktion baut sich auf den lebendigen Arbeitskräften, den Fabriken und Werken und dem administrativ-technischen Apparat auf. Dabei ist zu bemerken, daß die lebendige Arbeitskraft vor allem zu orga-

nisieren ist, wozu selbstverständlich Arbeiterkomitees in den Fabriken herangezogen und ausgenutzt werden müssen. Wäre es nun möglich, die Produktion so zu organisieren, daß jede Fabrik einfach nach ihrem Gutdünken handelt? Die Rohstoffe müssen doch von irgend einem Zentrum aus der Fabrik zugewiesen werden. Frankreich selbst verfügt nicht über alle seiner Industrie nötigen Rohstoffe. Angenommen, Frankreich ist gezwungen, aus dem Auslande Baumwolle einzuführen. In diesem Falle wird nun selbstverständlich nicht jede Fabrik sich einzeln ihre Baumwolle bestellen, sondern diese wird entsprechend den statistischen Angaben für sämtliche Fabriken gleichzeitig und insgesamt importiert werden. Alsdann ergibt sich die Notwendigkeit, sie zu verteilen und damit die Unumgänglichkeit eines zentralisierten Verteilungsapparates, sowie eines zentralisierten Produktionsapparates, da sonst die zeitweilige Schließung der einen oder anderen Fabriken unvermeidlich wäre. Falls sich in Frankreich während des verschärften Kampfes eine schwierige Situation ergeben sollte — nehmen wir an, es wären infolge der hartnäckigen Blockade der französischen Küste durch die demokratischen Schlachtschiffe des Präsidenten Harding wenig Brennmaterial und Rohstoffe vorhanden —, dann wäre es wohl notwendig, eine Reihe von Werken zu schließen und eine Anzahl von Fabrikbetrieben stillzulegen. Alsdann wäre es weiterhin notwendig, genau zu überlegen und zu bestimmen, welche Fabriken stillzulegen wären und welche weiterhin in Betrieb bleiben sollten. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn eine straffe Zentralisation vorhanden ist. Es ist nicht angängig, daß jeder einzelne Rayon, jede einzelne Fabrik in dieser Angelegenheit auf eigenes Risiko und eigene Verantwortung einen Beschluß fassen, da die Arbeiter in den Seidenfabriken ebenso zu arbeiten wünschen wie in den übrigen Fabriken, während es für die Arbeiterklasse als Ganzes angebracht erscheint, die Arbeit in diesen Fabriken wegen des Mangels an Brennmaterial auf einige Monate einzustellen und das diesen zukommende Brennmaterial usw. den elektrischen Stationen, den Eisenbahnen, Straßenbahnen usw. zu überweisen. Aus diesem Grunde können auch die Fragen der Produktion und der Verteilung nicht vom föderalistischen, sondern nur vom zentralistischen Standpunkt aus gestellt werden.

Wer aber wird nun dieser Arbeit vorstehen? Vielleicht immer dieselbe Arbeitskonföderation? Sie wird sich also mit der Industrie, der Verteilung der inneren und äußeren Verteidigung der Republik, und dem Kampf mit der Konterrevolution zu befassen haben. Des weiteren müßte sie die Volkserziehung und Bildung organisieren, sowie auswärtige Beziehungen mit den übrigen, ana-

logen Republiken anknüpfen usw. Zu welchem Schluß führt uns das? Wir gelangen dahin, daß die französischen Gewerkschaftsverbände, falls sie die Bourgeoisie niedergeworfen hätten, gezwungen wären, einen Verwaltungs- und Produktionsapparat, mit einem Worte den Arbeiterstaat, also jene Diktatur, die viele Anarcho-Syndikalisten so sehr erschreckt, zu schaffen.

Es würden nun aber andere Syndikalisten kommen und sagen: „Wir wenden uns keineswegs gegen die Diktatur von Arbeiterorganisationen, sondern nur gegen die der Parteien.“ Was ist darunter zu verstehen? Unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen ist es möglich, den Kampf an allen Fronten mehr oder minder erfolgreich zu führen? Unter der Voraussetzung der größtmöglichen Aktionseinheit, sowie der Einheitlichkeit des Willens in der Verwaltung des ganzen Landes. Also unter der Bedingung, daß an der Spitze des neugeschaffenen Staates eine Gruppe Gleichgesinnter steht, die durch ein Programm, eine gleichartige Auffassung von den Aufgaben der Arbeiterklasse und eine einheitliche Taktik verbunden sind, d. h. also, daß eine politische Partei an der Spitze steht. Mag sich diese nun eine Partei der revolutionären Syndikalisten nennen, wenn wir auch annehmen möchten, daß sie sich kommunistische Partei nennen wird, mag sie sich einen beliebigen Namen beilegen, eine Partei wird doch an der Spitze stehen und der Träger der Diktatur der Arbeiterklasse sein, da diese ihrer Diktatur eben irgend einen Ausdruck verleihen muß. Wie brachte und bringt die Bourgeoisie ihre Diktatur zum Ausdruck? Durch ihre an der Spitze des Staates stehenden politischen Parteien, durch den Verwaltungsapparat, die Universitäten und durch ihre Presse. Die Arbeiterklasse wird ihre Diktatur ebenfalls in jeder Beziehung zur Auswirkung bringen und zugleich noch auf die umgebende Welt ihren Einfluß ausüben. Daraus ergibt sich, daß die Gewerkschaftsverbände nach Niederwerfung der Bourgeoisie spezielle Organe der Verwaltung, für allgemeine Fragen, für die Produktion, Verteilung usw., schaffen müßten. Endlich ergäbe sich daraus die Notwendigkeit, die Arbeitsteilung derart durchzuführen, daß die revolutionär-syndikalistische Partei das Land regierte, die allgemeinen Direktiven auf dem Gebiet der Produktion und Verteilung gäbe, während die entsprechenden Gewerkschaftsverbände und die speziell hierfür geschaffenen Organe diese dann in die Tat umsetzen.

So gelangen wir also bei aufmerksamer Betrachtung dieser Frage dahin, daß die revolutionären Syndikalisten, die die Diktatur und den Arbeiterstaat verneinen, damit auch die Revolution selbst verneinen. Dies ist ein Merkmal für die grundsätzlich falsche Auffassung der Mechanik des

sozialen Kampfes und die rein abstrakt-metaphysischen Vorstellungen vom Klassenkampf. Der Klassenkampf ist keine unförmliche Elementargewalt, sondern verfügt vielmehr über eine bestimmte Form und muß infolgedessen zu bestimmten konkreten Resultaten führen; demzufolge muß er also, falls die Arbeiterklasse siegt, diesem Siege bestimmte organisatorische Formen verleihen und diese verankern. Diese organisatorischen Formen sind aber gerade das, was wir den Arbeiterstaat, den Staat der Uebergangsperiode nennen. Wenn die Klassen vernichtet sein werden und der Widerstand der Ausbeuter aufgehört haben wird, dann werden auch die Repressiv- und Druckorgane verschwinden und zurückbleiben werden einzig die der Produktion und Verteilung, d. h. wir werden die ausgeprägte kommunistische Gesellschaft haben.

So verhält es sich mit der Diktatur des Proletariats, falls die Bourgeoisie zu Fall gebracht wird. Bisher setzten wir voraus, daß es den syndikalistischen Organisationen gelingen werde, dies Werk zu vollbringen, wobei wir aber nicht umhin können, zu bemerken, daß diese, sofern sie aus der russischen Revolution nichts gelernt haben und bis jetzt noch fortfahren jegliche Diktatur zu bekämpfen, für die Bourgeoisie absolut ungefährlich sind. Die anarchistische Metaphysik ist für die herrschenden Klassen nicht gefährlich, und deshalb fürchte ich auch, daß meine Annahme, die Anarcho-Syndikalisten könnten die Bourgeoisie stürzen und gezwungen sein, den Arbeiterstaat aufzubauen, eine Annahme bleiben wird, besonders im Hinblick darauf, daß ihre Taktik nicht auf den Sieg des Proletariats, sondern auf seine Niederlage eingestellt ist.

Dergestalt liegt also der abweisenden Haltung der revolutionären Syndikalisten gegenüber der Profintern eine vollkommen falsche Auffassung der Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Politik, sowie zwischen politischen Parteien und Gewerkschaftsverbänden zugrunde. Hieraus leitet sich auch die Stellungnahme sämtlicher Syndikalisten gegen eine Verbindung von Profintern und Komintern ab.

Nach den französischen Syndikalisten mit ihrer Proklamierung der absoluten Unabhängigkeit und Autonomie traten die deutschen Syndikalisten auf, denen die Profintern hauptsächlich deshalb nicht gefällt, weil sie sich mit der Revolution befäßt. Zusammengefaßt stellen die deutschen Syndikalisten ein buntes Sammelsurium tolstojanischer Pazifisten dar. Syndikalisten nennen sie sich deshalb, weil sie ununterbrochen über Syndikalismus schwatzen, obgleich sie in der Tat Tolstojaner vom reinsten Wasser sind, die für die deutsche

Arbeiterbewegung ebenso bedeutungslos sind, wie es die russischen Tolstojaner für die Arbeiterbewegung Rußlands waren. Die Profintern ist für die deutschen Syndikalisten vor allem deshalb unannehmbar, weil sie in Rußland organisiert wurde und die Kommunisten zu ihre Beziehungen unterhalten. Das Programm der Kommunistischen Internationale ist sehr schwer verdaulich für die Tolstojaner, da deren Hauptdomäne das Kulturträgetum ist und sie Fragen der Erziehung und der individuellen Vervollkommnung an die erste Stelle setzen und nicht die des Massenkampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Und diese syndikalistischen Hohlköpfe wollen eine neue Internationale schaffen. Die Profintern gefällt ihnen deshalb nicht, weil sie eine organisatorische Verbindung mit der Komintern unterhält und ein revolutionäres Aktionsprogramm angenommen hat. Sie brauchen eine Internationale, die ewig unverrückbare Prinzipien propagiert, die in keiner Weise geeignet wäre, ihre kleinbürgerliche Existenz zu stören. Auf ihrem Kongreß, der im Oktober 1921 in Düsseldorf stattgefunden hat, versuchten sie, auch eine ihnen zusagende und ihren Ansichten entsprechende Internationale zu gründen. Zu diesem Zweck luden sie einen Vertreter aus Holland, sowie einen Syndikalisten aus der Tschechoslowakei ein (außer diesem reisenden Syndikalisten gibt es in der Tschecho-Slowakei keine Syndikalisten) und benutzten die Durchreise des aus Rußland kommenden Delegierten der I. W. W., Williams, um eine neue, absolut unabhängige, auf ewigen Prinzipien fußende, syndikalistische, kurz gesagt, eine jenseitige Internationale zu gründen. Dies erwies sich jedoch als nicht so einfach. Die paar Tolstojaner und der einzige Vertreter des tschechoslowakischen Syndikalismus, unterstützt von einem amerikanischen Commis voyageur, konnten trotzdem keine Internationale zustande bringen und die Sache verlief deshalb im Sande. Den konfus gewordenen deutschen Tolstojanern kamen im Wirrwarr ihre Brüder, die amerikanischen I. W. W., zu Hilfe. Nach der Rückkehr George Williams aus Rußland erstattete dieser vollendete Typ eines ehrsamem amerikanischen Bürgers ausführlich Bericht über seine Reise. In diesem Bericht wies Williams mit außergewöhnlicher Scharfsinnigkeit darauf hin, daß in Rußland der Kommunismus noch nicht aufgerichtet ist; da aber dieser Bürger dachte, daß es möglich wäre, den Kommunismus in einigen Monaten durchzuführen, war er enttäuscht und lieferte auch einen dementsprechenden Bericht. Aus diesem geht vor allem hervor, daß er von dem, was in Rußland vor sich geht, absolut nichts verstanden hat und noch viel weniger wußte, um was es sich auf dem 1. Kongreß der revolutionären Gewerkschafts-

verbände handelte. Dieser Bürger beanspruchte aus irgend einem Grunde für seine Organisation irgendwelche Ausnahmerechte und schmierte, nachdem ihm solche nicht zugestanden wurden, einige Zeitungsblätter voll, um die Verderbtheit der russischen und ausländischen Kommunisten darzulegen. Zur Charakteristik dieses Herrn dürfte besonders folgender Hinweis genügen: Als der Schreiber dieser Zeilen an ihn die Frage richtete: „Weshalb weigert sich die I. W. W., sich offen und klar für die Diktatur des Proletariats auszusprechen?“, antwortete er: „Sehen Sie, wenn wir uns für diese Formel aussprechen, dann würde die Regierung der Vereinigten Staaten unsere Druckerei wie auch unseren Verlag konfiszieren.“

Der enttäuschte und ehrsame Bürger Williams entwarf nunmehr von dem Kongreß der Profintern ein derartig düsteres Bild, daß das Vollzugsbüro der I. W. W. am 17. Dezember folgenden Beschluß faßte:

„Das Vollzugsbüro erachtet den Eintritt der I. W. W. in diese sogenannte Internationale nicht nur für nicht wünschenswert, sondern für **a b s o l u t u n m ö g l i c h**, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der Kongreß verurteilt bestimmt die Taktik und Politik der I. W. W.

2. Die Rote Profintern trägt politischen Charakter und wird von Politikanten geleitet. In Wirklichkeit stellt sie eine kommunistische Partei dar, wenn auch unter einem anderen Aushängeschild.

3. Sämtliche Bemühungen der Clique, welche die Profintern gegründet hat und sie kontrolliert, zielen auf die Liquidation aller derjenigen Arbeiterorganisationen ab, die sich ihrer Disziplin nicht unterwerfen wollen.

4. Die Profintern faßt gleichfalls die Liquidation der I. W. W. ins Auge.

5. Der Moskauer Kongreß war keine tatsächliche Äußerung der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.

6. Selbst wenn wir es uns gestatten könnten, mit irgend einer politischen Organisation zusammenzuarbeiten, wäre es auf jeden Fall für die I. W. W. eine Unmöglichkeit, dies mit der Amerikanischen Kommunistischen Partei zu tun.“

Hier sehen Sie, wie viele Verbrechen der Profintern zur Last gelegt werden; gleichzeitig geht daraus hervor, daß das größte und grundlegendste derselben das ist, daß die Profintern sich nicht zu der Taktik und Politik der Industriellen Arbeiter der Welt (I. W. W.) bekannte. Nun fragt man sich aber, ist denn eigentlich ein internationaler Kongreß verpflichtet, die Taktik und die Politik jeder Organisation anzunehmen? Wenn nun aber die I. W. W. der Profintern nicht beitreten will, weil der Kongreß nicht ihre Politik annahm, die italienischen Syndikalisten aber ultimativ die Annahme ihres Programms fordern und die Vertreter aller Länder ebenso verfahren werden, so ergibt sich ganz klar die Unmöglichkeit der Gründung irgendeiner Internationale.

Die kleinbürgerlichen Elemente der I. W. W. stellen sich die Internationale in Gestalt eines schöngestigen Wohltäters vor, welcher entschieden alle befriedigt, der alle Programme, die ihm aus allen Ländern zugesandt worden sind, annimmt und der jenen Zustand als Endergebnis zeitigt, der so schön zum Ausdruck gelangt in dem Satze: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Alle müssen zufrieden sein, da nunmehr ja alle Programme angenommen sind. Diese naive und kindliche Vorstellung von der Internationale ist äußerst charakteristisch für die anarchistische Ideologie. Mit dieser naiven Auffassung ist jedoch noch ein politischer Beigeschmack verbunden. Der Kampf der I. W. W. richtet sich gegen die Kommunistische Partei Amerikas. Die Organisation der industriellen Arbeiter der Welt entstand in Amerika auf dem Boden der reformistischen Arbeiterbewegung. Eine revolutionäre kommunistische Partei bestand damals noch nicht, während gegenwärtig jetzt eine solche auftritt und alle Aussichten hat, die Sympathien der arbeitenden Massen zu erobern. Um ihre Organisation hervorzuheben, sowie die Besonderheit derselben zu unterstreichen und sich der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung entgegenzustellen, saugen sich die I. W. W. ganze sechs Punkte aus den Fingern, die diese revolutionäre Organisation angeblich davon abhalten, an den Arbeiten der Profintern teilzunehmen.

Die Behauptung, daß der Moskauer Kongreß keine tatsächliche Äußerung der revolutionären Arbeiterbewegung war, ist ebenfalls nicht schlecht. Wir wissen zwar nicht, was die I. W. W. eine „tatsächliche Arbeiterbewegung“ nennen, bezweifeln aber keineswegs, daß sie, falls sie sich mit den deutschen Tolstojanern versammeln und gemeinsam eine Resolution ausarbeiten, sich als „die tatsächlichen Anwälte der revolutionären Arbeiterbewegung“ betrachten werden. Falls sich die deutschen Tolstojaner mit den I. W. W. multiplizieren, werden wir nicht nur sagen, daß sich daraus keine „tatsächliche revolutionäre Arbeiterbewegung“ ergibt, sondern daß vielmehr der Wirrwarr ins Quadrat erhoben wird.

Die französischen Syndikalisten sind zwar nicht so kantig, formulieren aber ihre Opposition gegenüber der Profintern fast ebenso. Unsere französischen Genossen bemühen sich nun schon acht Monate zu formulieren, welche Profintern ihnen wünschenswert wäre, wobei man anerkennen muß, daß ihre Formeln, je länger sie daran formulieren, umsomehr an Klarheit einbüßen. Bis jetzt kann man nur einen Punkt klar herausgreifen: die französischen Syndikalisten befinden sich deshalb in der Opposition, weil die Profintern durch die gegenseitige Vertretung in den beiden Exekutiven mit der Komintern verbunden ist. Damit begann

die Opposition. Vielleicht werden Sie annehmen, daß sich die französischen Syndikalisten bemüht haben, irgendein Programm zu formulieren, die angenommenen Resolutionen zu verstehen, ihre Meinung dem Aktionsprogramm gegenüber auszusprechen und demselben ein Gegenprogramm entgegenzustellen? Nichts dergleichen; sie betrachten diese Fragen als Fragen zweiter Ordnung. Die Hauptfrage, ob in den Exekutiven der Komintern und Profintern eine gegenseitige Vertretung vorhanden sein wird und das von dem 1. Kongreß revolutionärer Gewerkschaftsverbände ausgearbeitete Aktionsprogramm, welches gleichsam ein Kompendium der Erfahrungen der revolutionären Bewegung aller Länder darstellt, interessiert sie nicht. Ich habe aufmerksam alles das, was die Syndikalisten in Frankreich schrieben, verfolgt, die „Vie Ouvrière“, den „Syndicaliste-Révolutionnaire“ und den „Libertaire“ gelesen und muß konstatieren, daß einzig und allein bei den Anarchisten Klarheit vorhanden ist. Die Herren des „Libertaire“ wissen, was sie wollen. Sie wollen eine neue, ausschließlich aus Anarchisten bestehende Internationale gründen, zu der sie die Syndikalisten nur dann zulassen, wenn sie sich dem anarchistischen Einfluß unterwerfen. Dies ist sehr klar, wenn auch unsinnig. Sobald wir aber daran gehen, uns mit unseren Genossen aus der „Vie Ouvrière“ und dem „Syndicaliste-Révolutionnaire“ zu befassen, beginnt das Hindernissen. Genosse Benoir versucht seine Wünsche zu formulieren. Er schlägt vor, eine internationale Syndikalisten-Konferenz einzuberufen, auf dieser eine Reihe Forderungen auszuarbeiten und diese den Kommunisten vorzulegen. Genosse Kenton denkt außerdem noch, daß „man uns von dem Moment an, wo wir eine wirkliche autonome, antistaatliche Internationale aufbauen wollen, schon weniger gern in Moskau wird sehen wollen“. Weiterhin weist er auf irgendeine Konferenz in Mailand hin, die nach Genua stattfinden soll, wobei er bestätigt, daß „die Konferenz einen Versuch darstellt, die Profintern zugunsten der Amsterdamer Internationale ehrenvoll zu liquidieren. Die Amsterdamer Internationale scheint, von Moskau aus gesehen, weniger gefährlich zu sein als die, welche wir schaffen wollen. Es ist möglich, daß dies nur eine Illusion ist. Ob dies nun aber der Fall ist oder nicht, wir werden trotzdem alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine föderalistische Internationale zu bilden und dahingehend wirken, daß diese in Moskau ihren Aufenthalt nimmt. Es wäre nur zu pikant, wenn uns dies verweigert würde.“ Daraus ergibt sich also, daß Moskau beabsichtigt, die Profintern zu liquidieren, während Genosse Kenton entgegen den Moskauer Absichten dies nicht nur nicht liquidieren will, sondern sogar den Aufenthaltsort der

Profintern gegen unseren Willen in Sowjetrußland bestimmt. Es ist zwar ein sehr großes Opfer von seiten des Genossen Kenton, daß er uns seine antistaatliche, föderalistische Internationale zum Geschenk macht, aber trotzdem ermächtigt diese opferfreudige Gesinnung den Genossen Kenton nicht dazu, bewußten Unsinn zu schreiben, besonders in Anbetracht des Umstands, daß Genosse Kenton gewiß die Resolution des letzten Plenums der Komintern gelesen hat, in der alle derartigen, von Paul Levi und Friesland ausgehenden, die Liquidation der Profintern betreffenden Projekte verurteilt wurden. Sollte er dies jedoch nicht getan haben, so wäre dem Genossen Kenton zu empfehlen, die kommunistische Presse aufmerksam zu verfolgen und erst zu schreiben, nachdem er sich über eine Frage vorher unterrichtet hat und nicht aus dem Stegreif.

Unsere französischen Genossen wünschen also eine föderalistische und antistaatliche Internationale. Was bedeutet das? Was ist unter einer föderalistischen Internationale zu verstehen? Eine Internationale, in der jede einzelne Organisation nach Belieben handeln und die sich nur einmal im Jahre zwecks gemeinsamen Absingens revolutionärer Lieder versammeln würde. Mit anderen Worten, wir hätten es mit einem internationalen Gesangsverein, in dem revolutionäre Lieder gesungen werden, aber nicht mit einer Internationale der Tat und des Kampfes zu tun. Eine föderalistische Internationale ist eine Organisation, die die französischen Genossen nie darauf aufmerksam machen kann, daß sie sich in einer oder der anderen Frage irren; eine Organisation, die alles das bloß zu registrieren und hinzunehmen hat, was ihre Mitglieder zu tun geruhen. Dies ist ein Rückschritt um einige Jahrzehnte. Wir hatten ja bereits derartige Internationalen und haben sie auch an der Arbeit gesehen bei Ausbruch des großen Krieges. Die soziale Revolution kann nicht siegen, wenn wir noch einen Briefkasten mit der Aufschrift „Föderalistische Internationale“ aufstellen. Damit kann man der Bourgeoisie keineswegs gefährlich werden. Der Revolution wird nur dann der Sieg beschieden sein, wenn die Internationale ein tatsächlicher Machtfaktor sein wird, wenn sie die wachsende Bewegung der Massen zusammenfassen, die verschiedenen Aktionen koordinieren und imstande sein wird, das internationale Auftreten zu leiten; wenn sie die Arbeiter des einen oder anderen Berufs im internationalen Maßstabe oder aber die Arbeiter aller Berufe veranlassen wird, an ein- und demselben Tage und unter der gleichen Losung den Kampf aufzunehmen, — mit einem Worte, wenn sie eine wirklich handelnde Internationale sein wird. Derjenige, der ihr die föderalistische Internationale entgegensetzt, sagt sich überhaupt

von jeder Internationale los, wirft die Arbeiterbewegung um ganze Jahrzehnte zurück und übersieht ganz und gar, um was es sich bei einer Internationale handelt, welche Ziele und Aufgaben ihr gestellt sind.

Endlich wünschen sie auch noch eine antistaatliche Internationale. Wir warten zwar noch darauf, daß uns Kenton auseinandersetzt, was mit dieser eigentlich gemeint ist. Wahrscheinlich ist dies eine Internationale, die das Wort „Staat“ mit großen Buchstaben schreibt und anstatt ihre Lehren aus dem praktischen Leben zu ziehen, ihr Programm und ihre Taktik auf den Broschüren Bakunins und Kropotkins aufbauen soll, wobei noch zu erwähnen ist, daß der letztere während des Krieges ein Sozialpatriot der Entente war und als solcher die Bourgeoisie unterstützte, während er sich bei Beginn der russischen Revolution mit allen Kräften Kerenski zur Verfügung stellte. Wenn das Mitglied der Französischen Kommunistischen Partei Genosse Kenton daran denkt, eine andere antistaatliche Internationale zu gründen; so wären wir sehr froh, wenn er uns dies eingehend auseinandersetzen würde. Vielleicht ist damit jedoch eine Internationale gemeint, die überhaupt gegen den Staat in jeder Form kämpfen soll? Wie bekannt, kämpfen ja die Anarchisten stets gegen jegliche Diktatur, gegen den Staat in jeder Form, wie sie überhaupt weder mit der Zeit, noch mit dem Ort und der Ausdehnung rechnen. Diese jenseitige, über Zeit und Raum stehende Theorie übt auf uns keinerlei Anziehungskraft aus. Unsere Internationale wird solange antistaatlich sein, wie sie den Kampf mit dem bürgerlichen Staat aufnehmen und dafür kämpfen wird, daß die Arbeiterklasse jedes Landes ihre Bourgeoisie stürzt und ihren Arbeiterstaat aufrichtet; wenn aber dieser Fall eintritt, dann wird die Profintern alles tun, was in ihren Kräften steht, um diese Staaten, die ja die Staaten der Arbeiter und Ausgebeuteten darstellen, zu verteidigen.

Einstweilen warten wir jedoch noch, bis uns die Genossen Benoir und Kenton ausführlicher ihre Bedingungen zergliedern und sagen werden, wie eigentlich ihre ideale und jenseitige Internationale aussehen soll. Erwähnen wir noch, daß Benoir besondere Anforderungen an die Internationale stellt, daß nach seiner Meinung der Syndikalismus in dieser Internationale einen besonderen Ehrenplatz einnehmen soll. An und für sich sind wir ja keineswegs gegen derartige Ehrenplätze. Die Internationale jedoch ist kein Heroldsamt, welches den einen oder anderen Richtungen oder Organisationen den Orden der Ehrenlegion verleiht. Ein Ehrenplatz kann nur im Kampf gegen die Bourgeoisie erworben werden, entsprechend der in diesem Kampfe bewahrten Haltung, also in dem Maße, wie es den Syndikalisten gelingen

wird, ihre Bourgeoisie klein zu kriegen, ihr die Flügel zu beschneiden, ihre Reaktion zum Schweigen zu bringen und endlich die Macht ihrer herrschenden Klassen zu brechen; also entsprechend ihren Verdiensten werden die Syndikalisten auch den entsprechenden Platz in der internationalen Arbeiterbewegung einnehmen. Wir wünschen nur zu lebhaft, daß dies ein ehrenvoller Platz wäre, daß dies schon in allernächster Zukunft einträte, können aber trotzdem nicht umhin, zu bemerken, daß vor allem die Absicht, vor die Internationale hinzutreten, um Ehrenplätze gleichsam als Vorschuß zu fordern, fallen gelassen werden muß. Wir halten uns zu der Annahme berechtigt, daß das russische Proletariat auf jeden Fall nicht weniger Anrecht besitzt auf einen solchen Ehrenplatz als die französischen Syndikalisten. Ich erinnere mich jedoch keineswegs, daß sie je einmal von irgend jemandem eine formelle Anerkennung ihrer Verdienste und Belohnungen in Gestalt von Ehrenplätzen verlangt hätten. Diese letzteren, Genosse Benoir, erwirbt man sich im Kampf, und der Sieg über die französische Bourgeoisie wird erst die Möglichkeit schaffen, diesen Ehrenplatz zu erwerben. Bitte sehr, Genosse Benoir!

* * *

Ebenfalls sehr interessant ist die Haltung der italienischen Syndikalisten der Profintern gegenüber. Der Vorsitzende der Unione Sindicale Italiano, Borghi, gab im Jahre 1920 die offizielle Erklärung ab, daß sich seine Organisation der Kommunistischen Internationale anschließen. Dies war jedoch nur ein Anschluß mit dem Munde. Als sich die ungeheuren Schwierigkeiten herausstellten, unter denen die russische Revolution kämpfte, und die außergewöhnlichen Lasten, die sie den Schultern des russischen Proletariats aufbürdete, bemerkten wir auf seiten der italienischen Syndikalisten den Versuch, alle diese Schwierigkeiten dadurch zu erklären, daß die russische Revolution nicht anarchistischen Geboten gefolgt ist.

Obleich sich die Vertreter des italienischen Syndikalistenverbandes zum ersten Kongreß revolutionärer Gewerkschaftsverbände verspäteten, schlossen sie sich den dort gefaßten Beschlüssen an, begannen aber alsbald nach ihrer Heimkehr einen hartnäckigen Kampf gegen die Profintern in den Reihen der Unione Sindicale zu führen. An die Spitze der Gegner der Profintern stellte sich Borghi, derselbe Borghi, der nach Moskau kam und dort mündlich und schriftlich Erklärungen über seinen Anschluß an die Kommunistische Internationale abgab. Weshalb ist Borghi gegen die Profintern? Borghis Stellungnahme erklärt sich aus denselben Motiven, aus denen sich auch die deutschen Tolstojaner und die Anarcho-Syndika-

Er wünscht eben eine Profintern, die der Unione listen Frankreichs gegen die Profintern aussprachen. Sindicale Italiano auf ein Haar gleiche, er wünscht den Föderalismus, des weiteren absolute Unabhängigkeit von der politischen Partei und überdies noch einen Ehrenplatz in der Gewerkschaftsinternationale für die Syndikalisten, worunter er den ausschließlichen und überwiegenden Einfluß der Syndikalisten auf die Profintern versteht. Der letzte Kongreß der Unione Sindicale Italiano zeigte, wohin die italienischen Syndikalisten geraten sind. Die Rede Borghis war ein Anklageakt gegen die russische Revolution, wie er selbst zum Verteidiger Machnos und seiner Anhänger geworden ist.

Es gefällt Borghi keineswegs, daß die Sowjetmacht gegen die Anarchisten kämpft. Borghi hat seine eigene Auffassung von der Revolution und ist damit unzufrieden, daß Rußland seine Revolution durchführt, ohne auch nur im geringsten mit den spekulativen Schlußfolgerungen Borghis zu rechnen. Man fragt sich aber nun, weshalb Borghi, wenn er schon im Besitz eines derartigen wundervollen Rezepts für die Revolution ist, dieses nicht in Italien zur Anwendung bringt? Es wäre vor allem einfacher gewesen, seinem Rezept gemäß die Sache in seinem eigenen Lande zu betreiben und nicht mit Worten, sondern durch die Tat zu beweisen, daß er etwas besser machen und außerdem die russischen verirrtten Arbeiter etwas lehren könne. Eine derartige Fragestellung lehnen die Anarchisten und Syndikalisten ab. Sie nehmen an, daß man die russischen Arbeiter am besten mit seelenrettenden Gesprächen und überzeugenden Reden belehren könne. Die in der Frage der Profintern angenommene lange Resolution Giovannettis wiederholt noch einmal die gesamte, breitgetretene anarchistische Wahrheit, verleiht seiner flammenden Liebe zur Unabhängigkeit Ausdruck und fordert die föderalistische Internationale, wobei er die Einberufung des Kongresses außerhalb Rußlands als eine absolute Notwendigkeit betont. Die Forderung, den Kongreß außerhalb der russischen Grenzen zu veranstalten, ist ein Produkt rein italienischer Schöpfung. Die deutschen Tolstojaner haben zwar auch dazu beigetragen, aber trotzdem fiel die Bearbeitung dieser Ideen der italienischen Fraktion, und insbesondere Borghi zu. Rocker, einer der deutschen Syndikalisten, schrieb einst, daß er sich weigere, nach Moskau zu reisen, da die Delegierten auf Staatskosten im Hotel Lux wohnten und dies seinen Anschauungen widerspreche. Was wäre einfacher gewesen, als nach Moskau zu reisen und anstatt kostenlos im „Lux“ zu wohnen, mit Reichsmark zu bezahlen. Aber nein, Rocker ist von anderer Sinnesart: da er nicht gewillt ist, im Hotel Lux zu wohnen, kann er auch nicht zum Internationalen Kongreß der Gewerk-

schaftsverbände reisen. Diese grundlegende Idee Rockers übertrug Borghi ins Italienische. Er ging weiter und fordert nun im Interesse der „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaftsbewegung die Einberufung des Kongresses außerhalb der Grenzen Rußlands. Bitte schön, vielleicht vermag Borghi eine Versammlung in Mailand nicht nur zu fordern, sondern auch zu ermöglichen, nachdem er sich vorher mit seiner Bourgeoisie, entsprechend dem Beispiel des russischen Proletariats, auseinandergesetzt hat? Wir sind bereit, uns in Mailand zu versammeln. Wenn Borghi mit derartigen Erklärungen und Resolutionen einfach gesagt hätte, daß die Unione Sindicale Italiano die Einberufung des Kongresses nach Mailand in Vorschlag bringt und zugleich die Aufgabe übernimmt, den Kongreß sicherzustellen, dann könnte man ja immerhin darüber sprechen. Wenn jedoch, wie Borghi sehr gut weiß, daß eine Einberufung des Kongresses nach Italien ebenso wie nach Frankreich, Spanien und sogar nach Deutschland unmöglich ist, weshalb greift er dann wieder die bereits seinerzeit von d'Aragona angeregte lächerliche Idee auf? Borghi transponierte vor allem das reformistische Lied d'Aragonas in anarchistische Tonart. D'Aragona forderte ja bereits die Ueberführung des Kongresses ins Ausland, und nunmehr kommt Borghi und unterstützt aus Motiven angeblich revolutionären Charakters dieselbe abgeschmackte Idee und vergißt dabei völlig, daß der Kongreß revolutionärer Gewerkschaftsverbände eben im Lande der Revolution stattfinden muß. Die russischen Gewerkschaftsverbände haben nicht mit Worten, sondern durch die Tat gezeigt, wie man mit der Bourgeoisie kämpfen muß, und aus diesem Grunde gibt es für die Anarcho-Syndikalisten in Sowjetrußland noch sehr viel zu lernen. Wenn Borghi und seine Freunde auch nur ein wenig über diese Fragen nachdächten, würden sie begreifen, welche offensichtlich konterrevolutionären Gedanken ihr auf den ersten Blick so unschuldiger Vorschlag in sich birgt.

Die Unione Sindicale Italiano ging jedoch noch weiter. Nachdem sie in ihrer Resolution der Sowjetregierung feierlich ihr Mißtrauen ausgesprochen und sämtliche bürgerlichen Regierungen Europas und Amerikas ihres Vertrauens versichert hatte, nachdem diese alles in der Bestürzung versetzenden Revolutionäre noch der schönen Dame „Unabhängigkeit“ einige Reverenzen erwiesen hatten, beschlossen sie unter anderem:

„Alle diejenigen Gewerkschaftsverbände und gewerkschaftlichen Minderheitsgruppen, welche der gelben Amsterdamer Internationale, wenn auch nur vermittels einer Berufsföderation, angehören, sind aus der Gewerkschaftsinternationale auszuschließen.“

Des weiteren ist die Tätigkeit und Leitung der Gewerkschaftsinternationale auf Aufgaben und Arbeiten internationalen Charakters zu beschränken."

Versuchen wir einmal, die Bedeutung dieser beiden Punkte zu erfassen. Der erste derselben fordert den Ausschluß aller der Profintern angehörenden Minderheiten. Dergestalt müßten also drei Millionen revolutionärer Arbeiter, die sich in den Verbänden Deutschlands befinden, aus der Profintern ausgeschlossen werden, und zwar aus dem Grunde, weil das Zentrum, dem sie formell unterstehen, zur Amsterdamer Internationale zählt. Deshalb haben also die italienischen Genossen bis jetzt nachgedacht und überlegt. Wenn sie schon drei Monate früher diesen Vorschlag gemacht hätten, wäre die Minderheit der allgemeinen Arbeitskonföderation Frankreichs aus der Profintern auszuschließen gewesen, da sich die revolutionären Syndikalisten Frankreichs erst vor ein paar Monaten zu einer Separatororganisation zusammengeschlossen haben. Wenn das, was sie gegenwärtig zum Ausdruck bringen, tatsächlich ihr Prinzip wäre, so würden sie es wohl auch schon früher gefordert haben, wir haben aber aus der Presse der italienischen Syndikalisten nicht ersehen, daß sie irgendwo den Ausschluß des Komitees der revolutionären Syndikalisten Frankreichs aus der Profintern gefordert hätten. Warum stellen sie denn jetzt diese Forderung auf? Sie wollen unter sich sein. Nunmehr, da die vereinigte Arbeitskonföderation gegründet ist und die revolutionären Syndikalisten nicht mehr unter einem derartigen Prinzip zu leiden haben, verkünden sie mit Pathos dieses neue Prinzip und sind bereit, die Profintern dafür, daß diese sich derartigen Prinzipien gegenüber ironisch verhält, des Opportunismus und allerlei anderer Todsünden zu beschuldigen.

Wenn dieser Punkt schon ganz prinzipienlos abgefaßt ist und in besonderem Grade demagogisch anmutet, so ist der folgende Punkt einfach vollkommen unverständlich. Was bedeutet eigentlich der Satz: „Die Tätigkeit und Leitung der Gewerkschaftsinternationale auf Aufgaben und Arbeiten internationalen Charakters zu beschänken?“ Wenn Worte irgendeinen Sinn haben, obgleich einige Anarchisten sehr befähigt sind, viele Worte ohne jeglichen Sinn zu schreiben, so besagt dies folgendes: Die Gewerkschaftsinternationale muß es jeder ihr angehörenden Organisation überlassen, auf ihrem Territorium alles das zu tun, was ihr gefällt und wie sie es wünscht. Die Internationale soll nur Arbeit internationalen Charakters leisten. Was ist damit gemeint? Greifen wir einmal die gegenwärtige Aussperrung der englischen Metallarbeiter heraus: Soll die Profintern auf dieses Ereignis nur mit der Absendung eines Radios und einem Aufruf zu finanzieller Unterstützung reagieren oder kann

und soll sie sich mit den Anhängern der Profintern in England über Methoden und Charakter einer Gegenaktion gegen das angreifende Kapital auseinandersetzen? Es gibt keine Arbeit internationalen und exterritorialen Charakters, sondern dieser liegt vielmehr eine nationale Organisation oder Organisationsminderheit zugrunde, so daß also die von der Unione Sindicale Italiano angeregte Beschränkung die Internationale nicht in ein Organ der Aktion, sondern in eine Maschine zur Ausarbeitung von Deklarationen, die niemand zu etwas verpflichten, oder aber in einen Briefkasten verwandeln würde. Mit diesem Punkt spricht sich die Unione Sindicale Italiano das Recht zu, auf dem Territorium Italiens alles das zu unternehmen, was ihr gerade in den Kopf kommt, d. h. also, der Internationale angehören und über sie herzufallen, ihrer nationale anzugehören und über sie herzufallen, ihrer glühenden Liebe zur russischen Revolution Ausdruck zu verleihen und das russische Proletariat mit Kot zu bewerfen, ihren prinzipiellen Anschluß an die Komintern zu erklären und diese gleichzeitig einer Bande von Politikanten gleichzusetzen, revolutionäre Losungen herauszugeben und eine opportunistische Politik zu befolgen, mit einem Worte, viel zu sprechen und wenig zu tun; das sind die Rechte, welche sich die anarchistischen Politiker aus der Unione Sindicale Italiano im Hinblick auf die Internationale vorbehalten wollen.

Es fragt sich nun, ob unter derartigen Voraussetzungen eine Internationale überhaupt noch notwendig ist? Offensichtlich nicht. Wer keine Internationale der Worte, sondern eine solche der Tat wünscht, kann niemals einer derartigen, gelinde gesagt, dummen Formel zustimmen, die besagt, daß sich die Internationale ausschließlich mit Besprechungen internationalen Charakters zu befassen hätte. Wenn man die Anarcho-Syndikalisten fragt, was für eine Internationale sie wollen, so erhält man darauf die Antwort, daß sie eine solche der Tat fordern; sobald man jedoch versucht, von ihnen zu erfahren, was damit gemeint ist, dann schieben sie ihr föderalistisches Prinzip in den Vordergrund, das ungefähr in folgender Weise formuliert werden kann: Jede vorhandene Organisation kann nach ihrem Belieben handeln, wobei die Internationale nicht berechtigt ist, zu intervenieren. Es ist klar, daß die Anarcho-Syndikalisten diese Frage noch nicht eingehend durchdacht haben, denn sonst müßten sie erkannt haben, daß ihre Rechnung ein Loch aufweist, da eine revolutionäre Internationale, also eine Internationale der Tat, eben die absolute Unabhängigkeit jeder nationalen Organisation einfach ausschließt. Die Internationale wird ohne Ausübung jeglichen Zwangs einzig und allein auf freiwilliger Disziplin aufgebaut, und wenn die Arbeiter die Notwendigkeit, eine solche Internationale zu gründen, erkannt haben, so nur deshalb, weil der

Klassenkampf international geworden ist und der Kapitalismus nur im internationalen Maßstab besiegt werden kann. Unsere italienischen Syndikalistensind jedoch noch nicht zum Verständnis dieser einfachen Wahrheit gelangt und versuchen deshalb, sich auf ihren nationalen Rahmen zu beschränken, sich in ihrer nationalen Stellung zu verschanzen, in der Annahme, daß Verhandlungen und Besprechungen über Föderalismus imstande sind, den Kampf gegen die nationale und internationale Bourgeoisie zu ersetzen.

Leider ist diese nationale Beschränktheit nicht nur den italienischen Syndikalistens eigen, sondern blickt gleichfalls bei den schwedischen Syndikalistens durch, die in ihrer Antwort auf den Brief der Profintern folgendes anführen: „Eine internationale Organisation ist zwar in unserer Zeit der internationalen Reaktion von ungeheurer Bedeutung, wengleich wir uns noch nicht von ihrer absoluten Lebensnotwendigkeit überzeugen konnten.“ Etwas Besseres könnte man wahrlich nicht mehr ausklügeln. Sie bezweifeln noch, daß eine internationale Organisation eine „Lebensnotwendigkeit“ darstellt. In dieser Formel liegt die Quintessenz des anarchistischen „Föderalismus“, und gleichzeitig kommt in ihr die falsche Auffassung von den historischen Aufgaben der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Mehr noch als das: hier zeigt sich die absolute Isolierung dieser Arbeitergruppen vom allgemeinen Klassenkampf, die kleinbürgerlich-nationale Beschränktheit feiert ihre Siege über die revolutionär-proletarische Ideologie.

So sehen wir, daß die revolutionären Syndikalistens jedesmal, wenn sie gegen die Profintern, deren Programm und Taktik aufzutreten beginnen, sehr schnell auf antirevolutionäre Theorien und Praktiken verfallen. Diese antirevolutionäre Ideologie ist die logische Folge ihrer anarchistischen Weltanschauung. Worin liegt eigentlich der Sinn des Anarchismus? Darin, daß er in seiner Einstellung nicht von der Klasse, sondern vom Individuum, nicht von der Bewegung der Massen, sondern von der Initiativkraft der Minderheit ausgeht. Die Anarchisten bemühen sich, das Leben unter ihre Formel zu zwingen und nehmen an, daß für die Geschichte ein metaphysischer Unterbau unerläßlich ist. Anstatt die konkreten Voraussetzungen des Kampfs eingehend zu studieren, anstatt sich mit dem Rahmen, innerhalb dessen die Arbeiterklasse kämpft, bis ins Einzelne vertraut zu machen, kommt der Anarchist, kritzelt seine Formel und sagt: „Ich wünsche, daß die Geschichte diesen Weg beschreitet.“ Die Geschichte rechnet aber niemals mit Formeln. Die historischen Ereignisse sind nicht an abstrakte Konstruktionen gebunden, und so sehen wir, wie der Anarchismus abseits bleibt von

der Massenbewegung, hinter dem schnellrollenden Wagen der Geschichte herhinkt, und da er mit den Ereignissen nicht Schritt halten kann, beginnt, sich über die Revolution zu beklagen und ihre Führer mit Kot zu bewerfen. Während der letzten Jahre sahen wir den Anarchismus an der Arbeit. Ueberall, in jedem Lande — sogar Spanien, die Heimat des Anarchismus, nicht ausgenommen, wo er eine ernste Rolle spielte — zeigte es sich, daß der Anarchismus der Arbeiterklasse nichts Positives gab, daß er weder aus dem Kriege, noch von der russischen Revolution irgendetwas gelernt hat. Noch mehr: die russische Revolution bewies seine wahre Natur. Ueberall da, wo der Anarchismus schöpferisch auftreten, wo er seine eigenen Wege gehen wollte, waren dies stets antirevolutionäre und gegen die Arbeiterschaft gerichtete. Die Anarchisten erwiesen sich als Spielzeug des Faustrechts und der Konterrevolution. Darum also stellt das gesamte anarchistische Geschwätz, das anfängt, vielen Führern der vereinigten Arbeitskonföderation Frankreichs und der Unione Sindicale Italiano die Köpfe zu verdrehen, eine außergewöhnliche Gefahr dar. Besonders ist dies der Fall im Hinblick darauf, daß die Anarchisten die Einheitsfront der revolutionären Arbeiterbewegung zerschlagen. Der Anarchismus war stets unfruchtbar wie der bekannte biblische Feigenbaum und ist nicht imstande, der Arbeiterklasse irgendetwas Reales, Praktisches oder Konkretes zu geben.

So fallen die Anarcho-Syndikalistens zwar bereits volle acht Monate über die Profintern her und beschuldigen ihre Führer des Politikantentums, ohne versucht zu haben, das Wesen der beschlossenen Resolutionen zu verstehen, ohne ein anderes Aktionsprogramm auszuarbeiten und ohne den Arbeitern, die sich in ihren Organisationen befinden, etwas vorzuschlagen, das geeignet wäre, die Mitglieder zu trennen. Die Anarchisten und Anarcho-Syndikalistens behaupten gewöhnlich, daß sie den ungeschmälerten Sozialismus, d. h. die unverzügliche Revolution wollen. Was hat jedoch dies ihr Wünschen und Wollen für einen Sinn? In welchem Lande haben die Anarchisten, wenn auch nur um einen halben Zentimeter, die Sache der Arbeiterschaft und den Kampf mit der Bourgeoisie vorwärtsgetrieben?

Es ist charakteristisch, daß die bürgerliche Reaktion nicht aufhört zu wüten, aber den revolutionären Erklärungen der Anhänger des „unverzüglich durchgeführten Sozialismus“ auch nicht die geringste Aufmerksamkeit schenkt. Die französische Bourgeoisie fährt fort, im reaktionären internationalen Konzert die erste Geige zu spielen, als ob nichts vorgefallen wäre, während die Führer der vereinigten Arbeitskonföderation, anstatt ihr Augenmerk auf ihre Bourgeoisie und ihre Reaktion zu richten, sich damit befassen, über die russische Re-



N. A. Kalarandaschwili

volution und die bolschewistische Regierung herzufallen. Hierin gehen sie mit der gesamten, nicht nur reformistischen, sondern auch nationalistischen Presse gemeinsam vor, wobei sie nicht einmal so viel einfachen revolutionären Instinkt besitzen, um zu begreifen, wie merkwürdig diese Verbindung und dieses Zusammentreffen im Angriff auf die russische Revolution wirken muß.

Wenn man alles das, was die Syndikalisten während der vergangenen sieben bis acht Monate gegen die Profintern geschrieben haben, einer genauen Durchsicht unterzieht und ihre sämtlichen Argumente prüft, so ergibt sich im großen und ganzen, daß die Syndikalisten selbst, ohne irgend eine Hilfe, die Revolution machen wollen und daß die Profintern und Komintern beabsichtigen, sie daran zu hindern. Wir wagen es, daraufhin, den Syndikalisten zu versichern, daß sie niemand davon abhalten wird, die Revolution zu machen. Niemals werden wir die Aktionen der revolutionären Syndikalisten gegen die Bourgeoisie stören, sondern uns nur gegen den wenden, der Worte für Taten ausgibt. Nach ihrer Literatur zu schließen, wollen die Anarchisten ihre eigene Internationale schaffen. In diesem Sinne sprach sich auch die Internationale Konferenz der Anarchisten aus, die im Dezember in Berlin stattgefunden hat. Wenn die revolutionär-syndikalistische Internationale unter dem Patronat der Anarchisten glücklich zustande gekommen sein wird, werden die Syndikalisten sie selbstverständlich als die unabhängigste und selbständigste Organisation der Welt anpreisen. Wir haben jedoch schon so viel über Unabhängigkeit und Selbständigkeit gehört, daß wir Erklärungen dieser Art keinen besonderen Glauben mehr schenken. Die Amsterdamer Internationale schreit ja ebenfalls an allen Kreuzwegen über ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Die reformistische Arbeitskonföderation Frankreichs läßt auch keine günstige oder ungünstige Gelegenheit vorübergehen, ohne ihrer glühenden Liebe zur Chartre von Amiens feierlich Ausdruck zu verleihen, wie auch sämtliche übrigen Organisationen, die sich nicht nur am Leitseil der Sozialdemokratie, sondern auch an dem der Bourgeoisie ihres Landes befinden, glühende Vorkämpfer der Selbständigkeit und Unabhängigkeit sind, wobei sie, wie dies stets zu sein pflegt, um so mehr über Unabhängigkeit vom Kommunismus schreien, je mehr sie sich in der Abhängigkeit von der Bourgeoisie befinden.

Unsere Genossen, die revolutionären Syndikalisten, machen es genau so: je mehr sie über Unabhängigkeit schreien, desto inniger sind sie mit dem Anarchismus, d. h. mit der kleinbürgerlichen Ideologie verbunden. Da wir nun schon sehr oft gesehen haben, wie plötzlich die Vorkämpfer der Unabhängigkeit mit Roß und Wagen ins Lager unserer Klassenfeinde überzugehen pflegen, halten wir uns nicht weiter bei diesem ganzen Lärm auf, sondern erklären den Anarcho-Syndikalisten aller Länder in aller Ruhe folgendes: Die Kommunisten schlagen Euch einen Block vor, da sie von dem aufrichtigen Wunsche beseelt sind, mit Euch die Einheitsfront zum Kampf gegen den Reformismus und gegen die Bourgeoisie zu schaffen. Ihr wünscht diesen Block nicht? Ihr wünscht eine eigene Internationale? Eure Internationale ist von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt. Wir werden vor die Mitglieder Eurer Organisationen hintreten und ihnen ganz offen sagen: „Diejenigen, die Euch auf die Kommunisten hetzen, die Euch zwingen, in den Kommunisten Eure Feinde zu sehen, die Euch aufordern, gegen Sowjetrußland, die Komintern und Profintern zu kämpfen und zu protestieren, alle diese treten für die Sache der Bourgeoisie und nicht für die des Proletariats ein, alle diese spielen ein antirevolutionäres und gegen die Arbeiterschaft gerichtetes Spiel.“ Ja, dies werden wir den Arbeitern Eurer Organisationen in aller Offenheit sagen. Wir haben Euch den Zusammenschluß vorgeschlagen und tun dies noch. Wir schufen eine Organisation, in der eine Zusammenarbeit von Kommunisten, Anarchisten, Syndikalisten und allen links stehenden Gewerkschaften möglich ist, während Ihr, anstatt daran kameradschaftlich mitzuarbeiten, uns Ultimata stellt und wünscht, daß sich die Mehrheit der organisierten revolutionären Arbeiter der anarcho-syndikalistischen Minderheit unterwerfe. Viele Monate haben wir gewartet, daß Ihr Euch überlegt und darüber klar werdet, was Ihr zu tun im Begriffe seid, während Ihr mit jedem Tage weiter und weiter auf dem Wege des Kampfes gegen die russische Revolution, gegen die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale fortschreitet. Wollt Ihr also den Kampf? — Ihr könnt ihn haben! Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Moskau, den 20. April 1922.

A. Losowsky.

Nestor Alexandrowitsch Kalarandaschwili

Im fernen, kalten Norden des Gebietes Jakutsk-Ochotsk fiel im Kampfe für die Sowjetmacht in der Nacht zum 6. März dieses

Jahres der tapfere Führer der Partisanen Sibiriens und des Fernen Ostens, einer der Helden unseres siegreichen Kampfes mit Kolttschak

und Semenow, der Genosse Nestor Alexandrowitsch Kalarandaschwili.

Genosse Kalarandaschwili ist im freiheitsliebenden Kaukasusgebiet geboren und hat sich von der Schulbank an (er besuchte das Lehrerseminar) in Geheimzirkelarbeit vergraben. Die Zarenschule konnte in ihren Wänden keineswegs Kämpfer für die Interessen der Arbeiter zulassen und verjagte deshalb bald den jungen Kalarandaschwili. Genosse Nestor war jedoch eine aktive Natur; aktive Propaganda brachte ihn auch nach Sibirien. Er wurde in das Gouvernement Irkutsk zu lebenslänglicher Ansiedelung verbannt. Die Jahre nach der Revolution von 1905 strichen unemerkt vorüber. Doch selbst in diesen Jahren, zur Zeit der geistigen Reaktion (wie sich Genosse Kalarandaschwili ausdrückte), gehörte er nicht zur Zahl derjenigen, die eine Umwertung der Werte vornahmen und den Glauben an die Revolution verloren. Im Gegenteil, bei der Wahl seiner Ideologie (so drückte er sich während seiner anarchistischen Periode aus), verlor er keinen Moment den Glauben an die Revolution und die Siegerkraft des Proletariats und beteiligte sich, trotz der Verschiedenheit der politischen Ueberzeugung, am aktiven Kampf unserer geheimen bolschewistischen Organisation Sibiriens.

Besonders große revolutionäre Energie entwickelte Genosse Kalarandaschwili nach der Februarrevolution. Es war im Zentrum der Kompromissler Sibiriens, in Irkutsk. Genosse Kalarandaschwili tritt auf allen Versammlungen, auf allen Meetings, noch vor Begründung der bolschewistischen Ortsorganisation mit einer scharfen Kritik des Kompromisslertums und einer Apologie der proletarischen Revolution und der Sowjetmacht auf. Ich entsinne mich sehr gut, mit welcher unßarmherzigen Ironie Genosse Kalarandaschwili die Sozialrevolutionäre geisselte, in welche Verlegenheit er das Mitglied der sozialrevolutionären Partei, Timofejew, in der Sitzung des Rates von Irkutsk durch nachstehende Frage setzte: „Begreift ihr denn nicht, daß ihr dadurch, daß ihr die Junker ausrüstet, daß ihr dieselben unter das Kommando des Hauptmanns Skiptrow stellt und daß ihr durch Vermittlung des Generals Samarin, Potapow und Pleschakow das Burjatenregiment des Essaul Semenow

begründet, — die Konterrevolution für den Kampf gegen die Revolution, die Monarchie gegen die Republik ausrüstet?“ Auf diese hinreißende Rede des Genossen Kalarandaschwili, folgte ein erbärmliches Antwortlallen Timofejews, der seine Pflicht erfüllte und die Konstituierende Versammlung verteidigte.

Unser Nestor, oder „Großvater“, wie ihn das Proletarier- und Bauernsibirien liebevoll zu nennen pflegte, war nicht nur ein talentvoller Führer der Massen, sondern zugleich ein seltener Genosse, ein herzensguter Mensch, ein Kämpfer für das Wohlergehen der Arbeiter, ein Streiter der proletarischen Revolution.

Anfang 1920 haben „Großvater“ Kalarandaschwili und seine wackere Partisanen-truppe als erste den Angriff der japanischen Expeditionstruppen und der Banden Semenows beantwortet. Er beteiligte sich aktiv, mit allem Eifer mit seinem, nach zweijährigen Kämpfen in der Taiga und im sumpfigen Hügelgebiet ermatteten Korps an den zahlreichen Kämpfen der jungen Armee des Fernen Ostens. Als der Umschwung eintrat und die Truppen der Republik des Fernen Ostens die Anhänger Semenows in der Richtung nach Tschita verdrängten, nach den erfolgreichen Kämpfen der Kalarandaschwilisten bei Dongotu und Mogsom (eine Station der Transbaikalbahn, 120 Werst westlich von Tschita) wurde der „Großvater“, entkräftet von großem Blutverlust infolge der noch nicht geheilten Wunde, ins Lazarett gesandt. Zwei bis drei Monate schwebte der in vielen Schlachten Verwundete zwischen Leben und Tod. Doch überwand die in Kämpfen gestählte Natur des Revolutionärs alle diese Krankheiten, und im Herbst 1921 reiste Gen. Kalarandaschwili nach Moskau, um die Luft des Zentrums einzuatmen und sich mit den nötigen Kenntnissen „vollzupumpen“, wie er sich ausdrückte. Genosse Kalarandaschwili war Mitglied unserer heldenmütigen K. P. R. Er trat in ihre Reihen als Anarchist. Hier lernte er das Volk, den Massenkampf und nicht den aristokratischen Einzelkampf kennen, den uns in den Jugendjahren (das bezog er auf sich) der grundlose Anarchismus lehrte. In seinen Reden liebte er stets die flammenden Worte des Manifests der Kommunistischen Internationale zu wiederholen: „Die Welt hat nur ein Banner, für das es zu kämpfen und zu sterben lohnt, und dies ist das Banner der

Kommunistischen Internationale." Unser treuer Großvater Nestor ist diesem Bunde treu geblieben bis an sein Lebensende.

Seit Anfang 1921 hat der Autor dieser Zeilen mit dem „Großvater“ ausdauernd zusammen in Irkutsk gearbeitet. Genosse Nestor führt dort das Kommando über die separate 8. Brigade, doch konnte die friedliche Arbeit den Führer der sibirischen Partisanen nicht befriedigen. Sobald er von den Raubzügen der weißen Banden, der Söldlinge des japanischen Imperialismus, im Jakutsk-Ochotsker Gebiet unterrichtet wurde, stürzte er sich mit einem Häufchen tollkühner Partisanen auf diese neue sowjetfeindliche Front, um das Mutterland,

das Land der proletarischen Revolution, zu verteidigen. Statt der üblichen 85 Reisetage, erreicht er binnen 48 Tagen — 2000 Werst zu Roß! — den Kriegsschauplatz der Weißen, und hier ereilt ihn der glorreiche Tod im Kampfe für die Sowjetmacht.

Mit Genosse Kalarandaschwili starb den Heldentod sein junger talentvoller Gehilfe, sein Waffengefährte seit dem Heldenkampf mit Koltschak, der Genosse Assatzani.

Ihre Namen werden von uns Lebenden nie vergessen werden.

Schumjatski.

Die sozialistischen Diener des reaktionären Frankreich.

Es ist kein Wunder, daß sich die Millerand, Clémenceau und Poincaré über die kommunistische Regierung, die aus dem Schoße der Oktoberrevolution hervorging, empören. Diesen Leuten, die sich der Macht des französischen Kapitals, d. h. des brutalsten und borniertesten Kapitals, ergeben haben, steigen vor der aufgehenden roten Sonne, die dem Proletariat der ganzen Welt leuchtet, die Haare zu Berge.

Ihr ganzer Zorn und alle Pläne ihres Widerstands würden ohne die notwendige Unterstützung durch „die öffentliche Meinung“ nicht viel besagen. Das französische Kapital hat eine Stimmung gegen sich geschaffen, die auch durch das Ende des Krieges und den sogenannten „Sieg“ nicht im geringsten beruhigt wurde. Diese Stimmung der Arbeiterklasse ist eine ständige Bedrohung der Sicherheit und der Privilegien des Kapitals. Man muß sehr zweifeln, ob es der Bourgeoisie allein mit ihren eigenen Mitteln gelungen wäre, den mächtigen Widerhall, den die russische Revolution in allen Schichten des französischen Proletariats hervorgerufen hat, abzuschwächen.

Aber es gelang der französischen Bourgeoisie, wertvolle Gehilfen für ihre antibolschewistische Kampagnen zu finden, und zwar in den Personen der russischen Sozial-Revolutionäre und der Menschewisten. Die Martow, Tschernow, Sawinkow und deren Konsorten haben keine Kräfte gespart und keine Anstrengung gescheut, um die Oktoberrevolution mit Kot zu bewerfen, zu verleumden und zu bespucken. Die gesamte Presse, die großen und kleinen Zeitungen Frankreichs sammelten diese Be-

schimpfungen sorgfältig, sie wurden dann täglich in Millionen von Blättern über die ganze Welt verbreitet.

Die Verleumdungen und Behauptungen der Kritiker aus dem Lager der ausgesprochenen Weißgardisten gegen die russische Revolution konnten infolge ihrer offensichtlichen Parteilichkeit nicht überzeugen. Aber die Ausführungen der Sozialrevolutionäre und der Menschewisten machten auf einen gewissen Teil der unaufgeklärten Bauern und Arbeiter den Eindruck der Wahrscheinlichkeit.

Im November 1919, als der „nationale Block“ anlässlich der Wahlen eine gemeine antibolschewistische Kampagne führte, wurde diese im wesentlichen durch die Verleumdungen der Sozialrevolutionäre und der Menschewisten bestritten, wobei die „Information ouvrière et sociale“ (die von Albert Thomas geleitet und von Geldern des Herrn Dulet aus dem bürgerlichen „Temps“ erhalten wird) in verbrecherischer Weise gegen die russische Revolution hetzte.

Der große Eisenbahnerstreik im Mai 1920 und der gleich darauf erfolgte Versuch eines Generalstreiks wurden durch den Verrat der reformistischen Führer der C. G. T. gesprengt. Nachdem diese Führer bloßgestellt worden waren, gingen sie offen in das Lager der Konterrevolution über.

In der schon erwähnten „Information ouvrière et sociale“ ist der ehemalige Zimmerwalder Merrheim ganz offen gegen die Sowjetregierung aufgetreten. Jouhaux, Demoulin und ihr Gefolge stimmten eifrig in diesen Chor ein.

„L'Atelier“, mit seinen „revolutionären syndikalistischen“ Redakteuren an der Spitze, ist eigentlich zu einer Ausgabe der Burzewschen Blätter geworden. „Le Populaire“, die täglich erscheinende Zeitung der sozialistischen Dissidenten, stimmt in das antibolschewistische Geheul der übrigen Meute ein, und 50 Sozialdissidentische Abgeordnete leisten dem parlamentarischen Block eine mehr oder weniger aktive Unterstützung bei den Aktionen gegen das kommunistische Rußland.

Nichts konnte den imperialistischen und gegenrevolutionären Plänen, die von der Bourgeoisie mit Eifer durchgeführt wurden, von größerem Nutzen sein, als die erwähnten Taten.

Die „Partei Longuets“ zählt unter ihre Führer Pierre Renaudel, der ganz offen die kriegerische Intervention gegen Sowjetrußland als berechtigt anerkannt hat, und dessen feierlicher Besuch bei seinen Freunden, den georgischen Menschewiken und Sozialrevolutionären, seine Stellung zur russischen Revolution bezeichnen sollte. Nie verhehlte er seine Sympathie für den jämmerlichen Pilsudsky, diesen „Sozialisten“, der mit seinem Marschallstiefel das Proletariat Rußlands niedertreten will.

Das reaktionäre und militaristische Frankreich konnte seine Politik bis zu den extremsten Grenzen des Zynismus treiben, da es sicher war, daß hinter ihm die internationale Bande der Menschewiken, Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten und Syndikalisten zum Dienste bereit stand, auf jeden Fall aber wohlwollend gestimmt.

Es ist schon kein Unterschied mehr zwischen Martow und Jouhau, Victor Tschernow und Albert Thomas, den Vertretern des „freien“ Georgiens Tscheidse, Zeretelli und Merrheim wahrzunehmen. Fügt man noch die Teilnahme einiger

dieser Helden an der Kriegsaktion Denikins und Wrangels gegen Sowjetrußland hinzu, die Verbindung mit den Kreisen der Anhänger des zaristischen Regimes in Rußland und die wesensgleichen Schwindeleien, die ihre und die bürgerliche Presse täglich auszuüben pflegen, so wird es klar erkenntlich, daß sie einen Teil der weißen Einheitsfront im Kampfe gegen das Proletariat bilden.

Es ist ein vergebliches Bemühen, das einige ihrer Leute an den Tag legen, wenn sie Versuche machen, auf heuchlerische Art zu beteuern, sie empfänden für das russische Volk und seine Revolution Liebe. Ihre verbrecherischen Taten können durch keinerlei schöne Worte ausgelöscht werden.

Diese Verräter werden als Angeklagte vor dem Gericht der Geschichte stehen, weil sie ihre Stimmen dem Geheul der schlimmsten Schakale der Reaktion beimengten, weil sie stets eine „sozialistische“ Bezeichnung zu verschaffen bereit waren für ein beliebiges Verbrechen der internationalen Gegenrevolution, das zum Umsturz der ersten proletarischen Regierung dienen sollte; weil sie zu Handlangern der Clémenceau, Pichon und Poincaré, d. h. der infamsten Imperialisten, geworden sind.

Doch die kommunistische Regierung hat alle Vorstöße zurückgeschlagen. Und nun ist die miserable Clique aus dem Geleise gekommen, sie ist entmutigt und beginnt zu zerfallen.

Bis ihr unvermeidliches Schicksal sie erreicht hat, bis sie von der Geschichte selbst zur ewigen Schmach an den Pranger gestellt sind, dürfen die Kommunisten aller Länder nicht aufhören, den „sozialistischen“ Dienern der Weltreaktion vor den Augen der gesamten Arbeiterschaft die Maske vom Gesicht zu reißen.

Louis Sellier.

Die sozialrevolutionären Mörder und ihre sozialdemokratischen Advokaten.

Tatsachen und Dokumente.

I.

Zwei ehemalige Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei (der S.-R.) — Ssemenow und die Konoplewa — haben Details aus der terroristischen Kampftätigkeit dieser Partei während der Periode vom November 1917 bis zum August 1918 veröffentlicht. Ssemenow hat in Berlin eine Broschüre veröffentlicht, während die Konoplewa in der Moskauer Presse ihre Enthüllungen machte.

Die Mitteilungen Ssemenows und der Konoplewa beleuchten folgende Fragen: 1. den bewaffneten

Kampf der S.-R. gegen die Sowjetgewalt; 2. den individuellen Terror der S.-R. gegen die Führer der K. P. R.; 3. Beziehungen der S.-R. zu der Entente, von letzterer erhaltene Gelder zwecks Bekämpfung der Bolschewisten; 4. Verbindung der S.-R. mit einer bürgerlichen Verschwörerorganisation, an deren Spitze Filonenko, ein ehemaliges Mitglied des Kerenski-Kabinetts, stand; 5. Beziehungen der S.-R. „zu Informationszwecken“ mit einer rechten Bourgeois-Organisation, welche ihrerseits mit dem Stab des Generals Ludendorff in

Verbindung stand. Von dieser Organisation angekommene Gelder. Beschluß des Z. K. der S.-R., einen angesehenen S.-R., den Obersten Postnikow, in das deutsche Hauptquartier zu beordern — gleichfalls zu „Informationszwecken“; 6. die Organisation von Expropriationen von Staats- und Privatgeldern, häufig in Form von „Haussuchungen der Außerordentlichen Kommission“; Verbindung mit einer kriminalistischen Einbrecherbande — zwecks erfolgreicher Organisation der „Ex“; 7. Organisation von Zugentgleisungen, Brückensprengungen usw. auf dem Boden Sowjetrußlands.

Nicht alles in den Mitteilungen Ssemenows und der Konoplewa ist neu. So war es uns sehr wohl bekannt, daß die terroristischen Akte von 1918 das Werk der S.-R. waren. Wir wußten, daß die Partei der S.-R. die politische Verantwortung für die Ermordung Uritzkijs und Wolodarskys und das Attentat auf Lenin trägt. Wir kannten die S.-R. zu gut. Sie war niemals eine Partei des Massenkampfs. Den Hauptbestandteil ihrer Tätigkeit bildeten immer Akte des individuellen Terrors. In ihrem Kampf mit der Selbstherrschaft nahm gerade die terroristische Kampfarbeit den Hauptplatz ein und sog alle anderen Arten der Arbeit in sich auf.

Ferner waren wir wohl bekannt mit dem Abenteuerum der S.-R., ihrer Neigung zu allerhand „Unternehmungen“ zweifelhaften Charakters. Die S.-R. hassen die Bolschewisten mehr, als sie den Zarismus gehaßt haben. Und wir hatten natürlich keinen Grund zur Annahme, daß die Partei der S.-R. im Kampf mit uns besonders wählerisch sein würde.

Anlässlich der Attentate auf Lenin besaßen wir direkte Hinweise darauf, daß die Partei der S.-R. die terroristischen Akte gegen die Führer der Bolschewisten durchaus guthieß.

Im Sommer 1918 besaß die Partei der S.-R. sozusagen ihren „Staat“, an dessen Spitze sie stand. Dieser Staat war das mittlere Wolgagebiet. Hier befand sich dazumal die Mehrzahl des Zentralkomitees der S.-R., hier hielt das Komitee der konstituierenden Versammlung seine Sitzungen ab, hier befanden sich die hauptsächlichsten Preßorgane der Partei. Wie verhielt sich nun die s.-r. Presse des Wolgagebietes zum Attentat auf den Genossen Lenin? In dem Artikel „Keine Rache, sondern eine Strafe“ schrieb die in Samara erscheinende Zeitung der S.-R. „Grundbesitz und Freiheit“ folgendes:

„Die bolschewistische Sowjetregierung hat einen schweren Schlag empfangen: Lenin ist verwundet. Der berühmte Vorsitzende des Rates der Volkskommissare hat zeitweilig, aber vielleicht auch auf immer (in Anbetracht des Umstandes, daß die Kugel die Lunge verletzt hat) die Reihen verlassen.

Der Schlag hat buchstäblich das Herz der Sowjetregierung getroffen. Ohne Lenin ist sie hilflos, ohne Lenin ist sie feig und dumm.

Wer die beiden waren, die auf das Haupt der „Arbeiter- und Bauernregierung“ schossen, wissen wir nicht, aber aus dem Umstande, daß der Akt nach einer Arbeiterversammlung erfolgte, kann man schließen, daß Lenin, wie seinerzeit Wolodarsky, von Arbeitern bestraft worden ist. Jedenfalls ist dies das Werk der Hände demokratischer Kreise.“

Die völlige Rechtfertigung des Terrors liegt auf der Hand. Die sozialrevolutionäre Presse „schließt“, daß Lenin wie seinerzeit Woldarski „von Arbeitern bestraft“ worden sei. Die sozialrevolutionäre Zeitung brauchte keine Schlüsse zu ziehen. Das Z. K. der S.-R. wußte nur zu wohl, daß Wolodarsky vom sozialrevolutionären Arbeiter Sergejew ermordet worden war. Lenin war von der Sozialrevolutionärin Kaplan mit Hilfe des sozialrevolutionären Arbeiters Novikow verwundet worden.

Wir wiederholen: Dazumal hat das Zentralorgan der S.-R. den terroristischen Akt gutgeheißen. Ihr schlossen sich auch die Stimmen der anderen Organe des sozialrevolutionären „Staates“ an. So philosophierte die Kasaner Zeitung „Die Sache des Volkes“ über das Thema: „Die Schicksalsmächte sind unerbittlich.“

Aber innerhalb Sowjetrußlands erklärte die sozialrevolutionäre Partei, daß sie keinerlei Beziehung zum Terror habe. Wir wußten sehr wohl, daß das nur ein Zeichen der üblichen politischen Feigheit und Heuchelei der S.-R. war. Wir glaubten ihnen keinen Deut. Unsere Presse betonte beständig, daß die politische Verantwortung für die Ermordung der Sowjetführer auf der Partei der S.-R. liege. Aber diese Bande hat in der Revolution eine gute Verschwörerschule durchgemacht, und wir besaßen keine genauen konkreten Beweise ihrer Tätigkeit.

Ssemenow und die Konoplewa haben offen, angesichts der ganzen Welt, Tatsachen mitgeteilt, eine ungeheure Menge genauer, konkreter Tatsachen, die jeder Untersuchung zugänglich sind. Diese Tatsachen bestätigen unsere schlimmsten Voraussetzungen betreffs der Partei der S.-R. Ferner haben Ssemenow und die Konoplewa eine Menge uns völlig neuer Umstände mitgeteilt, deren Vorhandensein wir nicht geahnt haben: sie gaben uns ein wahres und darum entsetzenerregendes Bild des ungeheuerlichen Niedergangs, der Verderbtheit und der Ehrlosigkeit dieser Partei.

Was sagte diese Partei anlässlich der Enthüllungen Ssemenows und der Konoplewa? Wie reagierte sie auf die unzähligen veröffentlichten Tatsachen? Die Führer der Partei der S.-R. machten als Antwort auf die Enthüllungen den Versuch, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die

Persönlichkeit Ssemenows zu konzentrieren, daß heißt gerade darauf, was am wenigsten der Aufmerksamkeit wert war. Der Führer der S.-R. Partei, Viktor Tschernow, fragt in der von den Kadetten erworbenen Zeitung „Die Stimme Rußlands“:

„Was für eine wichtige Persönlichkeit unter den Mitgliedern der sozialrevolutionären Partei ist denn dieser Ssemenow-Wassiljew? Wie bekannt, ist heutzutage nichts einfacher, als unter die „bedeutenden Mitglieder der sozialrevolutionären Partei zu geraten: es braucht bloß irgend ein beliebiger Iwan Iwanowitsch Iwanow von den „ehemaligen Leuten“ dieser Partei irgend eine Gemeinheit im Interesse der Bolschewisten loslassen, und die gesamte von ihnen unterhaltene Presse wird ihm sofort zu dem „Führer“ erheben. Und Herr Ssemenow-Wassiljew ist etwas mehr als ein bloßer Iwan Iwanowitsch Iwanow: sein Name hat schon einmal die Seiten der sozialrevolutionären Presse geziert. Unlängst las ich im Moskauer Journal „Das Volk“, dem Organ einer halben Sektierergruppe, welche den Namen „Minderheit der sozialrevolutionären Partei“ angenommen hat, daß durch einen besonderen Beschluß des Z.-B. dieser Gruppe Herr Ssemenow-Wassiljew für seine unerlaubten Handlungen ausgeschlossen worden sei.“

Und weiterhin erzählt Herr Tschernow davon, daß Ssemenow mit irgendwelchen Aufträgen nach Warschau gefahren sei, wie er ferner dort ins Gefängnis geraten sei und mit Sawinkow irgendwelche Vereinbarungen getroffen habe usw. usw. Mit einem Wort, die Biographie Ssemenows wird von Tschernow vom Augenblick seiner Ausschließung aus der Gruppe „Das Volk“ datiert. Tschernow mag sich doch nur dessen erinnern, daß Ssemenows Name schon früher in sehr wichtigen Dokumenten erwähnt worden ist. Sollte er sich dessen nicht entsinnen, so mag er zu dem im Jahre 1918 in Petrograd vom Zentralverlag herausgegebenen „Kurzen Bericht über die Arbeiten des IV. Kongresses der Partei der S.-R.“, welcher im November 1917 stattfand, seine Zuflucht nehmen. Auf Seite 156 dieser Protokolle wird der Bürger Tschernow auf folgende Zeilen stoßen:

„Sodann werden die Resultate der Wahlen in die Kriegskommission des Z. K. verlesen. In die Kommission sind gewählt worden: die Genossen Nikarow, Zion, Jegorow, Ssemenow, Pajewsky, Daschewsky, Ratnow, Smirenin, Saizew und Merchalow.“

Wie Sie sehen, Herr Tschernow, ward auf dem Kongreß, dessen Hauptleiter Sie darstellen, Ssemenow als Mitglied in die Kriegskommission des Z. K. der Partei der S.-R. gewählt. Das war eine sehr wichtige Kommission. Auf Seite 159 desselben kurzen Berichtes lesen wir:

„Gen. D. F. Rakow verliest die von der Kriegssektion des Kongresses sanktionierten Statuten der Kriegskommission des Z. K. der Sozialrevo-

lutionäre. Die Statuten bestimmten die Zusammensetzung der Kommission aus Mitgliedern des Zentralkomitees, Teilnehmern der Konstituierenden Versammlung und Teilnehmern des Kongresses, die von der Kriegssektion gewählt werden. Der Zweck der Zentralkommission ist die Vereinigung und Leitung der Tätigkeit aller Militärorganisationen der Partei, die Vorbereitung von Militärgesetzvorlagen u. a. m.“

Wie Sie sehen, ist die Kriegskommission eine recht wichtige Institution. Sie vereint und leitet die Tätigkeit aller militärischen Organisationen der Partei. Aus konspirativen Gründen wird sie nicht vom Plenum des Kongresses, sondern von der Kriegssektion gewählt. Sie besteht aus Gliedern des Z. K., aus Mitgliedern der Konstituierenden Versammlung und jenen Mitgliedern der Partei, deren Arbeit für die Partei von besonderer Bedeutung ist. Zur Zahl der letzteren gehörte auch Ssemenow, der in der Kriegs- und Kampfarbeit der S.-R. eine leitende Rolle spielte, bis ihm über Sinn und Bedeutung seiner eigenen Tätigkeit ein Licht aufging.

Nein, Herr Tschernow, die Geschichte Ssemenows beginnt nicht bloß mit dem wenig interessanten Zusammenstoß zwischen ihm und der Gruppe „Volk“, sondern mit jenem Tage, als der vierte Kongreß der S.-R. ihn zum Mitglied der für die Partei wichtigsten Kommission — der Kriegskommission wählte, als diese Kommission ihn zu einem der drei Mitglieder ihres Büros bestimmte. Wenn es Ihnen beliebt, die Rede auf Ssemenow zu bringen, so beginnen Sie gefälligst beim Anfang.

Ssemenow — schreien die S. R. und ihre sozialdemokratischen Advokaten — Ssemenow ist ein Verräter, ein Provokateur, ein Spion, ein Judas, ein Renegat des Sozialismus.

Als Ssemenow begriff, welch ungeheuerliches Verbrechen an der Revolution er begangen hatte, sollte er nach der Meinung der Sozialrevolutionäre und der Herren Sozialdemokraten immer noch Schweigen bewahren, sollte das Geheimnis der sozialrevolutionären Verrätereie mit ins Grab nehmen. Weshalb denn? Worauf hin? In wessen Interesse? Auf Grund welcher Gesetze?

Die S.-R. und die Menschewisten jammern von Moral und Sittlichkeit. Pharisäer und Heuchler! Mit vergifteten Kugeln die Brust der Führer des Proletariats treffen — das ist sittlich, aber dieses Verbrechen enthüllen — das ist unsittlich! Züge in die Luft sprengen, Sowjetkassen berauben, Aufstände gegen den Proletarierstaat anzetteln — all das ist sittlich, aber die Enthüllung dieser Verbrechen ist unsittlich.

Wem aber dient die Wahrung dieser Geheimnisse? All jenen, die neue Anschläge gegen Sowjetrußland, gegen die Kommunistische Partei unternehmen. Die Arbeiterklasse hat es nötig in ihrem Kampf, daß die Ge-

heimnisse aller Agenten der Bourgeoisie ausnahmslos ans Tageslicht kommen. Das erfordern die Interessen der Revolution. Und die Revolution ist das höchste Gesetz, sagte oft der verstorbene Plechanow. Derjenige, der sich gegen das Gesetz der proletarischen Revolution vergeht, der Verschwörungen und Aufstände gegen die Proletarierregierung anzettelt, gerade der ist ein Verräter und Judas an der Arbeiterklasse, gerade der ist ein gedungener Mörder und verächtlicher Lakai der Bourgeoisie.

Ssemenow — bitte das zu beachten — soll Verfolgungen der Partei der S.-R. „provizieren“. Worin besteht diese Provokation, meine Herrschaften? Vielleicht darin, daß Sie ihn an die Spitze ihrer Kampfarbeit stellten? Sie beauftragten ihn zu sprengen, zu provizieren, die Sowjetregierung zu untergraben. Ssemenow hat im Auftrage der Partei mehr als eine provokatorische Handlung begangen. Eine ganze Reihe aktiver Sozialrevolutionäre der Partei machten sich gegen die Rote Armee des schwärzesten Verrates und der Provokation schuldig. Daß Mitglieder der Partei der S.-R. unter dem Schein von Spezialisten in die Reihen der Roten Armee eintraten, sie zersetzten, einzelne Teile zum Uebergang auf die Seite der Weißen bewogen; daß der Oberst Machin, ein bedeutendes aktives Mitglied der Partei und heute der nächste Mitarbeiter des „Revolutionären Rußland“ — des Zentralorgans der Partei der S.-R. — daß dieser Herr im Jahre 1918 in seiner Eigenschaft als Generalstabsschef einer der Sowjetarmeen vor Ufa den Ueberlauf dieser Armee auf die Seite der Weißen veranlaßte — dies alles war ungeheuerlichster Verrat und Provokation. Und derartiger Tatsachen gibt es eine ungeheure Anzahl in der Vergangenheit der S.-R. Hier ist noch eine: Vor uns liegt die Zeitung „Die Sache des Volks“, das Organ der sozialrevolutionären Partei, das in Kasan herausgegeben wird. In der Nummer vom 25. September 1918 dieser Zeitung ist ein Brief des ehemaligen Kommandierenden der I. Armee, A. I. Chartschenkos, wiedergegeben, worin dieser Herr unter anderem folgendes schreibt:

„Ich habe tatsächlich Ufa und Orenburg übergeben und bin auf die Seite der Konstituierenden Versammlung übergegangen, indem ich ihr 10 Aeroplane, 2 000 000 Rubel in Banknoten, sowie auch alles Kriegsinventar überlieferte.“

Hier ist der Verrat und die Provokation. Und Verräter an der Revolution ist jeder, der diese Herrschaften deckt und ihre Geheimnisse bewahrt.

II.

Aber, entgegen uns die sozialdemokratischen Advokaten, heutzutage sind die Sozialrevolutionäre nicht dieselben. „Ihre Position“, schreibt der „Sozialistische Bote“, „hat sich in vielem geändert.“

Die S.-R. selber erklären, daß sie seit den Zeiten Koltshaks nur friedliche Mittel anwenden, daß die Bolschewisten alte Rechnungen austragen, daß sie sich für Dinge rächen, welche die Amnestie der Sowjetregierung schon längst ausgeglichen hat.

Das aber ist des Pudels Kern, daß alle diese Versicherungen erlogen sind, daß die Partei der S.-R. während der ganzen Revolutionszeit mit nur unbedeutenden Unterbrechungen einen ständigen unerbittlichen, allseitigen Kampf gegen die Sowjetregierung führt. Sie hat eine ganze Epoche der Spaltungen und Amputationen hinter sich, die ehrenhaftesten und revolutionärsten Elemente haben ihre Reihen verlassen, aber jener Kern, der blieb und die alte Partei fortsetzt, dieser Kern hat den alten Standpunkt beibehalten, die alte Taktik, das alte Abenteuerium und die alte und ewig sich erneuernde Beschränktheit. Die Menschewisten lügen ganz bewußt, wenn sie das Gegenteil behaupten, denn sie selber kennen nur allzuwohl die Vergangenheit und Gegenwart der sozialrevolutionären Partei.

Laßt uns in Kürze die Tätigkeit der sozialrevolutionären Partei während der letzten drei Jahre betrachten und sehen, inwieweit die Versicherungen der S.-R. und ihrer Advokaten begründet sind, wonach der Standpunkt dieser Herren sich „radikal verändert“ hätte.

Im Herbst 1918 geriet die sozialrevolutionäre „demokratische Front“ zwischen zwei Feuer: vom Westen kam der Anmarsch der Roten Armee, im Osten entstand auf dem Boden einer Koalition zwischen den S.-R. und den Kadetten das „Reich“ des Admirals Koltshak. Die Partei der S.-R. entbehrte der physischen Möglichkeit, den Kampf nach zwei Fronten fortzusetzen, als die Leiter der Konstituierenden Regierung beschlossen, ein Abkommen mit den Bolschewisten zu treffen. Es wurde die sogenannte „Ufa-Delegation“ geschaffen, welche die Verhandlungen anfangs in Ufa, sodann in Moskau führte. Das war aber kein einmütiger Beschluß der Partei. Es war bloß ein Akt der Minderheit. Das von Tschernow geleitete Zentralkomitee der Partei war entschieden gegen jedes Abkommen mit der Sowjetregierung. Jener Teil der S.-R., der dieses Abkommen traf, ward späterhin genötigt, die sozialrevolutionäre Partei zu verlassen und eine selbständige Organisation unter dem Namen „Minderheit der sozialrevolutionären Partei“ zu bilden.

Welches war nun aber die offizielle Politik der Partei der S.-R. nach Liquidation der Front der Konstituierenden Versammlung? Vor allem erhob das Z. K. der S.-R. einen entschiedenen Protest gegen das Verhalten der sogenannten Ufadelegation der S.-R., die die Unterhandlungen mit der Sowjetregierung führte. In der menschewistischen „Presse-Zeitung“ vom 3. März wurde eine Resolution des Moskauer Büro des Z. K. der Partei der

S.-R. veröffentlicht, in dem es unter anderem heißt: „Es sind keinerlei Veränderungen in der Ideologie der Partei eingetreten. Die Partei der S.-R. ist überzeugt, daß nur eine Verwirklichung der vollen Volksgewalt die Interessen der Werktätigen wahren kann. Auch der Standpunkt der Partei im Verhältnis zur bolschewistischen Regierung ist unverrückt der gleiche.“ Weiterhin teilt das Büro des Z. K. mit, daß die Konferenz der S.-R. im Moskauer Gebiet „die von der Ufadelegation unternommenen Schritte aufs Schärfste verurteilt und erklärt habe, daß keinerlei Unterhandlungen der Partei mit der Sowjetregierung stattfinden dürften.“ Nach einem Hinweis darauf, daß die Partei einen bewaffneten Kampf mit den Bolschewisten „aufs Entschiedenste leugnet“, fährt das Büro des Z. K. folgendermaßen fort: „Die Parteiorganisationen haben keinerlei Unterhandlungen betreffs Legalisation der Partei und auch keine sonstigen Schritte unternommen. Jegliches Vorgehen von Mitgliedern der Ufadelegation ist deren eigener Initiative zuzuschreiben, und die Partei übernimmt dafür keine Verantwortung.“

Das „entschiedene Leugnen“ eines bewaffneten Kampfes ist selbstverständlich nur eine Redefloskel und hat nur diplomatische Bedeutung, denn — wenn die Partei der S.-R. dem bewaffneten Kampf tatsächlich entsagt hätte — welche Gründe hätten sie dann verhindert, nach Legalisation zu streben? Es ist doch klar, daß jede Partei nach der Macht strebt, und zwar entweder mittels des bewaffneten Kampfes oder auf legalem Wege. Wenn die S.-R. im März 1919 in der Tat dem bewaffneten Kampf Valet gesagt hätten, so hätten sie um jeden Preis nach legaler Tätigkeit streben müssen. Aber das Büro des Z. K. der S.-R. erklärte demonstrativ, daß „keinerlei Unterhandlungen betreffs Legalisierung der Partei und keinerlei Schritte in dieser Richtung von Parteiorganisationen unternommen worden wären“. Das entspricht natürlich nicht der Wahrheit: die Ufadelegation war eine sehr bedeutende Parteiorganisation, aber für den vorliegenden Fall ist es von Bedeutung, daß die Partei der S.-R. nicht nach Legalisierung strebte, da sie sich zu neuem bewaffneten Kampf vorbereitete.

Das Plenum der Partei der Sozialrevolutionären, dessen Sitzung am 5. Februar 1919 stattfand, zerstreute alle Zweifel. In der Resolution des Plenums heißt es betreffs der Frage der Haltung zur Sowjetregierung wörtlich wie folgt:

„Die werktätige Demokratie und die Partei der Sozialrevolutionären im Besonderen kann, angesichts der von rechts drohenden Gefahr, den mit den Waffen in der Hand gegen die Bolschewisten geführten Kampf solange einstellen, als sie nicht genügende Kräfte besitzt, um den Kampf nach zwei Fronten aufzunehmen. Zwecks Sammlung von Kräften kann die werktätige Demo-

kratie die Massen von unorganisierten Aufständen, Krawallen und Streiks usw. zurückhalten, da dieselben nur die Kräfte des Volkes aufreiben und den allgemeinen Ruin beschleunigen. Doch kann sie nimmermehr außer acht lassen, daß der beste Mitarbeiter an der künftigen Gegenrevolution das bolschewistische System selber ist, daß es nur vom eigenen Verhalten der Bolschewisten abhängt, ob der unausbleibliche Sturz ihrer Macht ein friedlicher oder katastrophaler sein wird, und daß im Augenblick dieses Endes der Platz der sozialrevolutionären Partei wie immer nicht abseits, sondern an der Spitze des Volkes ist, das kämpfend zu seinem Recht gelangte.“

Der Sinn dieser hochtrabenden Tirade liegt klar auf der Hand; das Z. K. sagt: wir „können“ den Kampf gegen die Bolschewisten einstellen, denn — wir können ihn nicht weiterführen. Aber sobald wir neue Kräfte geschöpft haben werden, wollen wir uns an die Spitze des zu „seinem Recht gelangten“ Volkes stellen, d. h. wir wollen einen neuen Bürgerkrieg gegen die Partei der Bolschewisten beginnen. Und damit darüber kein Zweifel sei, erklärte das Plenum des Z. K. der S.-R., indem es sich auf die ihm vom VIII. Kongreß der Partei verliehenen außerordentlichen Vollmachten berief: „die sozialrevolutionäre Partei hält an ihrem Entschluß fest, im gegebenen Moment ausnahmslos alle Kampfmittel zu gebrauchen“. Dieser Gesichtspunkt wurde vom IX. Kongreß der Partei akzeptiert.

Ungeachtet solcher unzweideutiger Drohungen beschloß die Sowjetregierung, die Partei der S.-R. zu legalisieren und gab ihr Gelegenheit, durch die Tat zu beweisen, wie ihr Verzicht auf einen Kampf gegen die proletarische Diktatur aufzufassen sei. Der Augenblick war für Sowjetrußland äußerst gefährlich. Koltshak sammelte seine Kräfte und bereitete sich zum Angriff auf die roten Heere vor. Im ganzen Süden hausten die Leute Denikins. Im Norden und Westen ging ein erbitterter Kampf zwischen Roten und Weißen vor sich. Die S.-R. begannen in Moskau eine große Tageszeitung „Die Sache des Volks“ herauszugeben. — Was bildete das Hauptthema dieser Zeitung? Die Sowjetregierung und ihre Bekämpfung. Tagein, tagaus, von Nummer zu Nummer hetzten die Herrschaften gegen die Bolschewisten, zogen die Sowjetregierung in den Schmutz, während sie von allen Seiten von weißen Räubern umlagert war. Es lag klar auf der Hand, daß die legale Zeitung den S.-R. als Mittel diene, um ihre Kräfte zu sammeln, um „im gegebenen Moment ausnahmslos alle Kampfmittel anzuwenden“. Natürlich konnte die Sowjetregierung den S.-R. nicht gestatten, offen die Streitkräfte der Gegenrevolution zu sammeln. Nachdem sie sich endgültig von den verbrecherischen Absichten dieser Partei überzeugt hatte, nahm sie derselben das Recht der öffentlichen Tätigkeit.

Im Laufe des Sommers 1919 nahm der Verfall innerhalb der Partei der S.-R. ungeheure Dimensionen an. Die Zahl der Anhänger eines Abkommens mit der Sowjetregierung wuchs von Tag zu Tag. Im Juni trat die Ufa-Organisation der Partei mit einem Aufruf an alle Parteimitglieder hervor. In diesem Aufruf forderte die Ufa-Organisation alle Parteimitglieder der S.-R. auf, sich in der Bekämpfung der Gegenrevolution auf die Seite der Sowjetregierung zu stellen. Das Zentralkomitee der S.-R. faßte am 25. August 1919 folgenden Beschluß: „Die Ufa-Organisation ist zu liquidieren. Das Ural-Kreiskomitee ist zu beauftragen, in Ufa eine neue Organisation der Partei aus Elementen zu bilden, die auf dem allgemeinen Parteistandpunkt stehen und alle Verpflichtungen einhalten, die aus dem Umstand ihrer Parteizugehörigkeit entspringen.“

Was sind denn das für „Verpflichtungen“? Die Antwort unterliegt keinem Zweifel: die Verpflichtung einer unerbittlichen Bekämpfung der Sowjetregierung. Im Augenblick der höchsten Erfolge Denikins schrieb das Blatt „Die Sache des Volks“, ein Organ des Z. K. der sozialrevolutionären Partei, folgendes:

„Die Südfront ist vernichtet, die Armee flieht in panischem Schrecken, eine Stadt um die andere fällt ohne Widerstand in die Hände der Sieger . . . Begreift das Zentralkomitee der kommunistischen Partei nun endlich, daß es nachgeben und sich dem Willen fügen muß, daß die Parteidiktatur der Herrschaft der werktätigen Klassen weichen muß, einer Herrschaft, die sich auf die allgemeine Abstimmung des ganzen Volkes stützt?“

Darum sorgte sich die s.-r. Partei in einem Augenblick, als Moskau von den Banden Denikins bedroht war. Und in der nächsten Nummer, vom 5. September 1919, schrieb das Blatt „Die Sache des Volks“, indem es sich an die Sowjetregierung wandte: „Die Willensfreiheit der Völker Rußlands kann nur eine rechtliche Ordnung schaffen: die Volksherrschaft, die euch mit all eurem Trara hinweggefegt wird.“ Und weiterhin versichert das „Blatt“, daß der Bolschewismus niemanden und nichts besiegen kann.

Soll man mit der Sowjetregierung ein Abkommen treffen oder nicht, soll man sie im Kampf gegen die Weißen unterstützen oder nicht? Anlässlich dieser Frage gab es im Herbst 1919 in der sozialrevolutionären Partei nochmals eine formelle Spaltung zwischen der unerbittlichen Majorität und der „kompromißlerischen“ Minorität. An der Spitze der Majorität standen die Herren Tschernow, Gotz, Donskoj u. a.

III.

Im Sommer 1920 verstärkte sich in mehreren Gegenden Rußlands die Antisowjet-, Banditen-, Faustrecht- und Bauernbewegung. Die politischen Führer und Inspiratoren dieser Bewegung waren

die sozialrevolutionären Parteiorganisationen. Besonderen Umfang nahm die Antisowjet-Bewegung im Tambowschen Gouvernement, in Sibirien und im Kubangebiet an. In Tambow war der militärische Leiter des Aufstandes der Sozialrevolutionär Antonow, während die politische Leitung in den Händen des Parteikomitees der Sozialrevolutionäre lag.

Im Kubangebiet und in Sibirien wurden die Aufstände von sozialrevolutionären und Offiziers-Organisationen geleitet.

Anfangs September 1920 trat in Moskau die Allrussische Konferenz der sozialrevolutionären Partei zusammen. Das war während der Periode, wo über der Republik als drohendes Damoklesschwert die weißpolnische und die Wrangel-Gefahr schwebte. Welchen Standpunkt vertrat nun die Konferenz der Sozialrevolutionäre?

Der Bericht des Zentralkomitees über die gegenwärtige Lage wird debattiert. Der sozialrevolutionäre Vertreter des Kubangebietes äußert sich zum Bericht folgendermaßen:

„Das Hervortreten länger aufschieben geht nicht an. Sowohl im Zentrum als auch in den Grenzländern gibt es selbständige sozialrevolutionäre Parteien, da die Grenzländer nur allzu oft vom Zentrum abgeschnitten sind. Sogar in Moskau besteht die Möglichkeit eines aktiven Vorgehens. Ein unverzüglicher bewaffneter Aufstand tut not. Wir Kaukasier werden uns keinem anderen Beschluß fügen. Wir haben ein Komitee der Befreiung Südrußlands gegründet zwecks unverzüglichen Vorgehens gegen die Bolschewisten.“

Durchaus auf Seiten des Vertreters von Kuban stand der Delegierte aus Jekaterinoslaw: „Genug der Reden über die Schaffung einer dritten Macht; sie besteht schon,“ erklärt er, „die dritte Macht, d. h. die Macht der „Demokratie“, deren Führer die sozialrevolutionäre Partei sein muß.“

Der Tambowsche Delegierte erinnert an die Worte Gerschunis, der Terror sei notwendig, wenn die Handlungen der Regierungsgewalt die Gesamtheit beleidigen und es keine andere Sühne dafür gebe. „Ich bestehe auf dieser Methode,“ sagte er, „unter Voraussetzung des Schutzes der Organisation.“

Die Worte des Tambowschen Delegierten müssen der ernstesten Aufmerksamkeit gewürdigt werden. Es handelt sich darum, daß im Tambower Rayon, wo die Antonowleute wüteten, eine Massenausrottung der Kommunisten stattfand. Der Tambowsche Delegierte empfahl diese Maßregel der gesamten Partei. Darauf entgegnete der Delegierte aus Jekaterinoslaw folgerichtig: „Terror müsse man nicht besprechen, sondern betätigen“ und fügte sogleich mit weiser Voraussicht hinzu: „Alle Organisationen müssen sofort in eine illegale Lage übergeführt werden.“ (In einigen Gegenden existierten die Sozialrevolutionäre halb legal.)

Der Delegierte der Kuban - Organisation sagte:

„Nach dem Sturz der Bolschewisten werden wir die Demokratie herbeirufen. Wir bedürfen des Glaubens an ihre Macht. Für mich ist der Bolschewismus schlimmer als eine Zerteilung Rußlands. Der Fehler Kerenskis besteht darin, daß er das Todesurteil nicht eingeführt hat. Zwecks Sturzes der Bolschewisten kann man sich mit jedem verbünden. Wozu die Reinheit des Tempels wahren? Wir müssen einen prinzipiellen Beschluß über den bewaffneten Kampf fassen, seine Formen später feststellen.“

Der Konferenz fehlte die Einmütigkeit. Ein Teil der Delegierten warnte vor einer Ueberschätzung der Wirksamkeit der „dritten Macht“ und mahnte zur Vorsicht. Von zehn Delegierten der Konferenz stimmten sechs für die sofortige Organisation eines bewaffneten Aufstands. Vier Delegierte stimmten für eine Resolution, die die Frage der Vorbereitung eines neuen Kampfes mit dem Bolschewismus auf die Tagesordnung setzte. Schließlich wurde der Hauptpunkt der Resolution betreffs der gegenwärtigen Lage folgendermaßen formuliert:

„Der neunte Rat der Partei beschloß angesichts der derzeitigen Erfolge der Gegenrevolution, zeitweilig den bewaffneten Kampf gegen die bolschewistische Regierung einzustellen. Heute aber, in Anbetracht des Umstandes, daß die rasche Liquidierung Denikins und Koltshaks die Unmöglichkeit einer Wiederherstellung der Bourgeois- und Gutsbesitzer-Regierung klargelagt hat, daß das bolschewistische Regime durch die bloße Tatsache seines Bestehens unausbleiblich eine innere gegenrevolutionäre Bewegung und Angriffe des internationalen Imperialismus hervorruft, daß eine Bestätigung der Volksherrschaft an sich schon ein wirksames Mittel bilden würde, um einer Intervention seitens der Entente den Boden unter den Füßen fortzuziehen, und schließlich, da wir das Vorhandensein einer ausgedehnten Aufstandsbewegung der Volksmassen zwecks Sturz der kommunistischen Diktatur und Aufrichtung der Volksherrschaft konstatieren, sieht die Konferenz der sozialrevolutionären Partei die Notwendigkeit einer künftigen Wiederaufnahme des bewaffneten Parteikampfes mit der bolschewistischen Regierung voraus. Wenn man außerdem die Zersplitterung der Massen in Betracht zieht, so ist die Konferenz der S.-R. P. der Meinung, daß die nächste Aufgabe der Partei darin besteht, an der Organisation aktiver Volkskräfte, die zur Erreichung der erwähnten Ziele notwendig sind, zu arbeiten.“ (Das „Revolutionäre Rußland“, Nr. 1, 25. Dezember 1920.)

So haben die russischen Sozialrevolutionäre im September 1920 den offiziellen Weg zum Aufstand eingeschlagen, haben sich offiziell von der Resolution des IX. Kongresses betreffs Einstellung des bewaffneten

Kampfes gegen die Bolschewisten losgesagt.

Unter dem Zeichen der Organisation eines bewaffneten Massenaufstandes geht die fernere Arbeit der sozialrevolutionären Partei vor sich. In der ersten Nummer des „Revolutionären Rußland“ schreibt Viktor Tschernow: „Das revolutionäre Rußland lebt. Es hat das den weißen Generälen bewiesen . . . Es wird dasselbe auch den bolschewistischen Gewalthabern beweisen . . . Das revolutionäre Rußland kann sich heute mit der ganzen Front gegen die Bolschewisten des Ostens kehren.“ Dies war die Parole, die die sozialrevolutionäre Partei Ende des Jahres 1920 ausgab.

Die sozialrevolutionäre Partei bereitete sich zu neuen Schlachten vor. Doch zum Kampf bedurfte es der Verbündeten. Diese fanden sich — in der Person der „linken“ Kadetten, mit Miljukow an der Spitze. Im Januar des Jahres 1921 wurde in Paris unter dem liebenswürdigen Beistande der französischen Regierung die sogenannte Sitzung der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung einberufen. An dieser Beratung nahmen seitens der Sozialrevolutionäre teil: Tschernow, Kerenski, Awksentjew, Sansinow, Minor, Bunakow, Schreider, Breschko-Breschkoffskaja, Gukowsky u. a. Seitens der Kadetten: Miljukow, Maklakow, Poditschew, Wanawer, Konowalow. Seitens der Oktobristen: Meiendorff, von den nationalen Sozialisten: Tschaikowsky. Während dieser Sitzung ward die Koalition zwischen den Kadetten und den Sozialrevolutionären wiederhergestellt. Hier wurde die bürgerlich-demokratische Einheitsfront gegen Sowjetrußland erneuert.

Daß die Sitzung gerade in Paris einberufen wurde, war kein bloßer Zufall. Nach der Liquidation der Wrangellaffäre und dem Friedensschluß mit den Polen hatte Frankreich niemand, auf den es sich bei der Bekämpfung Sowjetrußlands stützen konnte. Es beschloß damals, die Streitkräfte der Sozialrevolutionäre und der Kadetten „zu ordnen“ — auf alle Fälle. Die Beziehungen der französischen Regierung zu den Initiatoren der Beratung waren nicht einmal maskiert. Wir haben hier ein interessantes Dokument. In dem unlängst im Moskauer Privatverlag erschienenen Buch des Mitgliedes des Z. K. und der konstituierenden Versammlung — Wladimir Tschaikin — finden wir ein Telegramm, das ihm aus Tiflis nach Paris in die Redaktion der „Humanité“ gesandt worden war. Hier das Telegramm:

„Aus der Presse erfuhr ich, daß die initiative Gruppe der politischen Emigranten mit Nikolai Awksentjew an der Spitze einen Aufruf erlassen habe, worin alle Mitglieder der Konstituierenden Versammlung nach Paris zur Teilnahme an der von der Gruppe einberufenen Konferenz geladen werden. Dieser Aufruf, der durch Vermittelung der französischen diplomatischen Mission nach Georgien gelangte, ist mit

dem Siegel des (ehemaligen) Premiers Frankreichs, Leygues, versehen, und dieser Umstand sichert allen zur Konferenz Reisenden den allseitigen Beistand der französischen Regierungsagenten."

Tschaikin ist der Meinung, daß „der Schritt der Pariser Emigrantengruppe der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung für das sozialistische Rechtsgefühl die tiefste Erniedrigung bedeute" und darum „protestiert er aufs Entschiedenste gegen eine Gemeinschaft mit den Ideenträgern der Weltreaktion und des Imperialismus".

Die Beratung zwischen den Kadetten und den Sozialrevolutionären, über welche wir weiter unten durch Herrn Martow interessante Details erfahren, wurde glücklich zu Ende gebracht. Die Beratung wählte eine Exekutivkommission, die in Europa und Amerika eine ständige Kampagne gegen die Anerkennung Sowjetrußlands führt. Einige in Rußland befindliche Sozialrevolutionäre protestierten gegen eine Erneuerung des Bundes mit den Kadetten, sie verlangten den Austritt der Sozialrevolutionären aus der Exekutivkommission und schlugen für den Fall einer Weigerung der Auslandsdelegation vor, Kerenski, Bunakow, Awksentjew und andere Verbündete Miljukows aus der sozialrevolutionären Partei auszuschließen. Bis zum heutigen Tage aber gehören die Sozialrevolutionären zur Exekutivkommission der Konstituierenden Versammlung, und an ihren Ausschluß aus der Partei denkt niemand ernstlich.

Der Block der Kadetten und Sozialrevolutionäre — das ist eine Organisation zwecks aktiven politischen Kampfs gegen die Sowjetregierung. Am deutlichsten trat das vereinbarte Vorgehen der Kadetten und Sozialrevolutionäre im vorigen Jahre zur Zeit der Kronstadtaffäre hervor. „Die Stimme Rußlands" versichert in der Nummer vom 5. März 1. J., die sozialrevolutionäre Partei hätte sich seit 1919 bloß mit „einem allgemein politischen Ideenkampf für ihr Programm" begnügt. Schon aus obigem ist zu ersehen, daß das nicht der Fall ist. Halten wir uns jetzt an andere Dokumente. Während des Kronstadt-Aufstands schrieb Viktor Tschernow in dem Flugblatt „Das revolutionäre Rußland":

„Kronstadt erhob sich. Durch sein heroisches, aufopferndes Beispiel ruft es ganz Rußland zur längstsehnten Befreiung. Petersburg hat Generalstreik erklärt. Und Ihr, Ihr Despoten und Tyrannen? Zählt Ihr auch die Tage, die Eure dem ganzen Volke zuwider gewordene Macht noch überdauern wird? Wenn Euch das Leben lieb ist — Bahn frei! Das Volk erhebt sich, das Gericht setzt ein."

In Nr. 4 des „Revolutionären Rußland" lesen wir im Leitartikel:

„Das Grollen der Batterien Kronstadts ruft das ganze Land zum Kampf auf. Mag denn ein Generalstreik diesen Aufruf fort-pflanzen und alle revolutionären Streitkräfte des Landes mobilisieren, um das zu enden, was

Kronstadt begann . . . Es gibt weiter keine Wahl. Kein dritter Weg ist uns gegeben. Wer nicht für Kronstadt ist, der ist ein Helfershelfer und moralischer Mitschuldiger des blutigen Feldmarschalls Trotzky und seiner Henker. Wir haben unsere Wahl getroffen. Wir gehen mit dem aufständischen Volk, wir gehen mit dem aufständischen Kronstadt gegen seine Unterdrücker und Henker."

Diese pathetische Deklamation, die zum entscheidenden bewaffneten Kampf gegen Sowjetrußland auffordert, gleicht eigentlich nicht ganz „einem allgemein politischen Ideenkampf". Denn hier ist nicht von bloßen Ideen die Rede, sondern von mit Kanonen und Maschinengewehren ausgerüsteten Ideen. Die sozialrevolutionäre Partei stellte sich während der Tage von Kronstadt ausnahmslos auf die Plattform des Aufstandes. Tschernow sandte aus Reval ein Telegramm an das Kronstädter Revolutions-Komitee und bot ihm Geld, Waffen und Mannschaften zur Bekämpfung der Sowjetregierung an.

Gleichzeitig hat Miljukow sich schleunigst die Losung zu eigen gemacht „Sowjets ohne Kommunisten". Er und seine Partei stellten sich ausnahmslos auf die Seite des Kronstädter Aufstands und begannen eine energische Kampagne zwecks Mobilisierung der Kräfte und Ressourcen zur Unterstützung der „heldenhaften Seeleute . . ."

Im August 1921 versammelte sich in Samara der 10. Sowjet der sozialrevolutionären Partei. In der Resolution zur politischen Lage lesen wir:

„Der 10. Sowjet hält die Hoffnungen auf eine allmähliche Umgestaltung der Diktatur in eine demokratische Gesellschaftsordnung für eine Utopie und gleichzeitig die Restaurationsgedanken der gegenrevolutionären Generale für völlig hoffnungslos, und darum definiert der 10. Sowjet die Lage der Partei als einen Zustand des Schöpfens neuer Kräfte seitens der werktätigen Demokratie, jener dritten Macht, die allein dank ihres aktiven Eingreifens fähig sein wird, die Revolution auf den rechten Weg zurückzuführen und einer wahren Volksherrschaft zum Siege zu verhelfen. Der 10. Sowjet der Partei, der sich in einem Augenblick versammelt, da der vollständige ideelle und politische Bankrott der bolschewistischen Regierung klar zutage tritt, da letztere alle moralischen Wurzeln im Lande eingebüßt hat und zu einer den werktätigen Massen offen feindlich gegenüberstehenden Macht ausgeartet ist, erklärt, daß die Frage eines Sturzes der Diktatur der Kommunistischen Partei mit der ganzen Wucht einer Lebensforderung ihren Platz auf der Tagesordnung behauptet und zu einer Existenzfrage der russischen werktätigen Demokratie wird."

Nicht wahr, das ist doch klipp und klar gesagt? Das ist ein Ultimatum. Der Krieg ist erklärt. Es ist leider wahr, wir sind noch fern vom Sturz, aber das ist eben unsere Schuld und der Kummer der Herren Sozialrevolutionäre und ihrer

Clique. Jedenfalls aber kann die Sowjetregierung bezeugen, daß die sozialrevolutionäre Partei alles Mögliche und Unmögliche tut und tat, um die verhaßte Proletarierdiktatur zu vernichten.

Ihr Herren sozialdemokratischen Advokaten, die Ihr angesichts der ganzen Arbeiterklasse als Verteidiger der sozialrevolutionären Partei auftritt! Ist es Euch bewußt, daß in der Sowjetrepublik die Partei der Sozialrevolutionäre eine gegen die Staatsgewalt kämpfende Partei ist? Ist Euch bewußt, daß die sozialrevolutionäre Partei zur Bekämpfung des Bolschewismus nach alter Art mit dem ersten Besten Gemeinschaft macht, mit jeder beliebigen Bande der Schwarzen Hundert? Ist es Euch bewußt, daß der Block mit den Kadetten von Paris einen Block mit den Resten der Offiziersbanden Rußlands bedeutet?

Da haben wir Nr. 2 des Journals „Das revolutionäre Rußland“ vor uns, des Zentralorgans der sozialrevolutionären Partei. Und in diesem sozialrevolutionären Zentralorgan ist ein Artikel veröffentlicht, den der schon weiter oben von uns charakterisierte sozialrevolutionäre Provokateur Oberst Machin verfaßt hat. Oberst Machin schreibt über die Rolle der Bauernschaft im Bürgerkriege. Er konstruiert die „militärisch-strategische Theorie der Bauernbewegung.“ Der erste Punkt dieser Theorie lautet:

„Eine organisierte Bewegung kann man nur eine derartige Bewegung nennen, welche sich in einem allerorten und womöglich gleichzeitig erfolgenden Aufstand der werktätigen Massen kundtut, welche in ein bestimmtes Bett geleitet wird und fähig ist, sowohl den Weißen als auch den Roten eine Niederlage zu bereiten.“

Die Weißen bedeuten hier nur eine schöne Redewendung. Die Weißen sind natürlich zuallererst die Sozialrevolutionäre und Kadetten selber. „Die Theorie“ ist aber zur Bekämpfung der Roten bestimmt.

„In einer organisierten Bewegung“, schreibt Oberst Machin weiter, „kann man zwei Perioden unterscheiden: die vorbereitende und die entscheidende. Die erste ist der konspirative Prozeß der Zusammenschließung der Massen in Dorf, Bezirk und Kreis, ja, womöglich in ganzen Gouvernements. Ein Stamm leitender politischer Organe wird geschaffen, denen militärische aus der Masse der Bevölkerung selbst unterstellt sind. Sie machen eine Aufstellung der Kräfte und Hilfsmittel eines gegebenen Rayons, ein Operationsplan wird für diese Rayons ausgearbeitet, der dem allgemeinen Plan entsprechen muß, und Maßnahmen zur Bewaffnung der Bevölkerung werden getroffen. In dieser Periode ist auch der Anfang einer Partisanentätigkeit möglich, deren Ziel die Desorganisation der Regierungsgewalt ist, die gezwungen werden muß, ihre Kräfte zu zersplittern und in einem Zustande ständiger Anspannung zu verharren.“

Nicht wahr, das alles entspricht einem „sozialpolitischen Ideenkampf für das Programm“? Aber laßt uns weiter hören!

„In der zweiten entscheidenden Periode kommt der offene bewaffnete Massenaufstand an die Reihe, dessen Ziel es ist, allerorten in möglichst kurzer Zeit die Regierungsgewalt den Händen des Volkes zu überliefern. Doch muß für einzelne Rayons eine Verzögerung in der Erreichung des entschiedenen Erfolgs in Betracht gezogen werden. In solchen Fällen müssen die Aufständischen dieses Rayons durch ihre Nachbarn unterstützt werden.“

Weiterhin arbeitet Machin die „Taktik der Insurgenten“ aus. Hier können wir folgendes lesen:

„Die Partisanentrupps müssen die Verkehrswege des Gegners angreifen, Fouragons, Waffen- und Militärinventarlager, kleine feindliche Garnisonen überfallen, die Verkehrsmittel, Telegraf und Telefon zerstören. Das Vorgehen der Partisanengruppe ist buchstäblich fähig, einen großen Teil des Landesterritoriums den Händen des Feindes zu entreißen und dadurch eine Beschleunigung der Vorbereitung zum entscheidenden Hervortreten herbeizuführen. Die Leitung des Vorgehens der Partisanentrupps hat darin zu bestehen, daß man ihnen den Rayon und breite Landstriche anweist, die zu den wichtigsten strategischen Objekten führen — zu Bahnknotenpunkten und Administrativzentren. Falls man den Partisanengruppen noch Artillerie zuteilt, so erhalten diese dadurch die Möglichkeit, größere Aufgaben zu erfüllen, werden aber in der Leichtigkeit ihrer Bewegungen beeinträchtigt, auch das Verbergen vor dem Feind wird dadurch erschwert.“

Nicht zu vergessen: der „Feind“ — das ist die Sowjetregierung! Die Partisanentrupps — sagt Machin — sind der Kern, um den sich die Bauernheere gruppieren. Worin besteht die Aufgabe der Bauernheere? Machin formuliert sie folgendermaßen:

„Angriffe auf bedeutende administrative Zentren, entschlossene Okkupationen mit mehr oder weniger bedeutenden Garnisonen und ein regulärer Kampf mit bedeutenden feindlichen Streitmächten, deren Endergebnis die Reinigung großer Territorien vom Gegner sein kann. Mit jedem Erfolg wächst der Umfang des Handelns. Der Kleinkrieg verwandelt sich dank dem Zustrom neuer Kräfte in einen Massenkampf, der die Möglichkeit bedeutender strategischer Erfolge in sich birgt.“

Indem Machin zur Strategie in der Bauernbewegung übergeht, schreibt er unter anderem:

„Die Strategie verlangt gebieterisch, daß ein Volksaufstand auf möglichst ausgedehntem Territorium, womöglich allerorten begonnen werde. Die Wucht eines gleichzeitig und überall erfolgenden Vorgehens ist ungeheuer. Keine Regierungsgewalt kann damit fertig werden.“

Der achte, der Schlußpunkt der „Militärisch-strategischen Theorie der Bauernbewegung“, lautet wie folgt:

„Als Quelle der Versorgung mit Waffen und Munition dienen die in den Händen des Gegners befindlichen Vorräte und Lager (d. h. der Sowjetregierung). Die Bauernschaft ist genötigt, den Kampf mit sehr geringen Waffen zu eröffnen. Darum ist es die erste Aufgabe der Aufständischen, sich der gegnerischen Waffenlager zu bemächtigen. In der Periode der Vorbereitungen zum Aufstand müssen sorgfältige Informationen über Ort und Quantität der Waffenvorräte eingezogen werden, insbesondere betreffs der Gewehre, Maschinengewehre und Munition. Vom Ergebnis des ersten Angriffs auf solche Lager wird das fernere Schicksal der Bewegung abhängen, da bei der Kampfbereitschaft der Bevölkerung die Quantität der Waffen die Anzahl der Truppen bestimmt.“

Nun wohl, ist dieser ganze Aufsatz eine unschuldige Zerstreung eines Obersten a. D., oder sind das die blutigen Pläne der sozialrevolutionären Partei? Ja, das sind Pläne, das ist das Programm des praktischen Vorgehens, das sich auf die Erfahrungen der gegenrevolutionären Bekämpfung der Sowjetregierung stützt. Oberst Machin phantasiert durchaus nicht, er verallgemeinert bloß die Erfahrungen im Waffenkampfe, die die Sozialrevolutionäre in den Jahren 1920 und 1921 im Tambower Gebiet, in Sibirien und im nördlichen Kaukasus gemacht haben.

Meine Herren sozialdemokratischen Advokaten: Ist Ihnen die „militärisch-strategische Theorie der Bauernbewegung“ der Sozialrevolutionäre bekannt? Wenn sie Ihnen unbekannt ist, — was ermächtigt Sie dann von Dingen zu reden, von denen Sie nichts wissen? Wie wagen Sie es, die europäischen Arbeiter der Unfehlbarkeit und der Unschuld der sozialrevolutionären Partei zu versichern? Wenn Ihnen aber die sozialrevolutionären Pläne und die sozialrevolutionären Verbrechen bekannt gewesen sein sollten, aus welchen Gründen werfen Sie sich dann zu deren Verteidiger auf? Warum nehmen Sie die blutigen Abenteurer und die haßerfüllten Gegner der Sowjetregierung unter Ihren Schutz?

„Mit jedem Erfolg vergrößert sich der Umfang des Handelns und verwandelt sich der Kleinkrieg . . . in einen Massenkampf . . .“ Von nun ab werden die Arbeiter Europas und Amerikas wissen, wer in Rußland einen neuen Bürgerkrieg entflammen will, wer den russischen Muschik gegen die Revolution zu hetzen sucht und mit allen Mitteln die gegenrevolutionären Brandstifter verteidigt und rechtfertigt. . . .

V.

Wenden wir uns jetzt den russischen Freunden der Sozialrevolutionäre, den Menschewisten und

deren Beziehungen zur Tätigkeit der Sozialrevolutionäre zu. Der von Martow, Dan und Abramowitsch geleitete „Sozialistische Bote“, das Zentralorgan der menschewistischen Partei, erklärt kategorisch: Ein Gericht über die Sozialrevolutionäre wäre „ein Verrat an den Interessen des Proletariats und der Revolution zugunsten der kapitalistischen Gegenrevolution“. (Das Kursiv stammt nicht von uns, sondern vom „Sozialistischen Boten“.)

Also, ein Gericht über die Sozialrevolutionäre, die Mörder von Proletarierführern, die Henker der Proletarierrevolution, die Kampfgenossen der kapitalistischen Konterrevolution bedeutet nach der Meinung der Menschewisten eine Preisgabe des Proletariats an . . . die Kapitalisten! Zu solchen haarsträubenden Gemeinheiten mißbrauchen diese Leute die Zunge, die ihnen eine allzu gütige Natur gegeben . . .

Die Wiener Internationale, an deren Tür die sozialrevolutionäre Partei klopft, hat sich dem Protest gegen ein Gericht über die Sozialrevolutionäre mit vielem Vorbehalt angeschlossen. Die Klauseln waren nicht nach dem Sinn der Menschewisten, und sie stürzten sich mit der ganzen Wucht ihrer „revolutionären“ Entrüstung auf Adler und Co. Der „Sozialistische Bote“ erklärt: „Wir sagen es frei und offen heraus, daß derartige Klauseln und Telegramme seitens Adlers nur ihren Einfluß auf diejenigen beeinträchtigen können, an die sie gerichtet waren.“ Die Menschewisten unterstützen die Sozialrevolutionäre ohne Vorbehalt, entschlossen und bis ans Ende. O, wir begreifen die Herren Menschewisten nur allzuwohl: sie sind die Mitschuldigen an den Verbrechen der Sozialrevolutionäre, sie sind politisch deren Freunde und Verbündete; sie deckten die ganze Zeit diese gemeine Partei der aktiven Gegenrevolution und wollen sie nun wiederum aus der Patsche ziehen.

Als im März 1922 in Berlin die „Russischen Schwarzen Hundert“ den rechten Kadetten Nabokoff ermordeten, streuten die Menschewisten Asche auf ihr Haupt und weinten am frischen Kadettengrabe. Als am 30. August 1918 weiße Sozialrevolutionäre eine vergiftete Kugel in Lenins Brust schossen, fand das in Moskau tagende Z. K. der Menschewistenpartei kein einziges Wort des Beileids für die Kommunistische Partei. Und die damals angesehenste menschewistische Tageszeitung, „Die Sache des Volks“, die in dem von den Anhängern der Konstituierenden Versammlung besetzten Kasan herausgegeben wurde, schrieb Folgendes:

„Wer das Schwert ergreift, kommt durch das Schwert um“, diese Lebensweisheit, die auf dem ganzen langen Wege der Menschheitsgeschichte ihre Bestätigung findet, beherrscht auch heute noch das Leben. Mit klarem Verstande hat der italienische Weise Leonardo da Vinci ständig daran festgehalten: „Der Einfalls-

winkel ist gleich dem Ausfallwinkel". Und das, was am Sonnabend das lakonische Telegramm Swerdlows mitteilte — Lenin ist verwundet, seine Lage ist hoffnungslos — das ist eine neue Bestätigung der alten Wahrheit. Derjenige, der im Leben seine Ideen, seine Wünsche, seine Pläne durch Gewalttat und Blut, durch Bajonette, Kanonen und Maschinengewehre verwirklichen wollte — mußte unausbleiblich durch Gewalttat umkommen und kam so um."

Wie man sieht, wird hier die geometrische Weisheit der Jahrhunderte in erstaunlicher Flachheit und Talentlosigkeit mit der menschewistischen Niederträchtigkeit unserer Zeit in Zusammenhang gebracht. Lenin ist hoffnungslos verwundet — das ist eine historische Notwendigkeit, das bestätigt „mit klarem Verstand ein italienischer Weiser". So folgte im Jahre 1918 ein typischer russischer Menschewist. Das ward offen ausgesprochen. Aber keiner fand sich, der mit einem einzigen Wort den Mörder des Proletariatsführers verurteilt hätte.

Aber seitdem haben die Menschewisten sich geändert, entgegennahen uns die höchstsittlichen Herren Sozialdemokraten Europas. Geändert, meine Verehrten? Laßt mal sehen!

Im Jahre 1920 wurde in den Spalten des „Sozialistischen Boten" zwischen Martow und Axelrod eine freundschaftliche Korrespondenz geführt über das Thema: „Darf man auf die Bolschewisten schießen, oder darf man nicht schießen?" In der siebenten Nummer des „Sozialistischen Boten" schrieb Axelrod:

„Angenommen, die bolschewistische Regierung stütze sich tatsächlich auf einen Teil der Arbeiter und Bauern, so daß sie zwar die Minderheit, immerhin aber eine Minderheit derselben Klasse darstellt, deren Lebensinteressen auch die sozialistische Opposition verteidigt, so bleibe ich doch bei der Ueberzeugung, daß wir im Kampfe mit dieser Regierung das Recht besitzen, zu denselben Hilfsmitteln unsere Zuflucht zu nehmen, die wir auch bei Bekämpfung des Zarentums für zweckentsprechend hielten."

Das scheint doch klar zu sein? Ein besonderes Bedürfnis nach einem Kommentar liegt wohl kaum vor? Axelrod fährt fort:

„Unter moralisch-politisches Recht auf Bekämpfung der Bolschewisten mit allen, auch militärischen Mitteln ist und bleibt für mich eine Voraussetzung, die keiner Beweise bedarf und der Tatsache entspringt, daß die Sowjetregierung ebenso wenig wie die Zarenregierung, ja sogar noch weniger fähig ist, ihrem despotischen Regime zu entsagen, und darum, ebenso wie jene, zu gewaltsamem Sturz verurteilt ist."

In Nr. 8 des „Sozialistischen Boten" beruhigt Herr Martow seinen Freund und klärt das Mißverständnis auf. Der Standpunkt Axelrods „sei auch der Standpunkt der S. D. A. P. R." Punkt

Aufstand besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit: „Schon im Juni 1918 . . . hat das Z. K. bestimmt erklärt, daß die Partei das Recht des Aufstandes gegen die despotische Minderheit wie auch früher schon prinzipiell anerkenne."

Wir bestätigen daß die leitenden Organe der Menschewistenpartei tatsächlich ihr „Recht" auf einen Aufstand gegen die Sowjetregierung mehr als einmal ausgeübt haben. Ferner konstatieren wir, daß die ungeheure Majorität der Menschewisten-Partei in verschiedenen Gegenden und während verschiedener Zeiträume mit den Waffen in der Hand auf der Seite der Weißen Garden gegen die Sowjetregierung kämpfte.

Und wenn jetzt die Menschewistenpartei entschieden gegen ein Gericht über die Sozialrevolutionäre ist, so begreifen wir die Herrschaften nur zu wohl: Ein Gericht über die sozialrevolutionäre Partei wäre in Wahrheit ein Gericht über die Menschewistenpartei . . .

Die Sozialrevolutionäre hätten ihre Taktik radikal geändert, — es ist dies eine Partei fleckenloser, ehrenhafter und der Sache der Revolution ergebener Leute. Das schreiben die Herren Menschewisten in die ganze Welt hinaus. Vor uns liegt ein Dokument, das die Sozialrevolutionäre ganz anders charakterisiert. Dies Dokument ist ein Brief Martows, den er im vorigen Jahr aus Berlin seinem Zentralkomitee sandte, der nicht für den Druck bestimmt war, aber seinerzeit in der Moskauer „Prawda" veröffentlicht worden ist. Martow schreibt in diesem Brief folgendes:

„In Paris findet die Sitzung der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung statt. Ihr wißt von diesem Unternehmen. Sein Sinn ist folgender: Nach dem Fiasko Wrangels beschlossen die Franzosen, daß man gegen die Bolschewisten ein „demokratisches Zentrum" besitzen müsse, das in Form irgend einer Intervention (vermutlich in der Form eines Einschreitens der Grenzstaaten), sobald das von neuem möglich wäre, oder sobald der Bolschewismus sich von selbst zu zersetzen beginne, auf der Bühne erscheinen müßte. Darum wurde den Kadetten zu verstehen gegeben, daß sie mit den Sozialrevolutionären ein Bündnis eingehen müßten."

Das Pariser Kadettenkomitee mit Winawer und Miljukow an der Spitze prägte das Wort vom „demokratischen nationalen Zentrum". „Die Freiheit Rußlands" (Organ der S.-R.) entgegnete recht energisch, daß sie mit den Kadetten nichts gemein haben könne. Gleichzeitig bewiesen Struve, Gutschkow und andere Wrangelianer, bis hinunter zu Tschaikowsky und Alexinsky, daß sie sich nach rechts, und nicht nach links „konzentrieren" wollten. Sie wurden vom Berliner Kadettenkomitee mit Nabokow und Hessen unterstützt.

Aber die Pariser Kadetten wollten nicht klein beigeben und führten hinter den Kulissen eine Kampagne, wobei sie auf die unwiderstehliche Anziehungskraft aller Koalitions-kombinationen auf Awksentjew und Co. rechneten. Und sie erreichten ihr Ziel. Durch Bunakow zu Awksentjew und Kerenski, durch Kerenski zu Minor, (dem Redakteur der „Freiheit Rußlands“, die sich energisch gegen eine Koalition ausgesprochen hatte), mit einem Wort, „der Großvater zog an der Rübe, und die Großmutter am Großvater“. (Die Großmutter Breschkowskaja erwies sich tatsächlich unter den Teilnehmern und hilft sitzen bei der Pariser „Sitzung“. Sie gelangten zu ihrem Ziel. Kerenski, Minor und Awksentjew beriefen unter ihrer Unterschrift „eine Beratung der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung“ ein, mit dem unklaren Programm der Bildung eines Zentrums zur Verteidigung russischen Besitzes und der Vertretung russischer Interessen.

Es muß bemerkt werden, daß, seit Wrangel seine Entlassung vom Posten eines „Regierenden Rußlands“ erhielt, sich hier noch unverteilte ungeheure russische Gelder befinden (in den Händen der Ententeregierungen), ferner die Räumlichkeiten der Gesandtschaften und anderes derartiges Eigentum, so daß es sich also teilweise um juristische Rechte auf besagte „Besitztümer“ handelt.

Als das Berliner „Ruder“ Kerenski und Co. spießte (im richtigen Ton des „Schwarzen Hundert“), schrieb Miljukow ihnen einen Brief, worin er unzweideutig darauf hinwies, daß die Großmächte keine Kopeke herausgeben würden, wenn sich die Kadetten nicht mit den Sozialrevolutionären vereinigten, und ~~das~~ bedeutete er sie, daß Kerenski unter dem Deckmantel einer Beratung der Konstituierenden Versammlung gerade die Idee der Pariser Kadetten vom „nationalen Zentrum“ auf der Basis einer Koalition verwirklichen wolle.

Die „Freiheit Rußlands“ erklärte, daß die sozialrevolutionäre Partei die Versammlung nicht einberufen habe, und daß die Initiatoren derselben auf eigenes Risiko handelten. Aber zur selben Zeit, als die Berliner Kadetten erklärten, daß sie nicht zur Versammlung reisen würden, schwieg die „Freiheit Rußlands“ sich betreffs der Reise aus.

Und zur selben Zeit passierte Tschernow Berlin auf der Reise nach Prag. Er raste und wütete anlässlich des Unternehmens Kerenskis, daß keinen anderen Sinn hätte, als die Ufa-Affäre zu wiederholen (d. h. die schändliche Koalition mit den Kadetten, aus welcher Kolttschak in Glanz und Glorie hervorging), er schob es dem Einfluß vom Awksentjew und Co. in die Schuhe, die schon längst mit den Sozialisten gebrochen hätten, und sagte, daß ihnen in dieser Frage eine Spaltung bevorstehe, die er für notwendig halte.

Nach einer Woche aber erwies es sich, daß Tschernow von Prag nach Paris abgedampft war, und laut der Depesche hat er auf der ersten Sitzung erklärt, daß er als Vorsitzender der Konstituierenden Versammlung an den Fraktionssitzungen nicht teilnehmen könne. Ich

beurteile dies folgendermaßen: Nachdem er sich überzeugt hatte, daß er auf den Fraktionssitzungen allein stehen würde, da alle Versammelten nichts weiter als Sozialrevolutionäre Awksentjewschen Sinne waren (d. h. rechts-gesinnte), mit: Gukowsky, Rudnew, Babskaja u. a. an der Spitze, hielt Tschernow es für angebracht, sich in die Toga des „parteilosen Vorsitzenden“ zu hüllen. Uebrigens hat er noch erklärt, daß er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Konstituierenden Versammlung sich das Recht der Einberufung der Konstituierenden Versammlung vorbehalte, „sobald die Bolschewisten gestürzt worden seien“. Da er mit einer solchen Posse begonnen hat, wird er wohl nicht nur die Teilhaberschaft mit Awksentjew nicht aufgeben wollen, sondern wahrscheinlich in seinem Gefolge bleiben und auch ferner „Enthaltbarkeit“ üben.

Awksentjew und Co. aber werden auch Kerenski bekehren (der jetzt „auch gegen eine Koalition“ und sehr parteistrenge gesinnt ist) und überzeugen, daß ein kleines Kindlein noch lange nicht auf ein Liebesverhältnis mit den Kadetten schließen lasse, daß die Forderung einer Uebergabe aller Gesandtschaftsräumlichkeiten und die „Fürsorge für die russischen Staatsbürger“ seitens der Organe der Versammlung durchaus keine Koalition bedeute. Mit einem Wort, die Sozialrevolutionäre werden sich schon aus der Affäre ziehen und den Kadetten die Intrige erleichtern, wonach eine zwar unglückliche „politische Vertretung Rußlands“ zustande kommen soll, die aber immerhin der Entente den formellen Vorwand bieten könnte, die Vertretung Sowjetrußlands nicht anzuerkennen.“

Wir bitten die Leser um Entschuldigung wegen dieses langen Zitats. Aber dasselbe bietet uns ein wohlgetroffenes, von freundschaftlicher Hand gefertigtes Porträt. Und man beachte, welchen Einblick wir hier in das Spiel gewinnen, in diese Gewitztheit, Heuchelei, Verlogenheit und Betrügerei. Man beachte, welche Sitten innerhalb der ruhm-vollen sozialrevolutionären Partei herrschen, jener Partei, zu deren Verteidigung sich jetzt fast die gesamte internationale Sozialdemokratie erhoben hat! Wie feig, wie zweideutig, wie „possenhalt“, nach dem Ausdruck Martows, sich der berühmte Führer dieser Partei, Herr Viktor Tschernow, aufführt!

Kann man denn diesen politischen Charlatans auch nur ein Wort glauben? Verdient denn eine Partei, die sich mit dem einen Flügel an die französische Imperialistenbande anschließt und mit der anderen Flanke die internationale Proletarierbewegung ins Gleis bringen will, verdient diese Partei, die als Beispiel politischer Lasterhaftigkeit und Abenteuerlichkeit gelten kann, von unserer Seite etwas anderes als die unerbittlichste Bekämpfung?

Im Vorjahre schrieb Martow: Tschernow begann mit einer Posse und wird damit enden, daß er sich dem Gefolge seiner rechten Freunde anschließen

wird. Dieses Mal ist die Prophezeiung Martows eingetroffen: Tschernow und mit ihm die gesamte sozialrevolutionäre Partei haben den Block mit den Kadetten und durch denselben auch den Block mit dem französischen Imperialismus anerkannt. Aber wie wagen es dann noch diese Martows und Dans, die europäischen Arbeiter zu versichern, daß die sozialrevolutionäre Partei eine wahrhaft revolutionäre sozialistische Partei sei? Wie bringt Martow es fertig, 1922 von den Sozialrevolutionären das Entgegengesetzte zu behaupten wie im Jahre 1921? Woher nehmen die Herren Menschewisten eine so immense Dosis an Unverschämtheit, Schamlosigkeit und Ehrlosigkeit?

„Ein Monstre-Prozeß“, ein „Ungeheurerlicher Prozeß“, die „Proteste des europäischen Proletariats“, „die Proteste in Rußland“. Mit solchen wohlklingenden Marken paradiert die sozialrevolutionäre und menschewistische Presse anlässlich des den russischen Sozialrevolutionären bevorstehenden Gerichts. Was ist geschehen? Weswegen wird dieser ungeheure Lärm geschlagen? Haben nicht sowohl die Sozialrevolutionäre als auch die Menschewisten die ganze Zeit über die Forderung erhoben, daß wir sie richten sollten, daß wir ihnen gegenüber das Gesetz anwenden sollten? Warum erheben sie denn jetzt, wo wir die Sozialrevolutionäre dem öffentlichen Revolutionstribunal übergeben, mitsamt den Menschewisten solch ein Geschrei durch ganz Europa? Hat denn der Sowjetstaat kein Recht, seine schlimmsten Feinde auf die Anklagebank zu setzen? Haben die Sozialrevolutionäre und Menschewisten, die so eifersüchtig über ihr „Recht des Aufstandes“ wachen und dieses Recht in Anwendung bringen, irgend einen Grund, an uns die Forderung zu stellen, daß wir die Tolstoische Theorie vom „sich dem Bösen nicht widersetzen“ zu unserer Richtschnur nehmen?

Und dabei stürzen sie sich auf uns mit der ganzen Wucht ihrer Entrüstung. Und dabei finden sich in Europa „Edelgesinnte“, die uns auffordern, ohne weiteres Gerede gegenrevolutionäre Mörder und politische Brandstifter an Gottes freie Luft zu lassen . . .

Als die Sozialrevolutionäre und die Menschewisten am Ruder waren, haben sie mit den Bolschewisten durchaus keine Umstände gemacht, haben sie schamlos der Beziehungen zum deutschen Generalstab beschuldigt und ohne Zeremonie erklärt, daß Kerenski und der Menschewist Zeretelli das Recht besäßen, die Bolschewisten ins Gefängnis zu werfen. Wir haben nur betont, daß dies das Recht einer gegenrevolutionären Regierung sei, das von den Sozialrevolutionären und den Menschewisten im Interesse der Wahrung der Bourgeois Herrschaft verwirklicht werde. Wir deckten den Klasseninhalt der Unterdrückungspolitik der Sozialrevolutionäre und der

Menschewisten auf, haben uns aber durchaus nicht mit Lektionen über moralische Sentenzen befaßt. Als wir die Regierungsgewalt in unsere Hände nahmen, wußten wir nur zu wohl, daß wir nicht nur das Recht, sondern die zweifelloose Pflicht besäßen, alle aktiven Gegner der neuen Regierungsgewalt und des neuen Staates zu bestrafen. Doch machten nicht wir den Anfang mit den Repressalien. Während des ersten Zeitraums war unsere Diktatur sehr milde. Wir rührten die menschewistisch - sozialrevolutionären Organisationen nicht an, wir verübten kein Attentat auf ihre Pressefreiheit. Wir haben anfangs nicht einmal die bürgerliche Presse angetastet. Das konstatieren jetzt die Menschewisten selber. Im unlängst erschienenen Buch des Mitglieds des Z. K. der Menschewisten, Dalin, „Nach Krieg und Revolution“, ist der Umstand wahrheitsgemäß festgestellt, daß unser roter Terror nur eine Antwort auf den Terror, die Aufstände, die Verschwörungen der Weißgardisten, d. h. ebendieser Sozialrevolutionäre, Menschewisten und Kadetten war.

Während der ganzen Revolutionszeit befanden wir uns in der Defensive, gegen die deutschen, französischen, englischen, japanischen, amerikanischen Imperialisten, gegen ihre Lakaien, ihre Spione, ihre Diplomaten und Brandstifter. Wir verteidigten uns gegen die Sozialrevolutionäre, die Menschewisten, die Kadetten, die Monarchisten, die Sprenger, die Verschwörer, die Verräter, die Provokateure. Wir bekämpften den Hunger, die Kälte, die Armut, den Zerfall, die Finsternis, die Unwissenheit . . . Wir verteidigten uns und verteidigten uns noch immer gegen die gesamte alte Welt, gegen alle ihre Ueberbleibsel auf politischem, ökonomischem, sittlichem Gebiet.

Die Geschichte hat uns auf einen ehrenvollen revolutionären Kampfposten gestellt, und wir wären keine Kämpfer, sondern Waschlappen, wenn wir bei Verteidigung dieses Postens uns von anderen Gesetzen lenken ließen als den höchsten Gesetzen der proletarischen Revolution.

Wenn darum die sozialrevolutionäre Bande die unaufhörlichen Angriffe auf die Arbeiterregierung fortzusetzen wünscht, so mag sie auch nicht unnütz quieken, wenn wir mit unsern rauhen Sowjetzangen ihren verbrecherischen Kopf zu fassen kriegen.

Falls es der Menschewistenpartei gefällig ist, auch fernerhin den unerbittlichen Kampf mit der Sowjetrepublik zu führen, so mag sie nicht die ganze Welt zu Zeugen ihres Jammers anrufen, wenn die Sowjetregierung sie manchmal auf die Finger schlägt, und zwar oft recht schmerzhaft schlägt. Die Revolution ist in dem Maße grausam, in dem ihre Feinde sie zwingen, es zu sein. Auf einen Schlag antwortet sie mit einem Schlag, auf einen

Angriff — mit einem Angriff. Aber nur die verächtlichen Speichellecker des Kapitals können von uns verlangen, daß wir unsere Verteidigungsschläge auf die Apothekerwage legen sollen. Nein, wir müssen unsere Feinde derart schlagen, daß ihnen die Lust vergeht, häufig die Wucht und Festigkeit der Proletarierfaust zu erproben . . .

Die sozialrevolutionäre Partei erhob ein lautes Geschrei wegen des „ungeheuerlichen Prozesses“ und berief sich gleichzeitig auf die Sowjetamnestie. Amnestie wird bei denjenigen Leuten angewandt, die Verbrechen begangen haben. Wenn also die Sozialrevolutionäre von Amnestie zu reden anfangen, so bekennen sie sich damit gleichzeitig als

schuldig. Dann aber mag die sozialrevolutionäre Partei dem Kampf entsagen, ihre blutbefleckten Waffen strecken, die blutigen Pläne aufgeben und die „Theorie des Bauernaufstandes“ dem Archiv übergeben. Mögen die sozialrevolutionäre und die menschwistische Partei sich der Revolution unterwerfen und ihre Gesetze anerkennen.

Solange das aber nicht der Fall ist, solange die Feinde ihr aggressives Benehmen fortsetzen, solange wird die Revolution im Interesse ihrer Selbstverteidigung sie entschlossen und erbarmungslos schlagen.

H. Wardin.

Zur Lage in der Kommunistischen Partei Frankreichs. (Reden in der Sitzung der Exekutive der K. I. am 8. u. 10. Juni 1922.)

I.

Genossen!

Nach der sehr geschickten Rede unseres Genossen Frossard — der Genosse Frossard ist für seine Geschicklichkeit bekannt — und nach der sehr gemäßigten Rede des Genossen Souvarine ist es einigermaßen schwer, eine Rede mit der Behauptung zu beginnen, daß die Lage in der französischen kommunistischen Bewegung äußerst ernst ist.

Es ist nicht das erste Mal, daß wir in unseren internationalen Sitzungen diese Frage diskutieren, und jedesmal beobachten wir, daß die Delegierten der französischen Partei uns ein mehr oder weniger gemildertes und befriedigendes Bild präsentieren mit dem Eingeständnis, daß es natürlich nicht an dunklen Stellen fehlt, an Fehlern und Irrtümern, aber daß alles in allem die Dinge besser zu gehen beginnen.

Aber die neue Etappe unserer internationalen Arbeit zeigt uns, daß die Lage sich verschlimmert hat, daß sie verwickelter geworden ist. Niemand kann das leugnen. Und weil ich der Meinung bin — und ich glaube in den großen Linien die Auffassung der Exekutive zu vertreten, wie sie in ihren letzten, der französischen Frage gewidmeten Sitzungen formuliert wurde —, weil wir glauben, daß der Moment zu absolut entscheidenden Beschlüssen gekommen ist, müssen wir an die Frage herangehen, sie in ihrer ganzen Breite

und Tiefe, in ihrem ganzen Ernst aufrollen und nicht die geringsten Unklarheiten bestehen bleiben lassen.

Es besteht ein sehr ernster Konflikt zwischen der französischen Partei und der Internationale, man kann sagen, der gesamten Internationale.

Die in Gemeinschaft mit den Vertretern der französischen Partei — und sehr berufenen Vertretern — gefaßten Beschlüsse werden in Frankreich nicht anerkannt und durchgeführt.

Die hier formell und feierlich eingegangenen Verpflichtungen werden in Frankreich nicht eingelöst. Das ist eine Tatsache. Und diese Tatsache ist weder vorübergehend, noch ist sie zufällig. Sie muß tiefe Wurzeln haben.

Die französische Presse widerspiegelt und vertritt in den brennendsten, in den wichtigsten Fragen der aktuellen Politik nicht den Geist der Kommunistischen Internationale.

Der Vorstand unserer französischen Partei folgt in seinen Aktionen nicht den Linien der Kommunistischen Internationale.

Die bedeutendste Organisation der Partei, die der Seine, stellt einen vom organisatorischen Standpunkt aus ganz eigenartigen Organismus dar, der völlig, aber auch völlig autonom ist, im umfassendsten Sinne des Wortes.

Im Parteivorstand sitzen die Vertreter von drei oder vier auseinanderstrebenden Tendenzen. Von Einheitlichkeit der Auffassung keine Spur.

In der Presse der Partei lesen wir Leitartikel, die die Namen ihrer Verfasser tragen und deren verschiedene politische Auffassungen und Tendenzen zum Ausdruck bringen. Was die Partei zu den allerbrennendsten Fragen zu sagen hat, erfahren wir nicht.

Genossen, das sind alles Tatsachen, die zeigen, daß es sich nicht nur um Exzesse handelt, wie der Genosse Sellier meint, der diese Auffassung in einer Sitzung der Exekutive vertreten hat. Er hat diese Exzesse zugegeben, auch andere Genossen haben dies getan. Aber wollte man ihnen Glauben schenken, so wären diese Dinge — soweit es sich um Exzesse von seiten der Rechten handelt, um Ungeschicklichkeiten — ohne Schwierigkeiten zu regeln.

Aber es handelt sich doch um ernsteres, und den Ernst der Lage hat der Genosse Renoult, nachdem er hier in Moskau war, in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, den ich vor der Exekutive zitiert habe. Dieser Artikel, der überschrieben ist „Gegen die revolutionäre Entwaffnung“, handelt von der Einheitsfront, und Daniel Renoult sagt da: „Der Streit für und wider die Einheitsfront ist wieder im schönsten Gange. Beklagen wir uns darüber nicht. Das Geschwür muß auf; die Sache muß ganz und gar erledigt werden.“

Das ist zum mindesten eine Sprache, die ich für meinen Teil begrüße; denn man löst Fragen dieser Art nicht mit wohlgedrehten Phrasen.

Man sagt uns also: Hier ist ein Geschwür, das muß geschnitten werden. Und es ist Daniel Renoult — der hier war und der mit uns diskutiert hat, in aller Breite und Gründlichkeit; der uns unterrichtet hat, und den wir zu unterrichten versuchten —, der nach Frankreich zurückkommt und erklärt: Man will uns, vom revolutionären Standpunkt aus, entwaffnen. Hier ist ein Geschwür und das muß auf.

Der Meinung sind auch wir. Jawohl, wir müssen es schneiden! Wir haben mit einem nicht sehr großen Geschwür begonnen, das aber auch nicht so unbedeutend ist, wie der Genosse Rappoport es im „Journal du Peuple“ hinstellte.

Wir haben unsererseits erklärt: Das Geschwür muß auf, und hernach werden wir sehen, wo das Uebel sitzt und wer protestieren und wer schreien wird. Und man wird dann den Ursprung des Geschwürs erkennen.

Aber trotzdem, Genossen, haben wir eine Verständigung versucht, durch Briefe — ich

weiß im Moment nicht ihre Zahl, aber das läßt sich ja leicht feststellen —, durch Verhandlungen mit den französischen Delegierten. Wir bleiben bei unserm Standpunkt, über den gar nicht mehr zu diskutieren ist, daß in der Kommunistischen Partei kein Platz sein kann für einen Mann wie Fabre und für ein Blatt wie das von ihm herausgegebene.

Man antwortete uns: Aber sicher, das ist gar keine Frage. Wir werden die Sache regeln. Wir regeln sie sofort.

Und man hat sie nicht geregelt. Aber wenn diese Frage von so untergeordneter Bedeutung ist, wie Rappoport es hinstellt, warum tut man dann der Kommunistischen Internationale nicht den Gefallen und schließt Fabre aus?

In einem heute erschienenen Artikel sagt Rappoport: Wir sind natürlich für den Ausschluß Fabres; aber man hat eine Mücke zur Strecke gebracht, und der Tod dieser opportunistischen Mücke wird eine Ablenkung sein, zum Vorteil einiger opportunistischer Elefanten.

Da stehen wir nun, wir armen Mitglieder der Exekutive. Eine Mücke haben wir zur Strecke gebracht. Und dabei gibt es opportunistische Elefanten — die hoffentlich der Genosse Rappoport erledigen wird. (Heiterkeit.)

Lieber Genosse Rappoport, nennen Sie sie uns, nennen Sie sie uns! Wer sind die Elefanten des Opportunismus?

Geben wir ihm zwei Minuten zum Nachdenken! (Heiterkeit und Bewegung.)

S i n o w j e w : Wir warten!

T r o t z k i : Ich bitte die Stenographen, die Pause zu vermerken. Wir warten, wir warten! Aber bitte, keine Mücke, sondern einen Elefanten!

R a p p o r t : Ich bin in die Rednerliste eingetragen. Ich werde sprechen und die Strömungen kennzeichnen, die wir in der Partei haben. Wenn ich von Elefanten sprach, so meinte ich damit gewisse Strömungen. Das im Interesse der Diskussion.

T r o t z k i : Sehr gut!

R a p p o r t : Ich bin eingetragen, und ich werde antworten.

T r o t z k i : Für den Moment bin ich zufrieden. Aber ich muß doch sagen, daß ich aus meiner politischen und nicht nur aus meiner persönlichen Erfahrung weiß, daß es stets schwieriger ist, eine konkrete Mücke zu attackieren als Elefanten, die man uns nicht nennt. (Heiterkeit.)

Aber Genossen, das „Journal du Peuple“ ist ein Blatt, an dem — das nebenbei — einige französische Genossen mitarbeiten, die zu-

fällig dem Parteivorstand angehört und ihm noch angehören.

Wenn man es allerdings vom Standpunkt der allgemeinen Menschheitsgeschichte aus betrachtet, dann bedeutet das „Journal du Peuple“ sicher nicht viel. Aber wir reden doch hier vom Leben der französischen Partei. Wenn wir bedenken, daß Genossen des Parteivorstandes, wie Verfeuil und Méric, an dem Blatt mitarbeiteten, auch nach dem Beschluß der Exekutive, der seinen Ausschluß forderte, so müssen wir in der Tat sagen, daß das ernst ist.

Genosse Rappoport, wenn sogar ein Mitglied des Parteivorstandes wie Sie — der Sie noch vor den andern Ihre Mitarbeit an dem Blatt eingestellt haben —, wenn sogar Sie nicht begreifen wollen, wie ernst und bedeutungsvoll es ist, daß nach dem Beschluß der Exekutive, der den Ausschluß des Blattes fordert und die Mitarbeit unserer Genossen an ihm untersagt, noch immer zumindest zwei Mitglieder des Parteivorstandes ihre Mitarbeit fortsetzen; wenn diese Tatsache nicht wichtig ist, wenn das die Mücke sein soll, dann habe ich allerdings jeden politischen Maßstab verloren, dann verstehe ich überhaupt nichts mehr.

Was ist denn wichtig in der Kommunistischen Partei, wenn nicht der Vorstand der Partei, der sie führen soll; der Parteivorstand, der sich aus einigen zwanzig Genossen zusammensetzt? Unter diesen sind nun Genossen, die am „Journal du Peuple“ mitarbeiten, das — Ihr sagt es selbst — aus der Partei ausgeschlossen zu werden verdient, das die Exekutive ausgeschlossen hat, und das auszuschließen die Delegation sich verpflichtete. Und man arbeitet nicht nur so an dem Blatt mit. Wenn Ihr Euch vielmehr unterrichten wollt über die Vorgänge im Parteivorstand und in der Partei — natürlich in völlig entstellter Form — dann lest das „Journal du Peuple“. Und wenn Ihr ein Dementi in der Presse der Partei sucht, findet Ihr es niemals.

Wenn Ihr die Genossen schätzt, die an dem „Journal du Peuple“ mitarbeiten, und wenn Ihr ihnen in der Partei politische Bedeutung zugesteht, so überträgt sich dies auch auf die Zeitung, denn sie geben ihr einen Teil ihrer Persönlichkeit.

Genossen, ich habe in dem Blatte Fabres einen Artikel des Parteivorstandsmitglieds Raoul Verfeuil gelesen, der nach der Vollsetzung der Exekutive, Ende April, schrieb:

„Frossard wäre der letzte, der sich fürchten würde, die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung der in Tours gespaltenen Kräfte des Sozialismus in Erwägung zu ziehen.“

Der Genosse Frossard aber hat uns kategorisch erklärt, daß dies nicht wahr sei, daß er an keine Wiederherstellung der Einheit der alten Partei denke, der Einheit mit den Dissidenten (Abgespaltenen) oder mit einem Teil der Dissidenten.

Verfeuil jedoch behauptet es im „Journal du Peuple“. Wird diese Behauptung nun in der „Humanité“ dementiert? Die Arbeiter wollen doch schließlich wissen, was los ist. Und nicht nur wir, die Kommunisten Rußlands, Italiens usw., auch die französischen Arbeiter interessieren sich für ihren Parteivorstand, für ihre Führer. Sie haben keine andere Möglichkeit, sich zu unterrichten, als die der Presse. Man wird mir sagen — und einige Genossen haben sich hierauf versteift —: Man soll das „Journal du Peuple“ nicht lesen. Gut, aber man braucht das „Journal du Peuple“ gar nicht direkt zu lesen. Behauptungen wie diese verbreiten sich sehr schnell, weil es doch schließlich von einiger Wichtigkeit ist, ob, ja oder nein, die Partei in der Richtung der Wiedervereinigung mit den Dissidenten orientiert ist. Und da ist nun Verfeuil, der es behauptet. Wo? Im „Journal du Peuple“. In einem Blatt, das einem Mitgliede der Partei gehört.

Jetzt, Genossen, stellen Sie sich bitte die Geistesverfassung eines einfachen, der Partei ergebenen, ehrlichen Arbeiters vor. Man sagt ihm: „Wir haben in Tours einen großen Fehler gemacht. Wir müssen uns mit den Dissidenten wieder vereinigen.“ Und er antwortet: „Was redest Du da? Unsinn!“ „Aber,“ wird ihm entgegengehalten, „Frossard ist dafür und auch Verfeuil. Der hat es geschrieben.“ „Wer ist Verfeuil?“ „Ein Mitglied des Parteivorstandes.“

Ist nun dieses Zwiegespräch so unwahrscheinlich? Keineswegs, es ist das natürlichste der Welt. Und das ist schlimm.

Untersuchen wir jetzt die verschiedenen Tendenzen in der Partei, wie sie sich im Parteivorstand äußern und in der Presse widerspiegeln.

Man wird mir sagen, und diesen Vorwurf habe ich schon hören müssen: „Sie zitieren nur immer Zeitungen“. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen. Jawohl, ich zitiere die Zeitungen, weil in ihnen sich das Leben der Partei widerspiegelt.

Wir haben im Parteivorstand Vertreter eines rechten Flügels; des Pazifismus, Reformismus, Zentrismus.

Dann Vertreter der Linken, von denen einer, Genosse Souvarine, heute gesprochen hat.

Weiter das Zentrum. Und ich muß mich da über den Genossen Rappoport wundern, der in seinem heutigen Artikel sagt: „Trotzki weist so viel auf das Zusammengehen des linken Flügels mit dem Zentrum hin; aber mit den Zentristen haben wir nichts zu tun. Man muß sie bekämpfen und sich nicht mit ihnen verbünden.“ Der Genosse Rappoport sucht das Zentrum immer außer sich. (Heiterkeit.)

Rappoport: Ich suche das Zentrum, um es zu zerschmettern.

Trotzki: Gewiß, gewiß, um es zu zerschmettern; nur finden Sie es niemals, gerade wie Ihre Elefanten, die Elefanten des Opportunismus. (Heiterkeit.)

Es gibt noch andere sehr gefährliche Tendenzen. Wir kennen ihre Vertreter nicht alle persönlich; aber wir kennen den Genossen Jean Renaud, der eine ausgedehnte Propaganda unter der Bauernschaft betreibt, und der gleichfalls ein Mitglied des Parteivorstandes ist. Ich will gleich hinzufügen, Genossen, daß ich die Tätigkeit des Genossen Jean Renaud durchaus schätze. Aber einige seiner Artikel lassen mich doch fürchten, daß er sich auf einem äußerst gefährlichen Wege befindet, und das sich mit meinen Besorgnissen deckende Ergebnis Eurer letzten Kreiswahlen scheint mir die Schlußfolgerungen zu bestätigen, die ich jetzt vortragen will.

Der Genosse Jean Renaud wandte sich in seinem Artikel gegen die Einheitsfront, basiert auf der Grundlage des Kampfes um den Achtstundentag und gegen Lohnherabsetzungen. Wir lesen da folgendes:

„Aber die kommunistische Partei stützt sich auf zwei proletarische Faktoren: auf die Arbeiter und auf die Bauern. Die Arbeitszeit und die Löhne interessieren die Bauern nicht. Mit einer derartigen Parole können wir in Frankreich nichts machen. Also was? Die antimilitaristische Propaganda! Die Bauern sind Gegner des Militarismus.“

Ich sagte mir: es ist natürlich zu verstehen, daß ein Genosse, der sich der Landagitation widmet, in einem gewissen Sinne übertreibt; aber der Genosse Jean Renaud geht doch wohl ein bißchen weit; denn er vergißt ganz den Klassencharakter unserer Partei. Er stellt das Proletariat und die Bauern auf eine Stufe. Vergessen wir nicht, Genossen, daß die Bauern Kleinbürger sind, manchmal deklassierte, rückständige Kleinbürger, mit einer Mentalität, die nicht die unsrige ist. Die vorstürmenden Proletarier können die Bauern mitreißen; aber sie reißen sie eben nur mit.

Wir haben in Rußland eine Partei, die uns stets vorwarf: „Euer Standpunkt, der nur die Arbeiterklasse als industrielle Klasse aner-

kennt, ist zu beschränkt. Ihr verkennt den andern Teil: die Bauern.“ Das sind die Sozialrevolutionäre mit ihrer Doktrin.

Was uns also der Genosse Jean Renaud präsentiert, ist der Ausgangspunkt der Hauptlinie der Doktrin der russischen Sozialrevolutionäre, und Ihr wißt, was aus den Sozialrevolutionären geworden ist. Aber ich wiederhole, ich sagte mir: übertreiben wir nicht die Wichtigkeit dieser Sache; immerhin ist eine Erklärung des Parteivorstandes unbedingt nötig.

Später las ich in der „Humanité“ den Bericht über die Rede eines jungen Genossen, Auclair, der vorübergehend sogar zur Propaganda delegiert war, der also nicht der erste beste ist.

Dieser junge Genosse hat die Haltung des Parteivorstandes, die Haltung der französischen Partei verteidigt, und er hat sich wie folgt geäußert. Ich zitiere nach der „Humanité“:

„Auclair wendet sich gegen den wirtschaftlichen Kampf der Jugend. Man konzentriert sich nach seiner Auffassung zu sehr auf die Arbeiterklasse, in einem Lande, wo ein Siebentel der Bevölkerung aus Bauern bestehe. Er wendet sich alsdann gegen das Prinzip der These, die nach rückwärts gerichtet sei und ihren Ursprung im Reformismus habe.“

Der Reformismus, das soll also der Kampf für die unmittelbaren Bedürfnisse und Interessen des Proletariats sein. Worauf es demgegenüber ankomme, sei, die Bauern zu gewinnen.

Das ist die Theorie der Sozialrevolutionäre, nicht mehr und nicht weniger. Und in der Tat, wenn Ihr den Reformismus, den ausgesprochenen Reformismus haben wollt, da habt Ihr ihn.

Gewiß, es gibt in Frankreich viele Bauern. Ich weiß es. Und mit Resolutionen ist daran nichts zu ändern. Wenn man aber unsere Politik den Bauern anpassen will, wie der Genosse Jean Renaud es verlangt, der die Parole der Einheitsfront verwirft, weil sie den Wünschen der Bauern nicht Rechnung trägt; wenn man uns sagt, daß es in erster Linie die Bauern zu gewinnen gelte, dann, Genossen, haben wir in Frankreich eine sehr gefährliche Strömung. Und das gefährlichste an der Sache ist, daß man uns diese kleinbürgerliche Ideologie — denn die Bauern sind landwirtschaftliche Kleinbürger — als besonders revolutionär zu präsentieren versucht.

Man sagt: Wir sind nicht deshalb gegen die Parole, gegen die Forderungen des Proletariats, weil wir sie der kleinbürgerlichen Bauernschaft opfern — wenn man das sagte, dann träte der bewußte oder unbewußte Verrat am Proletariat offen zutage —, sondern

weil das Eintreten für die unmittelbaren Forderungen Reformismus ist. Wir wollen aber die ganze Revolution, und um sie zu verwirklichen, müssen wir erst die Bauern gewinnen.

Und die letzten Kreiswahlen, sagt uns Frossard, bestätigen, daß wir in Frankreich zwar Bauernstimmen gewonnen, dafür aber Arbeiterstimmen verloren haben. Hier haben wir in der Tat ein die Entwicklung der Partei kennzeichnendes gefährliches Symptom.

Nun, Genossen, wenn man eine solche Entwicklung sofort bemerkt, wenn man ihren Charakter rechtzeitig erkennt, dann läßt sich das leicht wieder gutmachen, und es ist nicht schwer, die Tätigkeit der französischen Partei wieder in der Richtung unseres Programms zu orientieren.

Aber keine Kritik üben, den ganzen Ernst des so gestellten Problems, des Problems des bäuerlichen Opportunismus, nicht betonen, wäre ein sehr großes Versäumnis. Der Genosse Auclair, der eine Auffassung widerspiegelt — und die Jugend sagt oft in brutaler Art, was Aeltere vorsichtiger zu äußern wissen —, greift die Internationale heftig an. Wer jetzt in Frankreich die ganz und gar revolutionäre, unversöhnliche These verteidigen will, greift immer die Internationale an, die die französischen Bauern „entwaffnen“ will.

Genossen, wir gehen jetzt daran, sehr wichtige Beschlüsse zu fassen. Die ganze Internationale ist hier vertreten, mit einer sehr maßgebenden französischen Delegation.

Bisher haben wir noch immer, wenn wir einen Beschluß — selbst mit einmütiger Zustimmung der französischen Delegation — gefaßt hatten, hinterher in der französischen kommunistischen Presse lesen müssen, daß der Beschluß der Internationale auf völlig unvollständigen und ungenügenden Informationen beruhe, auf Bruchstücken von Artikeln usw. Das ist schwerwiegend genug, um bewiesen werden zu müssen.

Ich habe hier Artikel, die im Monat Mai, vor der letzten Vollsitzung der Exekutive, veröffentlicht wurden. Hier schreibt Victor Méric, der, wenn ich nicht irre, noch immer Mitglied des Parteivorstandes ist:

„Man sammelt aus dem Zusammenhang gerissene Sätze und fabriziert daraus das Anklagematerial. Und auf dieses gestützt, urteilt dann die Exekutive. Wahrlich, ich weiß, daß unsere Genossen Trotzki und Sinowjew noch andere wichtige Aufgaben haben und nicht über alle Einzelheiten unterrichtet sein können. Aber ich beklage die eigenartige Manier, in der sie unterrichtet werden.“

Und in einem anderen Artikel:

„Ich bitte die Genossen Trotzki und Sinowjew dringend, doch unsere Artikel, wenn irgend möglich, sorgfältig von Anfang bis Ende zu lesen und sich nicht mit einzelnen Sätzen, geschickt servierten Brocken zu begnügen.“

Und Auclair (was die Aelteren in annehmbarer Form sagen, die Jungen schreien es mit ihrer ganzen Lungenkraft hinaus):

„Einem Genossen, der ihn darauf aufmerksam macht, daß die Dritte Internationale nicht die Zweite sei, erklärt Auclair, daß die Informationen der Internationale oft auf bloßem Klatsch (ragots) beruhen.“

„Ragots“, das bedeutet soviel wie Klatsch oder ähnliches.

(Rappoport nennt das entsprechende russische Wort.)

Richtig, ganz bedeutungsloser Klatsch, ja noch schlimmer, Verleumdungen.

Also, man erklärt, daß die Informationen der Internationale auf bloßem Klatsch beruhen.

Nun, ich will Euch sofort einige solcher aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze, aus Artikeln von Méric, zeigen. (Trotzki zeigt die Dokumente.) Ich habe ein gleiches Bündel in der letzten Sitzung der Exekutive gehabt. Man ist so liebenswürdig gewesen, Méric zu erzählen, daß ich mein Anklagematerial auf Zeitungsausschnitte stütze. Was ist da zu machen, ich bin nun mal etwas bürokratisch. Sobald mich etwas interessiert, schneide ich es aus — mit der Schere — und klebe es mir auf. Es gibt Leute, die ziehen das Klammern vor. Nun, ich klebe. (Heiterkeit.) Wie soll man es anders machen, Genossen?

Rappoport: Aber eine Aktensammlung Rappoport haben Sie nicht.

Trotzki: Rappoport ist äußerst vorsichtig. Wo die Lage brenzlich ist, da ist er aus absolut einleuchtenden Gründen nicht zu sehen. (Heiterkeit.)

Genossen, man erzählt den französischen Arbeitern — und das ist immerhin recht traurig und ernst —: Wißt Ihr, wie die Beschlüsse der Internationale zusammenkommen? Irgendwer gibt Trotzki Bruchstücke aus Artikeln, die in ihrer Zusammenhangslosigkeit völlig sinn- und bedeutungslos sind. Trotzki ist dumm genug, sie entgegenzunehmen und in den Sitzungen der Internationale zu zitieren. Und die Internationale selbst stützt ihre Beschlüsse auf Klatsch. Die Folgen haben hernach wir, die französischen Kommunisten, zu tragen.

Genossen, stellt Euch einen Moment lang einen einfachen, ehrlichen französischen Arbeiter vor. Was muß der wohl denken? Er wird sich sagen: Zum Teufel, was für einen

Sinn hat es, dieser Internationale anzugehören? Warum sollen wir Mitglieder einer Internationale sein, die ihre Beschlüsse ohne Ueberlegung faßt, weil Trotzki nicht die Zeit hat, die Dinge zu studieren und sich mit den französischen Kommunisten nur nebenbei beschäftigt? Die andern Mitglieder der Exekutive sind so unwissend, und nicht nur unwissend, sondern bar des elementarsten kommunistischen Gewissens, des Gefühles für Pflicht und Ehre, daß die Exekutive ihre Beschlüsse faßt, ohne zu wissen, worum es sich handelt. Victor Méric vom Parteivorstand sagt es, und er verlangt, daß ich seine Artikel von Anfang bis Ende lese.

Genossen aus Frankreich, die Ihr hier anwesend seid, ich bitte Euch, den französischen Arbeitern zu sagen, daß man sie schändlich täuscht. Wir lesen die Artikel, wie es sich gehört, wenn wir dieser Versammlung etwas zu sagen haben, die für uns alle die höchste ist. Wir lesen die Artikel von Anfang bis Ende, selbst auf die Gefahr hin, nichts darin zu finden, wie es uns manchmal bei den Artikeln Mérics geht.

Und wir müssen den französischen Genossen einen Vorwurf machen, die uns nicht verteidigen, d. h. die die Beschlüsse der Internationale und die Internationale nicht verteidigen. Sagt die „Humanité“, sagt die „Internationale“ den französischen Arbeitern: Man täuscht und belügt Euch; die Kommunistische Internationale faßt ihre Beschlüsse nicht auf Grund von Klatsch! Sie sagen es nicht.

Und nach alledem sagt man uns: Es gibt eine moskaueindliche Strömung in Paris. Ich muß sagen, daß ich erstaunt bin über die Geduld der französischen Arbeiter, daß ich mich wundere, daß diese nicht schon seit langem Moskau die Faust gezeigt haben. Wenn die französischen Arbeiter in einer solchen Weise unterrichtet werden, was für eine Vorstellung müssen sie sich von der Internationale, der Exekutive machen?

Polemisiert die „Humanité“ gegen das „Journal du Peuple“? Nein, weil es nur eine Mücke ist, ein Nichts. Man polemisiert gegen dieses Blatt nicht; man ist nur sein Mitarbeiter. Und diese Zeitung ist die Quelle, die die französischen Arbeiter über die Internationale unterrichtet; denn derartige Anklagen verbreiten sich schnell. Wir verstehen uns ein wenig auf die menschliche Psyche. Wenn da gesagt wird, daß unsere Beschlüsse gefaßt werden auf Grund von Klatsch, und der Parteivorstand oder andere autorisierte Genossen wenden sich nicht dagegen, so verbreitet sich das so-

fort. Ist es möglich, in einer solchen Atmosphäre zu leben? Nein.

Und nun unsere Informationen.

Die Internationale besteht aus verschiedenen Parteien, die über den ganzen Erdball verstreut sind, und die Entfernungen widersetzen sich sehr stark der genauen und intimen Kenntnis aller Dinge. Aber das ist die Schuld der physischen Welt und nicht die der kommunistischen Internationale. Also besteht die Möglichkeit, sich besser zu unterrichten, als die Kommunistische Internationale es tut! Woraus informieren wir uns? Wir haben vor allem unsere Zeitungen. Man sagt oft — Genosse Sellier ist beispielsweise dieser Meinung —, Zeitungen und Artikel, die zählen nicht. Aber es sind doch immerhin kommunistische Zeitungen, die das Leben der Partei widerspiegeln. Unzulänglich, sagt man uns. Sicher. Aber wenn man einige Erfahrungen auf dem Gebiete der Politik und der Partei hat, dann errät man schon die Beziehungen zwischen dem Leben der Masse und der Physiognomie der Zeitungen; man rekonstruiert diese Beziehungen. Ihr habt bei Euch in Frankreich einen großen Gelehrten, Cuvier, der auf Grund eines einzigen Knochens das vollständige Skelett eines Tieres rekonstruiert hat.

Wir aber haben nicht nur einen Knochen (er weist auf die Ausschnitte). Indem man Tag für Tag die Zeitungen der Partei liest, erhält man, wenigstens annähernd, ein Bild vom Leben der Partei, vom Leben der Masse. Und wenn die Zeitungen das Leben der Partei nicht oder zu wenig zum Ausdruck bringen, so kennzeichnet auch das das Leben der Partei.

Und haben wir denn schließlich nur Zeitungen? Nein. Wir haben die Berichte des Parteivorstandes, die Berichte der französischen Delegierten, die Berichte der Delegierten der Exekutive. Wir haben im Namen der Exekutive die Genossen Humbert-Droz, Bordiga und Walecki entsandt. Außerdem hat uns ein Genosse von der Jugend — der zwar noch jung, aber gediegen ist — einen Bericht über den Kongreß von Montluçon gesandt. Und haben wir nicht die sehr guten Reden des Genossen Frossard gehört? Haben wir nicht mit dem Genossen Sellier und vorher mit Cachin, mit Renoult geredet? Sind wir so völlig unzugänglich Argumenten, Tatsachen gegenüber? Aber gebt sie uns, gebt sie uns! Und wenn Ihr dann trotz alledem sagt, trotz der dauernden Vertretung, trotz den nach Frankreich entsandten Delegierten, trotz den Berichten des Parteivorstandes, daß diese Internationale nichts

verstehe, daß sie ihre Beschlüsse auf Grund von Klatsch, von in ihrer Zusammenhangslosigkeit sinnlosen Zeitungsausschnitten fasse, was sollen wir dann tun? Was ratet Ihr uns, liebe Genossen?

Es geht nicht anders. Ein Beschluß, der durchgeführt werden soll, muß die Achtung der französischen Genossen haben. Aber dazu ist notwendig, daß mit der schändlichen Legende aufgeräumt wird, die den französischen Arbeitern unsere Beschlüsse als leichtfertig und gewissenlos gefaßt hinstellt.

Man sagt uns — und man zielt damit vor allem auf die russische Partei —, daß wir Fehler gemacht hätten.

„Wenn man (Verfeuil ist es, der dies schreibt) Fehler vom Gesichtspunkte der eigentlichen Regierungspolitik aus eingesteht, dann kann man wohl auch zugeben, daß man sich in einer Anzahl von Punkten geirrt hat, die die internationale sozialistische Aktion betreffen.“

Gewiß, aber es gibt bisher nur eine kommunistische Partei, die an der Regierung ist, und die die Möglichkeit hat, Regierungsfehler zu machen: das ist die russische Partei. Demgegenüber aber haben wir die gesamte Internationale, die nicht nur eine bloße Formel ist, die in Wirklichkeit aus lebenden und kämpfenden Parteien besteht.

Wir haben als Regierung Fehler gemacht — ich habe das schon vor der Exekutive gesagt —, jawohl, sogar viele Fehler, und ich wäre glücklich, könnte ich die Zeit aufbringen, alle diese Fehler aufzuzählen und sie den Arbeitern Europas zu charakterisieren, weil die anderen Parteien sich morgen oder übermorgen in unserer Lage befinden werden, und weil wir ihnen ihre Aufgabe erleichtern können, indem wir sie unsere Fehler nicht wiederholen lassen.

Aber es besteht doch ein Unterschied zwischen den Fehlern, die eine Partei, die als erste zur Macht gelangt, in ihren Regierungsmaßnahmen begeht, und den gewissermaßen rituellen, gut bekannten, nummerierten und katalogisierten Fehlern, die seit Jahrzehnten in der französischen Partei gemacht werden. Man kennt sie sehr gut, die Fehler Jean Renauds, Verfeuils, Piochs, Mérics, wie auch den Fehler unseres Genossen Rappoport, der darin besteht, daß er die Fehler der andern nicht sieht. (Heiterkeit.)

Diese Fehler sind, ich wiederhole es, rituelle, gut bekannte Fehler, und sie sind nicht zu vergleichen mit unseren Regierungsfehlern. Aber wo Fehler sind, nennt sie uns, nennt sie uns!

Genossen, und ich wende mich an die französischen Genossen, vor allem an Sellier, der

gesagt hat und es ehrlicher Weise bestätigt, daß wir unsere Beschlüsse zu sehr auf Grund von Zeitungen, von Artikeln usw. fassen, daß wir, kurz gesagt, nicht in der Lage sind, nicht die Möglichkeit haben, aus dem Leben des französischen Proletariats selbst zu schürfen. Ich erinnere mich, gelegentlich der Diskussion über die Einheitsfront in meiner Rede gesagt zu haben, daß man die kommunistischen Parteien in drei Gruppen teilen könnte: die erste würde die Parteien ohne bedeutenden tatsächlichen Einfluß umfassen, die zweite, das wären die in der Arbeiterbewegung ihres Landes vorherrschenden kommunistischen Parteien, und in der dritten Gruppe hätten wir die Parteien mit mittlerem Einfluß zu sehen.

Die französischen Genossen haben erklärt: Auf dem politischen Gebiet sind wir die Herren der Lage, die Dissidenten existieren nicht mehr. Marcel Cachin, Renault sagten dies und auch der Genosse Sellier.

Ich habe mich von diesen Erklärungen beeinflussen lassen, so daß ich nicht darauf bestand, daß über die Thesen, die ich vorbereitet hatte, abgestimmt würde. Ich habe sie nur als Ausdruck meiner persönlichen Auffassung veröffentlicht. Ich sagte mir: es ist besser, vorsichtig zu sein und noch nicht abstimmen zu lassen.

Rappoport: Mir haben Sie meine Vorsicht heute zum Vorwurf gemacht.

Trotsky: In einer andern Richtung, Genosse, in einer direkt entgegengesetzten Richtung. (Heiterkeit.)

Genossen, in den Thesen, die im „Bulletin Communiste“ veröffentlicht wurden, schrieb ich:

„Die Dissidenten können unter gewissen Umständen ein gegenrevolutionärer Faktor im Schoße der Arbeiterklasse selbst sein, von weit größerer Bedeutung, als es den Anschein hat, wenn man die Schwäche ihrer Organisation, die Auflage und den ideologischen Inhalt des „Populaire“ in Betracht zieht.“

Ich lese nicht alles, weil es zu lang ist.

Etwas weiter:

„Wenn man die Organisation der Partei als eine aktive Armee nimmt, die ihre Reserven aus den nicht organisierten Arbeitermassen zieht, so mag es zutreffen, daß unsere aktive Armee drei- oder viermal stärker ist als die der Dissidenten; hinsichtlich der Reserven aber können wir unter gewissen Umständen schlechter daran sein als die Dissidenten.“

Dieser Gedanke wird weiter unten entwickelt:

„Die Reformisten werden die Vertreter der Politik des Linken Blocks innerhalb der Arbeiterklasse sein, und ihr Einfluß wird um so größer sein, je weniger die Arbeiterklasse erfaßt ist von

dem Gedanken und der Praxis der Arbeiter-Einheitsfront gegen die Bourgeoisie."

Wenn unsere Urteile hier so sehr oberflächlich sind, dann bitte, erklärt uns das Mißverständnis, das entstanden ist zwischen uns und den Genossen, die sich gegen die Einheitsfront wenden. Wir haben gesagt: Man soll sich nicht durch den Schein täuschen lassen; die Organisation der Dissidenten ist dreimal kleiner als unsere, weil sie die Schwäche, Unfähigkeit, die Vorurteile der Arbeiterklasse repräsentieren. Die Kommunisten repräsentieren das Bewußtsein, die Aktivität des Proletariats. Das erklärt, warum wir prozentual mehr Organisierte haben als sie.

Die Dissidenten beuten die Unwissenheit aus, die in den breiten Schichten der unterdrückten Massen noch groß ist, und aus diesem Reservoir der Unwissenheit ziehen sie in Wahlzeiten ihre Kraft.

Deshalb können wir die Idee der Einheitsfront nicht beurteilen an Hand des Kräfteverhältnisses der Organisation. Man braucht einen viel umfassenderen Maßstab, einen wannnatt historischen Maßstab, um sie richtig zu würdigen.

Ich wiederhole, der Genosse Frossard hat hier zugegeben, daß seine Genossen und er die Kräfte, die die Dissidenten noch immer in der Arbeiterklasse haben, verkannt haben. Die Dissidenten haben im Norden, innerhalb einer Arbeiterbevölkerung, mehr Stimmen auf sich vereinigt als wir. Das beweist, daß das Hauptargument der französischen Genossen gegen die Einheitsfront grundtatsch ist. Ihr Argument war: wir können die Dissidenten links liegen lassen, sie sind bedeutungslos.

Ihr habt Euch gerirt.

In den Thesen, die ich unter Hinzuziehung einiger Genossen von der Exekutive und nicht nach meinem persönlichen Denken formuliert hatte, vertrat ich den Standpunkt, daß die Dissidenten keine *quantité négligeable* sind. Als ich den Genossen Sinowjew betragte, sagte der mir: „Man kann schwer sagen, daß sie ein wirklicher Faktor sind, wenn die französischen Genossen es leugnen“. Ich habe die Thesen darauthin nicht zur Abstimmung gebracht, sondern sie als meine persönliche Auffassung im „Bulletin Communiste“ veröffentlicht. Jetzt haben die Tatsachen die Richtigkeit dieser Thesen erwiesen.

Aber wir müssen den französischen Arbeitern auch sagen, daß die sie täuschen, die ihnen erzählen, daß wir hier unsere Beschlüsse leichtfertig fassen. Die Tatsache, daß man vor dem französischen Proletariat derartige Be-

hauptungen erhebt, erklärt zur Genüge die Disziplinlosigkeit gegenüber der Internationale. Die Disziplin ist keine leichte Sache. Wenn man in Ausnahmefällen nicht einig zu werden vermag, unterwirft man sich, indem man sich sagt: Was uns bindet, ist wichtiger, als was uns trennt. Ist man häufig uneins, so kann das ein Zeichen dafür sein, daß die Organisation nicht einheitlich ist. Wenn aber Spannungen bestehen, und es finden sich Genossen, die erklären, daß diese Spannungen daher rühren, daß man in Moskau Zeitungsabschnitte macht ohne Sinn, ohne Daseinsberechtigung, dann müssen die Arbeiter sich sagen: warum sollen wir uns unterwerfen, weshalb uns beugen?

So geht die Disziplin zum Teufel.

Wir haben in der Frage der Einheitsfront eine sehr umfassende Diskussion, in diesem selben Saale hier, gehabt. Am Schluß dieser Diskussion erklärte Daniel Renoult:

„Wir haben es bereits ausgesprochen, daß wir diese Diskussion in einem Geiste absoluter Disziplin zu führen entschlossen waren. Wir hatten das Recht und die Pflicht, unsern Standpunkt, unsere Meinung in der entschiedensten Weise zu verteidigen. Aber wir sind disziplinierte Soldaten der Internationale, und welche Beschlüsse sie darum auch fassen werden, wir werden uns unterwerfen, wie dies unsere Pflicht ist.“

Das war die tapfere Sprache eines Soldaten der Revolution.

Aber, Genossen, Renoult kam nach Frankreich zurück. Gewiß, ich gebe zu, es kann jemand eine wenig wichtige Verpflichtung übernehmen, ohne genügend überlegt zu haben, und nachher nicht in der Lage sein, sie zu erfüllen. Das ist natürlich auch ein Fehler, aber nicht immer ein Beweis für mangelnden guten Willen. Man könnte sagen, daß die Dinge bei dem Ausschluß Fabres so lagen. Man hat eine Verpflichtung übernommen und sie nicht gehalten.

Aber in der Frage der Einheitsfront haben wir eine Diskussion gehabt, eine leidenschaftliche Diskussion, eine Rede Daniel Renoults, feierliche Erklärungen, wie: „Soldaten der Revolution“, „Kommunistische Pflicht“, „wir werden uns unterwerfen“ usw. — und hernach eine Reihe von Leitartikeln; ich zitiere nur einige, die ich der „Internationale“ entnehme, dem von Daniel Renoult geleiteten Blatt. Sie finden das „Journal du Peuple“ zitiert (das mit Zustimmung Renoults aus der Partei ausgeschlossen werden sollte), Auszüge aus Artikeln, beispielsweise Verdiers, eines ehemaligen Mitglieds der Partei, der sich von ihr abgewandt hat und die Internationale beschimpft.

Daniël Renoult hat die Verpflichtung übernommen, das „Journal du Peuple“ samt seinen Verdiere, Fabres und der ganzen Clique auszuschließen. Und in Erwartung des Ausschlusses — zitiert er und läßt Verdier in seinem Blatt zitieren, wenn dieser in der Frage der Einheitsfront gegen die Internationale schreibt.

Gelegentlich der Reise des Genossen Frossard nach Berlin hat der Parteivorstand, der doch keine lärmende oder auf der Straße improvisierte Versammlung ist, eine Resolution beschlossen, die besagt:

„Bezüglich der an den Genossen Frossard ergangenen Einladung, sich am 5. Mai nach Berlin und am 9. zur Konferenz zu begeben, beschließt der Kongreß, daß der Genosse Frossard dieser Einladung ausnahmsweise Folge leisten soll.

Angenommen gegen die Stimmen von Don-dicol, Méric und Renoult.“

Wenn Ihr aber meinen solltet, daß Renoult nur gegen die Wendung „ausnahmsweise“ hat stimmen wollen, daß er der Meinung war, daß man sich immer und nicht nur ausnahmsweise fügen solle, dann irrt Ihr Euch. Er wollte, daß man sich überhaupt nicht fügt, nicht einmal ausnahmsweise. Er wollte nicht, daß Frossard nach Berlin ging, um der Resolution entsprechend zu handeln, in bezug auf die er erklärt hat: „Wir fügen uns als disziplinierte Soldaten, im Einklang mit unserer kommunistischen Pflicht!“ usw.

Und dann gelegentlich des Berichts Piochs vor der Seine-Föderation. Es handelt sich hier nicht um die Einheitsfront. Aber unser Vorkämpfer der Disziplin erscheint auf dem Kongreß der Föderation und richtet an diesen die Aufforderung, gegen die Einheitsfront zu stimmen, und das in einem Moment, wo diese Frage gar nicht zur Diskussion steht, sondern ganz etwas anderes.

Genossen, das ist nicht die Aufgabe eines Parteivorstandsmitgliedes, eines Delegationsmitgliedes von Moskau, der nach seiner Rückkehr nach Frankreich die Auffassung der Partei im absoluten Gegensatz zur Orientierung der Internationale vorfindet und der erklärt:

„Ich kann nichts daran ändern, man lehnt meinen Anstrengungen zum Trotz die Beschlüsse der Exekutive ab.“

Nein, er selbst ist es, Renoult, der bei jeder Gelegenheit lärmende Aeußerungen des Hasses gegen die Moskauer provoziert, die ihre Beschlüsse auf Grund von Klatsch fassen und die das französische Proletariat „ent-

waffnen“ wollen. Warum wollen wir es eigentlich entwaffnen? Die Erklärung könnt Ihr im „Journal du Peuple“ suchen. Die französischen Arbeiter wollen immerhin eine Erklärung haben. Gibt die „Humanité“ ihnen diese Erklärung? Nein. Wer gibt sie ihnen? Das „Journal du Peuple“. Und was lesen wir da?

Es sagt, daß die Bolschewiki für die Einheitsfront sind in Anbetracht der sehr bedenklichen Lage des russischen Staates, daß sie sich anbietern wollen bei den Vandervelde und Scheidemann, die über Armeen verfügen, über Finanzen, Kredite usw. Sie möchten gerne, aber es wird ihnen nicht gelingen . . . Ich könnte an die zehn Zitate, die diese Auffassung vertreten, bringen. Eine gewisse Arbeitsteilung besteht hier. Man sagt: die Internationale faßt Beschlüsse, die man nicht durchführen kann. Die Internationale will uns entwaffnen. Renoult, der disziplinierte Soldat, kommt in die Seine-Föderation und schlägt eine Protestresolution gegen die Einheitsfront vor. Und im „Journal du Peuple“ gibt man die Erklärung: Die Idee der Einheitsfronttaktik ist nicht in der Kommunistischen Internationale entstanden. Die Russische Regierung ist es, die diesen Gedanken gefaßt hat, um ihrer nationalen Interessen willen. Das Kommissariat des Auswärtigen hat ihn ausgeklügelt als ein Mittel, die internationale Lage Rußlands zu retten.

Genossen, ich muß erneut sagen, daß ich mich wundere, daß die französischen Arbeiter unter diesen Umständen unserer Internationale noch angehören. Ich bewundere ihre Geduld; aber wer bezweifelt, daß diese Geduld ihre Grenzen hat. In alledem ist Logik. Ich lasse beiseite die gelegentlichen, die Ausnahmefälle. Hier ist noch eine Resolution, die im Mai von der Seine-Föderation angenommen wurde und die eine Kommission ausgearbeitet hat, deren Mitglieder unter anderen (die ich nicht nenne, da sie weniger bekannt sind) die Genossen Méric, Renoult und Heine waren. Das sind die Vertreter dreier Tendenzen: Méric vertritt die ausgesprochene Rechte, Renoult das Zentrum des Parteivorstandes und Heine, das ist die sogenannte „Aeußerste“ Linke. Vergessen wir nicht, daß die Seine-Föderation dieser Aeußersten Linken angehört, und daß sie trotzdem lange Zeit als Verbandssekretär Pioch gehabt hat, der zur Aeußersten Rechten gehört. (Heiterkeit.) Die Extreme berühren sich eben. Das ist doch bekannt. Die Resolution ist die des Blocks dieser drei Richtungen und wendet sich gegen die Links-

tendenz, deren Vertreter Rosmer, Amédée, Treint und andere Genossen sind, die eine andere, die Auffassung der Internationale zum Ausdruck bringende Resolution eingebracht hatten.

Und nun die Resolution dieses Blocks. Ich kann sie hier leider nicht ganz verlesen. Sie ist eine bedeutungsvolle politische Tatsache, und wenn man mir sagt, daß ich Resolutionen eine zu große Wichtigkeit beimesse, so erwidere ich:

Genossen, wir wollen eine neue Welt schaffen! Die allererste Vorbedingung dafür ist die Klarheit der Ideen, die Klarheit des theoretischen und politischen Bewußtseins der Partei der Revolution. Wenn nicht, dann verstehe ich nicht, wozu wir uns von den Dissidenten trennten, warum wir nicht gemeinsame Sache mit den Anarchisten machen. Die von dem Block der drei Richtungen, die durchweg im Gegensatz zur Kommunistischen Internationale stehen, vorgelegte Resolution konstatiert die Krise der Partei. Diese Krise „hängt zusammen mit den oft recht brüskten, der Masse unverständlich bleibenden Wandlungen der von der Exekutive empfohlenen Taktik“. Also die Mitgliederkrise, die allgemeine Krise der französischen Partei wie der übrigen Parteien (der Text besagt dies) hängt zusammen mit der, das will besagen, ist verursacht durch die launenhafte Internationale, durch deren brüske Wandlungen, die die Arbeitermassen nicht verstehen.

Etwas weiter unten wird die Krise auf die neue Taktik, auf die Einheitsfront zurückgeführt. Umgekehrt kann man sagen: Es ist der Stillstand im Wachstum der französischen Partei, und nicht nur dieser, sondern auch der anderen Parteien, der die Internationale den Gedanken der Einheitsfront entwickeln ließ, der bereits in der Resolution des Dritten Kongresses seine Formulierung gefunden hatte. Denn die Einheitsfront, das ist die Möglichkeit des Vormarsches auf breiter politischer Bahn.

Trotzdem beginnt die Resolution, indem sie die Ursache der Krise in der Kommunistischen Internationale sucht. Man sucht die Gründe beispielsweise nicht in der Seine-Föderation. Diese Föderation ist eine ganz außergewöhnliche Organisation. Sie beruht auf dem Föderativprinzip: d. h. jede Gruppe ist, ohne Rücksicht auf ihre Stärke, in der Zentralorganisation mit einem Delegierten vertreten. Es gibt deren

R a p p o r t : 85;

S e l l i e r : 90;

T r o t z k i : ungefähr 100.

Die leitende Körperschaft zählt gegen hundert Delegierte von Sektionen, die in bezug auf die Zahl ihrer Mitglieder sehr verschieden sind. So kommt es, daß es an den Sitzungen einmal einige 30 Genossen einer bestimmten Richtung, ein zweites Mal gegen 20 einer anderen, und ein drittes Mal wieder andere Genossen ohne jede Richtung anwesend sind. Keine Stetigkeit, keine feste Linie! Ein völliges Chaos. Und wenn man mit den französischen Genossen vom Parteivorstand darüber spricht — ich habe vor drei Monaten darüber mit den französischen Delegierten geredet —, dann geben es alle zu, mit Ausnahme des Genossen Métayer, der es nicht anerkennen will; denn er ist ein Anhänger des Systems, aber alle anderen geben es zu.

In Paris aber, da bildet man einen Block, nicht gegen die Bourgeoisie, sondern gegen die Internationale. Diese sonderbare Organisation wird unantastbar. Daniel Renault, Victor Méric und Heine erklären:

„Diese dem Sowjet-System entsprechende Organisation ist durchaus gerechtfertigt in einer Partei, die sich als auf dem Boden der russischen Revolution stehend erklärt“ usw.

Und der Genosse Métayer erklärte: „Aber Eure Republik ist doch auch föderativ.“ Gewiß, unsere Republik ist föderativ, aber nicht die Partei. Die Partei ist das Werkzeug, um zur Föderativrepublik zu gelangen. Die Säge ist scharf, aber das Brett, das wir mit ihr schneiden, ist es nicht. Das Werkzeug und das mit seiner Hilfe geschaffene Produkt sind zwei völlig verschiedene Dinge. Die Ukraine ist unabhängig. Aserbeidschan, Georgien sind es auch. Aber glaubt Ihr, daß die Kommunisten dieser Länder unabhängig sind? Sie sind der Disziplin der Partei genau so unterworfen wie die Genossen in Moskau. Unsere Organisation ist absolut zentralisiert. Glaubt Ihr, daß wir uns ohne diese Zentralisation halten könnten?

Der Föderalismus des Staates ist eine notwendige Konzession, einerseits an gewisse kulturelle Ansprüche — in bezug auf die Schule, die Sprache — und andererseits an die nationalen Vorurteile des Kleinbürgertums in den Dörfern und in den Städten. Er ist eine Konzession. Wir können, und wir müssen dem Kleinbürgertum diese Konzessionen im Staate machen. Aber wir können sie nicht in der Partei machen! Unsere Partei bleibt absolut zentralisiert.

Nun sagen uns die französischen Genossen: Die Föderativ-Organisation der Seine ist eine Nachbildung der Sowjetrepublik, dieser ab-

solot unantastbaren Einrichtung. Genossen, wenn zu mir je ein französischer Arbeiter so sprechen würde, so würde ich nicht schweigen. Ich würde ihm sagen: Mein Freund, Du irrst Dich. Es ist ein fundamentaler Unterschied zwischen dem Aufbau der Partei und dem des Staates, den diese schaffen soll. Und ich würde ihm diesen Unterschied erklären. Aber dies tun weder der Genosse Daniel Renoult, der ihn doch kennt, noch Victor Méric, der ihn kennen sollte. Daniel Renoult hat hier zugegeben: Es ist eine absolut unmögliche, unbrauchbare Organisation, die das kommunistische Leben in Paris desorganisiert. Aber in seiner Resolution sagt er das Gegenteil, nur um mit der Rechten und der Äußersten Linken einen Block gegen die kommunistische Linke zu bilden.

Weiter heißt es in der Resolution:

„Unter diesen Umständen können die Gegensätze zwischen den Revolutionären und den Reformisten nicht verschwinden oder sich auch nur mildern, die Seine-Föderation lehnt aus diesen Gründen die Anwendung der Taktik der Einheitsfront ab und „verurteilt den von einigen Genossen als Anwendung der Einheitsfronttaktik präsentierten Neo-Reformismus.“

Man sagt also, daß die Gegensätze zwischen den Reformisten und den Revolutionären sich nicht mildern können, und dann fügt man hinzu, daß einige Genossen — man nennt sie nicht — man macht es wie der Genosse Rappoport mit seinen Elefanten und sagt einfach: einige Genossen . . .

(Unterbrechungen, Bewegung)

Frossard: Gestatten Sie bitte ein Wort. Dies ist eine Antwort an den Genossen Treint, der behauptet, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen Reformen gleichbedeutend sind mit der Revolution.

Trozkij: Ich habe den in der Internationalen Korrespondenz erschienenen Artikel des Genossen Treint über die Einheitsfront gelesen und ich muß sagen, Genossen, daß von allen in französischer Sprache bisher erschienenen Artikeln der des Genossen Treint der beste ist; und ich rate Ihnen allen, ihn zu lesen. Natürlich übernehme ich damit nicht die Verantwortung für alles, was der Genosse Treint je gesagt und geschrieben hat. Aber wir reden im Moment von der Einheitsfront, und da gibt der Artikel Treint's in der Internationalen Korrespondenz eine äußerst klare Darstellung der Lage.

Ich kenne das Verfahren sehr gut, nach dem man, um die Internationale zu treffen, auf den einschlägt, der ihre Ideen verteidigt. Genosse Frossard, das ist eine sehr bekannte

Methode und in Frankreich zur Zeit allzusehr in Übung.

Ich habe weder die Absicht, unter allen Umständen den Genossen Souveraine zu verteidigen für das, was er sagt oder schreibt, noch den Genossen Treint. Ja nicht einmal mich selbst, der ich in meinem Leben genügend Fehler gemacht habe. Im Moment handelt es sich um eine ganz präzise, sehr wichtige Frage: die Einheitsfront. Anstatt die Internationale direkt anzugreifen, greift man sie an, indem man sagt: einige Kameraden (man sagt nicht, daß es Treint ist) präsentieren uns unter der Form der Einheitsfront einen Neo-Reformismus. Nun das ist nicht wahr.

Auclair meint, daß es ein Rückschritt zum Reformismus hin ist, wenn man in erster Linie die Forderungen der Arbeiter zu realisieren versucht. Es gelte vor allem die Bauern zu gewinnen. Dies ist derselbe Geist: „Wir sind gegen die Einheitsfront. Warum? Weil wir nichts zu tun haben wollen mit den Führern der Reformisten.“ So kleidet man den tatsächlichen Reformismus stets in eine revolutionäre Phraseologie.

Etwas weiter sagt die Resolution:

„Die Seine-Föderation empfiehlt die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenräten in den Fabriken, Werkstätten usw. hier, auf dem ur-eigensten Gebiete der Arbeit, fern von den reformistischen Führern, die hier keinen Zutritt haben, wird die Einheit der Arbeiterklasse zur Wirklichkeit werden. Die Kommunisten und revolutionären Syndikalisten werden die Arbeiter vorwärtstreiben, wie dies 1905 und 1917 die russischen Bolschewiki taten.“

Also mit anderen Worten: Wir sind gegen die Einheitsfront, gegen die Zusammenarbeit mit den reformistischen Führern, aber für die auf dem Föderativprinzip beruhenden Räte, um dort die große Masse vorwärts zu treiben nach dem Beispiel der Bolschewiki in den Sowjets. Aber Genossen, woher sind diese Sowjets gekommen? Waren es die Bolschewiki, die sie schufen? Wir waren anfangs nur eine Minderheit in den Sowjets, eine quantité négligeable. Gewiß waren wir es, die die Parole der Sowjets in die Massen warfen. Aber was bedeuteten, was waren wir in den Sowjets? Wir hatten weniger Redefreiheit, als wie der Präsident des Revolutionstribunals in dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre Vandervelde und den Angeklagten zugesteht. Was waren wir im Moskauer Sowjet? Eine kleine Gruppe von Angeklagten. Und wer führte? Die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre.

Die Sowjets, Genossen, das war die ausgesprochene Einheitsfront zu Beginn der Revolution. Die Masse war es, die uns diese Formel der Einheitsfront aufzwang, und wir haben sie akzeptiert, und nicht nur akzeptiert, wir haben sie in die Sowjets geschleudert, als Minderheit, mit der Gewißheit, daß wir unsere Gegner besiegen würden, und wir haben sie besiegt.

Man sagt uns nun: Wir wollen nichts zu tun haben mit den Reformisten und ihren Führern. Wir wollen Sowjets, wo die Führer keinen Zutritt haben. Wie wollt Ihr das machen? Verfügt Ihr denn über die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit? Könnt Ihr den Arbeitern Vorschriften machen darüber, wen sie als ihre Vertrauensleute in die Sowjets schicken sollen? Was heißt das eigentlich? Mir ist das unverständlich.

Weiter sagt man: Wir machen es wie die Russen 1905 und 1917. Ja, befindet Ihr Euch denn im Jahre 1905 oder 1917? Ich glaube vielmehr, daß Ihr Euch in der Epoche der Vorbereitung befindet, in einem Stadium, das man vergleichen könnte mit der Zeit, die zwischen diesen beiden Jahren liegt. Gab es aber in dieser Epoche in Rußland Sowjets? Nein. Was gab es da?

Wir hatten unsere kommunistische Propaganda, unsere Organisation, unsere Aktion und unsere Versuche, eine Einheit der Aktion, die proletarische Einheitsfront, zustande zu bringen.

Glaubt Ihr denn, wenn der geschichtliche Moment der Masse gekommen ist, die Einheitsfront verhindern zu können? Aber sie wird doch kommen, unerwartet für Euch. Und Ihr werdet gezwungen sein, sie zu akzeptieren, ohne Euch vorbereitet zu haben.

Natürlich werdet Ihr Euch, wenn die Dinge so weit sind, den Tatsachen anzupassen wissen, Ihr werdet Euern Weg in dieser Einheitsfront finden. Aber es ist besser, vorbereitet zu sein und zu führen, anstatt von den Ereignissen überrascht zu werden, und es ist besser, an der Spitze dieser Idee, dieser Aktion zu marschieren, als hinterher zu laufen.

Ihr könnt der Idee der Sowjets in der Tat keinen schlimmeren Gefallen erweisen, als wenn Ihr sie propagiert in der Art, wie die Resolution der Seine-Föderation es tut.

In der Resolution heißt es noch, daß „die französische Partei sich immer als diszipliniert erwiesen hat (natürlich), aber daß diese Disziplin nicht zu eng gefaßt werden dürfe, indem die Parteien die Beschlüsse der Exe-

kutive nur stillschweigend zur Kenntnis zu nehmen haben“.

Mit anderen Worten: Die Disziplin im allgemeinen ist eine schöne Sache. Aber nicht in unserem Hause, nicht in der Kommunistischen Internationale, wo man uns zwingt, die Resolutionen der Exekutive zur Kenntnis zu nehmen, die übrigens von einer einzigen Ausnahme, der der Einheitsfront, abgesehen — in bezug auf die unsere Vertreter am Schlusse der Diskussion Disziplin zu halten versprochen — mit Zustimmung unserer Delegierten gefaßt worden sind. Und man schließt mit einem Seufzer der Hoffnung:

„Sie (die Föderation) hofft, daß der vierte Kongreß die gegenwärtigen Beschlüsse der Internationale über die Einheitsfront im Sinne einer Linksorientierung revidieren wird.“

So haben wir also eine rechte Orientierung, das ist die der Kommunistischen Internationale, und eine linke, das ist die Victor Mérics, des Mitarbeiters Fabres, die des Genossen Kenout, der in seinem Blatte die lehrreichsten Stellen aus dem „Journal du Peuple“ nachdruckt, und die des Genossen Heine, der die Föderativrepublik kopieren möchte!

Wenden wir uns der Gewerkschaftsfrage zu. Der Genosse Frossard hat sich recht optimistisch über die Zukunft ausgelassen, und wir sind naturgemäß begeistert über den Ausblick, den er uns gegeben hat. Ich für meinen Teil hoffe aufrichtig, daß sich seine Vorhersage erfüllt, aber ich muß doch sagen, daß dieser Erfolg ein wenig unerwartet ist.

Was tut man, um diesen Wechsel vorzubereiten? Die Arbeiter sehen es nicht. Die Presse müßte doch eigentlich diesen Prozeß widerspiegeln. Man sieht aber nichts! Ich meinerseits habe alle Symptome, die die Beziehungen zwischen der Partei und der Gewerkschaftsbewegung charakterisieren, sorgfältig verfolgt.

Wir haben anläßlich der Konferenz der erweiterten Exekutive energisch darauf hingewiesen, daß die Partei ihre Haltung in der Gewerkschaftsfrage ändern muß. Unsere französischen Genossen haben uns gesagt: Wir geben zu, die Beschlüsse werden bisher noch nicht energisch genug durchgeführt; aber das wird in Zukunft besser werden.

Bald darauf habe ich den Artikel des Genossen Frossard über die Frage gelesen, in dem er sagt:

„Die kluge und vorausschauende Politik Jaures“ verhinderte, daß eine nicht wieder gut zu machende Störung in den Beziehungen zwischen den beiden proletarischen Armeen eintrat, der politischen und der ökonomischen, die glei-

chermaßen nötig und im Grunde innig miteinander verbunden sind. Longuet wird es uns nicht zum Vorwurf machen, hoffe ich, wenn wir unse-rerseits Jaurès Politik fortsetzen.

Genossen, das ist eine Auffassung, die im direkten Gegensatz steht zu den Resolutionen unserer internationalen Kongresse, zu unserem Programm, den Resolutionen des Marseiller Kongresses.

Die Tradition Jaurès' das besagt etwas sehr Bestimmtes. Wir kennen die großen Fähigkeiten, das machtvolle Genie von Jaurès, das sich auch in seiner Taktik in der Gewerkschaftsfrage zeigte; denn diese Taktik entsprach durchaus der Situation, die der patriotisierende und nationale Sozialreformismus einerseits und der anarchistische Syndikalismus andererseits geschaffen hatte. Unsere Taktik war damals nicht möglich. Der Syndikalismus war die Reaktion des Proletariats auf die demokratische Heuchelei. Die Partei war auf den Parlamentarismus eingeschworen. Und da erklärte sie durch den beredten Mund Jaurès': Nachsicht mit der Ungeduld des Proletariats. Dieser Haß, diese Auflehnung gegen die Partei haben ihre geschichtlichen Gründe. Wir müssen die Dinge nehmen, wie sie sind, rührt nicht daran!

Und die Führer der syndikalistischen Elemente, die Jouhaux und Konsorten, die damals das wahrhaft revolutionäre Fühlen der französischen Arbeiterklasse ausbeuteten (und die sich seitdem als Verräter erwiesen haben), sagten sich: Wir sind zwar gegen den Parlamentarismus, aber da die Parlamentarier unser gewerkschaftliches Gebiet unangetastet lassen, ist eine gewisse Arbeitsteilung möglich. Wir werden ein stillschweigendes Uebereinkommen mit der sozialistischen parlamentarischen Partei haben. Da habt Ihr die Tradition Jaurès.

Können wir sie akzeptieren?

Niemals! Unsere Partei soll das Bewußtsein, der Wille des Proletariats in allen seinen Aktionen sein, auf allen Gebieten. Wir können schwach sein, und dann werden uns andere verdrängen, aber wir kämpfen um den Einfluß auf die Arbeiterklasse, um die Führerschaft in ihrem Kampfe.

Wie können wir das aber, ohne uns überall zu zeigen, wo Arbeiter sind, mit unserer Fahne, die wir nie verstecken?

Man sagt uns: Wir teilen die Arbeit; die Gewerkschaft ist autonom, sie untersteht nicht der Partei. Natürlich ist diese Organisation unabhängig, weil wir dort nicht die Mehrheit sind. Aber wir als Partei, in unsern

Gruppen, in den Gewerkschaften, in den Parlamenten, in der Presse, überall, verkörpern eine Idee, sind eine Organisation der zentralisierten Aktion; wir sind überall die kommunistische Partei, der revolutionäre kommunistische Wille.

Und ich verstehe nicht, wie wir die Tradition Jaurès' sollten annehmen können, die in absolutem Widerspruch zu unserem Programm, unserer Taktik steht. Ich würde es erstaunlich finden, wenn wir in Saint Etienne zu einem unserer Methode entsprechenden Resultat gelangten unter dem Einfluß einer Ideologie, die im Gegensatz zu dieser Methode steht.

Frossard sagt uns: Die Kommunisten sind es, die durch ihren Eifer, durch ihre Arbeit die verantwortlichen Funktionen in den Gewerkschaften erringen.

Sehr gut! Alle Briefe, die wir aus Frankreich erhalten, private und offizielle, schildern die französischen Arbeiter als die besten der Internationale; so zum Beispiel im Brief über den Jugendkongreß in Montluçon. Die ganze Internationale wird die französische Partei um diese ausgezeichneten Arbeiterelemente in der Jugend, in ihren Gruppen beneiden.

Und ich sage: Natürlich, diese Elemente erringen in den Gewerkschaften und allenthalben das Vertrauen der Arbeiterklasse. Sie übernehmen verantwortliche Funktionen. Aber, werden sie in ihrer Arbeit geleitet durch die Partei? Nehmen wir zwei Fraktionen: die Fraktion Rosmer und die Fraktion Monmousson. Die letztgenannte (die der „Vie Ouvrière“) hat eine lange Tradition anarchistelnden Syndikalismus hinter sich. Sie zählt in ihren Reihen ausgezeichnete Elemente. Rosmer hat diese Gruppe verlassen, Monatte ist dort geblieben; wir hoffen jedoch, daß er in Zukunft mit uns marschieren wird. Doch sind die meisten Anhänger der Gruppe Monmousson Kommunisten, Mitglieder unserer Partei. Also die kommunistischen Elemente, d. h. die der noch ziemlich schwachen Fraktion Rosmer, die der Fraktion Monmousson und die anarchistelnden Kommunisten, die sich der Parteidisziplin widersetzen, sind die Mehrheit.

Wie soll man das verstehen?

Man sagt uns: Man muß die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung kennen. Sicher kennen die französischen Genossen sie besser als ich. Immerhin kenne ich sie auch ein wenig. Meine ersten Bekanntschaften in Paris waren Monatte, Rosmer usw. Ich unterschätze die syndikalistische Gruppe

nicht, ich kenne ihre Tendenzen. Ich weiß, daß sie sich vor dem Kriege aus sehr revolutionären Elementen zusammensetzte, und daß dies zu einem Teil auch heute noch der Fall ist. Ich kann sie mit Rücksicht behandeln; die Partei muß sie mit Rücksicht behandeln, wir dürfen sie nicht vor den Kopf stoßen. Wo es sich um Syndikalisten handelt, die die syndikalistische Tradition verkörpern, die meiner Partei mißtrauisch gegenüberstehen, da nähere ich mich ihnen allmählich, und ich bin ihnen gegenüber nicht nur Politiker, sondern auch ein wenig Pädagoge.

Aber wir haben Kommunisten, Mitglieder unserer Partei, die sich wandeln, sobald sie in den Gewerkschaften sind. Sie werden Syndikalisten und Anhänger der „Vie Ouvrière“. Und ich weiß nicht, ob wir auf diese Weise die gewerkschaftliche Bewegung gewinnen können, oder ob nicht vielmehr der revolutionäre Syndikalismus unsere Partei erobern würde.

Wir haben das Beispiel Verdiere und Quintons gehabt. Als wir fragten: „Was machen denn diese Verdier und Quinton? Die schreiben Dinge, die ganz unmöglich sind“, da sagte man uns: „Es sind Mitglieder unserer Partei“. Aber worin bestand ihre Zugehörigkeit zur Partei? Sie hatten ihre Parteikarte in der Tasche. Sie nützten die Autorität der Partei aus, als die Weltrevolution nahe schien. Aber ihre Politik in den Gewerkschaften war antikommunistisch. Nachdem sie in den Gewerkschaften saßen, zerrissen sie ihre Parteikarte und fuhrten in ihrer parteifeindlichen Arbeit fort. Sie sind jetzt nicht mehr Mitglieder der Partei, aber wir haben noch andere Verdiere und andere Quintons.

Ich meine, wir müssen diese Fragen lösen. Bis zum Kongreß in Saint Etienne ist es nicht mehr lange. Man wird sich dort bequemen müssen, zu tun, was man allerorts auf Kongressen macht. Man wird die kommunistische Fraktion des Kongresses zusammenrufen und unter der Leitung eines Vertreters des Parteivorstandes eine Liste der kommunistischen Delegierten aufstellen. Wer seine Parteikarte hat, wird zu einer bestimmten Stunde in einem bestimmten Saal erscheinen, und der Parteivorstand oder seine Vertreter werden in Gemeinschaft mit dieser Fraktion das Aktionsprogramm für den Kongreß vorbereiten müssen. Wird man dies in Saint Etienne tun, ja oder nein?

Man wird in diesem Aktionsprogramm auf die Vorurteile der anarchistischen Syndikalisten Rücksicht nehmen müssen, nicht aber

auf einen Verdier oder Quinton. Die Kommunisten müssen sich der Partei und ihren Beschlüssen fügen. Sie müssen für die Resolution des bedingungslosen Beitritts zur Roten Gewerkschaftsinternationale stimmen.

Und ich stelle die Frage: Wird das Parteimitglied, das als Kongreßdelegierter gegen die Beschlüsse der Partei handelt, ausgeschlossen werden, ja oder nein?

Unsere ganze Konferenz muß diese Frage stellen und darauf bestehen, daß sie eine unzweideutige Antwort erhält, und sie muß diese Antwort in der Resolution niederlegen.

Wenden wir uns jetzt der Frage der Einheitsfront zu. Wir nähern uns in Frankreich einer Epoche des Linksblocks. Der Genosse Frossard ist es, der dies sagt, und von allen wird es zugegeben. Was heißt das, eine Epoche des Linksblocks?

Von Zeit zu Zeit begegnet man in den Blättern der Partei der Behauptung, daß die Epoche der demokratischen Illusionen im Proletariat überwunden sei. Das ist ein Irrtum. Kommt es in Frankreich zu einem Linksblock, so bedeutet das eine neue Welle der demokratischen und pazifistischen Illusionen in breiten Schichten des Proletariats. Das ist sehr wesentlich. Unsere Bewegung ist im Moment sehr sprunghaft, sie vollzieht sich in Stößen. Ihr habt im Beginn des Krieges die Epoche der patriotischen Illusionen der Nationalverteidigung gehabt; dann kam die Ernüchterung, das revolutionäre Morgenrot von 1917. Darauf der Sieg und seine Illusionen. Und endlich eine neue Enttäuschung und der Beginn einer kurzen Epoche revolutionärer Illusionen. Ich sage: Illusionen; denn es fehlte die klare revolutionäre Erkenntnis; was hinter dem Eisenbahnstreik stand, der weder gut vorbereitet noch gut geführt war, war nichts als ein unklares Gefühl. Dieser Streik war der Ausdruck der revolutionären Illusionen. Das wertvollste Resultat dieser Epoche ist die Kommunistische Partei.

Seitdem war ein gewisser Rückschlag zu verzeichnen, als Ausdruck der unvermeidlichen Enttäuschung nach den revolutionären Illusionen. Man hatte die Revolution sehr viel näher geglaubt und sie für leichter gehalten. Die Enttäuschungen, die folgten, führten zu einer gewissen Passivität.

Dies zeigt sich besonders in den Arbeitermassen Frankreichs, wo der Druck des Kapitals nicht stark genug ist, um eine entsprechend wuchtige Gegenaktion auszulösen,

wo der revolutionäre Geist schlummert, wo die alten Vorurteile erneut erwachen, wo man nicht die nötige Elastizität des Denkens hat, um mit den neuen Ideen Schritt zu halten.

Die Folge ist ein Stillstand im Wachstum der Partei.

Hand in Hand damit aber vollzieht sich eine Sammlung in der Masse, in der kleinbürgerlichen und in der proletarischen. Ihr Ausdruck ist die wachsende Unzufriedenheit mit dem nationalen Block und der Wunsch nach einer Aenderung. Die Idee des Linksblocks taucht am Horizont auf. Und da fragt es sich: Was denken in einem solchen Moment die Arbeiter?

Nehmen wir einen Pariser Arbeiter, der nicht Kommunist ist, der aber mit der Partei, mit der sozialen Revolution sympathisiert, und der, wenn es morgen auf die Barrikaden zu steigen gilt, möglicherweise nicht der erste, sicher aber der zweite sein wird. Dieser Arbeiter sagt sich: Der Linksblock ist trotz allem noch besser als der Nationale Block. Die Kommunisten sind sicher gute Kerle. Wenn sie die Revolution machen werden, werde ich mit ihnen sein. Aber ihre Vorbereitungen dauern reichlich lange. Bis sie so weit sind, werde ich eine Aenderung nicht zurückweisen, wenn sie möglich ist. Ich werde mit vielen anderen für Herriot-Longuet stimmen, deren Parteien eine fortschrittlichere Regierung bilden werden.

Dieser Arbeiter ist noch demokratisch; aber sein Demokratismus ist skeptisch. Er ist revolutionär, aber er verhält sich abwartend. Er hat die besten Absichten, aber er ist zu oft getäuscht worden. Man hat ihn zu oft betrogen, euern französischen Arbeiter. Das erklärt die Aschenschicht der Skepsis über seinem revolutionären Feuer.

Und Ihr französischen Kommunisten erklärt und wiederholt: Einheitsfront? Nein, wir sind für die Revolution. Das genügt! Und Ihr überlaßt den französischen Arbeiter dem Einfluß der Idee des Linksblocks.

Wenn Ihr ihm statt dessen sagt: Wir müssen dem Nationalen Block und dem Linksblock den Proletarischen Block entgegenstellen! Sie wollen eine bürgerliche, wir aber wollen eine proletarische Regierung machen. Wenn Ihr ihm sagt: Du bist zwar kein Kommunist, und die Revolution wird nicht morgen sein; versuchen wir eine Arbeiterregierung zu errichten. Mit wem? Mit allen Faktoren der Arbeiterbewegung, mit den Gewerkschaften, mit der C. G. T. (Rechter Gewerkschaftsbund), mit der C. G. T. U. (Linker Gewerkschafts-

bund), mit den Dissidenten, mit allen Gruppen der Arbeiterbewegung.

Was für eine verhängnisvolle Idee, was für ein Verrat! Den Linksblock die Seele des französischen Proletariats erobern zu lassen, das ist allerdings eine sehr viel einfachere Taktik. Frossard sagt uns: „Wir begrüßen den Linksblock, weil er die Dissidenten umfassen, sie kompromittieren wird. Wir werden davon den Nutzen haben.“ Man wartet also darauf, die Erbschaft des Linksblocks antreten zu können. Der Sinn dieser Taktik ist: die Geschichte macht allein der Linksblock; er wird die Dissidenten kompromittieren, und meine Partei tritt dann deren Erbe an. Das kann nicht unsere Politik sein.

Damit die Dissidenten sich im Linksblock kompromittieren können, müssen sie im Beginn dieser Erfahrung eine gewisse Zahl von Arbeitern hinter sich haben. Darum müssen wir dieser Idee des Linksblocks die Idee des Arbeiterblocks entgegenstellen. Vielleicht sagt man uns, ja, ohne die Arbeiter. Wenn die Arbeiter uns sagen würden: Was, einen Block mit Jouhaux und Longuet schlägt Ihr uns vor? Wir werfen die Kerle zum Fenster hinaus! — dann wäre das Problem gelöst. Aber die Vorbedingung hierfür wäre, daß wir das Vertrauen des gesamten Proletariats haben; und diese Vorbedingung ist nicht erfüllt.

Wenn Ihr einem französischen Arbeiter sagt: Gehe mit uns und nicht mit der Bourgeoisie, und er antwortet Euch: Gewiß, ich bin ein Arbeiter, und ich denke nicht daran, mit der Bourgeoisie zu gehen, aber ich habe Vertrauen zu Jouhaux, dann müßt Ihr ihm antworten: gut, gehe mit ihm, aber gegen die Bourgeoisie, wie ich es dir vorschlage.

Und wenn nun dieser Arbeiter den Versuch macht, Jouhaux mit sich zu ziehen, und es gelingt ihm nicht, dann ist Jouhaux kompromittiert. Auf diese Weise können wir die Hälfte, ein Drittel der Anhänger Jouhaux' für uns gewinnen. Die politische Bewegung ist es und der Kampf, aus denen wir neue Kräfte schöpfen können, und nicht das ewige Wiederkäuen der gleichen Gedanken, das Marschieren auf der Stelle.

Die Frage der Einheitsfront und der Gedanke der Arbeiterregierung sind in diesem Augenblick für Frankreich von der allerersten Bedeutung, weil Ihr dort noch die Vorurteile der Syndikalisten und Anarchisten zu überwinden habt, die meinen, daß die Gewerkschaften sich völlig selbst genügen, daß eine proletarische Diktatur nicht nötig sei usw. Wenn wir der Bourgeoisregierung die

Arbeiterregierung entgegenstellen, so ist das geeignet, uns die Anhänger der Syndikalisten und Anarchisten zuzuführen.

Ich komme zum Schluß.

Genossen, eine neue Aera, eine neue Epoche muß für die französischen Kommunisten beginnen. Eine Wandlung ist notwendig, die augenfällig ist für die französische Arbeiterklasse; eine entschiedene Wandlung, in der Richtung wie in der Methode.

Ohne diese Wandlung führt der Weg der französischen Partei ins Verderben. Das ist für mich ganz klar. Neue Erschütterungen, neue Spaltungen würden die Folge sein, und diese Spaltungen würde die Geschichte vollziehen auf Linien, die nicht die günstigsten wären für die französische Arbeiterbewegung.

Man kann, davon bin ich überzeugt, dem großen Kern, dem wirklich lebensfähigen Kern der Partei, seine geschlossene Mehrheit erhalten, wenn die Internationale — und ich schlage Euch das im Namen der Exekutive vor — jetzt daran geht, Richtlinien auszuarbeiten, ganz klare Richtlinien, die im Einklang mit unserem Programm stehen und die gleichzeitig der Lage in der französischen Partei Rechnung tragen.

Wir müssen fordern, was der Genosse Frossard selbst gesagt hat: daß die Partei für den nächsten Kongreß ein absolut klares Programm vorbereitet, daß sie sofort daran geht, dieses Programm vorzubereiten, im Einklang mit der jetzigen Epoche, die eine revolutionäre, aber eine Vorbereitungsperiode ist.

Die Partei muß taktische Thesen ausarbeiten, die rücksichtslos den Pazifismus, Zentrismus, Reformismus verurteilen und nicht minder die Disziplinlosigkeit in allen ihren sich in Frankreich äußernden Formen und die die Vertreter dieser Tendenzen aus der Partei ausschließen.

Die Partei muß ein Statut erhalten, das den Parteivorstand zu einem wirklich führenden Organ macht und die Seine-Föderation auf eine normale, den Interessen der Arbeiterbewegung entsprechende organisatorische Grundlage stellt.

Vom Parteivorstand müssen wir verlangen, daß er den Fall Fabre politisch liquidiert. Ich sage politisch, und nicht nur so als Durchführung einer x-beliebigen Resolution oder irgendeines Statutenparagrafen. Der Parteivorstand muß den Arbeitern klarmachen, daß dies eine unumgänglich notwendige Maßregel gegenüber den Feinden in unseren Reihen ist. Man sagt uns: Die Konfliktskommission habe

sich dem Ausschluß widersetzt. Nun, die Statuten verbieten es nicht, daß man in der „Humanité“ die Gründe darlegt, die den Ausschluß von Elementen wie Fabre unbedingt verlangen. Bisher hat man dies nicht getan. Es muß getan werden. Was wir brauchen, ist eine wirkliche Arbeiterpresse. Unsere Blätter müssen die Stimmung der Partei zum Ausdruck bringen und nicht die persönlichen Auffassungen von „Führern“. Jedes einfache Parteimitglied muß einen Artikel schreiben dürfen, ohne „Führer“ zu sein, und ohne daß ihm Victor Méric, stolz wie ein chinesischer Mandarin bedeutet: Du bist kein „Führer“.

Der politische Leitartikel darf nicht den Namen des Verfassers tragen, so wie es in der kommunistischen Presse der ganzen Welt gehandhabt wird. Er soll die Parteimeinung zum Ausdruck bringen. Der Arbeiter muß, wenn er wissen will, wie die Partei denkt, diese nicht gezeichneten Artikel lesen können, für die der Parteivorstand die parteipolitische Verantwortung zu tragen hat. Und die „Humanité“ muß die Linie der Internationale vertreten, sie muß die Auffassung der Internationale wiedergeben. Es ist unmöglich, länger zu dulden, daß ein Parteiblatt, wie das Daniel Renoult's, dazu dient, die Partei der Internationale zu entfremden.

Auf dem Kongreß in Saint Etienne müssen wir eine kommunistische Fraktion haben mit einem klar umrissenen Aktionsprogramm, mit absolut ernster Disziplin.

Und, Genossen, ich glaube, daß wir unter diesen Umständen fordern können, daß die französische Partei in ihren Reihen keine Fraktionen duldet. Wenn die Situation, wie wir sie gegenwärtig in Frankreich haben, fortbesteht, wenn die Partei nicht in sich selbst den Willen findet, das Blatt auszuschließen, das das Zentrum der Rechtsfraktion ist (denn das Blatt Fabres ist nichts anderes), dann ist eine erneute Fraktionsbildung unvermeidlich. Wenn die Partei diesen Willen nicht aufbringt, dann können die revolutionären, der Internationale treuen Elemente nicht anders, als sich früher oder später ebenfalls um ein Zentrum zu gruppieren. Das ist absolut unvermeidlich.

Wenn man die Internationale vor diese Notwendigkeit stellt, wenn der Gang der Ereignisse, wenn die Passivität der Partei und unsere eigene eine Situation schaffen in einem halben, in einem Jahre, wenn die Internationale gezwungen ist, zu wählen zwischen einer Rechten und einer in Bildung begriffenen Linken (das Zentrum, dem jede Entschieden-

heit abgeht, wird sich in dem Kampf zwischen diesen beiden Richtungen auflösen, es wird sich sicher auflösen), dann wird sie das ganze Gewicht ihrer Autorität der Linken geben müssen. Das ist unabwendlich.

Genossen, ich und wir alle würden eine derartige Entwicklung tief bedauern. Das französische Proletariat hat wahrlich besseres für seine Partei verdient. Wir haben etwas ähnliches in Italien gehabt. Aber Italien befand sich in einer andern Situation, in einer wirklich revolutionären Situation. Wir hatten dort den plötzlichen Verrat der offiziellen Partei; die Spaltung war absolut unvermeidlich. Die Kommunistische Partei ging aus dieser Spaltung mit einem Drittel der Mitglieder der alten Partei hervor. Sie hat jetzt große Fortschritte gemacht, aber dieses historisch bedingte Ereignis muß für uns eine Lehre sein.

Frankreich befindet sich in einer weit günstigeren Lage, eben wegen der Langsamkeit seiner politischen Entwicklung. Die Dinge, die sich in Italien abspielten, können uns eine Lehre sein. Wenn wir uns darauf beschränken wollten, einfach zu wiederholen, was in Italien gewesen ist, wozu hätten wir dann die Internationale, die doch die Erfahrungen des einen Landes nutzbar machen soll für die Parteien der andern Länder?

Genossen, es gibt schwierige Momente im Leben aller Parteien, und eine Einmischung ist in diesen Fällen immer sehr delikate. Das ist natürlich. Vor einigen Monaten, vor einem Jahre war ich persönlich noch sehr optimistisch. Mein Optimismus — und ich glaube, damit die Auffassung der Mehrheit der Internationale zum Ausdruck zu bringen —, mein Optimismus ist immer schwächer geworden angesichts der Taktik des Abwartens, der wohlwollenden Duldung, durch die das unerläßliche Resultat unmöglich zu erreichen ist.

Und darum sage ich, in aller Herzlichkeit und gleichzeitig in dem Bewußtsein der Bedeutung dieser Frage, daß wir uns diesmal mit den französischen Genossen einig werden müssen, mit der hier anwesenden Delegation, die die besten Genossen der französischen Partei umfaßt, wir müssen uns über die wichtigsten, entscheidendsten Fragen verständigen; wir müssen zu klaren und eindeutigen Beschlüssen kommen, und diese Beschlüsse müssen in Frankreich unbedingt durchgeführt werden.

Wir werden diesen Vorschlag der Kommission machen. (Beifall.)

II.

Genossen!

Im Verlauf der Diskussion, und vor allem gestern, ist man meines Erachtens ein wenig zu sehr bestrebt gewesen, die Situation zu erklären; selbst der Genosse Brandler hat heute — wie mir scheint, ohne das gesamte, erforderliche Tatsachenmaterial zu kennen — erneut zu erklären versucht, warum gerade die Lage so ist, wie sie sich uns darbietet, usw.

Es ist sicher richtig: um einen Beschluß fassen zu können, muß man wissen, was vorgeht. Und wir müssen auch die Vergangenheit kennen. Aber wir sind doch schließlich kein Kongreß von Historikern, wir sind eine Versammlung der Internationale. Unsere Aufgabe soll sich nicht darauf beschränken, die Vergangenheit zu erforschen, die die Gegenwart bestimmt hat; wir sollen die Zukunft vorbereiten. Und um die Zukunft vorzubereiten, gilt es, die gegenwärtige Lage zu ändern; wir sollen die Mittel und Wege aufzeigen, um das zu erreichen.

Ich habe schon einmal mit bezug auf die französische Frage einen Ausspruch von Marx in seinem Werke über die Philosophie Feuerbachs zitiert: „Die Philosophen haben die Welt nur interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu ändern.“

Worauf es jetzt für uns hier ankommt, ist die Lage in der französischen Partei zu ändern.

Denselben Fehler hat auch der Genosse Rappoport in seiner Rede gemacht. Auch er hat sich des langen und breiten bemüht, uns die Situation in Frankreich verstehen zu machen. Das ist eine Mentalität, die ein Charakteristikum der Zweiten Internationale war, vor allem der deutschen Bewegung. Dort war man, wie Ihr wißt, gut marxistisch; aber man beschränkte sich darauf, die Dinge zu erklären, statt daß man revolutionär handelte. Man erklärte, was vor sich ging, als guter Marxist; aber man handelte als ebenso guter Opportunist.

Jetzt aber, ich wiederhole es, handelt es sich für uns darum, die Situation zu ändern. Die Auffassung des Genossen Rappoport ist bezeichnenderweise ein wenig fatalistisch. Das aber ist die größte Gefahr für unsere Bewegung in Frankreich.

Rappoport nennt Frankreich ein kleinbürgerliches Land. Alles werde dort von der Bourgeoisie beeinflußt usw. Das ist ein Versuch zu erklären, aber nicht die Aufzeigung des Mittels, die Lage zu ändern. Und dazu ist es eine

falsche Erklärung, die Rappoport Schlußfolgerungen ziehen läßt, die, um mit seinen eigenen Worten zu reden, absolut pessimistisch sind.

Rappoport zufolge soll die französische Partei in der Ersten Internationale eine traurige Rolle gespielt haben dank dem Kleinbürgertum ihres Landes. In der Zweiten Internationale hätte sich dasselbe in der Frage des Millerandismus, des Briandismus gezeigt. Auch in der Dritten Internationale sei es nicht anders. Das ist seine Schlußfolgerung.

Nun, Genossen, ich bin dieser Meinung nicht.

Während der Ersten Internationale war es das französische Proletariat, das das unvergängliche Blatt der Kommune schrieb. Und nur das französische Proletariat schrieb dieses Blatt, das ruhmreichste einer ganzen Epoche: der Periode, die dem Beginn der Weltrevolution voranging, in der wir uns jetzt befinden.

Während der Zweiten Internationale ähnelte die französische Partei durchaus der deutschen, nur daß man in Deutschland seinen Opportunismus nicht so offen zur Schau trug und ihm ein marxistisches Mäntelchen umzuhängen bemüht war; die opportunistische Politik in Frankreich war lärmender, offensichtlicher, weil man in einem republikanischen Lande lebte.

Und was nun die Dritte Internationale anbetrifft, so sehe ich in der Vergangenheit des französischen Proletariats wahrlich keinen Grund, der es hindern könnte, eine Rolle zu spielen, die würdig ist des in seiner heroischen Vergangenheit akkumulierten historischen Bewußtseins, der Zivilisation des ganzen Landes.

Man sagt mir, daß das Bild, das ich hier gegeben habe, wenn nicht pessimistisch, so doch zumindest recht düster gehalten war. Die pessimistischste, düsterste Schilderung war die des Genossen Rappoport. Meine Ausführungen waren die optimistischsten.

Wenn ich hier mit Euch die Lage in Frankreich untersuche, so sage ich: Nicht das Kleinbürgertum ist es, das diese Lage geschaffen hat. Es ist verkehrt, die Bedeutung des Kleinbürgertums zu überschätzen. Nehmt die englische Labour Party. In England gibt es kein Kleinbürgertum, wir haben dort fast ausschließlich Großbürgertum. Ist aber darum das Schicksal und die Vergangenheit des englischen Sozialismus glanzvoller als des französischen? Durchaus nicht. Was war der englische Sozialismus in der Ersten Internationale? Fast nichts. Und während der Zweiten? Da gab es dort winzige sozialistische oder halbsozialistische Gruppen, die schließlich entarteten wie die Hyndmans; und auf der andern

Seite eine große liberalisierende Arbeiterpartei; ein Kleinbürgertum gab es nicht. Was gab es? Eine Großbourgeoisie, einen lebenskräftigen Kapitalismus mit einer machtvollen zivilisatorischen Vergangenheit; eine Geschichte, eine Revolution, materielle Errungenschaften, die kapitalistische Kultur. Da haben wir's, das große Hemmnis; das Vergangene ist die Kugel am Bein des Gegenwärtigen.

In Frankreich, in England und in allen anderen zivilisierten Ländern mit einer an Kultur und Tradition reichen Vergangenheit stemmt sich der Wall der kapitalistischen Zivilisation gegen die Zukunft. Wir müssen dieses Hemmnis, das die Bourgeoisie bewundernswürdig zu nützen weiß, um jeden Preis überwinden. Wir müssen es überwinden. Wenn die Kommunistische Partei die Arbeiter um sich sammeln wird auf der neuen historischen, der revolutionären Linie, ohne dabei die vergangene Zivilisation ungenützt zu lassen, der die hohe Kultur des französischen Arbeiters zu danken ist, werden wir, das ist meine Ueberzeugung, in Frankreich die beste kommunistische Partei der Welt haben.

Die gegenwärtige Krise ist eine Krise der Vorbereitung, die uns instand setzen soll, eine reiche Vergangenheit zu nützen, die zur Stunde ein Hindernis ist, die aber morgen die Garantie sein wird für eine Aktion von unerhörter Tragweite.

Der Genosse Rappoport nähert sich, wenn er sich auf das Kleinbürgertum beruft, den Elementen, die sich ihrerseits auf jenes Kleinbürgertum berufen, das von den Bauern gebildet wird, wie Jean Renaud und Auclair, die uns immer wieder darauf hinweisen, daß die Bauern vier Siebentel der französischen Bevölkerung ausmachen. Auch Rappoport sagt: Was wollt Ihr von unserer Partei? Vier Siebentel der französischen Bevölkerung sind Kleinbürger, man muß sich ihnen anpassen.

Aber die Bauern sind die Bauern, und wir sind die Partei des Proletariats!

Wenn das Kleinbürgertum den Einfluß seiner Vorurteile um uns herum übt, so folgt daraus nicht, daß wir das Organ dieses Einflusses zu sein haben. Wir wollen in Frankreich eine proletarische Partei schaffen. Wir haben sie geschaffen. Die Einschätzung der Situation durch die Genossen Auclair und Jean Renaud ist durchaus falsch und demokratisch.

Jean Renaud sagt: „Unser Land ist angefressen durch Jahrzehnte der Demokratie.“ Aber er selber hat eine absolut demokratische Anschauungsweise. Er zählt die Stimmen und sagt: „Vier Siebentel der Bevölkerung!“ Und er macht eine Statistik, und das ist alles.

Wie wäre da die Revolution in Rußland zu erklären, wo das Proletariat sehr viel schwächer ist als in Frankreich? Was beweist die russische Revolution? Sie beweist, daß man mit der Bevölkerungsstatistik, der Manövergrundlage des Wahlkampfes im Lande, nicht die Revolution machen kann. Die Macht des Proletariats erklärt sich nicht nur und wird nicht nur bestimmt durch die Zahl der Proletarier. Man muß seinen qualitativen Wert zu erfassen versuchen, die Rolle, die es in der Industrie, im sozialen Leben spielt, berücksichtigen, endlich den Grad seiner Konzentration, seine Partei usw. Nur das Proletariat vermag die zögernden Bauern, die armen Bauern, vorwärts zu treiben; aber selbst ist es das Subjekt der Geschichte, nicht das getriebene Objekt. Die revolutionäre Geschichte wird vom Proletariat gemacht.

Nun, in Frankreich stellt das Proletariat einen sehr viel größeren Teil der Bevölkerung dar als in Rußland. Mit einer ungemein reicheren Vergangenheit und einem viel höheren politischen Niveau. Die Vorbedingungen für die Bildung einer Partei sind also gegeben.

Man sagt uns immer wieder: Es fehlt uns an Männern. Gewiß, wenn man über jene Oberschicht von Journalisten, Advokaten und Intellektuellen, die seit je die sozialistischen und parlamentarischen Geschicke der Arbeiterklasse leitete, nicht hinauszusehen vermag. Von diesen Elementen der alten Partei haben wir nur wenig in der Kommunistischen Partei. Das trifft zu. Aber ich denke, daß das unser Glück ist. Ja, wir haben von ihnen noch zu viel.

Niemand wird sagen wollen, daß neue Führer des Proletariats nicht innerhalb der Arbeitermassen selber gefunden werden können, wenn man nur energisch sucht, wenn man den besten Elementen der Masse die Wege öffnet.

Was lehrt uns die Vergangenheit? Wir sahen einerseits die parlamentarische Partei, andererseits den Syndikalismus. Der Syndikalismus hat, wie wir das in unserer Diskussion feststellten, die Arbeitermassen an sich gezogen, weil er, wenn auch in falscher Art, das revolutionäre Fühlen der Arbeiter gegenüber der parlamentarischen Politik zum Ausdruck brachte. Aber der Syndikalismus hat noch mehr getan. Er gab den tatkräftigsten Elementen des französischen Proletariats die Möglichkeit, sich an die Spitze des Proletariats zu stellen. Die syndikalistische Bewegung wurde von Arbeitern geführt. Das war, in dem historischen Rahmen der Vorkriegszeit und der Periode der Zweiten Internationale, die große

Leistung, der Wert des französischen Syndikalismus. Der große Unterschied zwischen der Partei und den Gewerkschaften war, daß an der Spitze jener immer Professoren der Beredsamkeit, Journalisten, Advokaten standen, während diese von Arbeitern geführt wurden.

Wir müssen die Situation ändern. Die Arbeiter müssen in der Partei überall ihre Leute an der Spitze sehen. Das schließt natürlich nicht die aus, die, obwohl bürgerlicher, kleinbürgerlicher oder intellektueller Herkunft, am richtigen Platz sind. Aber als Regel, nicht als Ausnahme, soll den Arbeitern der Weg nach oben offen stehen. Das ist eine wichtige Aufgabe für die zukünftige Zusammensetzung des Parteivorstandes und für die Aufstellung der Kandidatenliste bei den Wahlen. Das ist eine Lebensfrage.

Zwei oder drei Arbeiter, ob geschickt oder ungeschickt, die ins Parlament oder in die Stadtverwaltung kommen, mit einem neuen und selbst arroganten Geist gegenüber dieser Bourgeoisie, die eine systematische Atmosphäre des guten Tons und der Höflichkeit schafft, werden dem Kommunismus mehr Dienste leisten als zwei-, dreimal zehn Intellektuelle. In Frankreich ist diese fast religiöse Atmosphäre der Höflichkeit ein machtvolles Instrument der Beeinflussung in den Händen der Bourgeoisie; genau so, wie in England, wie Lloyd George sagt, die Kirche das große elektrische Kraftzentrum ist, das alle bürgerlichen Parteien und selbst die Mehrzahl der Arbeiter in Bewegung setzt; denn Henderson und die ihm ähneln sind in diesen elektrischen Stromkreis eingeschlossen. In Frankreich ist es der Kult der Höflichkeit, des guten Tons, den die Bourgeoisie geschickt gegen die Arbeiterpartei ausnützt. Der Abgeordnete, der ins Parlament gelangt, ist sehr empfindlich für das, was man von ihm sagt, und was die Professionellen der Höflichkeit, wie der selige Deschanel, von ihm denken. Nicht lange, und er paßt sich an und wird gemäßigt. Nach einem Jahr schon ist ihm nichts mehr von dem Geist geblieben, den er ins Parlament mitgebracht hatte.

Wir haben dasselbe Bild in der Partei, in den Beziehungen zwischen der Leitung und der Opposition. Zeigt sich die Opposition, so heißt es: Das sind persönliche Fragen. Ein Ausspruch unseres Freundes Frossard ist jetzt sehr im Schwange: „Die Partei muß eine große Familie sein.“ Gewiß, wir wünschen das alle. Sowie aber jemand zu kritisieren beginnt, gleich wird ihm der Ausspruch Frossards entgegengehalten: Nur keine Kritik, nur keine

Kritik, die Partei soll eine große Familie sein. Das hindert die Elemente, die so sehr für Höflichkeit sind, aber nicht, die Opposition bei passender Gelegenheit zu verdächtigen oder persönlich anzugreifen. Genau wie die französische Bourgeoisie sich bei all ihrer Höflichkeit als die allergehässigste erweist, sobald sie sich einer ernsthaften Kritik ausgesetzt sieht. Das läßt uns diesen sogenannten guten Ton als ein politisches Instrument der konterrevolutionären Bourgeoisie erkennen. Wir müssen dieses Instrument zerbrechen und darum überall frische, robuste Arbeiter als unsere Vertreter hinsetzen.

Rappoport meint, daß ich den einzelnen zu große Bedeutung beimesse. Diesen Vorwurf hätte ich in der Tat nicht erwartet; aber der Genosse Rappoport beschert uns ja immer Ueberraschungen (Heiterkeit).

Rappoport: Manchmal angenehme Ueberraschungen.

Trotzki: Manchmal.

Mit bezug auf den Ausschluß Fabres sagt er uns: Ihr überschätzt die Bedeutung der einzelnen, und damit verwirrt Ihr die Massen.

Die französische Partei verrichtet sicher eine bedeutende Arbeit in den Massen, ich zweifle nicht daran. Aber wenn wir von der Kommunistischen Partei sprechen, so nehmen wir doch an, daß die Grundarbeit, ohne die es nicht geht, getan wird. Niemand zweifelt daran, und es braucht nicht besonders betont zu werden. Wir diskutieren hier die Fragen, die uns trennen.

Aber sagen, daß wir die Bedeutung der einzelnen überschätzen . . .

Cartier: Jawohl, Sie überschätzen den Wert der einzelnen, und wenn Sie gestatten, werde ich dazu sprechen.

Trotzki: Das hat Rappoport schon gesagt.

Cartier: Er hat die Wahrheit gesagt, das stimmt.

Trotzki: Nun, Sie bestätigen nur, was er sagt.

Cartier: Sie selbst legen den einzelnen zu viel Wert bei.

Trotzki: Gut, Sie sind über diese Frage mit Rappoport einig, aber leider kann ich mit Ihnen nicht einverstanden sein. (Heiterkeit.)

Cartier: Erlauben Sie, daß ich Ihnen sofort antworte.

Trotzki: Ich bitte darum.

Cartier: Genossen, dies zur Rechtfertigung meines Zwischenrufes. Ich würde bedauern, wenn ich damit die Konferenz gegen

mich einnehme, aber ich muß unbedingt eine Erklärung abgeben.

Sie wissen, daß unsere Partei hier mit zwei Mitgliedern des Parteivorstandes vertreten ist, die am Sonntag angekommen sind. Was habe ich nun feststellen müssen? Unmittelbar, nachdem er von unserer Ankunft erfahren hatte, ließ der Genosse Trotzki unseren Generalsekretär, den Genossen Frossard, zu sich kommen; den Genossen Cartier, der allerdings nur ein einfacher Arbeiter und kein großer Redner ist, der vielleicht etwas geradezu ist, der aber das sagt, was er denkt und der ein alter Genosse ist, den hat man übersehen. Der Genosse Trotzki weiß, daß ich während des Krieges nicht nur in meiner Partei, sondern in ganz Frankreich mein Bestes getan habe, daß die Genossin Cartier und auch ich im Gefängnis waren.

Ich habe während dieser ganzen Zeit nie irgendwelche Zugeständnisse gemacht. Ich darf von mir ohne Schmeichelei sagen, daß ich der wirkliche Vertreter der Arbeiterklasse bin, und dennoch hat Trotzki es versäumt, mich rufen zu lassen; für den Genossen Frossard aber hat er Zeit gehabt. Warum zieht er Frossard Cartier vor? Nun, weil Frossard etwas vorstellt, weil er ein Redner ist, ein Intellektueller, während Cartier die quantité négligeable im Parteivorstand darstellt. Wenn er im Parteivorstand ist, so nicht wie Frossard. Er repräsentiert weder dessen rednerische noch intellektuelle Kraft. Was er aber hinter sich hat, ist seine Vergangenheit, seine wirkliche sozialistische Vergangenheit. Möglich, daß er nicht die ganze Marxsche Theorie im Kopfe hat, aber er ist ein Kämpfer. Das wollte ich Trotzki sagen.

Auch Sie, Genosse Trotzki, überschätzen die Bedeutung der einzelnen. Ich bin davon geheilt. Meine Erfahrungen im Kampfe haben mich davon geheilt. Als ich 1914 die Männer, die uns führen sollten, einen nach dem andern versagen, umfallen, ja die Masse, das Vertrauen, das wir ihnen geschenkt hatten, verraten sahen, da habe ich den Glauben an die Menschheit verloren, und nun zeigt uns Trotzki, der große Theoretiker, einer der Führer der russischen Revolution, daß auch er noch nicht frei ist von der Ueberschätzung der Persönlichkeiten. Deswegen habe ich mir die Freiheit genommen, zu . . .

Sadoul: Genossen, ich bitte ums Wort für eine Richtigstellung, weil ich es für ganz unnütz halte, daß der Genosse Trotzki selbst darauf antwortet. Wenn Cartier Trotzki nur ein wenig kannte, würde er einen derartigen Vorwurf nicht erheben.

Die Zusammenkunft mit Frossard ist ohne den Genossen Trotzki festgesetzt worden, und als Trotzki Frossard empfing, wußte er absolut nichts von der Anwesenheit Cartiers in Moskau. Es ist ganz unnötig . . .

Trotzki: Gestatten Sie mir trotzdem zu sagen, daß wir uns mit dem Genossen Cartier über eine Zusammenkunft verständigt hatten, aber ein betrübendes Ereignis in meinem privaten Leben, das Euch allen bekannt ist, hinderte mich, die Zusammenkunft am folgenden Tag festzusetzen. Ich fand kaum die Zeit, hier in die Sitzung zu kommen, um meine Rede über die französische Frage zu halten.

Wenn Sie glauben, daß dieser Zwischenfall verursacht wurde, durch einen Persönlichkeitskult, dessen ich mich schuldig mache, so irren Sie sich. Sie könnten höchstens sagen, daß ich persönlich einen Fehler gemacht habe. Aber darum handelt es sich hier nicht, wir sprechen hier über die politische Haltung.

Was den Genossen Frossard anbelangt, so habe nicht ich ihn rufen lassen. Sadoul sagte es bereits, daß mir am Telephon mitgeteilt wurde, daß Frossard mich zu sprechen wünschte. Ich fragte, wo ich ihn sehen könne, und man sagte mir, daß er sofort zu mir kommen wolle. Im Verlauf unserer Unterredung oder danach wurde Cartier als Mitdelegierter genannt.

Cartier: Genossen, gestattet noch einmal. Ihr werdet verstehen, wie mir zumute war; und wenn ich auch nur einfacher Mensch und kein großes Tier bin. Als ich diesen Unterschied in der Behandlung sah, habe ich den andern Genossen der französischen Delegation meine Meinung gesagt. Ich fühle mich zurückgesetzt, als Stiefkind behandelt. Ich werde das Trotzki sagen; ich bin hierhergekommen, um ihn zu sehen, um ihm zu sagen, was ich denke; denn ich bin gegen die Einheitsfront; die Argumente, die ich bisher gehört habe, überzeugen mich nicht; ich will mich gern überzeugen lassen . . . (Unruhe.)

Kurz, Sie werden angesichts dieses Zufalls (ich will gern annehmen, daß es ein Zufall ist) verstehen, daß ich an Hand einer Tatsache diese Art unterstreichen wollte.

Sadoul: Sie hatten Unrecht.

Cartier: Insofern vielleicht, als ich zu offen war

Sadoul: Was Sie zum Ausdruck bringen, ist nicht proletarische Würde, sondern kleinbürgerliche Empfindsamkeit.

Cartier: Sadoul interpretiert die französische Sprache in seiner Art, wie ein Advokat. Ich habe nur gesagt, was ich denke.

Trotzki: Ich glaube nicht, daß Sadoul dem Genossen Cartier ganz gerecht wird. Ich hoffe, wir werden im Verlauf dieser Konferenz noch mit dem Genossen Cartier reden können, so daß alle Mißverständnisse beseitigt werden.

Cartier: Die Erklärung ist klar. Mehr will ich nicht. Ich bin zufrieden.

Trotzki: Ich habe zu zeigen versucht, daß die hier gegebenen Erklärungen für die Lage in Frankreich falsch sind. Und wenn sie selbst richtig wären, so genügen uns eben Erklärungen nicht. Worauf es ankommt, ist, die Situation zu ändern.

Nun, die Rede des Genossen Brandler bot in dieser Hinsicht, wenn ich mich so ausdrücken darf, politisch nichts.

Brandler sagt: Was Trotzki vorschlägt, ist ein Kaiserschnitt. Kurz, das ist die Guillotine, von der Rappoport sprach, die Guillotine Rappoport's. (Heiterkeit.)

Er wirft mir also vor, was Rappoport Souvarine vorgeworfen hat; nur mit einem deutschen Wort, das sich schlecht auf französisch wiedergeben läßt, aber es besagt ungefähr dasselbe.

(Zurufe, Unruhe; man gibt mehrere Uebersetzungen des deutschen Wortes).

Es ist das ein chirurgischer Eingriff, bei dem der Leib geschnitten werden muß.

(Zuruf: Nicht der Kopf, nur der Leib.)

Aber genau wie Rappoport mit seinen anonymen Elefanten, sagt auch Brandler nicht, wo die Operation zu machen ist. Was nützt uns also seine Kritik?

Nachdem Ihr die Lage zwei Jahre lang geduldet habt, wollt Ihr sie jetzt übers Knie brechen, meint Brandler. Und nachdem er eine Rede gehalten hat, die die Situation der französischen Partei als sehr kritisch charakterisiert, sagt er uns: Ihr habt die Dinge zwei Jahre lang geduldet, jetzt wollt Ihr sie übers Knie brechen. Ich schlage Euch vor, sie noch ein Jahr zu dulden. (Heiterkeit.)

Das ist der Sinn seiner Rede. Weiter sagt er nichts, weiter schlägt er nichts vor. Aber glaubt er denn, daß die Lage am Schlusse des dritten Jahres besser sein wird? Dann wäre er also der Meinung, daß sie sich von selbst bessert. Wenn sie sich aber von selbst bessern soll, warum wirft er uns dann vor, daß wir sie zwei Jahre geduldet haben?

Er sagt: die Arbeit muß präziser, energischer, einheitlicher sein. Das haben wir oft gesagt, er sagt es nur noch einmal, mit einer Verspätung von einem oder zwei Jahren. Möge er unsere Reden, unsere Beschlüsse, die

Briefe der Exekutive nachlesen. Wir wollen heute die Konsequenzen ziehen, die Resolutionen und Beschlüsse präzisieren, im vollsten Einvernehmen mit der französischen Delegation.

Brandler sagt, wir brüskieren die Situation. Warum, wieso? Weil in Frankreich die Elemente fehlen, die das Ziel verwirklichen wollen. Welches Ziel? Daß wir in den Gewerkschaften Kommunisten haben, die Kommunisten sind.

Nun, was fordern wir? Daß die Kommunisten in den Gewerkschaften Kommunisten sind, daß sie sich der Disziplin unterwerfen. Daß sie aus der Tatsache, daß sie in den Gewerkschaften arbeiten, nicht das Recht zu dauernder Auflehnung gegen ihre Partei herleiten. Sie müssen wählen. Sie können in der Gewerkschaft als Freidenker in der Art der Verdier und Quinton arbeiten, wenn sie sich außerhalb der Partei stellen, oder sie müssen als Mitglieder der Partei sich der Parteidisziplin unterwerfen. Hier liegt die ganze Frage.

Brandler sagt, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften zwei Jahre lang, jeder nach seiner Art, gearbeitet haben, ohne sich durch die Parteidisziplin gebunden gefühlt zu haben. Nun, wir haben gefordert, wiederholt gefordert, daß man sie zur Disziplin zwingt. Ohne Erfolg. Jetzt verlangen wir etwas mehr:

Daß eine Liste der kommunistischen Delegation für den Kongreß in St. Etienne aufgestellt wird, daß die Genossen als Fraktion der Partei zusammengerufen werden, daß man mit ihnen die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften durchgeht und diskutiert; damit man sieht, ob man es mit Kommunisten zu tun hat, die bereit sind, ihre Pflicht der Partei, der Internationale gegenüber zu erfüllen.

Ist dieser erste Schritt nicht absolut unerläßlich? Und wenn es sich herausstellte, daß neun Zehntel der Kommunisten auf dem Kongreß keine Kommunisten sind, so wäre das eine sehr traurige Situation, deren Konsequenzen schwer zu überschauen sind.

Aber ich glaube nicht, daß die Dinge so liegen. Es ist nicht wahr, daß die französischen Arbeiter die Annäherung zwischen der Partei und den Gewerkschaften nicht wollen. Die Bürokraten in den Gewerkschaften mögen dagegen sein, weil sie die Konkurrenz der Intellektuellen der Partei fürchten.

Die Arbeiter wollen die Revolution. Warum konnte Jouhaux seinen Spaltungswillen durchführen? Weil er sich des unwiderstehlichen

Druckes der revolutionärsten Elemente in den Gewerkschaften bediente. Also die Form der Gewerkschaften ist den Arbeitern kein absoluter, über allem stehender Fetisch, ihnen kommt es auf das Wesen an.

Was wollen die Arbeiter? Die Revolutionäre wollen das Werkzeug für die Realisierung der Revolution. Für die einen ist dies die Gewerkschaft, für die andern die Partei. Kommen nun diese Organisationen um des revolutionären Zieles willen und durch ihre revolutionäre Unversöhnlichkeit einander näher, so werden die Arbeiter für die Partei und für die Gewerkschaft sein.

Aber es gibt Gewerkschaftsbürokraten — die sich auch Revolutionäre nennen —, die mit ihren Anhängern ihre eigenen Cliques bilden, und die sagen: Kommt uns nicht zu nahe, das ist unser Revier. Hält sich die Partei zurück, so behalten sie ihr Gebiet und erweitern es noch. In dem Moment jedoch, wo die Partei ihnen als Partei der Arbeiter gegenübertritt, ihr Denken und ihren Willen zum Ausdruck bringt, geraten diese Cliques zwischen den physischen Druck der Masse und den ideologischen der Partei. Und wenn sie sich weigern, mit der Masse zu marschieren, werden sie zerrieben werden.

Ich sage also, daß die Kommunisten auf dem Gewerkschaftskongreß eine Fraktion bilden müssen. Schließt dies den Block mit Monnousseau, mit den doktrinären Syndikalisten aus? Durchaus nicht. Dieser Block ist durchaus möglich.

Wenn wir, um die Mehrheit zu ändern, den Syndikalisten der Färbung Monatte-Monnousseau Zugeständnisse machen, so tun wir dies als Partei, nachdem wir in der Partei oder in der kommunistischen Fraktion des Kongresses alle Umstände und Möglichkeiten geprüft und präzisiert haben. Das ist es, was die Internationale verlangen muß.

Dürfen wir verlangen, daß jeder Kommunist eine beschlossene Resolution als für sich bindend betrachtet? Aber das ist selbstverständlich! Also ich halte die Beurteilung der Lage durch den Genossen Brandler für zu pessimistisch. Ist die französische Partei, ist die französische Arbeiterbewegung wirklich so krank, daß man im großen Bogen um sie herumgehen, nur im Flüsterton von ihr sprechen und alle erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen treffen muß, wie ich in einem Schreiben an Ker gefragt habe? Keineswegs. Die Arbeiterbewegung und die revolutionärsten Elemente, die sie führen, sind durchaus gesund und ernst. Sie werden ihr Werk

vollbringen, vor allem dank der Hilfe der Internationale. Mehr verlangen wir nicht.

In persönlichen Unterredungen hat man mir zum Vorwurf gemacht, daß ich hier die Frage der Seine-Föderation in den Vordergrund gerückt habe. Man meinte, daß die Frage der Seine-Föderation doch unmöglich hier geregelt werden könne, daß sie eine lokale Angelegenheit sei.

Nun, Genossen, ich glaube, wir werden in Frankreich nie eine proletarische Revolution haben, wenn nicht der Geist und die Organisation der Seine-Föderation geändert werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Man kann die Revolution in Frankreich nicht machen, ohne daß Paris beteiligt ist. Um diese Revolution vorzubereiten, brauchen wir eine zentralisierte Partei, und der Parteivorstand kann die Partei nicht leiten, ohne, und vor allem, gegen die Seine-Föderation. Bei uns ist es nicht anders. Hätten wir, sowohl vor wie nach der Revolution, die Partei gegen den Willen der Moskauer Organisation leiten können?

Der Parteivorstand muß sich seinen Sammelplatz schaffen. Dieser Sammelplatz muß Paris sein, die Seine-Föderation. Ich bin auch überzeugt, daß die Genossen in dieser Föderation einsehen werden, daß sie Unrecht hatten, wenn wir es ihnen klar zu machen verstehen. Die Genossen der Pariser Parteigruppen glauben ihren Föderalismus aus der Vergangenheit der französischen Bewegung rechtfertigen zu können. Das ist absolut falsch. Weil das Föderativprinzip im Leben der Partei in Wirklichkeit immer zur Vorherrschaft einer anonymen Oligarchie führt.

Wenn die Organisation nicht einen Kopf hat, der sie verantwortlich leitet, und eine ununterbrochene Stetigkeit in der Aktion, so ist die unvermeidliche Folge, daß unkontrollierbare Elemente die Zügel in die Hände bekommen und die Föderation nach ihrem Willen dirigieren, ohne daß die Masse es merkt. Und dieses absolut amorphe System führt immer zu einem direkt entgegengesetzten Resultat als beabsichtigt. Während bei einer zentralisierten Organisation mit einem in seinen Vollmachten beschränkten, aber abso-

lut verantwortlichen Komitee an der Spitze, die Möglichkeit der Kontrolle besteht.

Die Föderativform erklärt uns, wie die extreme Linke Seine-Föderation als Generalsekretär einen Vertreter der extremen Rechten haben konnte. Wir sehen hier, wozu die Föderativform führt. Zu einem entgegengesetzten Ziel als beabsichtigt. Wir müssen also in der Kommission die Frage der Seine-Föderation aufwerfen.

Wir stellen alle diese Fragen selbstverständlich nicht — wie die Genossin Zetkin es sehr treffend gesagt hat — als Großmeister, die die Wahrheit, die absolute Vernunft in ihren Händen halten, und auch nicht als Aerzte am Lager eines Sterbenden, sondern als Internationale, deren Vertreter hier beieinander sind und diesmal zu einem absolut klaren Resultat kommen wollen.

Ich habe nicht alle notwendigen Fragen aufgeführt. Sie werden in der Kommission gestellt werden. Aber unerlässlich ist, daß die diesmal beschlossenen Resolutionen bindend für alle sind. Die Ursache des Versagens der Zweiten Internationale war, daß sie die Resolutionen, die sie faßte, nicht in Anwendung brachte. Wir können Ähnliches nicht dulden.

Meint man, daß wir nicht genügend unterrichtet sind, nun, dann informiere man uns, und lasse uns die Diskussion fortsetzen. Ich würde als erster an die Exekutive das Verlangen stellen, daß sie uns noch einen Tag oder zwei bewilligt, damit die Genossen, vor allem die französischen, uns sagen können, was wir noch nicht wissen. Wir werden in der Kommission, wenn nötig, 24 Stunden am Tage arbeiten, um das gesamte uns zur Verfügung gestellte Material zu prüfen, damit niemand mehr sagen oder schreiben kann: Die Internationale war unzureichend unterrichtet. Wir wollen uns ganz gründlich unterrichten.

Wenn wir dann aber unsere Beschlüsse formuliert und gefaßt haben, dann müssen wir verlangen können, daß sie mit der gleichen Gründlichkeit durchgeführt werden.

L. Trotzki.

Die Balkanpolitik der Entente.

I.

Die Balkanpolitik der Entente kann in den nachfolgenden drei Punkten zusammengefaßt werden: Nachdem die Entente die Balkanländer sich militärisch unterworfen hat, ist sie bestrebt: 1. sich diese Länder auch finanziell und wirtschaftlich völlig zu unterwerfen, ihre Naturschätze (Bergwerke usw.) auszubeuten, die landwirtschaftlichen Rohprodukte zu beschlagnahmen, sich den Absatz für ihre Industrieerzeugnisse zu sichern, die hauptsächlichsten Industrien des Balkans vom Ententekapital abhängig zu machen; kurzum, die Balkanländer zu Kolonien des Ententekapitalismus zu gestalten; 2. den Weg Englands und Frankreichs nach Konstantinopel und Kleinasien zu sichern, d. h. die Balkanländer in eine Brücke des englischen und französischen Imperialismus nach Asien und Afrika zu verwandeln; 3. jede kommunistische und revolutionäre Bewegung auf dem Balkan zu unterdrücken und einen aggressiven konterrevolutionären Krieg gegen Sowjetrußland vorzubereiten, in den die Balkanvölker hineingezogen werden und als Kanonenfutter Verwendung finden sollen.

Die Regierungen der Balkan- und Donaustaaten sind gefügige Werkzeuge in den Händen der Entente. Die herrschenden Klassen dieser Länder, die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer, haben sich von jeder selbständigen Politik losgesagt, sie haben die Unabhängigkeit ihrer Völker dem Ententeimperialismus verkauft. Sie versuchen, mit Hilfe der finanziellen Unterstützung und der Kriegsmunition der Entente, sich durch die Herrschaft über die zugrunde gerichteten und ausgebeuteten arbeitenden Klassen schadlos zu halten. Heute befehlen in Belgrad, Bukarest, Prag, Sofia, Warschau und Wien die Ententegenerale und die „Reparationskommissionen“. Die ersten Minister und Diplomaten dieser Länder sind in der äußeren Politik Figuren, die den Willen der Entente erfüllen; aber selbst dreiviertel der inneren Politik befindet sich nicht einmal in ihren Händen: die „Reparationskommissionen“ setzen die Steuern fest und kontrollieren deren Einziehung, diktieren die gesetzgebende Tätigkeit der Parlamente, stürzen und ernennen Regierungen usw. Mit einem Worte, die Entente schaltet in den Balkan- und Donauländern wie in ihren Kolonien.

Nachdem die Entente Oesterreich-Ungarn — den Hauptverbündeten Deutschlands — vernichtet hatte, war sie bestrebt, die neuen Balkan- und Donaustaaten, die aus der zerfallenen Habsburger Monarchie emportauchten, in einen Block zusammenzufügen, diesen Block in volle Abhängigkeit zu bringen und ihn sowohl gegen

Ungarn und Deutschland, als auch besonders gegen Rußland zu richten. So wurde für diesen Zweck aus Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei die Kleine Entente geschaffen. Die Entente bezweckt also mit der Schaffung der Kleinen Entente und mit der Vereinigung der übrigen Balkan- und Donaustaaten mit dieser eine große konterrevolutionäre Koalition auf dem Balkan und an der Donau, die Frankreich und England im geeigneten Moment gegen Sowjetrußland benutzen kann.

II.

Um ihre Eroberungspläne auf dem Balkan verwirklichen und um die Balkanvölker für ihre konterrevolutionären Zwecke gegen Sowjetrußland verwenden zu können, trachtet die Entente danach, jede revolutionäre Bewegung in den Balkanländern zu ersticken und zu vernichten. Deshalb veranlaßt sie die Balkanregierungen dazu, eine wütende reaktionäre und konterrevolutionäre Politik zu befolgen. Diese Politik wird aber auch durch die Interessen der in den Balkan- und Donauländern herrschenden Klassen diktiert.

Im geschlagenen Bulgarien war nach dem Kriege die Herrschaft der Bourgeoisie gänzlich zerrüttet. Die gewaltigen Opfer, die wirtschaftliche und finanzielle Verwüstung, die Niederlage der nationalistischen Politik, all dies schuf eine ungeheure Unzufriedenheit unter den Volksmassen. Gleich nach der Vernichtung und dem Rückzuge der bulgarischen Armee entlud sich diese Unzufriedenheit in einem Aufstand der Truppen bei Sofia. Der Aufstand wurde mit Hilfe deutscher Truppen unter tierischer Grausamkeit erstickt (mehr als 3000 Soldaten wurden niedergeknallt), aber die Unzufriedenheit der Massen wurde dadurch nicht gedämpft. Die alten bürgerlichen Parteien waren zu kraftlos, um sich mit dieser Unzufriedenheit auseinanderzusetzen, sie hatten sich im Kriege gänzlich kompromittiert, die Bourgeoisie war somit gezwungen, die „linken“ kleinbürgerlichen Parteien, Sozialpatrioten (sog. „weitherzige“ Sozialisten), Radikale und Landwirtschaftler zu Hilfe zu rufen und ihnen die Macht anzuvertrauen. Aber die kleinbürgerlichen Parteien konnten die Massen nicht befriedigen, sie behielten das monarchistische Regime („Zar“ Ferdinand war von der Entente verjagt, seinen Platz nahm aber „Zar“ Boris ein) bei und konnten keinerlei Reformen zuwege bringen, die die Not und das Elend des Volkes erleichtert hätten. Gerade dadurch aber wurden die Sozialpatrioten und die Landwirtschaftler gefügige Werkzeuge in den Händen der bulgarischen Bourgeoisie und der Entente und

wurden als solche zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern verwendet. Diese zwei „linken“ Parteien, die die Regierung innehatten, unternahmen eine rachsüchtige Kampagne gegen die Kommunistische Partei und machten alle Anstrengungen, um sie vom Erdboden verschwinden zu lassen, was ihnen aber nicht gelang. Heute ist die Kommunistische Partei die stärkste Partei in den Städten und in ihrer Gesamtheit, nach der Landwirtschaftspartei, die zweitstärkste. Im besiegten Bulgarien war die Macht der Bourgeoisie am meisten erschüttert, die Armee von der Entente entwaffnet, der Staatsapparat geschwächt usw., daher konnte auch in diesem Lande die politische Reaktion nicht jenen Umfang annehmen wie in den anderen Balkanländern.

Weit größeren Umfang nahm die Reaktion und der Terror gegen die arbeitenden Klassen und gegen die kommunistischen Parteien in Jugoslawien und Rumänien an. Diese Länder gingen aus dem Kriege als „Sieger“ hervor, mit großem Gebiets- und Bevölkerungszuwachs; diese Staaten behielten nicht nur, sondern vermehrten sogar ihre Waffenbestände, jeder von ihnen unterhält heute eine Armee von ungefähr dreimalhunderttausend Soldaten. Sie verstärkten weiter den bürokratisch-polizeilichen Apparat des Staates, die Entente versorgt sie mit finanziellem Kredit und Kriegsmunition. Der „Sieg“ verursachte unter der Kleinbourgeoisie eine Art Rausch und rief unter den Massen die Hoffnung auf schnelle Heilung der Kriegswunden hervor. Deshalb stärkten die herrschenden Klassen dieser Länder viel schneller wieder ihre zerrüttete Macht und schritten zu rücksichtslosem Terror gegenüber der revolutionären Bewegung, die trotz des „Sieges“ das Proletariat aufwühlte.

Die Bourgeoisien von Jugoslawien und Rumänien werden offen und versteckt von der Entente beeinflußt und unterstützt, wodurch bezweckt werden soll, beide Staaten gegenüber Sowjetrußland auszuspielen. Jedes Hindernis hierbei — auch die kommunistische Bewegung — muß deshalb unterdrückt werden. Trotz des Kampfes um die Hegemonie im neuen Staate sind sich in Jugoslawien die Großbourgeoisie mit der Bank- und Wucherbourgeoisie in Kroatien und den Großgrundbesitzern in Bosnien in ihrem reaktionären Vorgehen gegen die Arbeiterklasse und gegen die Kommunistische Partei einer Meinung. In Rumänien bewahrte nach dem Kriege die Klasse der Bojaren (Großgrundbesitzer) ihre Feudalbesitzungen und Privilegien, aber um sich vor einem Aufstand der rumänischen Bauern, die von der russischen Revolution geweckt und in Bewegung gesetzt wurden, zu schützen, stellte sie im Bündnis mit der Finanz- und Industriebourgeoisie die Kommunistische

Partei außerhalb der Gesetze. Die Nachbarschaft mit dem revolutionären Rußland bringt die rumänischen Kapitalisten und Bojaren in Todesangst und macht sie allen Wünschen der Entente untätig.

In Griechenland, das verhältnismäßig stabil aus dem Kriege hervortrat, war der Siegesrausch am größten, die kommunistische Bewegung am schwächsten, und deshalb empfand die griechische Bourgeoisie kein Bedürfnis nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterklasse. Aber die Beute und Ländergier der griechischen Bourgeoisie, von England angestachelt, stürzte Griechenland in einen neuen, verbrecherischen Krieg gegen die Türkei, der mit seiner Niederlage endete. Die Kommunistische Partei, früher schwach, stellte sich an die Spitze der wachsenden Unzufriedenheit und des Kampfes der Arbeiterklasse. Sofort aber warf sich die griechische Bourgeoisie mit brutaler Gewalt auf die Kommunistische Partei, und die politische Reaktion feiert heute in Griechenland ihre Orgien wie in allen Balkanländern.

Eine Stütze der politischen Reaktion in den Balkanländern bilden die russischen Konterrevolutionäre und die Ueberbleibsel der weißen Armeen Denikins und Wrangels, die von der Entente auf dem Balkan untergebracht und von den Balkanregierungen mit offenen Armen empfangen wurden. Die russischen konterrevolutionären Generale und Truppen in den Balkanländern unterhalten und unterstützen nicht nur dort die Reaktion, sondern bereiten unter dem Schutze der Entente und mit der Hilfe der Balkanbourgeoisie offen einen neuen konterrevolutionären Feldzug gegen Sowjetrußland vor.

Die bulgarische Regierung, von der Entente und den in Bulgarien weilenden russischen konterrevolutionären Fürsten, Generalen und Pomeschtschiks angetrieben, führt eine freche und herausfordernde Politik gegen Sowjetrußland. Die bulgarische Bourgeoisie, die vor dem zaristischen Rußland auf dem Bauche kroch, hegt einen Todeshaß gegen das revolutionäre Rußland — das Rußland der befreiten Bauern und Arbeiter. 1919 ließ die bulgarische Regierung in Varna (Hafen am Schwarzen Meer) einen Stab von Denikins Generalen landen, die Bulgarien in einen Stützpunkt der Denikinarmee verwandelten, der dieser Armee Hunderte von Eisenbahnwagen mit Waffen und Geschossen zuführte. Alles unter bereitwilligster Mithilfe der bulgarischen Regierung. Nach der Niederlage Wrangels wurde Bulgarien der Schlupfwinkel eines großen Teils seiner zersprengten, konterrevolutionären Banden. Tausende von Flüchtlingen, darunter eine große Anzahl von Generalen, Offizieren und Pomeschtschiks, füllten die bulgarischen Städte, und die Regierung verwendete laufend für ihren Unterhalt viele Millionen Lewas; so wurden z. B. in der letzten Zeit für die-

sen Zweck mehrfach Millionen von der 82 Millionen Lewa betragenden Schuld Bulgariens an Rußland ausgegeben. Aber das Empörendste und Skandalöseste ist die Ueberführung der Ueberbleibsel der Wrangelarmee in einer Stärke von 20 000 Mann von Gallipoli (an den Dardanellen) nach Bulgarien. Die bulgarische Regierung hat nicht nur nicht gegen die Unterbringung einer fremden bewaffneten Armee in ihr Land protestiert, sondern sie brachte es fertig, diese offiziell zu empfangen und ihr die großzügigste Hilfe zu erweisen. Diese konterrevolutionäre Armee wird aus Mitteln der französischen und bulgarischen Regierung unterhalten, ist in Kasernen untergebracht, mit Waffen versehen, besitzt ihre eigene Polizei, eigene Gerichte, die Todesurteile über russische Arbeiter fällen und vollstrecken. Die Unterbringung dieser russischen konterrevolutionären Armee in Bulgarien ist ein offen feindlicher Akt gegenüber Sowjetrußland, ist auch gleichbedeutend mit der Aufgabe der Souveränität des Staates, bildet eine unmittelbare Gefahr für die Unabhängigkeit des bulgarischen Volkes, droht es gewaltsam hineinzuziehen in einen konterrevolutionären Krieg gegen Rußland. Die russischen Konterrevolutionäre wühlen auf bulgarischem Boden gegen die russische Sowjetrepublik und erfüllen, nach der Entwaffnung Bulgariens, gemäß den Wünschen und Befehlen der bulgarischen Bourgeoisie und der Entente-Imperialisten, die Henkersrolle am arbeitenden Volke und der Kommunistische Partei in Bulgarien.*)

Aber solch ein feindliches, herausforderndes und verbrecherisches Benehmen gegen die russische Sowjetrepublik zeigt nur die Bourgeoisie. Die bulgarischen Arbeiter und Bauern, der gewaltig überwiegende Teil des bulgarischen Volkes steht der russischen revolutionären Republik mit großer Sympathie und Dankbarkeit gegenüber. Die Ursachen dieser Sympathie und Dankbarkeit wurzeln tief. Die Befreiung Bulgariens vom türkischen

*) Auf wiederholte Proteste Tschitscherins und Rakowskis, durch Sondernoten an die bulgarische Regierung gerichtet, antwortet diese mit frechen Lügen und Beleidigungen oder mit Stillschweigen. Die erbärmlichen Lakaien Briands in Sofia erlauben sich gegenüber Sowjetrußland eine noch gemeinere Sprache als ihr Herr selbst. Die bulgarische Regierung ist ein willenloses Spielzeug des konterrevolutionären Frankreichs, was auch aus den Äußerungen Stambulinskis, des bulgarischen Regierungschefs, hervorgeht, die dieser unlängst gegenüber einem Vertreter des Pariser „Journal“ machte: „Im Falle, daß die Rote Armee unsere Nachbarn (Rumänien) anfällt (?) und Erfolge erzielt und die Entente verlangt, daß wir uns neutral verhalten, werden wir darauf hören; aber wenn Frankreich uns „Vorwärts“ zuruft, werden wir, ohne viel zu überlegen, einstimmig und begeistert unsere mit ihren Fahnen kreuzen, um die Kultur und die Freiheit Europas zu wahren.“

Joch ist das Ergebnis des Krieges, den Rußland 1877—78 gegen die Türkei geführt hat. Diesen Krieg führte der russische Zarismus mit dem Ziel, den Balkan und Konstantinopel zu erobern. Das bulgarische Volk ist aber den russischen Bauern und Arbeitern dankbar, die ihr Blut in dem Kriege vergossen, der die Befreiung Bulgariens mit sich brachte. Außerdem besteht zwischen dem slawischen, bulgarischen und russischen Volk die engste Verwandtschaft der Sprache, Gleichheit in der Religion usw. Endlich aber wurden durch den Sturz des Zarismus und die Revolution das bulgarische Volk und andere Balkanvölker von der Gefahr befreit, erobert und in ein „Donau-Gouvernement“ des despotischen Rußland verwandelt zu werden, was ja das jahrhundertlang verfolgte Ziel des russischen Zarismus war. Daher schätzen die bulgarischen Arbeiter den heldenmütigen revolutionären Kampf hoch, den das russische Volk für die Befreiung aller unterdrückten Völker und ausgebeuteten Klassen der Welt führt. Die Kommunistische Partei Bulgariens kämpft am entschiedensten gegen die herausfordernde konterrevolutionäre Politik der bulgarischen Bourgeoisie gegenüber Sowjetrußland und schuf eine starke Bewegung im Volk zur Verjagung der russischen Generale und Pomeschtschiks und für die Verbrüderung mit den russischen Bauern und Arbeitern der Wrangelarmee, die schon gewillt sind, nach Rußland zurückzukehren und sich mit der Sowjetmacht zu vereinigen.

Die russischen Konterrevolutionäre überfüllen ebenso Jugoslawien. Tausende von Pomeschtschiks, Offizieren und Generalen füllen Belgrad und andere Städte des Landes, nehmen wichtige Posten in der Armee und den Ministerien ein, und der Staat gibt für ihren Unterhalt Hunderte von Millionen Dinars aus. Große Teile der zerschlagenen Wrangelarmee sind in verschiedenen Gegenden des Landes untergebracht, und die weißgardistischen Generale spielen eine bedeutende Rolle in der inneren, besonders aber in der äußeren Politik Jugoslawiens. In Rumänien fanden Unterschlupf Teile der zerschlagenen konterrevolutionären Banden Petljuras, Machnos u. a., die von der rumänischen Regierung ebenfalls unterhalten werden. Sie sind bewaffnet, und die Landesregierung kümmert sich nicht darum, wenn diese Banden räuberische Einfälle in Sowjetrußland verüben. Im allgemeinen sind die Balkanländer in Nester der russischen Konterrevolutionäre verwandelt, von wo aus sie Anfälle und Aufstände gegen Sowjetrußland planen, vorbereiten und ausführen. Die Entente benutzt diese weißen, konterrevolutionären Banden, um mit ihrer Hilfe die Balkanvölker selbst zu terrorisieren. In Bulgarien, wo auf Befehl der Entente die alte Armee aufgelöst wurde, aber das neue „freiwillige“, d. h. das

Söldnerheer — das Bulgarien laut Friedensvertrag bis zu 30 000 Mann besitzen kann — noch nicht geschaffen ist, bilden die weißgardistischen Wrangelbanden in den Händen der Entente eine bedeutende bewaffnete Macht, die sie dazu benutzen kann, um die revolutionäre Bewegung in Bulgarien selbst zu unterdrücken und das bulgarische Volk zwangsweise in einen verbrecherischen, konterrevolutionären Krieg gegen Sowjetrußland zu stürzen.

III.

Der Frieden, den die Entente Europa auferlegte, brachte keine friedlichen Zustände, sondern streute den Samen neuer, noch größerer Widersprüche und Konflikte zwischen den europäischen Staaten aus, bereitete den Boden für neue, noch katastrophalere imperialistische Kriege. Der imperialistische Friede warf, anstatt die „nationale Befreiung“ und „nationale Vereinigung“ der südöstlichen und der Balkanvölker zu bringen, wie es von der Entente versprochen worden war, diese Völker in noch größere nationale Zersplitterung und nationale Unterjochung. An Stelle Oesterreich-Ungarns und der alten Balkanstaaten wurden willkürlich und zwangsweise ein halbes Dutzend neuer Staaten geschaffen, die das Territorium noch mehr zerrissen und neue Zollgrenzen erforderten. Innerhalb dieser Grenzen können die neugeschaffenen Staaten sich nicht entwickeln und schon beginnen ihre Grundlagen durch den neu entstehenden wirtschaftlichen und nationalen Antagonismus zu zerbröckeln.

Und in der Tat! Jugoslawien und Rumänien halten ihre großen Grenzen und die eroberten Gebiete nur durch eine verstärkte Militärherrschaft, durch einen ungeheuren Militarismus, durch den die erschöpfte Wirtschaft völlig zugrunde gerichtet wird. Sie halten sich noch durch finanzielle und militärische Hilfe der Entente. Doch schon beginnt der Sandboden, auf dem diese „großnationalen“ Staaten aufgebaut sind, zu rutschen. Die politische Krise verschärft sich von Tag zu Tag infolge des völligen wirtschaftlichen Zerfalls der durch die erbitterten Nationalitätenkämpfe eingetretenen Erschöpfung. Unter den Schlägen der stetig zunehmenden wirtschaftlichen und finanziellen Krise und durch den Druck des Kampfes der arbeitenden Klassen und der unterjochten Völker wurden die reaktionären Regierungen Paschtschs und Averescus gestürzt. Das Regime der politischen Reaktion in Jugoslawien und Rumänien ist zermürbt. Ein unzweifelhafter Beweis für die wachsende wirtschaftliche, finanzielle und politische Krise in diesen Ländern ist das schnelle und tiefe Fallen der Valuta, die die Entente in den letzten Jahren künstlich stützte.

Die herrschenden Klassen sind unfähig, die zugrunde gerichteten Balkanländer wirtschaftlich

und finanziell wiederherzustellen. Die von ihnen während des Krieges angehäuften Kapitalien werden nicht in der Industrie und zur Entwicklung der Produktionskräfte angelegt, sondern im Handel. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Rohmaterialien werden monopolisiert, es wird Wucher getrieben, das Leben verteuert, das Elend der Volksmassen vermehrt, die Kaufkraft des inländischen Markts vermindert, der Boden zur industriellen Entwicklung der Länder untergraben. Die gesamten Steuerlasten, die seit Kriegsende um das 10—15fache erhöht worden sind, werden von den herrschenden Klassen (der Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern) auf die Arbeiter und Kleinbauern abgewälzt, trotzdem aber haben die Budgets der Balkanstaaten Milliarden-Defizite aufzuweisen, und die Schulden an die Entente-Regierungen und ausländischen Banken übersteigen um ein Vielfaches das gesamte Nationalvermögen.

Infolge der wachsenden Verelendung und des ständigen Fallens der Valuta bilden heute die Balkan- und Donauländer ein sehr begrenztes Absatzgebiet für die Industrieerzeugnisse der Ententestaaten. Die landwirtschaftliche Ausfuhr der Balkan- und Donauländer wird durch die Verwüstung der Landwirtschaft vermindert. Ein großer Teil des Arbeitsviehbestandes ist vernichtet, das landwirtschaftliche Inventar abgenutzt, die bebaute Fläche verringert. Die Transportmittel sind verbraucht. Die Schulden an die Entente können nicht bezahlt werden, als Faustpfand legt die Entente deshalb die Hand auf alle Bodenschätze und Quellen des Nationalreichtums, „erobert“ diese Länder vollkommen.

Die Entente ist jedoch in ihrer Politik auf dem Balkan und im nahen Osten nicht einheitlich. Bekannt ist der Konflikt zwischen England und Frankreich in der Türkei und Kleinasien. Die Absichten Englands, unter Ausnutzung der Vernichtung seiner imperialistischen Rivalen — das zaristische Rußland und das monarchistische Deutschland — die Türkei aufzuteilen und die auf seinem Wege nach Indien liegenden kleinasiatischen und türkischen Gebiete zu erobern, konnten nicht in Erfüllung gehen. Die Kämpfe der Völker in Kleinasien um ihre nationale Befreiung, die durch den Krieg und die russische Revolution erweckt wurden, und die Widerstände der von Frankreich ermunterten und unterstützten Türkei vereitelten die Pläne Englands. Das Bündnis, das Frankreich mit Kemal Pascha schloß, verstärkte dessen Stellung in Kleinasien und auf dem Balkan, verschärfte aber noch mehr den zwischen Frankreich und England durch die verschiedenartige Politik gegenüber Deutschland geschaffenen Konflikt. England und Frankreich wechselten ihre Rollen gegenüber der Türkei: So lange die Türkei von Rußland und Deutschland

bedrängt wurde, verteidigte England die „Un-teilbarkeit“ der Türkei, weil es unter dem Vorwand der Un-teilbarkeit seine Macht in Kleinasien, Konstantinopel und den Dardanellen befestigte und verbreitete; nach dem imperialistischen Krieg ist es Frankreich, das die „Un-teilbarkeit“ der Türkei verteidigt, um seine, in türkischen Staatsschulden angelegten Kapitalien zu sichern und neue Konzessionen zu erlangen. England aber strebt danach, die Niederlage seiner großen Rivalen, des deutschen und des russischen Imperialismus, auszunützen, den türkischen Nachlaß gänzlich zu erobern und sich in Kleinasien und Konstantinopel festzusetzen.

Für Frankreich und England sind die Balkanstaaten nur Schachfiguren in ihren Rivalitäten und Eroberungsplänen. England nützte so z. B. Griechenland aus, um gegen Kemal Pascha Krieg zu führen. Nachdem aber Griechenland besiegt worden war, kehrte England seinen „panelenistischen“ Plänen den Rücken und suchte auf Kosten jener Gebiete, die es noch gestern Griechenland versprochen hatte, ein Verständnis mit Kemal Pascha. Frankreich wiederum bedient sich Bulgariens, reizt dessen Verlangen nach Thrazien durch Entsendung bulgarischer Delegierter nach Angora. Als aber England diese Affäre entdeckte und protestierte, wurde Bulgarien von seinem „Freunde“ Frankreich verlassen und mußte allein in Schimpf und Schande beim englischen Gesandten in Sofia um Entschuldigung bitten.

Die Balkan- und Donaustaaten sind unfähig, untereinander zu einer Verständigung oder einem Bündnis zu gelangen. Jugoslawien, Rumänien und Griechenland befolgen, durch ihre „Siege“ ermuntert, eine nationalistische Eroberungspolitik und bemühen sich, die Hegemonie auf dem Balkan zu erlangen. Diese Politik verschärft nicht nur das gegenseitige Mißtrauen, sondern ruft auch Konflikte mit anderen Nachbarstaaten hervor. So kam Jugoslawien wegen der Aufteilung Albaniens und der westlichen Küste der Balkanhalbinsel in Konflikt mit Italien. Wiederholt brachten diese Konflikte (die Zwischenfälle in Fiume, an der albanischen Grenze, in Sabenesco usw.) Italien, das den westlichen Balkan als seinen Wirkungskreis ansieht, und Jugoslawien an die Schwelle neuer Kriege. Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei beanspruchen große Gebiete Ungarns, weil dort noch einige ihrer Landsleute zurückgeblieben sind; sie betrachten Ungarn als ihre Beute. Griechenland hat Verlangen nach Südalbanien, Mazedonien, Thrazien, Smyrna, sogar nach Konstantinopel, es schwärmt von der Wiederherstellung des alten byzantinischen Reiches unter dem Szepter des Königs Konstantin. Nur Bulgarien hat, durch die Kriege niedergedrückt, das Banner seiner „großnatio-

nen“ Politik eingezogen, doch nur in der Hoffnung auf neue Zeiten, um es dann wieder entfalten zu können. Die herrschenden Klassen der Balkanländer, deren Völker durch den Krieg ruiniert, der Ausartung und der Barbarei preisgegeben sind, können nicht ablassen von ihrem verbrecherischen und sinnlosen politischen Größenwahn, den Plänen auf „gewaltige Eroberungen“ und „Große Reiche“. Andererseits werden sie durch das innere Chaos und die konterrevolutionäre Politik der Entente in neue Kriegsabenteuer gestürzt, in denen sie ihre zerrüttete Herrschaft zu retten und zu befestigen suchen.

Die Kriegsbündnisse und die Konventionen, die die Balkan- und Donaustaaten unter sich abgeschlossen (Kleine Entente, Vertrag Rumäniens und der Tschechoslowakei mit Polen, die letzte Konvention zwischen Rumänien und Jugoslawien) sind Machwerke der Entente gegen Sowjetrußland. Der Haupttreiber dieser konterrevolutionären Politik der Kleinen Entente wie auch Polens, Ungarns und Bulgariens ist Frankreich, das ununterbrochen diese Staaten, an erster Stelle Rumänien und Polen, aber auch die Tschechoslowakei und Jugoslawien mit Waffen versorgt. Französische Generale bereiten in Warschau und Bukarest den Krieg gegen Rußland vor. Außerdem haben die Staaten der Kleinen Entente für ihre Eroberungspolitik zwei unmittelbare Ziele: Bulgarien und Ungarn. Bulgarien ist völlig isoliert und entkräftet. Um es aus seiner Lage zu retten, unternimmt die Regierung Stambulinskis Annäherungsversuche an Jugoslawien, die aber von diesem hochmütig abgewiesen werden. Auch wenn es zu einer Annäherung käme, würde England sie vereiteln, weil es immer in einer Koalition der Slavenvölker des Balkans oder in einem großen Slavenstaat auf dem Balkan einen Verbündeten Rußlands sah und noch jetzt sieht, einerlei, ob dies Rußland zaristisch oder revolutionär ist. England fürchtet die Annäherung Rußlands an Konstantinopel und Kleinasien.

Der von der Entente improvisierte imperialistische Friede auf dem Balkan und an der Donau hat also vulkanischen Boden unter sich. Unter dem Druck des wirtschaftlichen und nationalen Antagonismus der Balkan- und Donaustaaten untereinander, der Unmöglichkeit der Wiederherstellung und Entwicklung dieser Staaten in ihren neuen Grenzen und durch die Gegensätze der Ententestaaten (Frankreich, England, Italien) beginnt dieser Frieden bereits zu zerbröckeln. Der Balkan bleibt wie vor dem Weltkrang, so auch heute der „Wetterwinkel“ Europas. Hier zuckte der erste Blitz des imperialistischen Krieges. Es ist leicht möglich, daß wiederum vom Balkan ein neuer Krieg, ein konterrevolutionärer Krieg gegen Rußland seinen Ausgang nehmen und die ganze

Front des kapitalistischen Europas und des revolutionären Rußlands in Brand setzen wird.

In diesem künftigen Krieg sind die Interessen der Balkan- und Donauvölker ganz und gar auf Seiten des revolutionären Rußlands. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien dieser Länder — Aufgaben, zu deren Lösung sie sich in der Balkan-Donau-Föderation vereinigt haben — ist es, die Erkenntnis der Völker, d. h. ihrer arbeitenden Klassen, bis zum Verständnis ihrer Interessen zu heben und diesen Krieg zum Sturz der kapitalistischen Regierungen auf dem Balkan und an der Donau zu benutzen. Die Aufgabe bedeutet, daß sich die Arbeiter und Bauern dieser Länder über die vom Ententeimperialismus und bürgerlichen Nationalismus gezogenen künstlichen Grenzen hinweg brüderlich die Hände reichen, eine gemeinsame Front der Revolution gegen die Kleine

Entente und gegen die internationale Konterrevolution bilden, ihre Kräfte mit denen des revolutionären Proletariats Rußlands und Zentraleuropas vereinigen, um durch den Sieg der proletarischen Revolution die soziale und nationale Befreiung der Balkanvölker zu ermöglichen. Dann wird der Balkan und die Donau von den letzten Resten der Barbarei gesäubert sein. Dann wird die Sozialistische Föderative Balkan-Donau-Sowjetrepublik, für deren Entstehen die kommunistischen Parteien des Balkans und der Donauländer kämpfen, für diese Völker günstige Bedingungen und weite Aussichten für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung schaffen.

Sofia, Frühjahr 1922.

Cfr. Kabaktschiew.

Der Arbeiteraufstand in Südafrika.

Der bewaffnete Aufstand der Goldgräber von Johannesburg ist sehr wenig verstanden worden, und das nicht nur in Rußland, sondern auch in England. Während die amerikanische Arbeiterpresse die Empörung als ein Ereignis von Weltbedeutung darstellte und die australischen Gewerkschaften entsprechend ihrer traditionellen Verachtung der bürgerlichen öffentlichen Meinung viele Solidaritätsbeschlüsse faßten, beobachteten die britische Arbeiterpresse, die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei die ganze Zeit hindurch Grabesstille. Und als der „Daily Herald“ zuguterletzt das Schweigen brach, als ob die Ursachen der Streiks bisher ein Geheimnis gewesen wären, beschrieb er den Aufstand in einer gegen die Sache der autonomen Arbeiter voreingenommenen Weise.

Es hat den Anschein, daß General Smuts neuerdings eine Art Wilson und in den Augen des europäischen Liberalismus unfehlbar ist. Als er im Vorjahr in Bullhock an tausend unschuldige Neger schlachtete, quittierte die britische Presse die Angelegenheit mit einem dunklen Paragraphen. Die internationalen Finanzen sorgten für das ihre. Und angesichts des jüngsten Angriffs des imperialistischen Kapitals auf das Lebensniveau der weißen Arbeiter Südafrikas (wo mehr als die Hälfte des Goldes der ganzen Welt produziert wird), hat es Smuts mit teuflischer Schlaueit fertiggebracht, in der Rolle eines Beschützers der eingeborenen Massen der blutigen Aufgabe gerecht zu werden.

Die armen gequälten Arbeiter, die durch einen siebenwöchigen Streik, durch Hunger, Erschöp-

fung und Verzweiflung müde gemacht waren und ihre Arbeit in steigendem Maße von niedrig bezahlten Negeren unter Leitung von weißen Streikbrechern ausführen sahen, unterlagen schließlich einem Ausbruch von Rassenhaß, der zweifelsohne von Smuts provoziert worden war und den die Warnungen und Bitten der Führer nicht verhindern konnten. Das dauerte nur ein oder zwei Tage. Die Negerhetze fand hauptsächlich in den verrufensten Stadtvierteln von Johannesburg statt. Untrügliche Anzeichen von polizeilicher Provokation waren vorhanden. Aber das genügte, um Smuts die Möglichkeit zu bieten, mit vom Blute von Tausend weißen Arbeitern befleckten Händen noch immer als die unerschütterliche Hoffnung des „Manchester Guardian“ dazustehen. Die internationalen Finanzen wahren dieses Nervenzentrum ihres Organismus, wie sie kein anderes wahren würden. Mit Ausnahme jenes Teils der britischen Presse, der bemüht ist, den Aufstand als Argument gegen Sowjetrußland auszunützen, sind die hingemordeten Arbeiter Südafrikas das Opfer einer Verschwörung des Totschweigens geworden, die sogar der Geschichte indischer und anderer kolonialer Unterdrückung unbekannt geblieben ist. Die Welt war Zeuge der Ereignisse von Amritsar; aber während der letzten zwölf Monate entgingen Gewalttaten größten Maßstabes zweimal der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Dennoch birgt dieser Aufstand für die Klassenbewegung der Arbeiter Lehren von größter Bedeutung.

1. Er eröffnet uns das Problem von Rassenvorurteilen in seiner akutesten Form innerhalb der Reihen der weißen Arbeiter, und zwar dort, wo die Bedingungen zur Lösung dieser Probleme schon ihrer Reife entgegengehen.

2. Es ist der erste große bewaffnete Arbeiteraufstand in diesem Maßstabe innerhalb des britischen Imperiums.

3. Er bietet eines der krassesten Beispiele des Gebrauchs von Aeroplanen als hervorragende kapitalistische Waffe gegen die Arbeiter und somit ein ernstes militärisches Problem der Revolution.

4. Er bedeutet einerseits einen Sieg des imperialistischen Kapitals, da es an Macht gewonnen hat, spielt aber andererseits eine revolutionäre Rolle, da er große rückständige Massen in die Weltbewegung hineinziehen muß.

Ursachen des Konflikts.

Die Johannesburg Goldminen liefern mehr als die Hälfte des Goldes der Welt. Sie befinden sich in den Händen eines einzigen Unternehmens, dessen oberste Kontrolle von London ausgeübt wird. Die beschäftigten Arbeiter sind 200 000 Eingeborene, hauptsächlich noch wilde, und 25 000 Weiße. Hierin sind die Wurzeln des Konflikts zu suchen. Die weißen Goldgräber waren ein Hindernis für den Fortschritt der Eingeborenen. Ihre legalen Privilegien waren ein Anachronismus. Dennoch kann kein Kommunist ihrem Widerstand gegen die kapitalistische Offensive sein herzliches Solidaritätsgefühl versagen. Die unbewußt revolutionäre Wirkung des Kapitals auf die rückständigen Rassen kann durch die Arbeiterklasse zu einer bewußten Gewalt herangebildet werden. Der Klassenkampf, das Ringen um die Macht hat den weißen Arbeitern den richtigen Platz in der historischen Bewegung angewiesen. Dieses Ringen um die Macht, blind und improvisiert, wie es war, erlitt diesmal ein Fiasko. Die weißen Arbeiter wurden blutig niedergeworfen. Sie werden sich wieder aufrufen, aber dann Hand in Hand mit den eingeborenen Massen.

Die Ziffern über die Minenindustrie geben kein wahres Bild des Durchschnittsverhältnisses zwischen weißen und schwarzen Arbeitern. In der Maschinenbauindustrie, die auch in den Streik hineingezogen wurde, überwiegt die Zahl der weißen Arbeiter. Das Verhältnis gibt kein richtiges Bild der beziehungsweise Bedeutung der zwei Arten von Arbeitern. Die eingeborenen Massen sind die denkbar niedrigsten Vertreter billiger ungeübter Arbeiter, die von einem der primitivsten Völker stammen, politisch passiv und industriell unorganisiert sind, vertragsmäßig auf ihren reservierten Territorien angeworben werden, in geschlossenen Hürden und unter strengster polizeilicher Aufsicht mit kaum einem Schatten bürgerlicher Rechte im

Umkreis der Minen hausen. Das bezieht sich auf die eingeborenen Goldgräber. Im übrigen sind die eingeborenen Arbeiter weiter fortgeschritten, leben weit besser, und ein gewisser stetig steigender Prozentsatz wird in der Industrie allmählich permanent.

Die weißen Arbeiter stellen darum eine Macht dar, die zu ihrer Anzahl in keinem Verhältnis steht. Sie können die Industrie zum Stillstand bringen. Aber die passiven eingeborenen Massen bedeuten für sie eine ständige Drohung und werden von den Kapitalisten gegen sie ausgespielt, während die weißen Arbeiter es unterlassen, zum sichersten Mittel zwecks Festigung ihrer Lage zu greifen, sich mit den Eingeborenen gemeinsam zu organisieren, wie es von der Kommunistischen Partei vorgeschlagen wird.

Diese Lage der Dinge enthält die Erklärung der Umstände des bewaffneten Konflikts, aus dem der Generalstreik entstand. Im Grunde war es ein Streit um die Herrschaft über die Industrie, die Aufhebung der Minenkammer und der Enthebung von Smuts aus seiner Machtstellung.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Johannesburg Goldgräber zu einem bewaffneten Aufstand ihre Zuflucht nahmen. Schon im Jahre 1913 fand in Johannesburg zwischen den Streikenden und den Truppen ein Straßenkampf statt, wobei 21 Arbeiter getötet und viele Hunderte verwundet wurden. Damals war die Zahl der englischen Arbeiter die überwiegende in den Minen. Heute bilden die holländisch sprechenden Afrikaner die Mehrheit.

Holländischer Nationalismus.

Die holländisch-nationalen Gefühle hatten mit dem bewaffneten Aufstand nichts zu tun, wie es manche Zeitungen darstellen. Die Nationalistenführer unterstützten zunächst die Bewegung, verwarfen sie aber dann. Schließlich wurde der bewaffnete Aufstand durch Aufgebote bewaffneter Farmer und durch britische weiße Garden unterdrückt. Das kürzlich aus den Bezirken der Umgebung zur Industrie geströmte frische und kräftige Element holländischer Arbeiter ließ einen bewaffneten Konflikt wahrscheinlich werden, bevor die Arbeiter ihre Niederlage eingesehen hatten. Mathews, der Präsident der Ingenieurvereinigung, ein echter englischer Trade-Unionist, der gewiß nicht zu feurigen Reden neigt, warnte als erster die Bergwerkskammer und die Regierung, ihr Verhalten müsse unvermeidlich zum Blutvergießen führen, bevor sich die Grubenarbeiter unterwürfen.

Nebenbei bemerkt, sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Nationalistenpartei dadurch, daß die ärmeren Farmer ihre Verwandten im Streik unterstützen wollten, schlimm erschüttert wurde.

Der Ausgang der Farbigenfrage.

Aehnlich steht es mit der Sache der Farbigen. Es gab keinen Konflikt zwischen Weißen und Schwarzen, es gab lediglich einen Klassenkampf zwischen den Arbeitern mit politischem Bewußtsein, die zufällig Weiße sind, und der kapitalistischen Klasse. Die internationale Offensive des Kapitals breitete sich auch auf die Kolonien einschließlich Australiens und Südafrikas aus. In Südafrika nahm sie die Form der Forderung an die Bergwerkskammer an, die Grubenvorschriften mögen dahin abgeändert werden, daß billigere eingeborene Arbeitskraft zu höher qualifizierten Stellungen zugelassen werde. Das bedeutet das Zunehmen der eingeborenen Arbeiter und Abnahme der Zahl der qualifizierten Weißen. Hierzu kamen eine Forderung auf allgemeine Herabsetzung der Arbeitslöhne und sogar eine Forderung auf Herabsetzung der Anzahl der weißen Arbeiter um ein Fünftel. Damit wurde diese Frage entschieden zur Existenzfrage der weißen Arbeiter. Die Bergwerkskammer verstand es, das Lösungswort vom Vorrücken der Schwarzen aufzugreifen und vor der ganzen britischen Welt die Pose der Vorkämpferin der Eingeborenen anzunehmen. Doch das von Smuts unter den Eingeborenen angerichtete Blutbad zeigte den wahren Charakter dieser Negerfreunde. Das Goldgrubenkapital muß zur Wahrung seines Profits den Kolonialmassen jedwede Anwendung der europäischen Bourgeois-Demokratie verweigern, und es hat keine Zeit, die „freie“ Erziehung und die Wohltaten einer bürgerlichen Presse anzuwenden. Es regiert unmittelbar mit Hilfe des Bajonetts und des Polizistenstabes. Es brutalisiert ganze Massen der unteren Volksschichten. Doch der weißen Demokratie selbst erstand ein Hindernis auf dem Wege des weiteren Platzgreifens von Goldgrubenkapital in Südafrika. Nicht nur die nationalistischen Farmer, sondern auch die lokale Bourgeoisie stand den Streikenden in den ersten Tagen des Streiks mit mehr oder weniger Sympathie gegenüber. Während des ganzen Streiks und des darauffolgenden Blutvergießens konnten die Londoner Finanzblätter über nur unwesentliche Abnahme des Ertrags der Goldminen berichten und sahen in der Hoffnung großer Entwicklung der Industrie nach erfolgreicher Beilegung des Streiks in den unentwickelten Gegenden des Ost- und Südriffs sehr sicher in die Zukunft.

Die Goldgrubenindustrie der Randstaaten ist als Stützpunkt des Weltfinanzkapitals beschrieben worden. Vor zwanzig Jahren wurden die alten Buren-Republiken zum Hindernis für die Bergwerkskammer, und die ganze britische Armee wurde aufgeboten, um sie zu beseitigen. In den alten Buren-Republiken waren die englischen Arbeiter Ausländer ohne Stimmrecht. Das war die

Beschwerde, die das Eingreifen der englischen Armee herbeiführte. Nachdem das Geschäft gemacht war, erhielten die Magnaten in den Randstaaten die Erlaubnis, 5000 kontraktlich verpflichtete chinesische Arbeiter zu importieren. Ihre Arbeitsbedingungen waren nicht günstiger als jene der Eingeborenen, doch dienten sie den englischen Liberalen lange noch als willkommene Wahlparole, nachdem die Grubenmagnaten zu ihrem Leidwesen schon erkannt hatten, daß der Chinese viel zu revolutionär ist, um nutzbringend zu sein. Seit der Heimbeförderung der Chinesen wurden wiederholte Angriffe unternommen, um den Eingeborenen die Stellungen für qualifizierte Arbeiter zugänglich zu machen und das legale Monopol der weißen Arbeiter zu brechen. Von da an hätte die Labour-Party vor dem Kriege zwei Führer: Creswell, einen Liberalen, gewesenen Grubenbesitzer, der sich als Anhänger der Labour-Party gebärdete, tatsächlich aber die Interessen der lokalen Bourgeoisie an der Erhaltung einer weißen Arbeiterbevölkerung mit erhöhten Ansprüchen vertrat, und Andrews, einen Metallarbeiter, Präsidenten der Partei, der die Bedürfnisse der Arbeiterschaft als eine Klasse vertrat und später durch seine oppositionelle Haltung dem Krieg gegenüber eine Sektion vorgeschrittener Arbeiter in die Kommunistische Partei führte.

Die Frage wurde gegen Ende des letzten Jahres brennend. Der niedrige Wechselkurs durch zwei oder drei Jahre ermöglicht es, das Gold mit einer Prämie zu verkaufen. Doch mit der Verbesserung des Pfund Sterling dem Dollar gegenüber verschwand die Prämie, und die Goldgrubenindustrie ist gezwungen, zum bloßen Fabrikpreis von vier Pfund und 5 Shillingen zu arbeiten. Ein bloßes Herabdrücken der Arbeitslöhne konnte die Ambitionen der Arbeitgeber nicht mehr befriedigen. Eine weitere Perspektive wurde notwendig, um das Kapital dazu zu verlocken, die unentwickelten Gegenden des Riffs aufzuschließen. Eine gründliche Herabsetzung der Zahl der qualifizierten weißen Arbeiter und ausgiebigere Ausnützung der billigen eingeborenen Arbeitskraft wurde nötig, um der Schwäche des Goldkapitals abzuweichen.

Der Streik und die Arbeiter-„Kommandos“.

Dies war die Lage, als der Streik am 9. Januar ausbrach, ein Streik, in dem sowohl die ganze weiße Arbeiterschaft, wie auch das Goldgrubenkapital seine ganze Existenz aufs Spiel setzte.

Der Streik dauerte acht Wochen. Fast unverzüglich, nachdem der Streik erklärt worden war, begannen sich die örtlichen Streikkommissionen in „Kommandos“ (die alte militärische Einheit des Bürgerheeres der Buren) zu üben und Rote-Kreuz-Abteilungen etc. zu bilden, also offene

Vorbereitungen für einen bewaffneten Konflikt zu treffen. Das Zentral-Streikkomitee gab, obwohl es diese Vorbereitungen offiziell nicht unterstützte, der örtlichen Initiative freie Hand. Tatsächlich scheint zuletzt ein Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bewegung in der Zentralexekutive stattgefunden zu haben, und die Exekutive des Verbandes wurde erweitert, um die aktiven streikführenden Elemente in sich aufzunehmen. Das Streikkomitee von Germiston (9 Meilen von Johannesburg) wurde in einer gewissen Phase des Kampfes an Kompromißverhandlungen mit Smuts nur durch die gewaltsame Intervention der führenden Streikmänner gehindert, die ihre Exekutive während der Neuwahl gefangen hielten. Die Behörden gestatteten Wochen hindurch das ungehinderte Exerzieren und Umhermarschieren von unbewaffneten oder mangelhaft bewaffneten „Kommandos“, ein sicheres Zeichen dafür, daß man einen blutigen Konflikt als willkommensten, klarsten und geeignetsten Ausgang des Streiks betrachtete, der in der Goldgrubenindustrie eine neue Epoche eröffnen könne.

Die Arbeiter-„Kommandos“ machten Rundgänge um die Gruben herum, die Streikbrecher einschüchternd und verhaftend, sie zum Verhör in die Arbeiterheime führend usw. In der ersten Woche des März hatte solch ein Kommando, ohne sichtbare Waffen bei sich zu führen, in Boksburg (12 Meilen von Johannesburg) einen Elektriker verhaftet. Unterwegs machten sie vor einem Gefängnis Halt, brachten zu Ehren eines ihrer gefangenen Genossen drei Hochrufe aus und sangen die „Rote Fahne“. Eine Eskadron berittener Polizisten griff, im Glauben, man plane einen Anschlag auf das Gefängnis, das Kommando an, tötete drei Streikende und verwundete mehrere andere. Dieser Zwischenfall versetzte die ganze Arbeiterklasse der Randstaaten in Aufruhr. Es war klar, daß die Klasse der Arbeitgeber entschlossen war, einen Entscheidungskampf auszukämpfen.

Obwohl Massen von Eingeborenen unter Aufsicht von weißen Streikbrechern die Gruben behüteten, erfolgte gegen sie seitens der weißen Arbeiter kein gewaltsamer Angriffsversuch, nur gegen jene qualifizierten weißen Arbeiter, die sich als Streikbrecher erwiesen. Die Eingeborenen wurden nicht einmal der Verachtung gewürdigt, ihr ganzes Aussehen und ihre Lebensführung war viel zu primitiv, als daß die selbstbewußten Arbeiter ihnen irgendwelche Verantwortung zugeschrieben hatten. Doch einige Tage nach dem Zwischenfall von Boksburg ereigneten sich auf einem der schmutzigen Plätze Johannesburgs tragische Ausbrüche von Gewaltsamkeiten gegen die Eingeborenen. Trotz der leidenschaftlichen Aufrufe der Streikführer wurden die unschuldigen Eingeborenen, die ganz und gar nicht Streikbrecher waren, zur Zielscheibe der Wut der

weißen Arbeiter. Neunzehn Arbeiter wurden bei diesem Zusammenstoß getötet. Das wieder in Umlauf gebrachte Gerücht einer Empörung der Eingeborenen mit ihren sagenhaften Plünderungen und Mordbrennereien, brachte es allmählich fertig, den Streit der Klassen zu verdunkeln und eine Anzahl der Streikenden für zwei oder drei Tage vom eigentlichen Kampf zu entfernen. Zweifellos steckte polizeiliche Provokation dahinter. Der Fall diente wohl zur moralischen Begründung des nachher folgenden Gemetzels. Während dieser ganzen Zeit wurden mit der Bergwerkskammer Unterhandlungen geführt und abgebrochen, in deren Verlauf der Ton der Reden und Gegenreden immer drohender wurde.

Am 7. März ereignete sich ein Zwischenfall, der die ganze Masse der Streikenden äußerst empörte. Eine große Anzahl der Streikenden war rund um die Telephonzentrale versammelt. Die britische Polizei säuberte den Platz. Das „Kommando“ der Frauen befand sich neben der Telephonzentrale und versuchte, die Telephonistinnen herauszurufen. Laut der in unserem Parteiblatt „The International“ veröffentlichten, eidlich bekräftigten Aussagen machte die Polizei einen Angriff gegen die Frauen.

„Dann kam unerwartet ein anderes Rudel von einem weißen Mann stürzte und ihm von hinten einen Hieb auf den Nacken versetzte. Der Mann schlenderte ruhig dahin. Dann stürzte sich ein anderer Polizist auf ihn und stieß ihm sein Bajonett in den Leib. Nachdem er das Bajonett herausgezogen hatte, ließ er ihn auf dem Pflaster liegen und griff die Frauen an.“

Eine andere, eidlich bekräftigte Aussage gibt eine genauere Schilderung dieses Zwischenfalles.

„Dann kam unerwartet ein anderes Rudel von Polizisten auf mich zu. Einer von ihnen fällte, als er mich seinen Weg kreuzen sah, sein Bajonett gegen mich, als wolle er mich niederstechen. Ein Mann aus der Menge, der sich ganz harmlos verhalten hatte, kam hinzu und sagte: „Tun Sie das einer Frau nicht an, sie ist ja Mutter mehrerer Kinder! Tun Sie es lieber mir!“ Daraufhin stieß ihm der Polizist das Bajonett in den Leib, ich sprang über den Zaun und sah nichts mehr.“

Das berühmte „Kommando“ Fordsburg bekam Kunde von dem Zwischenfall und machte einen wütenden Angriff auf die ganze berittene und Fußpolizei, die, entweder vor Schande oder aus Feigheit, Kehrt machte und flüchtete. Das war die Stimmung am Vorabend des allgemeinen Konflikts.

Drei Tage später wurde das Standrecht proklamiert. In einer derartigen Situation bedeutete das nicht weniger, als die Erklärung des Bürgerkrieges. Die entlegenen Grubenstädte Benoni und Brakpan waren bereits von bewaffneten Streikenden beherrscht. Nach einigen Stunden schwebten bereits mit Bomben beladene Flugzeuge über jenen Stätten, wo die Arbeiterkommandos aufgeboden waren. Burenkommandos waren sogar unterwegs,

um für die Regierung gegen die Aufständischen, gegen ihr eigen Fleisch und Blut, zu kämpfen. Bürgerwehr wurde in Bereitschaft gesetzt, und Artillerie fuhr auf. Der Burengeneral Van Devender führte mit Hilfe der Flugzeuge einen Raid gegen die entlegenen Städte aus. Ein Flugzeug warf eine Bombe auf das Gewerkschaftshaus in Benoni (16 Meilen von Johannesburg) und zersprengte das von Mitgliedern der Exekutive und Streikenden gefüllte Gebäude in Atome. In welcher niedriger Höhe die Flugzeuge operieren konnten, davon mag die Tatsache einen Begriff geben, daß der Flieger, der diese Tat vollbracht hat, beim Landen der Maschine von neun Kugeln der Streikenden durchbohrt aufgefunden wurde.

Rund um das Zentrum Johannesburgs nahmen die Arbeiterkommandos Besitz von den Arbeiterstädten Fordsburg und Jeppe, die etwa eine Meile vom Zentrum entfernt liegen. Sie verschanzten sich gleichfalls auf den benachbarten Hügeln, von wo man das Militärlager überschauen konnte. Ueber diesen Positionen operierten ein halbes Dutzend Aeroplane mit todbringendem Ergebnis. Ein Bourgeois-Journalist von der Sorte, wie sie uns noch von der Pariser Kommune her Erinnerung sind, ergreift sich in Tiraden bei der Beschreibung, mit welcher finsterner Anmut diese Maschinen der Kriegführung zwischen den Klassen tief über den Schanzen der Arbeiter schwebten, bei jedem Vorstoß zerrissene Menschenleiber hinterlassend, um dann wieder in ihre vorige Stellung zurückzuschweben. Unterdessen nahm die Beschießung durch Artillerie ihren Fortgang, doch die Position wurde zäh verteidigt und nur nach schrecklichen Verlusten aufgegeben. Hier, wo keinerlei bürgerliches Eigentum Gefahr lief, konnten die Aeroplane ungestraft schalten und walten.

Fordsburg, der letzte Standplatz der Arbeiterkommandos, war aus diesen Gründen so weit von der Vernichtung durch die Flugzeuge verschont geblieben. Die Straßen, die es vom Zentrum trennten, waren beiderseits mit Schanzen und Sandwällen versehen worden. Dies war der einzige Teil der Streitkräfte der Arbeiter, der dem Zentrum bedrohlich war, sonst aber scheinen die Berichte einer konzentrierten Anttacke auf Johannesburg, wie sie teilweise ausgekabelt worden sind, übertrieben zu sein. Die Kommandos standen und fochten dort, wo die Truppen sie fanden. Nachdem die Stützpunkte von Bononi und die von Brakpan im Osten, und die von Maraisburs im Westen vollständig vernichtet und auch die Seite von Jeppe gesäubert worden war, sammelten sich die Streitkräfte der Weißen unter Smuts direktem Befehl gegen Fordsburg. Smuts übersandte ein Ultimatum, in dem im Falle der Weigerung der Uebergabe mit Beschießung gedroht wurde. Fordsburg liegt auf einem sanften Abhang, gerade gegenüber

der inneren Stadt, und bot darum der Artillerie der Weißen ein vorzügliches Ziel. Die Burenkommandos, die ebenso wie die regulären Truppen zur Wahrung von Gesetz und Ordnung herbeigeeilt waren, sammelten sich zum endgültigen Angriff. Hier, während dieser wenigen tragischen Stunden, sühnten die tapferen Opfer kapitalistischer Wut mit Blut, Tränen und Heldentaten, die das Proletariat rühren, vielmals die gegen die Eingeborenen gerichteten Kränkungen, die in ihrem Namen vor einer Woche verübt worden waren. Hier wurden die Streitkräfte der Roten von Fischer und Spendiff geführt, zwei Führern der Grubenarbeiter und Anhänger des Kommunismus, die eifrige Kämpfer für den Streik und zugleich auch feurige Parteigänger der Negerarbeiter waren. Fischer befahl die entscheidende Schlacht. „Keine Uebergabe!“ Und er kritzelte hastig sein Testament für seine Frau nieder. Ein bürgerlicher Journalist erwähnt höhnend das Absingen der „Roten Fahne“, der englischen Hymne der revolutionären Arbeiter durch die roten Verteidiger. Aber der gesamte südafrikanische Aufstand mit all seinen Irrtümern an Rassenvorurteilen, mit seiner Unreife und seinem verwickelten proletarischen Charakter kann nur dann hinreichend gewürdigt werden, wenn uns die ganze Glut des Arbeiter-Internationalismus bekannt ist, der durch alles hindurch bricht. Dieser Schlußgesang der „Roten Fahne“ erhebt die Roten von Fordsburg auf die Höhe revolutionärer Märtyrer:

Des Volkes Fahn' ist purpurrot,
Vom Herzblut jener, die den Tod
Erlitten, die sie hüllte ein,
Bis steif und kalt ward ihr Gebein.

Schaut: der Franzose liebt sie heiß,
Der kühle Deutsche singt ihr Preis,
In Moskau tönt ihr Lobgesang,
Chikago lauscht dem vollen Klang.

Sie mahnt an manchen Sieg im Streit,
Die Hoffnung künftiger Friedenszeit,
Das helle Banner und Symbol
Von Menschenrecht und Menschenwohl.

Wir heben all zum Schwur die Hand:
Wir tragen sie zum Grabesrand,
Zum Kerker und zum Galgenstrang, —
Dies Lied sei unser Schwanensang!

Man meinte, daß das Bombardement etwa zehn Minuten dauern würde. Es hielt siebzehn Minuten an. Gedeckt von der Wehr, umzingelten die Regierungstruppen die Feste der Arbeiter. Die Straßen einer Kolonialstadt sind zu Barrikadenkämpfen ungeeignet, da sie breit und zerstreut sind. Es war eine bloße Zeitfrage, und der Ausgang

Könnte nicht zweifelhaft sein, denn Smuts benutzt nur dann den Sturm zu politischer Reklame, wenn er seiner Sache absolut sicher ist. Fischer und Spendiff, englische Führer der holländischen und englischen Roten, wurden hier, in ihren eigenen geliebten Arbeiterhallen, tot aufgefunden, nachdem sie bis zum letzten Atemzug gekämpft hatten. Sie sind echte Märtyrer der proletarischen Revolution. Bei Spendiff fand man seine Mitgliedskarte der Kommunistischen Partei. Zu Tausenden wurden die Kämpfer gefangen genommen und vors Kriegsgericht gestellt. Alle bedeutenden Kommunistenführer waren schon vorher im Verlauf des Konflikts eingekerkert worden. Dennoch hat sich die kommunistische Partei durch ihren Führer, den Genossen Andrews, einen Platz in den Herzen der Arbeiter erobert.

Die Londoner Pressekabel haben es sich angewöhnt, die Größe der Streitmacht, durch die die Minenindustrie bedroht war, aufzubauschen, und dasselbe scheint auch der Fall gewesen zu sein, wenn man den aufständischen Arbeitern wohlgedachte Pläne und gute Waffenausrüstung andichtet. Bis jetzt haben wir als Quelle unserer Informationen nur die kapitalistische Presse vor uns. Eine hastig inmitten des Kampfes verfaßte Zuschrift eines Parteimitgliedes erwähnt die Ausdehnung der Reaktion, das Verbot, rote Abzeichen zu tragen, und die vielen Arreste, die infolge dieser „Verbrechen“ allein stattfanden. Dieser Genosse schreibt folgendes: „Genossen in Rußland! Eine Arbeiterschar, die nur einige Pistolen und ein wenig Munition besaß, hat sich gegen die Minenkammer, gegen deren Infanterie, Kavallerie, Maschinengewehre und Aeroplane erhoben; und ist trotz gestorben . . .“ Die schwache kleine Frau, deren kurze Zuschrift ich oben zitierte, ist nicht nur die einzige Ueberlebende des Büropersonals, sondern der ganzen Bewohner der Handelshalle (Arbeiterhalle), die ins Gefängnis geworfen worden sind. Sie versucht noch tagtäglich, über die Grenzen dieses Gebäudes zu dringen und trotz dem Polizeiverbot, das alles Rote in Acht und Bann getan hat, indem sie bis zuletzt an ihrem „Sowjetabzeichen“ festhält. In zwei Worten beschreibt sie die Erhabenheit und die Großartigkeit einer Niederlage der Arbeiterklasse:

„Wie ich mich einigen wohlgekleideten Mitgliedern näherte, sagten sie: „Oh mit der Partei ist es nun zu Ende, in diesem Lande absolut zu Ende.“ Doch schon naht sich wieder der Kommunismus in Gestalt eines bestaubten, unraisierten Arbeiters, den man wohl kaum vorher zu Gesicht bekommen hat, und er faßt dich bei der Hand mit einem „Bei Gott, Genossin, wir haben jetzt eine Organisationsarbeit vor uns!“

„Die Regierung redet von Freundschaft und Schutz der schwarzen Arbeiter gegen die Losung

der Streikenden, die für ein weißes Südafrika sind,“ heißt es in der Zuschrift weiter. „Das ist aber die harte Nuß, die dieser Ausstand zu knacken aufgibt. Die Goldminenindustrie meint, daß sie nach Beendigung dieses Blutbads nun zur vollen Ausbeutung der eingeborenen Arbeiter schreiten könne. Aber die Losung der Streikenden vom „Weißen Südafrika“ bedeutet durchaus nicht, daß die Schwarzen aus dem Gedächtnis der Streikenden ausgerottet würden, sondern bloß, daß das Niveau der weißen Lebensführung eingehalten werden sollte. Die geübten weißen Arbeiter bedürfen der ungeübten schwarzen Arbeiter ebenso notwendig wie die Kapitalisten, aber vereint in einer harmonischen industriellen Teilhaberschaft können sie die Kapitalisten sehr wohl entbehren. Das imperialistische Kapital beutet die rückständigen Rassen durch Verweigerung derselben demokratischen Rechte aus, die die Basis der Ausbeutung der europäischen Arbeiter bilden. Aber während es in Indien das eine System logisch einhalten kann und in Australien am andern festhält, kann es in Südafrika nicht beide in dasselbe Joch spannen, ohne beständige Erschütterungen, die nur damit enden können, daß die bürgerliche Idee der Demokratie dem proletarischen Sowjet den Platz räumt. Dann wird das von den Arbeitern erträumte Ziel nicht mehr ein „Weißes Afrika“ sein, auch nicht ein „Schwarzes Südafrika“, sondern „Ein Südafrika der vereinigten Arbeiterklasse“. In einer kapitalistischen Zeitung wurde eine überraschende Photographie veröffentlicht: ein Zug Streikender; die ein Banner mit der Aufschrift vor sich herträgt: „Arbeiter der Welt, vereinigt Euch und kämpft für ein Weißes Südafrika!“ In der Menge sind einige schwarze Arbeiter zu sehen. Bis zur fünften Streikwoche enthielt diese Losung keinerlei Rassenhaß. Die feige Tat, ihn aufzustacheln, war Smuts vorbehalten.

Den südafrikanischen Aufstand müssen sich vor allem die Arbeiter Australiens zu Herzen nehmen und aus ihm Lehren ziehen. Die hochentwickelte australische Gewerkschaftsbewegung war sehr freigiebig in ihren Solidaritätsbezeugungen an die Adresse der tapferen Kämpfer für die Arbeitersache zu Johannesburg. Wir haben hier eine Arbeitergemeinschaft, die von den Illusionen der britischen Bewegung noch freier ist, als die südafrikanische, die mit einer festorganisierten Arbeiterpartei ständig mehr nach links steuert und in ihrer Ideologie mehr und mehr kommunistisch wird, eine Gemeinschaft von 800 000 Gewerkschaftlern auf eine Bevölkerungszahl von 5½ Millionen Köpfen, der eine kapitalistische Offensive, mit den Erfahrungen der südafrikanischen Schlächtereie ausgerüstet, droht. Die Melbourn Arbeiterhallen senkten die rote Fahne auf Halbmast zu Ehren der südafrikanischen Märtyrer. Heute um Solidarität.

Aber morgen wird die australische Arbeiterschaft als Rächerin ihrer Sache auftreten. Zwischen diesen beiden Bewegungen hat immer ein enges Band bestanden. Nach den Märzereignissen wird ihre Gemeinschaft als gleiche Mitglieder der internationalen Arbeiterbewegung, die bis dahin nur akademisch in Europa anerkannt worden ist, zu einer wirklichen werden. Der Kapitalismus hat keine so entfernten Grenzgebiete, daß wir den Raum zwischen Australien und Südafrika nicht überbrücken könnten. Ihre Herzen sind allgegenwärtig. Die Kolonialbewegung kann in der Welt-

revolution eine Rolle spielen, die man sich heute noch nicht vorzustellen vermag.

Sei dem, wie es will, die Anklageakten gegen den Kapitalismus schwellen in jedem Lande und in jeder Zone an, während die ehrenvolle Lawine des proletarischen Heldenmutes wächst, von Afrika bis Australien und Indien und den äußersten Enden der Welt, um die neue kommunistische Weltordnung, die allerorten geboren wird, zu bereichern.

D. Ivon Jones.

Viktor Kingissep in der estnischen Arbeiterbewegung.

Infolge des intensiven Wachstums der Industrie strömten in Estland zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts eine große Menge qualifizierter Arbeiter zusammen, die schon vorher aktiv an der revolutionären Arbeiterbewegung teilgenommen hatten. Schon im Jahre 1905, als in ganz Rußland die Arbeitermassen in stürmischen Wellen auf die Straßen strömten, wurde das estnische Proletariat vom allgemeinen Strom der organisierten Arbeiterbewegung mitgerissen.

Die Revolution des Jahres 1905 erfaßte die gesamte Arbeiterklasse Estlands und übergang weder den städtischen Arbeiter, noch den landwirtschaftlichen Tagelöhner. Desgleichen wurde auch die landarme Bauernschaft von der Revolution mitgerissen. Die Antwort auf die blutige Herausforderung der Zarenregierung war die Zerstörung, die Einnahme und die Konfiskation der Güter und Besitzungen der Gutsherren und die Gründung einer großen und machtvollen proletarischen Partei mit einem ganzen Netz lokaler Organisationen in allen, selbst den entferntesten Winkeln Estlands.

In dieser Periode der estnischen Arbeiterbewegung trat in die Reihen des Proletariats, unter die rote Fahne der Revolution, Genosse Viktor Kingissep, der für seine Organisations-tätigkeit in den Reihen der Arbeiter am 3. bis 4. Mai d. J. von der estnischen demokratischen und sogar halb „sozialistischen“ Regierung so grausam ermordet worden ist.

Genosse Viktor wurde auf der Insel Oesel als Sohn einer wohlhabenden Familie geboren und verlebte dort seine ersten Jugendjahre.

Nachdem er schon im Jahre 1905 in den Schülerzirkeln seiner Heimat in der Stadt Arensburg der revolutionären Bewegung beigetreten war, kommt er im Herbst 1906 als achtzehnjähriger Jüngling zu Studienzwecken nach Petersburg und bezieht die Universität. Hier stürzt er sich kopfüber in die Arbeiterbewegung. Während er propagandistische Kurse besucht und sich voll heißer Gier mit der Revolutionsliteratur und der Organisationspraxis erfahrener Genossen bekannt macht, ist er gleichzeitig bemüht, in den Arbeiterkreisen seine Kenntnisse und seine Erfahrung anzuwenden und auszunutzen.

Im Jahre 1907 beschlossen die Petersburger Genossen, sich mit mehr Energie an die Befreiung der Revaler Organisation vom Einfluß der Menschewisten zu machen. Voller Energie eilt Genosse Viktor nach Reval und nimmt an dieser Arbeit regen Anteil. Und bald, schon im Sommer 1907, zur Zeit der Neuwahl des Revaler Komitees der R. S. D. A. P. wird dieses durchweg (mit Ausnahme eines einzigen Mitglieds) bolschewistisch. Lange Zeit hindurch wollten die Menschewisten die wohl ausgestatteten Druckereien nicht abtreten; man war genötigt, eine neue Druckerei einzurichten und vorläufig mit Hilfe von Mimeographen und Hektographen zu arbeiten; dutzendweise mußten verschiedene Versammlungen in Fabriken, Werken und in Privatwohnungen abgehalten werden; ferner mußte man, ungeachtet der immer mehr anwachsenden Reaktion und der Energie der Geheimpolizei, Massenmeetings in Wäldern abhalten, an denen jedesmal gleichzeitig mehrere Hun-

dert Arbeiter teilnahmen; ferner galt es, die Verbindung mit allen andern sozialdemokratischen Organisationen Estlands herzustellen und sie um die Revaler Bolschewistenorganisation zu gruppieren.

An all dieser Arbeit nahm Genosse Kinssep den allerregsten Anteil.

Die Entwicklung und Festigung der Arbeit geschah mit verhältnismäßig viel Erfolg, bis gegen Ende des Jahres durch zwei Provokateure die ganze Revaler Organisation vernichtet wurde.

Die ersten Rückschläge fanden im November 1907 statt; die völlige Katastrophe aber brach am 23. Januar 1908 herein, als im Laufe einer einzigen Nacht das gesamte Revaler Komitee und gegen 200 Parteimitglieder, darunter fast alle aktiveren Arbeiter, verhaftet wurden; auch die zwei neu eingerichteten Druckereien wurden beschlagnahmt. Die schwärzeste Reaktion herrschte. Ein Teil der aktivsten Arbeiter wurde zur Zwangsarbeit verschickt, andern gelang es, rechtzeitig ins Ausland zu flüchten, wieder andere ließen ehelos die Rote Fahne und die revolutionären Proletarierreihen im Stich.

Genosse Viktor blieb diesmal verschont; augenscheinlich kannte die Geheimpolizei ihn damals nicht. Aber da Gefahr vorlag, war er genötigt, sich auf einige Zeit aller Teilnahme an der Tätigkeit der beim Zerstörungswerk unversehrt gebliebenen Organisationen zu enthalten. Er reiste nach Moskau, lebte darauf in Petersburg und verbrachte die Zeit vom Sommer des Jahres 1909 bis zum Herbst 1910 in Arensburg bei seinen Eltern, um seine erschütterte Gesundheit wieder herzustellen. Aber diese Jahre haben seine Anschauungen nicht geändert und seinem Enthusiasmus keinen Abbruch getan. Genosse Viktor benutzte sie zu seiner Ausbildung, zur Erweiterung seiner Kenntnisse auf dem Gebiete des Marxismus und der Arbeiterbewegung. Doch dieses Leben befriedigte ihn nicht, er strebte nach unmittelbarer Revolutionsarbeit — wie er mehr als einmal seinen Freunden schrieb.

Unterdessen nimmt die Organisationsarbeit des estnischen Proletariats ungeachtet der Ketten der Reaktion ihren Fortgang und erfährt sogar eine Erweiterung. Im Frühjahr 1910 wird sogar eine allgemeine Konferenz der estnischen bolschewistischen Organisationen einberufen. Ueberall macht sich eine Wiederbelebung bemerkbar, sowohl im geheimen, als auch auf der legalen Arena (den Gewerkschaften und Genossenschaften); die Versicherungskampagne setzte ein u. a. m.

Im Herbst 1910 kehrt Genosse Viktor Kinssep nach Petersburg zurück; während er sein Studium fortsetzt, nimmt er gleichzeitig energisch teil an der Wühlarbeit. Zu jener Zeit war er unter der estnischen Studentenschaft der einzige Bolschewist und in den estnischen Arbeiterorganisationen Petersburgs der einzige Intellektuelle. Mit dem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung beginnen auch unsere Liquidatoren sich zu rühren, deren es damals auf der Petersburger Universität nicht wenige gab, darunter auch eine ganze Reihe künftiger Minister und Staatsbeamter des „selbständigen demokratischen Estland“).

Die Revaler Organisation arbeitete mit Energie und Erfolg, aber ohne bestimmte Fraktionsphysiognomie.

Mitte des Jahres 1912 wurde nach dem Beispiel der russischen Genossen beschlossen, eine Arbeiterzeitung in estnischer Sprache herauszugeben. Man beginnt die Zeitung unter Rücksichtnahme auf die Zensurverhältnisse in der Stadt Narwa unter dem Namen „Kijr“ (der „Strahl“) herauszugeben; sie zeigt anfangs eine unbestimmte, dann aber eine deutlich liquidatorische Richtung.

Und wiederum ist die Petersburger Organisation der estnischen Arbeiter genötigt, mit Genossen Viktor an der Spitze und unter seiner Leitung sowohl gegen das Liquidatorenium in Petersburg und die Haltlosigkeit und die Schwankungen in Reval, als auch gegen die Liquidatoren in der Zeitung „Kijr“ anzukämpfen. Und dieser Kampf war von vollem Erfolg gekrönt: „Kijr“ wird ein Organ der Bolschewisten und tritt in ein enges Verhältnis zur bolschewistischen Fraktion der Reichsduma und der „Prawda“ und verwandelt sich rasch in eine Arbeiterzeitung, die bei allen Arbeitern ideelle und materielle Unterstützung findet. Genosse Viktor arbeitet in dieser Richtung mit aller ihm eigenen Energie.

Aber bald nach der Konferenz, die Genosse Viktor in Gemeinschaft mit anderen Genossen im Herbst in Petersburg organisiert hatte und die dort drei Tage ununterbrochen arbeitete, war er genötigt, sich zu verbergen, da die Teilnehmer der Konferenz von einem Provokateur verraten worden waren. Genosse Viktor reiste nach Finnland, kehrte sodann nach Petersburg zurück und mußte bei Beginn des Krieges die Evakuierung der großen Industriezentren mitmachen. Zu Beginn des Jahres 1916, nachdem der Termin der Evakuierung abgelaufen war, kehrte er nach Petersburg zurück, machte auf der Universität sein Staatsexamen, wurde sodann vom Städtebund



Viktor Kingisep



für die kaukasische Front mobilisiert, um in den Sanitätsabteilungen zu arbeiten. Auch dort setzt er nach Möglichkeit seine revolutionäre Tätigkeit fort.

Während dieses ganzen Zeitraums, von einer Revolution zur andern, hält er seine Verbindung und seine Korrespondenz mit den in Estland, in der Verbannung und in der Emigration befindlichen Genossen aufrecht.

Zu Beginn des Krieges wird die Zeitung „Kijr“ sistiert; in der estnischen Arbeiterbewegung tritt ebenso wie in der russischen ein Stillstand ein — die Stille vor dem Sturm, der endlich im Jahre 1917 losbrach.

Schon in den ersten Tagen der zweiten großen Revolution entstehen auf dem ganzen Territorium Estlands mit einem Schlage ein ganzes Netz bolschewistischer Parteiorganisationen, die einzigen Organisationen des estnischen Proletariats. Die Partei schwingt sich bald zur leitenden Partei Estlands auf und gewinnt Anhänger und Mitglieder nicht nur unter der 100 000köpfigen Masse des Fabrikproletariats und unter der Menge landwirtschaftlicher Tagelöhner, sondern auch unter den ärmeren Mittelklassen der Bevölkerung. Die bedeutendsten Stadtverwaltungen des Landes (Reval, Narwa) gehen auf dem Wege der allgemeinen Wahlen nach dem Wahlgesetz der Provisorischen (Kadetten-) Regierung früher als anderswo in Rußland in die Hände der Bolschewisten über; und gar während der Wahlen zur allrussischen Konstituierenden Versammlung erhält unsere Partei die Hälfte der Stimmen und von acht Mandaten vier.

Im Sommer kehrt auch Genosse Viktor nach Reval zurück. Er wird sofort eines der aktivsten Mitarbeiter der Redaktion des zentralen Parteiorgans des estnischen Proletariats „Teimene“ (der „Arbeiter“); er tritt als einer der besten Redner und Agitatoren auf Arbeiter- und Soldatenmeetings auf; in den Monaten November—Dezember wird er Mitglied der Landesexekutive, einer der Organisatoren der roten Arbeitergarde und Leiter der Administrationsverwaltung der Exekutive.

Es muß hier bemerkt werden, daß Genosse Kingissep dazumal wegen aktiver Wählerarbeit und wegen Bekämpfung der Sowjetregierung das gegenwärtige Haupt der estnischen Regierung verhaftete und sofort nach dem Verhör wieder freiließ. Noch ein solcher Umstand: Bei der Aufhebung des estnischen Bourgeoislandtags wollte eine Gruppe von Matrosen und Arbeitern einige der heutigen Staatsmänner der estnischen Regierung mißhandeln (darunter befand sich auch der heutige Generalprokurator der estnischen Republik); Ge-

nosse Kingissep trat derart energisch zu seinem Schutz auf, daß er fast selbst von einigen Matrosen verprügelt worden wäre. Augenscheinlich haben diese Herren den Genossen Kingissep aus Dankbarkeit dafür ermordet.

Die Parteiarbeit und die Sowjetmacht entwickelt und festigt sich in Estland bis zur Okkupation Estlands durch die deutschen Heere Ende Februar 1918.

Das estnische Proletariat sucht sich mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, aber da es auf kriegerische Aktionen schlecht vorbereitet war, ist es nicht imstande, sich gegen reguläre Truppen zu halten.

Unter einem Teil der Genossen entsteht eine gewisse Panik; sie bemühen sich, möglichst rasch Estland zu verlassen, und geben alles dem Schicksal preis. Alle legalen Arbeiterorganisationen wurden vernichtet und ihre Besitztümer beschlagnahmt, zuerst von der estnischen Bourgeoisie, später von den Okkupationsbehörden. Wiederum herrschte in Estland die schwärzeste Reaktion, die unerbittlich jedes Anzeichen der Opposition und jeden Versuch einer Organisation der Arbeiterklasse niederschlug. Illegale Organisationen gab es damals, wie verständlich, nicht. Die in Estland und besonders die in Reval zurückgebliebenen Genossen waren gezwungen, zu allererst am gegebenen Ort innerhalb der Unternehmungen illegale Zellen zu schaffen und sie dann zu einer städtischen und schließlich zu einer allestnischen Organisation zu vereinen.

In Reval wurde diese Arbeit, ungeachtet der großen Schwierigkeiten und des völligen Mangels an materiellen und technischen Mitteln, sehr rasch zustandegebracht. Aber durch die allerorten stattfindenden Massenverhaftungen und Erschießungen konnte sich die Arbeit der Geheimorganisationen des estnischen Proletariats während der Okkupationsregierung nicht genügend entwickeln.

Die obenerwähnte Panik übte ihren Einfluß auch auf den Genossen Viktor aus; er war unter der Zahl derjenigen, die vor der Okkupation aus Estland abreisten; aber er geriet nicht in Verzeiflung und gab die Arbeit nicht auf. Er reiste unverzüglich nach Moskau und machte sich an die Sowjetarbeit — in der Eigenschaft eines Untersuchungsrichters des Obersten Tribunals und des Präsidiums der Außerordentlichen Kommission, während er gleichzeitig ein Vertreter Estlands in der vierten Allrussischen Exekutive war.

Nach der deutschen Revolution beginnt in den Arbeiterkreisen Estlands im geheimen eine neue Regsamkeit. Die Okkupations-

regierung stürzt, und gleichzeitig strecken sowohl die estländische Bourgeoisie als auch das estnische Proletariat die Hände nach der Macht aus.

Die erstere wird von den deutschen Okkupationstruppen und dem Heer unterstützt, desgleichen auch von der finnischen und der westeuropäischen Bourgeoisie. Nach blutigen Kämpfen bleibt die Macht in den Händen der Bourgeoisie. Noch zu Beginn dieser Kämpfe, Mitte November 1918, kehrte Genosse Viktor als einer der ersten nach Estland zurück, um dort der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe beizustehen. Er hat seit dieser Zeit Estland nicht mehr verlassen.

In Estland herrschten damals entsetzliche Verhältnisse. Jede Straße, jedes Haus wimmelte von Spionen, auf Schritt und Tritt stieß man auf Feinde und Verräter in Gestalt von Bourgeois. Dies waren die schlimmsten „sozialistischen“ Spürhunde.

Diese Periode ist durch eine neue Orgie des weißen Terrors gekennzeichnet. Es gab keine einzige Nacht, wo den Gefängnisportalen nicht schwerbeladene Lastautomobile mit den Opfern der „Demokratie“ entrollten. Ein gewöhnliches Bild, das die „Friedensliebe“ dieses Regimes charakterisiert, bildeten die Razzien und Haussuchungen, die fast tagtäglich in den umzingelten Stadtvierteln vorgenommen wurden und die keine Wohnung verschonten, die den geringsten Verdacht erregte.

Bald — nach zweimaligem Auftreten — war Genosse Viktor genötigt, vor dem weißen Terror in die tiefste Verborgenheit zu fliehen. Und dort arbeitete er im Laufe von dreieinhalb Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen, oft jeder Existenzmittel bar.

Es war keine Uebertreibung, wenn er einst während einer Polemik erklärte, seine Wohnung sei im Gebüsch Nummer soundsoviel zu suchen. Monatelang verbrachte er Tage und Nächte auf unweit der Stadt gelegenen Wiesen, oder in einem leeren Speicher, einem Heuschuber oder einfach im Walde, oder er versteckte sich in Kellern und Lagerräumen, und wagte sich nur äußerst selten in tiefster Nacht auf die Straße hinaus, um nur sehr wenige, ihm in der Arbeit am nächsten stehende Genossen zu besuchen. Ueber Genossen Kingissep schwebte beständig das Damoklesschwert der Gefangennahme, denn er wußte, daß die menschwistisch-bürgerliche Regierung auf seinen Kopf einen Preis von mehreren Millionen Mark gesetzt hatte.

Es bedurfte einer unglaublichen Mühe, einer übermenschlichen Anspannung aller Kräfte,

um unter solchen Verhältnissen die illegale Arbeit weiterzuführen und eine lebensfähige Organisation zu schaffen, die außerdem noch die Grenzen der organisierten städtischen Arbeiterschaft überschritt.

Ungeachtet des Umstandes, daß das Fabrikproletariat Estlands infolge einer industriellen Stockung zahlenmäßig sehr zurückgegangen, vor allem fast die gesamte alte Avantgarde des estnischen Proletariats, die mehr als eine Feuertaufe durchgemacht hatte, ausgeschieden war, entwickelten sich die einzelnen schwachen Parteiorganisationen, die aus der Zeit der Okkupation übriggeblieben waren, unter der erfahrenen Leitung des Genossen Viktor zu einer großen illegalen regelrecht organisierten allestnischen kommunistischen Partei mit gut eingerichteten Druckereien, einem eigenen illegalen, periodisch erscheinenden Preßorgan „Der Kommunist“ u. a. m.

Genosse Viktor hatte nicht nur die Partei zu leiten, sondern unmittelbar auch selbst alle Spalten des Parteiorgans zu füllen, Hunderte verschiedener Flugblätter und Aufrufe zu schreiben, und für allerlei illegale Gewerkschafts- und andere Arbeiterorgane und Zeitschriften Leitartikel zu liefern.

Jeder seiner Artikel war von geistreichem und beißendem Witz und geißelte die estnische Bourgeoisie, die Menschewisten und ihre Regierung aufs schärfste.

Die Erwiderung der Bourgeoisie darauf waren immer neue und neue Verhaftungen. Aber dessen nicht genug; alle aktiveren jungen Elemente erwartete nach der Verhaftung der unabwendbare Tod; größtenteils sogar ohne die vorhergehende Komödie eines Kriegsgerichts. Diese Genossen wurden einfach innerhalb der Gefängnismauern ermordet. So wurden die Führer der kommunistischen Fraktion des Revaler Stadtrats im Jahre 1921 ermordet; so wurden im Jahre 1919 in Isborsk 26 der besten und aktivsten Arbeiter der Revaler Organisation ermordet; so verschwanden aus der estnischen Arbeiterbewegung während der letzten Jahre noch eine ganze Reihe mehr oder weniger alter Arbeiter. Aber der Polizei gelang es weder, den Genossen Viktor zu fassen, noch das ganze übrige Z. K. der estnischen Partei aufzustöbern, dessen Mitglieder fast sämtlich die ganze Zeit, vom November 1919 an, in Estland tätig waren. Und nur dreimal in den ganzen drei Jahren kamen Fälle von Verhaftungen einzelner Genossen des Z. K. vor, von denen einer ein trauriges Ende fand. Dafür gebührt dem estnischen Proletariat und dem Genossen Viktor Dank, dessen Organisationstalent ihn die

Methoden der Geheimpolizei bei weitem über-treffen ließ. Die unmenschlichen Maßregeln konnten die estnische Arbeiterbewegung nicht aufhalten und insbesondere der Tatkraft des Genossen Viktor keinen Abbruch tun. An die Stelle der gefallenen Genossen treten neue, junge Arbeiter.

Auf diesem Gebiet, der Heranziehung neuer Kämpfer der proletarischen Revolution, sind die Verdienste des Genossen Viktor unermeßlich; während dreieinhalb Jahren reiften unter seiner Leitung der Arbeiterbewegung einige Hundert junger Genossen heran, die vorher in den meisten Fällen überhaupt nicht an der revolutionären Bewegung teilgenommen hatten.

Zu jener Zeit leitete Genosse Viktor die gesamte Tätigkeit der kommunistischen Landtagsfraktion des estnischen Proletariats und stellt innerhalb derselben — sogar nach bürgerlichen Preßberichten — einen der regsten Mitarbeiter dar, obgleich er nicht ihr Mitglied war.

Genosse Viktor widmete sich ganz und gar dem Kampf gegen die Unterdrücker des estnischen Proletariats. Dieser Kampf wurde ihm zu einem ihm ständig vorschwebenden Ziel. „Mein Beruf ist der Kampf für den Sturz des bürgerlich-demokratischen Regimes“, erwiderte er seinen Henkern auf die Frage nach seiner Profession.

Endlich gelang es der estnischen Regierung, sich des Genossen Kingissep zu bemächtigen. Und kaum hatte sie ihn, einen russischen Staatsbürger, der keinerlei Widerstand leistete, verhaftet, beeilte sie sich auch, ihr Mütchen an ihm zu kühlen. Sie konnte ihm kein einziges Verbrechen zur Last legen, außer seiner kommunistischen Tätigkeit. Gleichzeitig unterließ sie es aber nicht, gemeinsam mit der Bourgeoiswelt bis zum Ueberdruß über den „unerhörten“ Prozeß zu schreien, den die Sowjetregierung gegen gegenrevolutionäre

Mörder eingeleitet hatte. Dieser Umstand spiegelt die ganze „Demokratie“ aufs beste wieder.

Die grausame Ermordung des Genossen Kingissep ist sowohl für die Kommunistische Partei Estlands, als auch für das gesamte estnische Proletariat ein unendlich schwerer Schlag. Aber dieser Schlag ist durchaus kein tödlicher. Solche Schläge können den revolutionären Strom, an dessen Spitze in Estland Genosse Viktor stand, nicht zum Stillstand und nicht zum Stocken bringen; sie können ihn besonders in einem Lande nicht hemmen, wo die Geschichte der proletarischen Revolutionsbewegung im Laufe zweier Jahrzehnte mehr als einen solchen Schlag ausgehalten, wo sich die Mehrzahl der Bevölkerung schon für die Kommunisten erklärt und wo noch am Vorabend der Ermordung des Genossen Viktor das Proletariat besonders machtvoll seinen Willen und seine Kraft kundgetan hat.

Die Kommunistische Partei ist nicht niedergeschlagen. Obwohl sie ihre beste Druckerei eingebüßt hat, gibt sie gleich am Tage nach der Ermordung des Genossen Kingissep Flugblätter heraus, die den Vertreter der estnischen Regierung veranlaßten, sich öffentlich zu rechtfertigen. Tags darauf bekräftigen die Revaler Arbeiter ihren Protest durch einen Streik.

Solch grausame Schläge erwidert die estnische Arbeiterklasse durch größere Geschlossenheit, durch die revolutionäre Einheitsfront und durch die völlige Bereitschaft, mit allen Kräften die vom Genossen Viktor begonnene Sache zu Ende zu führen.

Ewiges Andenken unserem teuren Genossen!

Mag sein Tod uns mit neuen Kräften erfüllen und die Menschheit der Befreiung von dem Joch und der Gewalt des Kapitals entgegenführen.

W. Welman.

Bibliographischer Teil.*)

Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft**).

(Selbstanzeige)

Bei der ersten Auflage dieses Büchleins, welches zur Zeit des Dritten Kongresses der Kommunisti-

*) Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind zu richten an den Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8.

**) E. Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. 2., vermehrte und umgearbeitete

schen Internationale zur Vorbereitung der Thesen über die Weltlage und die Taktik der Kommunistischen Internationale erschien, hatte ich vor allem mit Mangel an zahlenmäßigem Material zu kämpfen. Manche Zusammenhänge mußten auf Grund mangelhafter Daten mehr konstruiert als festgestellt werden. Der Gang der Wirtschaft seit dieser Auflage. 147 Seiten. Preis brosch. Mk. 30.—, geb. Mk. 45.—; für Org. brosch. Mk. 18.—, geb. Mk. 30.— Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg.

Zeit hat bewiesen, daß die Feststellungen im allgemeinen richtig waren.

Bei der gegenwärtigen 2. Auflage, die mehr als den doppelten Umfang hat, mußte ich im Gegenteil bestrebt sein, das seither sehr stark aufgehäuften Material so zu bearbeiten, daß die Schrift nicht zu einem Nachschlagebuch ausarte, sondern auch weiterhin ein leicht lesbares Buch bleibe. Das verarbeitete Zahlenmaterial ist daher zwar unvergleichlich größer und vollständiger als in der ersten Ausgabe, aber doch in solchen Grenzen gehalten, daß der Gedankengang nicht im Zahlenmaterial verloren gehen soll.

Das Büchlein trachtet in seiner vorliegenden Form, ein Gesamtbild der ökonomischen Veränderungen zu geben, welche während des Krieges und in der Nachkriegszeit bis zum gegenwärtigen Moment vor sich gegangen sind. Der Hauptgedanke ist nach wie vor der, daß durch den Weltkrieg eine so tiefgehende Störung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts eingetreten ist, daß sie mit den dem Kapitalismus eigentümlichen automatischen Gleichgewichtstendenzen nicht überwunden werden kann. Ich fasse die gegenwärtige, bereits länger als zwei Jahre andauernde weltwirtschaftliche Krise als das Ergebnis dieser Gleichgewichtsstörung auf: die einzelnen Erscheinungen der Krise sind der Ausdruck des Strebens zu einem neuen weltwirtschaftlichen Gleichgewicht.

Viele Wirtschaftspolitiker sowohl im bürgerlichen als auch im sozialdemokratischen Lager sind sehr optimistisch. Sie behaupten, daß im Jahre 1921 ein großer Fortschritt im Gesundungsprozeß des Weltkapitalismus festgestellt werden kann. Demgegenüber untersuche ich die Produktionsergebnisse des Jahres 1921 und komme zu dem Schluß, daß die Gesamtproduktion der Welt im Jahre 1921 viel kleiner war als im Jahre 1920. Infolgedessen kann von einer Gesundung der Weltwirtschaft kaum gesprochen werden. Das heißt aber nicht, daß nicht Tendenzen zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts vorhanden wären. Ich versuche, eine Analyse dieser Tendenzen zu geben, indem ich dieselben vor allem in zwei Gruppen teile. In die erste Gruppe reihe ich jene Bestrebungen ein, wo das Kapital, der gegebenen Wirtschaftslage Rechnung tragend, vom Privatinteresse diktierte Maßnahmen trifft, deren Gesamtheit eine Tendenz zur Wiederherstellung des gestörten weltwirtschaftlichen Gleichgewichts ergibt. Ich nenne dies immanente Tendenzen, da den handelnden Kapitalisten nicht die Ueberwindung der Krise als Zweck vorschwebt, sondern einfach die Erhöhung ihres Profits. Die zweite Gruppe sind die bewußten Tendenzen zur Wiederherstellung

des Gleichgewichts, welche von Regierungen, kapitalistischen Gruppen usw. ausgehen, zum Zwecke der Ueberwindung der Krise. Ich kann auch konstatieren, daß letztere Bestrebungen bis jetzt zu keinem Resultat geführt haben.

Ich gebe also in dem Buche eine Analyse sowohl der immanenten, als auch der bewußten Bestrebungen, nach Gruppen eingeteilt, und weise nach, wie sowohl die immanenten Tendenzen, als auch die bewußten Bestrebungen einzelner Ursachengruppen in der Krise parallel gehen.

Ganz neu hinzugefügt habe ich ein Kapitel über die Ursachen der russischen Wirtschaftskrise. Es ist dies natürlich nur eine flüchtige Skizze. Es ist aber offenbar, daß trotz der ganz verschiedenen sozialen und politischen Machtverhältnisse das Wesen der Wirtschaftskrise in Rußland das nämliche ist wie im kapitalistischen Mittel- und Ost-Europa: es ist eine Unterproduktionskrise. Ich erörtere weiter die Bedeutung des Wiedereintritts Rußlands in die Weltwirtschaft. Ich weise darauf hin, daß Rußland, das potentiell ein sehr reiches Land ist, gegenwärtig hauptsächlich als Käufer von Waren für den Weltmarkt wichtig wäre, da sich in den wirtschaftlich wichtigsten Ländern, Vereinigte Staaten, England, die Krise in der Form einer Ueberproduktion geltend macht. Diese Länder hätten also die Möglichkeit, durch große Kredite die bei ihnen überflüssigen und für Rußland so sehr notwendigen Warenmengen an dieses abzustößen, wobei ich betone, daß die objektive Notwendigkeit in diesem Falle noch nicht bedeutet, daß auch im Sinne derselben gehandelt werden wird.

Zum Schluß versuche ich, eine Bilanz der Nachkriegszeit vom Standpunkte der revolutionären Bewegung zu ziehen. Es ist unleugbar, daß im letzten Jahre eine Depressionsperiode in der Arbeiterbewegung eingetreten ist. In dieser Periode sind viele von jenen Elementen, die sich der revolutionären Bewegung im allgemeinen und der Kommunistischen Partei im besonderen gefühlsmäßig angeschlossen hatten, wieder abgefallen. Andererseits ist es auch unleugbar, daß sich das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie stark gehoben und ihr Gewaltapparat sich neu gefestigt hat.

Demgegenüber weise ich aber darauf hin, daß, während vor drei Jahren es in Europa außerhalb Rußlands nur kleine kommunistische Grüppchen gab, gegenwärtig trotz des infolge der Depression eingetretenen Abfalls vieler Gefühlsrevolutionäre doch in jedem Lande Europas eine starke organisierte kommunistische Partei vorhanden ist als Kern der revolutionären Bewegung in der nächsten Hochflut der Revolution.

E. Varga.

Die im Wandel der Zeiten unveränderliche bürgerliche Marxkritik.

Hans Delbrück
und sein altägyptischer Vorgänger.
Von Karl Korsch, Jena.

Friedrich Engels sagt in der Vorrede zur zweiten Auflage seines Anti-Dühring über die von Marx und ihm vertretene „dialektische Methode und kommunistische Weltanschauung“, sie habe, seit sie zuerst in Marx' Jugendwerken vor die Welt trat, ein reichlich zwanzigjähriges Inkubationsstadium durchgemacht, bis sie dann seit dem Erscheinen des „Kapital“ (1867) mit wachsender Geschwindigkeit stets weitere Kreise ergriff und jetzt (1885) weit über die Grenzen Europas hinaus Beachtung und Anhang findet in allen Ländern, wo es einerseits Proletarier und andererseits rücksichtslose wissenschaftliche Theoretiker gibt. „Inwieweit diese stolze Behauptung für jene vergangene Epoche, von der uns heute ein Menschenalter, ein beendigter Weltkrieg und eine begonnene Weltrevolution trennen, zu Recht bestanden hat, braucht hier nicht näher untersucht werden. Uns will scheinen, als habe schon damals, in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des preußisch-deutschen Kaiserreichs, in der sich national und international immer mächtiger ausdehnenden sozialistischen Bewegung das theoretische Verständnis der sozialistisch-kommunistischen Prinzipien mit der äußeren Ausbreitung der Bewegung keineswegs Schritt gehalten. Auch Marx und Engels selbst haben damals in ihren vertraulichen Briefen häufig genug bittere Klage darüber geführt, daß den Führern der deutschen Arbeiterpartei „die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief säßen.“*) Sie mochten noch so getreulich die eingelernten marxistisch-materialistischen Vokabeln buchstabieren und in noch so strengen Ketzergerichten hin und wieder einen einzelnen Abtrünnigen zur Strecke bringen, eine Kraft, die stärker war, als sie selbst, hielt sie doch innerlich fest, in denjenigen Illusionen und Sehnsüchten, deren letzten Endes kleinbürgerlich-reformistischer Charakter dann erst in unseren Tagen unverhüllt zum Ausdruck gekommen ist. So kann denn selbst am heutigen Tage, nachdem Weltkrieg, Weltwirtschaftskrise und beginnende Weltrevolution uns allen in Monaten mehr materialistische Dialektik „eingepaukt“ haben, als wir uns unter anderen Verhältnissen in Jahren hätten aneignen können, noch keineswegs die Behauptung aufgestellt wer-

*) Vergl. bes. die Marx'schen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ (Gothaer Programm) von 1875, und die kritischen Glossen von Engels zum Erfurter Programmwurf von 1891.

den, daß die Prinzipien der marxistisch-materialistischen Weltanschauung schon die anerkannte Grundlage für den nationalen und internationalen Emanzipationskampf der Proletarier aller Länder bildeten. Ja, oberflächlich betrachtet, könnte man sagen, diese materialistischen Prinzipien hätten heute, nach der Spaltung der bis 1914 „einheitlich-marxistischen“ einen Internationale in zwei und eine halbe Internationale, von denen eine und eine halbe in ihrer praktischen Politik alle marxistischen Prinzipien immer offener verleugnen, sogar weniger Geltung als zuvor. Die tiefer liegende Wahrheit aber besteht darin, daß gerade dieser „Bruderkampf“ der proletarischen Parteien aller kapitalistischen Länder, ein so unerwünschtes Hemmnis für unsere vorwärtsdrängenden Tatwillen er heute auch darstellen mag, historisch-materialistisch betrachtet doch zugleich einen bedeutenden Fortschritt in der Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes anzeigt. Bis 1914, können wir sagen, bekämpfte die internationale proletarische Partei das ideologische Prinzip der bürgerlichen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsauffassung und stellte diesem ideologischen Prinzip der bürgerlichen Klasse ihr eigenes materialistisch-kommunistisches Prinzip entgegen. Eine große Partei bewährt sich aber, wie schon Hegel gelehrt hat, gerade dadurch als die siegenede, daß sie in zwei Parteien zerfällt und nun den Gegensatz, in dem sie sich vorher zu der anderen Partei befand, in sich selbst zur Darstellung bringt. „So daß also die in einer Partei entstehende Zwietracht, welche ein Unglück scheint, vielmehr ihr Glück beweist“ (Phänomenologie des Geistes, Lassons Ausgabe, Seite 373). Tatsächlich bedeutet es einen gar nicht hoch genug zu bewertenden Fortschritt, daß heute die Frage des materialistisch-kommunistischen Grundprinzips und aller seiner Konsequenzen, d. h. also vor allem auch die Frage des Verhältnisses der proletarischen Klasse zum Staat, zur bürgerlichen Demokratie und zur Diktatur innerhalb der europäisch-amerikanischen Arbeiterklasse selbst als der spezifische Differenzpunkt der verschiedenen um die künftige Führung des proletarischen Emanzipationskampfes streitenden Parteien konkret und praktisch zur Diskussion gestellt ist und nicht mehr in oberflächlicher und abstrakter Weise zwischen den ideologischen Wortführern der bürgerlichen Klasse einerseits, der proletarischen andererseits als eine rein theoretische Frage erörtert wird. Der Standpunkt des Bürgertums, so können wir die Situation von der andern Seite her beleuchten, steht in dieser „interproletarisch“ gewordenen Diskussion der verschiedenen proletarischen Fraktionen von nun an überhaupt nicht mehr zur Debatte, das Proletariat hat ihn von der Tagesordnung abgesetzt, um sich mit seinen eigenen Problemen zu beschäftigen. Der Standpunkt des

Bürgertums ist für das Proletariat von nun ab also nicht mehr ein Gegenstand der theoretischen Kritik; das Proletariat wird zu ihm erst zurückkehren an dem Tage, wo es nach Ueberwindung der inneren Konflikte, die heute seine Aktionskraft noch gebunden halten, zu ihm noch einmal praktisch kritisch Stellung nehmen muß, indem es ihn vernichtet.

Nur von dieser Gesamtanschauung der gegenwärtigen Lage aus läßt sich ein Verständnis gewinnen für die zahlreichen, mehr oder weniger umfangreichen Abhandlungen über die Grundprobleme des Marxismus, mit denen uns die aufgeschreckten bürgerlichen Gelehrten aller Fakultäten seit 1918 förmlich überschüttet haben. Diese Werke sind nicht mehr ein Gegenstand wissenschaftlicher Kritik. Es wäre ja auch vom Standpunkt wissenschaftlicher Kritik aus gar nicht zu erklären, wie es möglich ist, daß ein sonst oder vormals tüchtiger Historiker wie Hans Delbrück ein nach allen Richtungen hin so kläglich inferiores Machwerk zusammenschreiben konnte, wie es in seiner Broschüre über „Die Marx'sche Geschichtsphilosophie“ tatsächlich vorliegt und im Buchhandel verbreitet wird.) Die einzige Möglichkeit, zu einem solchen Werke Stellung zu nehmen, besteht darin, daß man es als ein Symptom dafür nimmt, daß der bürgerliche Standpunkt schon heute, noch ehe die wirkliche proletarische Revolution bei uns überhaupt begonnen hat, für das Proletariat zu einem gänzlich überwundenen Standpunkt, zu einem vollkommenen Anachronismus geworden ist. Erst von dieser Betrachtungsweise aus wird man dann auch für die ungeheuer subtile Feinheit, die zwar ungewollte, dadurch aber nur desto köstlichere Ironie Verständnis haben, mit welcher der Delbrück von 1921 seiner modernen Reliquie noch eine veritable und ganz echt altertümliche Reliquie eingefügt hat. Sie besteht in der antirevolutionären Kundgebung eines alt-ägyptischen Delbrück vom Jahre 2400 vor Christi Geburt (Hans Delbrück bemerkt erklären dazu: „Über ein Jahrtausend vor Moses“!), die, in ihrer historisch-materialistischen Bedeutung betrachtet, den heute auftretenden neudeutschen Vertretern eines geschichtlich bereits gänzlich überwundenen Standpunktes alle ihre Worte tatsächlich schon vorweggenommen hat, so daß ihnen nun gar nichts mehr übrig bleibt, als sich diesem ihrem längst mumifizierten historischen Vorredner mit voller Zustimmung anzuschließen. Wir glauben daher, daß unsere Leser in diesem klassischen Urbild zugleich die ganze Gattung der bürgerlichen Marxkritik seit 1918 in allen ihren wesentlichen

*) Der Aufsatz Delbrücks ist zuerst im November-Heft 1920 der „Preußischen Jahrbücher“, dann erweitert als Broschüre im Verlage der „Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte“, Berlin, 1921, erschienen.

Zügen kennen lernen können und sich daher nach Kenntnisnahme des Originals mit den unzähligen Kopien dieses Originals hinfert nicht mehr abzugeben brauchen. Der alt-ägyptische Delbrück schreibt, ungleich klarer und eindrucksvoller als seine Epigonen von heute, folgende bewegliche Klage:

„Die Listen sind fortgenommen. Die Sackschreiber sind ausgetilgt und jeder kann sich Korn nehmen, wie er will. Die Schreibstuben stehen offen, die Personenlisten sind weggenommen und Untertanen gibt es nicht mehr. In den Gerichtssälen gehen die Geringen ein und aus und der Hof der Dreißig ist entblößt. Jede Stadt sagt: Wir wollen die Mächtigen aus unserer Mitte jagen, und nun dreht sich das Land, wie es eine Töpferscheibe tut: die hohen Räte hungern, und die Bürger müssen an der Mühle sitzen. Die Damen gehen in Lumpen, sie hungern und wagen nicht zu sprechen. Die Söhne der Vornehmen sind nicht mehr zu erkennen (!) und ihre Kinder wirft man auf die Straße und schlägt sie an die Mauer.

Die Sklavinnen können das große Wort führen. Raub und Mord herrschen im Lande. Die Städte werden zerstört. Die Gräber werden erbrochen und die Bauten verbrannt. Man wagt nicht mehr zu ackern, man baut nicht mehr, und Holz wird nicht ins Land gebracht. Das Land ist wüst wie ein abgeerntetes Flachs-feld. Es gibt kein Getreide mehr und vor Hunger raubt man den Schweinen das Futter. Niemand achtet mehr auf Reinlichkeit. Man lacht nicht mehr, und die Kinder sind des Lebens überdrüssig. Der Menschen werden weniger, die Geburten nehmen ab, und schließlich bleibt nur der eine Wunsch, daß doch alles zu Grunde gehen möge. (!) Die Beamten sind abgetan, sie sind verjagt. Kein Amt ist mehr an seinem Platze und das Land wird von wenigen sinnlosen Leuten des Königtums beraubt. Und nun beginnt das Reich des Pöbels. Er ist oben auf und freut sich dessen in seiner Weise. Er trägt das feinste Leinen und salbt seine Glatze mit Myrrhen, hat ein großes Haus und Speicher, dessen Korn freilich einem anderen gehört hat. (!) Er hat Herden und Schiffe, die auch einmal einen anderen Besitzer hatten. (!) Sonst ging er selbst als Bote. (!!) Jetzt freut es ihn, andere auszuschicken. Er schlägt die Harfe, und seine Frau, die sich früher im Wasser besah, (!) paradiert jetzt mit einem Spiegel. Auch seinem Gotte, um den er sich sonst nicht kümmerte, spendet er jetzt Weihrauch — allerdings den Weihrauch eines andern.

Während so, die nichts hatten, reich geworden sind, liegen die einstmaligen Reichen im Winde, schutzlos, ohne Bett, zerlumpt und durstig. Der nichts hatte, besitzt jetzt Schätze und ein Fürst lobt ihn. Selbst die Räte des alten Staates machen in ihrer Not den neuen Emporkömmlingen den Hof.“

Der Delbrück von 1921 bemerkt hierzu melancholisch: „Es sind Parallelen mit der Gegenwart in dieser Erzählung, die sich aufdrängen. Aber man muß hinzufügen, sie haben etwas Drückendes, umsomehr, wenn man hört, daß die geschilderte Anarchie 300 Jahre dauerte, bis sich ein dem alten sehr ähnliches (!) Königtum mit aristokratischem

Unterbau wieder erhob." Die in den letzten Worten enthaltene Geschichtsauffassung entspricht genau dem Standpunkt einer Klasse, die da meint, daß mit ihrem Aufstieg zur Gewalt die geschichtliche Entwicklung zu ihrem Endziele gekommen ist, so daß nach ihrem Sturz nun nichts mehr übrig bleibt, als Untergang, Anarchie, Chaos und im besten Falle eine endliche Wiederkehr der un v e r ä n d e r t e n alten Ordnung!

Nun versteht man auch die auf dem ersten Blick unverständliche Bemerkung, mit welcher der würdige Vertreter einer „bürgerlichen“, will sagen, wissenschaftlichen Geschichtsschreibung gleich auf der ersten Seite seiner ganzen Darstellung erklärt, daß, wenn er hier wie weiterhin von den „wirtschaftlichen Zuständen unserer Zeit“ spreche, er damit „naturgemäß“ die Zeit vor dem Weltkrieg und nicht das durch den Weltkrieg herbeigeführte Chaos im Auge habe!!!

Ein neues Organ der indischen Revolutionsbewegung.

Am 15. Mai erschien die erste Nummer des „Vanguard of Indian Independence“, der in Europa herausgegeben wird. Diese Zeitschrift ist das erste Arbeiterorgan der indischen revolutionären Bewegung.

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzende nationale Befreiungsbewegung in Indien hat folgerichtig alle Stadien vom Liberalismus der Intelligenz bis zum bürgerlichen Nationalismus durchlaufen und beginnt in den dem Kriege folgenden Jahren im Zusammenhang mit der Veränderung der ökonomischen Verhältnisse einen Massencharakter anzunehmen.

Als Ergebnis dieser Veränderungen ändert sich auch der Inhalt der indischen Revolution. „Es ist nicht mehr ein Nationalkampf um die politische Freiheit“, schreibt der „Vanguard“ in seinem Programmartikel. „Es ist wohl wahr, daß die im Interesse der herrschenden Klasse eines andern Landes das Land beherrschende Regierung das erste Angriffsobjekt ist, denn die Fremdherrschaft ist die nächste Ursache der Rückständigkeit des indischen Volkes . . . Die erste Bedingung einer normalen nationalen Existenz ist der Sturz dieser Herrschaft über das ökonomische und nationale Leben des Landes, da sie die nationale Entwicklung hemmt und den ökonomischen und sozialen Fortschritt verhindert.“

Aber, — „der politische Inhalt der indischen Revolutionsbewegung — der Wille zur nationalen Befreiung, basiert auf dem Wachstum neuer sozialer Kräfte, deren Entwicklung zeitweilig durch die britische Herrschaft aufgehalten worden ist.“

Diese neuen sozialen Kräfte werden auf die Zukunft des politischen Kampfes einen bestimmten Einfluß ausüben. „Die indische Bewegung ist ein Aufstand der Unterdrückten gegen alles, was sie unterdrückt.“ Und darum kann keine Rede davon sein, einen Herrn durch den andern zu ersetzen — die Herrschaft der Briten gegen die Herrschaft der eingeborenen Bourgeoisie einzutauschen.

„Wir treten in ein neues Stadium des Freiheitskampfes“, schreibt der „Vanguard“ weiter. Und „die indischen Massen — die zu Gewerkschaften organisierten Arbeiter, die ihre Kampforganisationen bildenden Bauern, „Akali Dal“ (die Armenorganisation), „Kisan sabhas“, Aikka sabhas“ (die Bauernorganisation), denen die zu idealistischer Mystik neigenden Führer aus der Intelligenz von der Sorte Gandys bis jetzt den „passiven Widerstand“, die „Geisteskraft“ und die „Selbstreinigung“ gepredigt hatten, — bedürfen jetzt zu dem bevorstehenden politischen Kampf einer realistischen Orientierung. Die Aufgabe des „Vanguard“ ist es, bei der Schaffung einer solchen Orientierung nach Kräften mitzuhelfen.“

Die Zeitschrift bringt von ihren Korrespondenten ein reiches Material über die letzten Ereignisse in Indien, über die Arbeiterbewegung, die soziale Analyse des Gandhismus, interessante Mitteilungen über neugebildete politische Parteien der eingeborenen Bourgeoisie.

Auch die Beleuchtung des politischen und des Arbeiterlebens des Westens und Sowjetrußlands gehört zum Programm der Redaktion.

Wir wünschen diesem ersten Organ der indischen Revolution, das für die Interessen der breiten Arbeiter- und Bauernmassen eintritt, Erfolg in seinem Kampf um die nationale und soziale Befreiung Indiens.

Die Kommunistische Fraueninternationale. Monatsschrift.

*Herausgegeben im Auftrage der Exekutive der Dritten
Internationale und des internationalen kommunistischen
Frausekretariats in Moskau von Clara Zetkin.
(Druck u. Verlag: Walter'sche Buchdruckerei, Komm-
Ges., Stuttgart.)*

Die Gründung dieser Zeitschrift, die erstmalig im April 1921 erschien, war die erste Tat des Internationalen Frausekretariats, das im Spätjahr 1920 der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau angegliedert wurde. So wie durch die Abfassung der Internationalen Richtlinien für die Kommunistische Frauenbewegung der grundsätzliche politische und organisatorische Plan für die kommunistische Frauen-

propaganda der ganzen Welt geschaffen wurde, so soll die Zeitschrift ständig alle die Probleme der werktätigen Frau und ihrer Einbeziehung in den revolutionären Klassenkampf international verfolgen, berichtend und vergleichend beleuchten und durchforschen.

Sie will das lebendige Band zwischen den in allen Ländern der Welt tätigen Kommunistinnen sein, indem sie dem Austausch von Erfahrungen und Anregungen dient.

Sie nimmt grundsätzlich Stellung zu all den Fragen, die der Klassenkampf des Proletariats in Bezug auf die arbeitende Frau seit alters her gestellt hat oder erneut aufwirft. Sie verzeichnet und überprüft kritisch die Formen und Methoden der kommunistischen Arbeit unter den Frauen.

Diese Aufgabe, die die Zeitschrift sich stellt, ist fest verankert in Ziel, Wesen und Taktik der Kommunistischen Internationale. So werden auch alle die in der Kommunistischen Fraueninternationale behandelten Fragen, weit entfernt davon, zeit- und blutlose „reine Frauenangelegenheiten“ zu sein, in enge Verbindung mit den aktuellen politischen Fragen des Kampfes der Kommunistischen Internationale gebracht.

Die Zeitschrift bringt in ihren Rubriken Artikel zu den bedeutsamsten Fragen der internationalen kommunistischen Frauenbewegung, im Rahmen der Gesamtbewegung, wie zur Zweiten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen und zum Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, zur russischen Novemberrevolution, zur Hungerhilfe für den ersten Arbeiterstaat der Welt, zum Internationalen Kommunistischen Frauentag. Sie veröffentlicht Berichte über die Entwicklung der kommunistischen und der nichtkommunistischen proletarischen und selbst der bürgerlichen Frauenbewegung, wertvolle Tatsachen und Materialien, insbesondere auch über die gewerkschaftliche Organisation und Tätigkeit der arbeitenden Frauen in allen Ländern. Ferner Thesen und Resolutionen der kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen, welche als Richtschnur für grundsätzliche Fragen der Frauenbewegung zu gelten haben.

In den Notizen wird ein Ueberblick gegeben über eine Reihe wichtiger Teilfragen aus dem Lebens- und Kampfgebiet der Proletarierin, wie: Bedingungen der gesellschaftlichen Frauenarbeit, Arbeitslosigkeit, politische Rechte der Frau, Arbeiterinnenschutz, Mutter- und Kinderfürsorge, Familienrecht, Prostitution.

Das Feuilleton enthält neben geschichtlichen Darstellungen aus der revolutionären Frauenbewegung Besprechungen von Werken, die in wissenschaftlicher oder künstlerischer Form Probleme des Frauenlebens behandeln.

Die Zeitschrift ist wertvoll für alle, die sich umfassend über die wesentlichen Erscheinungen der Frauenbewegung unterrichten wollen, unentbehrlich für diejenigen, die in verantwortlicher Stelle für die kommunistische Frauenbewegung tätig sind. Das Interesse, das die Zeitschrift durch ihr gediegenes und reichhaltiges Material verdient, wird gesteigert durch den Reiz der Mannigfaltigkeit der Probleme, sowie des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Bodens, aus dem sie erwachsen: Die befreiten Arbeiterinnen und Bäuerinnen des proletarischen Rußlands, die Lohn- und Hausklavinnen des kapitalistischen Europas, die in Jahrtausende alten religiösen und gesellschaftlichen Vorurteilen gefesselten Frauen des fernen Ostens reichen einander in der „Kommunistischen Fraueninternationale“ die Hände.

H. St.

Parteiliteratur.

Deutsche Sprache.

Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive. Moskau, 24. Februar bis 4. März 1922. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront. Rede, gehalten auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

L. Trotzki: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale. Zwei Reden, gehalten auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

Clara Zetkin: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg. Bericht auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

N. Lenin und G. Sinowjew: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914—1917. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

N. Bucharin: Oekonomie der Transformationsperiode. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

M. Philips Price: Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

Karl Radek: Wege der russischen Revolution. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

Karl Radek: Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

L. Trotzki: Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht! (Rede auf dem IX. Sowjetkongreß in Moskau.) (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

L. Trotzki: Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an

dem Einzelbeispiel Georgiens. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

A. Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

E. Varga: Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

E. Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Zweite vermehrte und umgearbeitete Auflage. (Hamburg, Carl Hoym Nachf.)

Am Aufbau. Dokumente des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Jugend-Internationale. (Berlin, Internationaler Jugendverlag.)

Karl Walther: Wie erkämpfen wir höhere Löhne. (Hamburg, Hamburger Volkszeitung.)

Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. Mit einer ausführlichen Einleitung und sechs Anhängen herausgegeben von Karl Korsch. (Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten.)

Oskar Hübner: Das Lesebuch der Republik. (Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten.)

Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin. (Berlin, Verlag „Die Aktion“.)

Karl Korsch: Quintessenz des Marxismus. (Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten.)

Karl Korsch: Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung. (Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten.)

Englische Sprache.

W. Paul: Communism and Society. (London, Communist Party of Great Britain.)

T. A. Jackson: The British Empire. (London, Communist Party of Great Britain.)

Report of the Third Congress of the Communist International. (London, Communist Party of Great Britain.)

Mary Heaton Vorse: Men and Steel. (London, Communist Party of Great Britain.)

Michel Pavlovitch: The Foundations of Imperialist Policy. (London, Communist Party of Great Britain.)

P. Monatte, Th. Argence, and Herelet: Left Wing Trade Unionism in France. (London, Communist Party of Great Britain.)

Wages, prices and profits. A report by the Labour Research Department. Preface by Sidney Webb. (London, Communist Party of Great Britain.)

John Riggs: How to conduct a meeting. (London, Communist Party of Great Britain.)

Französische Sprache.

Alfred Pevet: Les Responsables de la Guerre. (Paris, L'Humanité.)

Jean Jaurès: Histoire de la Révolution Française. (Paris, L'Humanité.)

Un livre noir. Diplomatie d'avant guerre d'après les documents des Archives russes. Novembre 1910, Juillet 1914. Préf. par René Marchand. (Paris, Libraire du Travail.)

Paul Louis: Histoire du Parti Socialiste en France (1871—1914). (Paris, L'Humanité.)

Italienische Sprache

N. Lenin: L'imperialismo come piu recente fase del capitalismo. (Roma, Libreria Editrice del P. C. I.)

G. Zinovief: Le lotte dell'Internazionale comunista. Roma, Libreria Editrice del P. C. I.)

C. Radek: La via dell'Internazionale comunista. (Roma, Libreria Editrice del P. C. I.)

Clara Zetkin u. E. Walecki: Il Partito socialista italiano sulla via del riformismo. (Roma, Libreria Editrice del P. C. I.)

Almanacco Comnista 1922. (Roma, Libreria Editrice del P. C. I.)

A. Losowski: Moscau contro Amsterdam. (Roma, Libreria Editrice del P. C. I.)

Tesi e risoluzioni approvate dal III. Congresso dell'Internazionale Comunista. (Roma, Libreria Editrice del P.C.I.)

Russische Sprache.

N. Lenin: Gesammelte Werke. Bd. VI.: 1905. S. 631. (Moskau, Staats-Verlag.)

N. Bucharin: Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie. S. 368. (Moskau, Staats-Verlag.)

L. Trotzki: Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens. S. 131. (Moskau, Staats-Verlag.)

L. Trotzki: 1905. S. 417. (Moskau, Staats-Verlag.)

N. Stepanow: Die Elektrifikation der R. S. F. S. R. unter Berücksichtigung der Uebergangsphase der Weltwirtschaft. Mit Vorwort von N. Lenin und Einführung von G. Krhishanowski. S. 391. (Moskau, Staats-Verlag.)

Der Zweite Kongreß der Kommunistischen Jugend-Internationale. (Protokoll.) S. 173. (Petrograd-Moskau, Verlag der Exekutive der Kommunistischen Jugend-Internationale.)

Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften. (Aufsätze und Materialien.) S. 77. (Moskau, Verlag des Moskauer Komitees der K. P. R.)

G. Sinowjew: N. Lenin. S. 70. (Petrograd, Staats-Verlag.)

Der Erste Kongreß der revolutionären Organisationen des Fernen Ostens. (Gesammelte Aufsätze und Materialien). G. Sinowjew: Die internationale Lage und der Ferne Osten / G. Safarow: Der Kongreß der Werktätigen des Fernen Ostens / G. Safarow: Die koloniale Frage und der Kampf um die nationale Emanzipation im Fernen Osten / Washington und die Lage im Fernen Osten / Sen Katayama: Die Krisis in Japan / N.: Die politische Lage Japans / Sen Katayama: Die Arbeiterbewegung in Japan / Sen Katayama: Die Reisunruhen und die Arbeiterbewegung in Japan / Okura: Antiintellektuelle Tendenzen in der Arbeiterbewegung Japans / Die Aufgaben der Kommunisten in Japan / Tschon-Po: Das gegenwärtige China / T.: Proletariat und Bauerntum in China / Tao: Die politische Lage Chinas / A. M.: Die kommunistische Organisation in Peking / P.: Chinesischer Metallarbeiterverband der Stadt Kanton / Pak-Kieng: Die revolutionäre Bewegung in Korea / Chan-Cho: Die politische Lage in Korea / J. Dansan: Die Mongolei und ihr Kampf um die Existenz / Tscherwoni: Die Intervention im Fernen Osten und in Sibirien / Die revolutionäre Bewegung in Niederländisch-Indien / Der erste Kongreß der revolutionären Jugend des Fernen Ostens / Die erste Konferenz der proletarischen Frauen des Fernen Ostens. S. 360. (Verlag der Exekutive der K. I. Petrograd.)

Grundprobleme der politischen Oekonomik. Sammelbuch herausgegeben von T. Dwolajcki und I. Rubin. S. 444. (Moskau, Staats-Verlag.)

W. Tschajkin: Zur Geschichte der russischen Revolution. 1. Die Ermordung von 26 Kommissaren in Baku. S. 191. (Moskau, Verlag Gshebien.)

G. Ssemjonow Wassiljew): Die Kriegs- und Kampftätigkeit der Partei der Sozial-Revolutionäre. (Berlin, Buchdruckerei H. S. Hermann.)

N. Lukin (N. Antonow): Die Pariser Kommune 1871. S. 407. (Moskau, Staats-Verlag.)

W. Bontsch-Brujewitsch: Aus der Welt der russischen Sekten. S. 330. (Moskau, Staats-Verlag.)

Prof. W. W. Swjatlowski: Studien über Anarchismus. S. 72. (Petrograd, Staats-Verlag.)

W. Fritsche: Die Koryphäen der Weltliteratur und Sowjet-Rußland. S. 27. (Moskau, Staats-Verlag.)

G. Sokolnikow: Die Aufgaben der Finanzpolitik. S. 23. (Moskau, Staats-Verlag.)

Sozialistische Parteien und Gewerkschaften.

Bernstein, Eduard: Der Sozialismus einst und jetzt. (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.)

Haenisch, Konrad: Neue Bahnen der Kulturpolitik. (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.)

Quark, Max: Sozialpolitik. Erläuterungen zum Görlitzer Programm. (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.)

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Wien, 25.—27. Nov. 1921. (Wien, Wiener Volksbuchhandlung.)

Fischer, Paul: Volkstümliche Einführung in das Marx-Studium. (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.)

Radbruch, Gustav: Kulturlehre des Sozialismus. (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.)

Brügel, Ludw.: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Anhang zu Band 1: Dokumente der Reaktion 1848. (Wien, Wiener Volksbuchhandlung.)

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der U. S. P. D. in Leipzig. 8.—12. Januar 1922. (Leipzig, Leipziger Buchdruckerei.)

Ströbel, Heinrich: Die Aufgaben der Arbeiterinternationale. (Berlin, Verlag Neues Vaterland.)

Müller, Hans: Das Prinzip der Genossenschaften und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. (Gera, Verlag „Sozialistische Genossenschaft“.)

Kautsky, Karl: Die proletarische Revolution und ihr Programm. (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.)

Bürgerliche Literatur.

Schöndorf: Die Gerichtspraxis in Rußland als Rechtsschöpferin. (Leipzig, B. G. Teubner.) Vorträge und Aufsätze des Osteuropa-Institutes.

Cassel, Gustav: Das Geldproblem der Welt. (München, Drei Masken Verlag.)

Liefmann, Robert, Dr. Prof.: Geschichte und Kritik des Sozialismus. (Leipzig, Quelle und Meyer.)

Seltmann, Otto: Deutschland und das angelsächsische Weltherrschaftsziel. (Calw, Volksschriften Verlag.)

Verhandlungen der Sozialisierungs-Kommission über die Neuregelung des Wohnungswesens. Bd. 2. (Berlin, Hans Rob. Engelmann.)

Delbrück, Hans: Ludendorffs Selbstporträt. (Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft.)

Kulischer, A. M.: Das Wesen des Sowjetstaates. (Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft.)

Oppenheimer, Franz: Wert und Kapitalprofit. (Jena, G. Fischer.)

Die Wirtschaftskurve und Indexzahlen der Frankfurter Zeitung. (Frankfurt a. M., Frankfurter Societätsdruckerei.)

Nitti, Francesco: Das friedlose Europa. (Frankfurt a. M., Frankfurter Societätsdruckerei.)

Keynes, J. M.: Revision des Friedensvertrages. (München, Duncker & Humblot.)

Schulze, Ernst: Die Zerrüttung der Weltwirtschaft. (Stuttgart, W. Kohlhammer.)

Calmann, Hanns Maximilian: Die Finanzpolitik der deutschen Sozialdemokratie 1867 bis 1914. (München, Rösl & Cie.)

Bosch, Carl: Sozialisierung und chemische Industrie. (Leipzig, H. Haessel.)

Wells, H. G.: Hoffnung auf Frieden. (München, Kurt Wolff.)

Behaghel, Georg: Die Eisen- und Mangangerze Osteuropas. (Leipzig, B. G. Teubner.) Quellen und Studien, herausgegeben vom Ost-europa-Institut.

Bräuer, Karl: Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenskosten, mit besonderer Rücksicht auf die deutschen und englischen Verhältnisse. (Dresden, Zahn und Jaensch.)

Gutmann, Franz: Das Rätssystem. Seine Verfechter und seine Probleme. (München, Drei Masken Verlag.)

Becker, Hermann: Zur Entwicklung der englischen Freihandelstheorie. (Jena, G. Fischer.)

Schlier, Otto: Der deutsche Industriekörper seit 1860. (Tübingen, J. C. B. Mohr.)

Bloch, Ernst: Thomas Münzer als Theologe der Revolution. (München, Kurt Wolff.)

Sozialwissenschaftliches Literaturblatt. (Bibliographie der Sozialwissenschaften.) (Berlin, H. R. Engelmann.)

Notizen.

Karl Marx: Gesammelte Werke werden im Auftrage der K. P. D. von der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten (Berlin-Leipzig) herausgegeben. Erster Band erscheint voraussichtlich Herbst 1922.

Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke erscheinen im Verlage der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. In Kürze erscheint Band I, der die gesammelten Aufsätze Rosa Luxemburgs umfassen wird.

Franz Mehring: Aufsätze erscheinen demnächst im Verlage der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten.

N. Lenin: Gesammelte Werke erscheinen im Auftrage des Zentralkomitees der K. P. R. im Staats-Verlag, Moskau. Es werden nach folgendem Plan neunzehn Bände erscheinen: Bd. I: Die ersten Schritte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. 1894—1899. / Bd. II: Die ökonomischen Studien und Aufsätze. 1897—1899. / Bd. III: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. / Bd. IV.: „Iskra“. 1900—1903. / Bd. V: Der Kampf um die Partei. 1901—1904. / Bd. VI: 1905. / Bd. VII: 1906: 1. Teil, Vom Oktober 1905 bis zur Auflösung der Ersten Staats-Duma. — 2. Teil, Von der Auflösung der Ersten Staats-Duma bis zu den Wahlen zur Zweiten Duma. / Bd. VIII: 1907. / Bd. IX: Die Agrarfrage (Aufsätze und Studien 1899 bis 1919). / Bd. X: Materialismus und Empirio-kritizismus. / Bd. XI: Die Jahre der Konterrevolution (1908—1911). / Bd. XII: Der neue Aufstieg. 1912—1914. / Bd. XIII: Der Weltkrieg 1914—1916. / Bd. XIV: Die bürgerliche Revolution 1917: 1. Teil, Vom Februar bis Juli. — 2. Teil, Vom Juli bis Oktober. / Bd. XV: Das Proletariat an der Macht. 1917—1918. / Bd. XVI: Das Proletariat an der Macht. 1919. / Bd. XVII: Das Proletariat an der Macht. 1920. / Bd. XVIII: Das Proletariat an der Macht. 1921. / Bd. XIX: Die Nationalitätenfrage. (Aufsätze 1910—1921.)

Bis jetzt sind folgende Bände erschienen: Bd. IV, Bd. VI (Teil 1 und 2), Bd. XIV (Teil 1 und 2), Bd. XIX. Im Druck befinden sich Bd. XV und XVI.

Die deutsche Ausgabe der gesammelten Werke von N. Lenin ist in Vorbereitung und wird im Verlage der K. I. erscheinen.

L. Trotzki: Unsere Revolution 1905 ist soeben in russischer Sprache mit einem neuen Vorwort des Verfassers erschienen. Die deutsche autorisierte Ausgabe erscheint im Verlage der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten.

N. Bucharin: Theorie des historischen Materialismus, gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie, ist soeben im Staats-Verlag Moskau erschienen. Die deutsche Uebersetzung, besorgt von Frida Rubiner, erscheint demnächst im Verlage der K. I.

Clara Zetkin hat eine größere Arbeit unter dem Titel: Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution beendet. Das Buch erscheint im Verlage der K. I. und der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten.

Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung für das Jahr 1922/23 wird im Herbst 1922 im Verlage der Kommunistischen Internationale erscheinen. Anlage des Werkes: I. Internationaler Teil: Internationale Arbeiterbewegung. / Internationale Gewerkschaftsbewegung. / Lage der Arbeiter-

klasse. Sozialpolitik. / Wirtschaftsleben. / Die internationale politische Lage. / Tabellen und Notizen. / II. Die Sowjetrepubliken: Geschichtliche Einführung. / Rußland unter der Sowjetherrschaft. / Tabellen und Notizen. / Wirtschaft. / Innere Organisation. / Das russische Proletariat. / Die autonomen Republiken: Ukraine, Weißrußland, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Ferner Osten, Chiva, Buchara. / III. Andere Länder: Abessinien, Afghanistan, Albanien, Argentinische Republik, Belgien, Bolivia, Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Columbien, Dänemark, Deutsches Reich, Domingo, Ecuador, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, England, Guatemala, Italien, Japan, Lettland, Litauen, Liberia, Lichtenstein, Mexiko, Monako, Mittelamerikanischer Staatenbund, Nepal, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Paraguay, Persien, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbo-kroatisch-sloven. Königreich, Siam, Spanien, Tschechoslowakische Republik, Türkei, Ungarn, Uruguay, Venezuela, Ver. Staaten von Amerika.